



© Sammlung Gary und Kathie Heldenreich, Courtesy Gallery Wendi Norris, San Francisco / Foto: akg-images / © Succession Wolfgang Paalen et Eva Sulzer

Wolfgang Paalen – Der österreichische Surrealist in Paris und Mexiko
»Taches solaires«, 1938, Kerzenrauch und Öl auf Leinwand, 129,5 × 99 cm (ab der Seite 105)

Die Seite 2

Liebe Landsleute, liebe Leserinnen und Leser,

wir bieten Ihnen diesmal 54 Seiten „Österreich, Europa und die Welt“. Es könnten aber wohl auch 200, 300 Seiten sein – so viel und mehr gäbe es zu berichten.

Lesen Sie ab der Seite 56 über die Ergebnisse der Nationalratswahl vom 29. September und über die XXVII. Gesetzgebungsperiode mit der Angelobung des neu gewählten Nationalrats. Über bevorstehende Regierungsverhandlungen können wir noch nichts berichten, denn Wahlsieger Sebastian Kurz (ÖVP) führt noch bis 8. Novemer Sondierungsgespräche, wie es heißt...

Liebe Grüße aus Wien
Michael Mössmer

Der Inhalt der Ausgabe 189

Bundespräsident bei Thronbesteigung von Kaiser Naruhito	3	»Burgenland Journal«	
5. IPU-Weltkonferenz in Wien	7	Demokratie stärken, schützen und erleben	69
Neues Integrationsbarometer	9	Begleitung für Gewaltopfer	70
Burgenland-Deklaration zum Klimaschutz	10	Trinkwasser muß besser geschützt werden!	71
JWC: Gäste aus sechs Nationen	11	Volkshochschulen feiern	72
EXPO 2020 – Österreich-Pavillon	12	50-Jahr-Jubiläum	72
Doskozil bei Orbán	13	Start des Anstellungsmodells für betreuende Angehörige	73
Burgenland Know-how für China	14	Neuer EisenStadtWein präsentiert	75
Eisenstadt besucht EUFOR-Truppe	15	Großartige Dienste fürs Burgenland	76
Gedenken an Volksabstimmung	16	Millionen-Investition am FH-Campus in Pinkafeld	77
Niederösterreichisches EU-Radar	19	Oggauer Family Art	78
Gedenkfeier in Schloß Hartheim	21	WIFO-Prognose für 2019/2020	79
Libanon: OÖ unterstützt Diakonie	23	Wettbewerb auf österreichischem Kreditmarkt nimmt zu	81
Chinesischer Fahrzeug-Gigant bringt OÖ auf Überholspur	24	Wirtschaftswachstum 2019 von 1,5 Prozent erwartet	82
Salzburg besser an EU-Verkehrshaupttrouten anbinden	25	Murkraftwerk Graz	84
Salzburg: »Best in Travel 2020«	26	Opfer des Zweiten Weltkrieges	86
Steiermark-Besuch des Botschafters des Heiligen Stuhles	27	AIRPOWER19	87
Kaiser Maximilian in New York	28	Carnuntum wird nächstes DAC-Weinbauggebiet	90
»Botschafterschule des Europäischen Parlaments«	30	Burgenländische Weidegans	91
Wien Neues Zeitalter im Tourismus	31	Marko Feingold †	92
Holocaust Gedenkstätte in Kyjiw	35	NÖ: Goldene Komturkreuze	94
Archäologie verbindet mit Tunesien	37	Kristina Sprenger und Peter Zoller zeigen die Kraft Tirols	95
Transparenz und Sicherheit für Eiffelturm-BesucherInnen	38	Häupl Ehrenbürger der Stadt Wien	97
Liechtenstein-Empfang in Wien	40	Neuer evangelischer Bischof	98
ÖsterreicherInnen tendieren zu Aufschub des Brexit-Datums	41	Bio-Chip untersucht mechanische Verletzungen	100
ÖDG: 100 Jahre »Wiener Kinder«	42	Innsbrucker Quantencomputer in der Cloud	101
VAE und ÖVAEG	47	Genmutation verantwortlich für Trennung der Gehirnhälften	102
Sommerfest von PaN auf der Garten Tulln	49	Neuer Wirkstoff könnte Batterien verbessern	103
World Road Congress 2019 in Abu Dhabi	51	Erster Pliosaurier in Österreich entdeckt	104
Wir sind Brückenbauer...	53	Wolfgang Paalen (1905–59) im Unteren Belvedere	105
Bischofsjubiläum von J. Weber	54	Otto Prutscher in der MAK-Schausammlung	108
Zum Nationalfeiertag 2019			
Rede von Alexander Van der Bellen	55		
Österreich hat gewählt	56		
Die SORA-Analyse	59		
XXVII. Gesetzgebungsperiode	63		



Rede des Bundespräsidenten 55



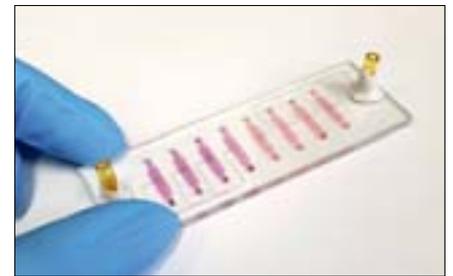
Die Nationalratswahl vom 29. September 56

Wahlspitzen für die Parteien	2013	2017	2019	2019	2019	2019
Österreichische Volkspartei	41,8	38,2	38,2	38,2	38,2	38,2
Sozialistische Partei	10,7	10,7	10,7	10,7	10,7	10,7
Österreichischer Volksrat	10,7	10,7	10,7	10,7	10,7	10,7
Österreichischer Grünen	10,7	10,7	10,7	10,7	10,7	10,7
Österreichischer Freiheit	10,7	10,7	10,7	10,7	10,7	10,7
Österreichischer Freiheit	10,7	10,7	10,7	10,7	10,7	10,7
Österreichischer Freiheit	10,7	10,7	10,7	10,7	10,7	10,7
Österreichischer Freiheit	10,7	10,7	10,7	10,7	10,7	10,7
Österreichischer Freiheit	10,7	10,7	10,7	10,7	10,7	10,7
Österreichischer Freiheit	10,7	10,7	10,7	10,7	10,7	10,7

WIFO-Prognose für 2019/2020 79



Neuer evangelischer Bischof 98



Bio-Chip untersucht Verletzungen 100

Impressum: Eigentümer und Verleger: Österreich Journal Verlag; Postadresse: A-1130 Wien, Dr. Schöberl-Str. 8/1. Für den Inhalt verantwortlicher Herausgeber und Chefredakteur: Michael Mössmer; Lektorat: Maria Krapfenbauer. Veröffentlichung nur nach Rückfrage erlaubt. Fotos S. 1: Sammlung Gary und Kathie Heidenreich, Courtesy Gallery Wendi Norris, San Francisco / Foto: akg-images / © Succession Wolfgang Paalen et Eva Sulzer S. 2: HBF / Peter Lechner; epdÖ / Simon Rainsborough; TU Wien

Bundespräsident bei Thronbesteigung von Kaiser Naruhito

Bundespräsident Alexander Van der Bellen weilte
von 19. bis 22. Oktober 2019 in Japan



© HostiPhotosThe Ceremony of the Enthronement of His Majesty the Emperor

Japans Kaiser Naruhito am »Takamikura«, dem 6,5 Meter hohen und acht Tonnen schweren Chrysanthementhron

Bundespräsident Alexander Van der Bellen nahm am 22. Oktober an der Zeremonie zur Thronbesteigung des neuen „Tenno“, Kaiser Naruhito, in Tokio teil. Weitere Programmpunkte waren die Teilnahme am bilateralen Wirtschaftsforum, Gespräche mit anderen Staatsoberhäuptern und Besuche in Kamakura und Yokohama.

Bundespräsident eröffnet Habsburger-Kunstaussstellung in Tokio

Van der Bellen erinnerte bei der Eröffnung der Ausstellung „The Habsburg Dynasty: 600 Years of Imperial Collections“ mit Exponaten aus dem Kunsthistorischen Museum auch an das 150-Jahr-Jubiläum der bilateralen Beziehungen Japan-Österreich. Das 150jährige Bestehen diplomatischer Beziehungen zwischen Japan und Österreich

könnte nicht passender begangen werden als durch eine Ausstellung des KHM in Tokio.

1869 hätten die beiden Kaiserreiche (eben Japan und Österreich-Ungarn) Kontakte geknüpft. Zudem habe sich Japan 1873 erstmals an einer Weltausstellung beteiligt, die damals in Wien stattfand. Die Folge sei eine „Welle der Begeisterung“ gewesen, die damals „Japonismus“ genannt worden sei, erklärte der Bundespräsident im Beisein der Direktorin des Museum of Western Art, Akiiko Mabuchi, und der Generaldirektorin des Kunsthistorischen Museums in Wien, Sabine Haag.

„Die Wertschätzung österreichischer Kunst ist in Japan so stark ausgeprägt wie in wenig anderen Ländern“, so der Bundespräsident.

Das Kunsthistorische Museum steuerte den Großteil der Exponate für die Ausstel-

lung bei, die eine Sammlung der Habsburger Dynastie aus sechs Jahrhunderten umfaßt. Alexander Van der Bellen erinnerte in diesem Zusammenhang daran, daß es sich dabei aber nicht um eine Kollektion österreichischer, sondern vielmehr europäischer Kunst handle. Schließlich hätte die Habsburg-Familie damals weit über Österreich hinaus Kontakte geknüpft, sagte der Bundespräsident. „Nach Tschechien, Italien, Spanien und auch Lateinamerika, aber das lassen wir vielleicht besser.“ Er erinnerte auch an Kaiser Karl V., in dessen Reich die Sonne sprichwörtlich nicht unterging. Die Exponate seien also auch Ausdruck eines „in Vielfalt vereinten Europas, das in der Gegenwart in anderer Form wieder erweckt wurde“.

Am Nachmittag wurde der Bundespräsident im Altstadtviertel Yanaka von einer

Österreich, Europa und die Welt



Foto: HBF / Peter Lechner

Der Bundespräsident bei der Eröffnung der Ausstellung »The Habsburg Dynasty: 600 Years of Imperial Collections« in Tokio

Schülergruppe empfangen, die japanische und österreichische Fähnchen schwenkte. Yanaka ist einer der wenigen Stadtteile Tokios, die den Zweiten Weltkrieg weitgehend unbeschädigt überstanden. Mehr als die Hälfte Tokios wurde damals durch US-amerikanische Brandbomben zerstört.

Wegen seiner zahlreichen Heiligtümer wird das Viertel auch „Tempelstadt“ genannt.

»Teezeremonie« für den Bundespräsidenten in der Tempelstadt Kamakura

Kamakura galt einst auch als „Mekka der Samurai“, wie der Bundespräsident bei einer Teezeremonie beim Tsurugaoka-Hachiman-Schrein erfuhr. Kamakura war nämlich vom 1185 bis 1333 der Regierungssitz Japans gewesen. Daher hatten die Samurai, die Ritter und Schwertkämpfer im vorindustriellen Japan, hier quasi eine ihrer Hochburgen. Die Stadt ist berühmt für zahlreiche gut erhaltene buddhistische Tempel und Shinto-Schreine aus jener Epoche.

Bundespräsident eröffnete Wirtschaftsforum in Tokio

Der Bundespräsident hat am 21. Oktober bei der Eröffnung des Wirtschaftsforums „Austria Connect Japan“ in Tokio auf die Bedeutung des im Februar in Kraft getretenen Freihandelsabkommens zwischen der EU und Japan hingewiesen. Dieses könne auch helfen, den bilateralen Handel zwischen Österreich und Japan auszubauen, so ein hoffnungsfroher Van der Bellen.



Foto: HBF / Peter Lechner

Am Nachmittag wurde der Bundespräsident im Altstadtviertel Yanaka von einer Schülergruppe empfangen, die japanische und österreichische Fähnchen schwenkte.

Die Weltwirtschaft sehe sich nämlich mit neuen Herausforderungen konfrontiert, kommentierte der Bundespräsident in offensichtlicher Anspielung auf die Strafzölle-Politik von US-Präsident Donald Trump, ohne diese freilich direkt zu erwähnen. „Wir sehen einen Protektionismus von Ländern, die früher als Fürsprecher eines freien Marktes aufgetreten waren.“

Daß Österreich und Japan heuer das 150-Jahr-Jubiläum der Aufnahme von diplomatischen Beziehungen feiern, sei ein Anlaß, diese Freundschaft auszubauen, meinte der Bundespräsident. Wien sei nicht nur Sitz wichtiger internationaler Organisationen wie der

UNO, der OPEC (Organisation erdölexportierender Länder) oder der OSZE (Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa), sondern auch ein Ausgangspunkt für Handelsbeziehungen mit den Ländern Zentral- und Osteuropas sowie der Balkanregion.

Die EU und Japan bilden seit 1. Februar die größte Freihandelszone der Welt. Ziel des Freihandelsabkommens ist es, Zölle und andere Handelshemmnisse nahezu vollständig abzubauen. Mit einem jährlichen Handelsvolumen von knapp vier Milliarden Euro ist Japan laut Wirtschaftskammer (WKO) nach China mit Abstand der zweitwichtigste Wirtschaftspartner Österreichs in Asien.

Österreich, Europa und die Welt

»Wien Products« in Japan

Auch besuchte Van der Bellen eine Ausstellung von „Wien Products“. Die vom Präsidenten der Wirtschaftskammer Wien, Walter Ruck, organisierte Exposition präsentiert typische Produkte aus der Bundeshauptstadt, die auch in Japan erhältlich sind, wie etwa Schlumberger-Sekt, Lobmeyr-Glaswaren, Mühlbauer-Hüte oder Augarten-Porzellan.

Van der Bellen erinnerte daher auch daran, daß die japanischen Prinzessin Kako während ihres Wien-Besuchs unter anderem das Palais Augarten und die Wiener Sängerknaben besucht hatte. Ihr Onkel, Japans neuer Kaiser Naruhito, gilt als großer Fan der Wiener Sängerknaben.

Weiters standen für den Bundespräsidenten noch Besuche im "Smart Energy Network Park Tamachi" und der historischen Gartenanlage "Hama Rikyu" ("Kaiserlicher Garten der Hama-Residenz") auf dem Programm.

»I congratulate the people of Japan!«

Der Himmel hatte letztlich doch ein Einsehen: Er schloß just kurz seine Schleusen über Tokio, als der neue „Tenno“, Japans Kaiser Naruhito, am 22. Oktober offiziell den Chrysanthementhron bestieg. Die feierliche Zeremonie im Kaiserpalast war zuvor von Wind und Regen begleitet gewesen.

Der „Himmelsherrscher“ hatte seine Kontakte nach oben aber offenbar doch noch geltend gemacht: Die Sonne zeigte sich nämlich in dem Moment von ihrer lächelnden Seite, als Naruhito am frühen Nachmittag seine Thronbesteigung vom „Takamikura“ – dem

Bild rechts und unten: Bundespräsident Alexander Van der Bellen hat bei der Eröffnung des Wirtschaftsforum »Austria Connect Japan« in Tokio auf die Bedeutung des im Februar in Kraft getretenen Freihandelsabkommens zwischen der EU und Japan hingewiesen.



Foto: HBF / Peter Lechner

Eintauchen in japanische Traditionen und Rituale in einem der vielen Tempel in Kamakura

6,5 Meter hohen und acht Tonnen schweren Chrysanthementhron – ausproklamierte. Danach wurde es wieder regnerisch.

„Jetzt, in dieser Zeremonie, erkläre ich innerhalb und außerhalb Japans die Inthronisierung“, sagte Naruhito. Der Kaiser versprach, seine Funktionen als „Symbol der

Nation“ und „Einheit des japanischen Volkes“ zu erfüllen, eine Rolle, die für den Kaiser in der nach dem Zweiten Weltkrieg erlassenen Verfassung vorgesehen ist.

Naruhito sprach sich auch für das „Glück des japanischen Volkes und den Frieden der Welt“ aus und versprach, „mit Verantwort-



Foto: HBF / Peter Lechner



Foto: HBF / Peter Lechner

Österreich, Europa und die Welt

„Tugend und Weisheit“ für das Wohlergehen des japanischen Volkes und den „Wohlstand der Menschheit“ zu handeln.

Nach der an ein avantgardistisches Theaterstück erinnernden Proklamation von Naruhito hielt Ministerpräsident Shinzo Abe eine kurze Glückwunschsrede. Abe ließ den neuen Kaiser am Ende der knapp 30minütigen Zeremonie drei Mal mit dem Ruf „Ban-zai!“ hochleben.

In der Früh hatte Naruhito noch bei strömendem Regen die heiligen Schreine „Kashikodokoro“, „Koreiden“ und „Shinden“ besucht, um den Gottheiten mitzuteilen, daß er später im Tagesverlauf seine Regentschaft verkünden wird. Naruhito hatte sein Amt am 1. Mai nach Abdankung seines Vaters Akihito übernommen. Naruhito ist damit der 126. Kaiser der offiziellen Abfolge.

Daß ein an sich nach der Feier geplanter Autokorso aus Respekt vor den Opfern des Taifuns „Hagibis“, der Mitte Oktober Dutzende Tote und schwere Sachschäden an mehr als 10.000 Häusern hinterlassen hatte, abgesagt worden war, störte angesichts der Witterungsverhältnisse wenig. Die Rundfahrt in der offenen Toyota-Cabriolimousine wäre wahrscheinlich so oder so in Wasser gefallen.

Für Glanz und Gloria war aber ohnedies gesorgt: In Frack, Uniform, Galakleid oder länderspezifische Trachten gewandete WürdenträgerInnen und aus rund 200 Ländern und von internationalen Organisationen nahmen an der Zeremonie teil.

Darunter die Bundespräsidenten Alexander Van der Bellen und Frank-Walter Steinmeier (Deutschland), Staats- und Regierungschefs aus Afrika, Asien und Lateinamerika, die EU-Außenbeauftragte Federica Mogherini wie auch gekrönte Häupter wie König Carl Gustaf von Schweden, Felipe von Spanien oder Großbritanniens Thronfolger Prinz Charles.

Sie wurden in einem langen und aufwendigem Prozedere alle einzeln von einer wahren Heerschar an Zeremoniendienern auf ihre Plätze geführt und verfolgten den Festakt teils von einem der „Kiefernhalde“ („Matsu no ma“) gegenüberliegendem Trakt mit dem Opernglas beziehungsweise auf elegant in die hölzerne Wandverkleidung integrierten TV-Screens.

Auch JournalistInnen aus aller Welt tummelten sich in dem und um den Palast. Jene, die nicht nur die Liveübertragung im Pressezentrum verfolgen durften, waren in der Früh nach einem strengen Protokoll in kleinen Gruppen Stunden vor der eigentlichen



Bundespräsident Alexander Van der Bellen mit Gattin Doris Schmidauer und Deutschlands Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier mit Gattin Elke Büdenbender bei der Zeremonie

Zeremonie in den Kaiserpalast geleitet worden. Dort wurden sie dann mit einem ausführlichen Video über das bisherige Leben und Wirken Naruhitos informiert.

Und natürlich auch über seine Hobbys und Leidenschaften: Bergsteigen und klassische Musik. Naruhito ist nicht nur Fan der Wiener Sängerknaben, er greift auch gerne selbst zum Bogen, um virtuos die Viola zum Klingen zu bringen, wie in einer der Einspielungen zu sehen und hören war.

Van der Bellen: Besuch von Naruhito und Masako in Österreich »hoffentlich noch in meiner Amtszeit«

Nach der „altreligiösen, liturgischen Inthronisierung“ (O-Ton Alexander Van der Bellen) von Japans Kaiser Naruhito stand für den Bundespräsidenten am Abend noch das Bankett (Kyoen-no-gi) im kaiserlichen Palast auf dem Programm. Dabei werde er das Kaiserpaar nach Österreich eingeladen, verriet der Bundespräsident zuvor im Gespräch mit JournalistInnen in Tokio.

Bei dem Bankett wird jeder der rund 200 Staatsgäste dem Kaiser persönlich vorgestellt. „Da werde ich die Gelegenheit haben“, sagte Van der Bellen. „Vielleicht wird es im nächsten oder übernächsten Jahr dazu kommen, hoffentlich jedenfalls noch in meiner jetzigen Amtszeit.“ Er hoffe auch, daß Kaiser Naruhito und seine Ehefrau Masako bis dahin vom höfischen Protokoll nicht „in eine andere Welt versetzt“ werden. Derzeit seien die beiden noch „sehr nahbar“.

Die Beziehungen zwischen Japan und Österreich seien nicht nur wegen des aktuel-

len 150-Jahre-Jubiläums der Aufnahme diplomatischer Beziehungen ganz besonders, stellte Van der Bellen fest. „Es gibt eine Verbindung über Kultur und Musik.“ Das betreffe nicht nur den aktuellen Kaiser, der regelmäßig die Tokio-Konzerte der Wiener Sängerknaben besuche, sondern habe historische Wurzeln, kramte Van der Bellen in der Geschichte(n)-Kiste und zog eine Anekdote aus dem Jahr 1869 hervor:

Nachdem die Kaiserreiche Japan und Österreich-Ungarn diplomatische Bande geknüpft hätten, habe Kaiser Franz Joseph einen Bösendorfer-Klavierflügel nach Japan verschiffen lassen. Dort wurden dem damaligen Kaiser dann Werke von Johann Strauß oder Felix Mendelssohn Bartholdy dargeboten, wobei dieser dem dereinst geltenden Protokoll entsprechend hinter einem Vorhang saß. Aus seinem Versteck heraus habe der Monarch aber mehrere Zugaben gefordert, erzählte ein schmunzelnder Van der Bellen. Das sei der Beginn dieser besonderen musischen Beziehung gewesen. Ironie der Geschichte: Die Bösendorfer-Klaviermanufaktur ist seit 2008 im Besitz des japanischen Yamaha-Konzerns.

Am Rande des Besuchs am kaiserlichen Hof absolvierte der Bundespräsident in der japanischen Hauptstadt auch noch bilaterale Gespräche mit den Präsidentinnen Estlands, Kersti Kaljulaid, und Georgiens, Salome Surabischwili. Dabei sei es unter anderem um die Entwicklungen in Rußland und der Ukraine gegangen. ■

<http://www.bundespraesident.at>

Quellen: Präsidentschaftskanzlei, Edgar Schütz/APA

5. IPU-Weltkonferenz in Wien

Österreichs Parlament ist 2020 Gastgeber – Nationalratspräsident Sobotka unterzeichnet Memorandum of Understanding für das weltweite Parlamentariertreffen

Das österreichische Parlament wird nächstes Jahr im August das 5. Welttreffen der Interparlamentarischen Union (IPU) ausrichten. Es werden die PräsidentInnen der Parlamente aus 178 Staaten und rund 1.200 Delegierte erwartet. Mit dem österreichischen Parlament ist damit zum ersten Mal ein nationales Parlament Gastgeber dieser Konferenz. Veranstaltet wird das Welttreffen in Zusammenarbeit mit der Interparlamentarischen Union und den Vereinten Nationen. Das gemeinsame Vorhaben wurde am 15. Oktober im Rahmen der zweimal im Jahr stattfindenden IPU-Versammlung mit einem Memorandum of Understanding zwischen Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka und der Präsidentin der IPU, Gabriela Cuevas Barron, sowie dem Generalsekretär der IPU, Martin Chungong, in Belgrad besiegelt.

„Als Zentren der Demokratie sowie des politischen Austauschs gewinnen Parlamente für die internationale Zusammenarbeit zunehmend an Bedeutung. Wir wollen Wien als Standort für den parlamentarischen Dialog positionieren und die Brückenfunktion Österreichs in der Welt unterstreichen“, so Nationalratspräsident Sobotka.

Die Bekämpfung von Extremismus und Antisemitismus aber auch den Klimawandel sieht der Nationalratspräsident dabei als zentrale Themenschwerpunkte für die Weltkonferenz in Wien. „Attentate wie das jüngste vor einer Synagoge im deutschen Halle sind eine Attacke auf uns alle und unsere demokratischen Werte. Aus diesem Grund sehe ich insbesondere Parlamente in der Pflicht, um gegen Extremismus, Antisemitismus und Intoleranz vorzugehen“, betonte Sobotka in seinem Statement vor der IPU-Versammlung in Belgrad.

Sammlung von Best-Practice-Projekten zur Demokratiebildung

Auch das Thema Demokratiebildung will der Nationalratspräsident mit den übrigen 178 IPU-Mitgliedsländern bei der Weltkonferenz in Wien behandeln. „Unser aller Ziel muß es sein, die Parlamente für BürgerInnen weiter zu öffnen und die Demokratisierung der Gesellschaft voranzutreiben“, so Sobotkas weiterer Appell an seine AmtskollegInnen. Um einen gegenseitigen Austausch zu



Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka und IPU-Generalsekretär Martin Chungong unterzeichnen das Memorandum of Understanding für die 5. IPU-Weltkonferenz 2020 in Wien.



Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka mit IPU-Präsidentin Gabriela Cuevas Barron

ermöglichen und voneinander lernen zu können, schlägt der Nationalratspräsident vor, unter der Schirmherrschaft der IPU eine weltweite Sammlung von Best-Practice-Projekten zur Demokratiebildung zu erarbeiten.

Die IPU-Weltkonferenz fand im Jahr 2000 zum ersten Mal statt – die ParlamentspräsidentInnen haben sich dreimal am UNO-Hauptsitz in New York (2000, 2005 und 2015) sowie einmal am zweiten UNO-Sitz Genf (2010) getroffen. Fixiert werden die Konferenzthemen für die 5. Weltkonferenz im No-

vember in einem Vorbereitungstreffen in Genf.

Die weltweite ParlamentarierInnenorganisation für Völkerzusammenarbeit und Frieden feiert heuer ihr 130jähriges Bestehen. Sie vereint 179 nationale Parlamente aus der ganzen Welt und arbeitet eng mit den Vereinten Nationen zusammen. ■

<https://www.parlament.gv.at/>

https://de.wikipedia.org/wiki/Interparlamentarische_Union

Quelle: Parlamentskorrespondenz

Österreichs Diplomatie als aktive Schnittstelle zwischen internationaler Politik und Wirtschaft

Wie das Außenministerium österreichische Exportunternehmen unterstützt

Die Unterstützung österreichischer Unternehmen im Ausland ist seit jeher Teil der Aufgaben der österreichischen Diplomatie. Das Image Österreichs als attraktiver und kompetitiver Wirtschafts- und Industriestandort zu bewerben, gehört zum täglichen Job österreichischer Diplomatinen und Diplomaten.

„Österreichs Botschaften haben dabei in den letzten Jahren einen Quantensprung in Bezug auf die Servicequalität für exportorientierte Unternehmen gemacht, auch im konsularischen Bereich“, meint der Vorstandsvorsitzende der Rosenbauer International AG, Dieter Siegel. „Durch ein spürbar neues Selbstverständnis der Diplomatie agieren unsere Vertretungen zunehmend auch als aktive Schnittstellen zwischen internationaler Politik und Wirtschaft, die die bestehenden Institutionen der Aussenwirtschaft sinnvoll ergänzen und komplettieren.“

Immer dann, wenn die Lösung eines Problems nur über diplomatische oder politische Intervention herbeigeführt werden kann, kommt das Bundesministerium für Europa, Integration und Äußeres (BMEIA) ins Spiel. Auch laufende politische und wirtschaftspolitische Analysen, der Einsatz für österreichische Interessen in multilateralen Gremien, die Herstellung hochrangiger politischer Kontakte, die konsularische Unterstützung österreichischer Firmen, der konsularische Schutz für deren österreichische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Ausland oder die „Wirtschaftspartnerschaften“ der Entwicklungszusammenarbeit (EZA) des Außenministeriums sind Teil der Wirtschaftsdiplomatie.

Seit 2016 gibt es im Außenministerium eine zentrale Anlaufstelle für österreichische Unternehmen: Die Abteilung für Unternehmensservice fungiert als Koordinationsstelle zur Unterstützung von Unternehmensanliegen.

Wichtigster Partner des BMEIA-Unternehmensservice bei der Unterstützung österreichischer Unternehmen im Ausland ist – abgesehen von den eigenen Botschaften und Generalkonsulaten im Ausland – die Aussenwirtschaft der Wirtschaftskammer (WKO).

Die Expertinnen und Experten des Außenministeriums setzen sich in Abstimmung mit anderen Fachressorts - wie z.B. dem Finanzministerium oder dem Wirtschaftsministerium – auch dafür ein, nachteilige Auswirkungen durch Sanktionen anderer Staaten abzuwehren bzw. für österreichische Unternehmen möglichst gering zu halten. Bei der Suche nach Lösungen fungiert das BMEIA-Unternehmensservice als Drehscheibe zwischen der WKO, der Industriellenvereinigung, der österreichischen Bundesregierung und diversen Akteuren auf EU-Ebene.

Mit dem Ziel, ein tragfähiges internationales Netzwerk zu schaffen, das Österreich bei der Durchsetzung seiner Interessen hilft, organisiert das BMEIA-Unternehmensservice mit inhaltlicher Unterstützung durch die Aussenwirtschaft und die Industriellenvereinigung ein internationales Besuchsprogramm namens „ALPS“ (Austrian Leadership Program Series). In Anlehnung an das amerikanische Vorbild lädt das Außenministerium dabei ein- bis zweimal jährlich eine Gruppe internationaler Führungskräfte aus Nicht-EU-Ländern ein, um ihnen das moderne und innovative Österreich zu präsentieren - eine Investition, die sich langfristig als wertvolles Kapital erweist, denn viele der mittlerweile 250 Absolventinnen und Absolventen von ALPS unterstützen österreichische Anliegen im Ausland mit Begeisterung.

Ein Beitrag der Abteilung IV.2 Unternehmensservice im Bundesministerium für Europa, Integration und Äußeres. ✓



Foto: BMEIA-Pressabteilung I.3

v.l.: Wirtschaftsdelegierter Christian Kesberg (AC London); Gesandte Erika Bernhard (BMEIA-Unternehmensservice); Gesandte Yvonne Tonic-Sorinj (Leiterin der Abteilung III.1/Grundsatzfragen Europas), Botschafter Gregor Schusterschitz (Österreichs Vertreter in der EU Ratsarbeitsgruppe zu den BREXIT-Verhandlungen in Brüssel), Monica Rintersbacher (Geschäftsführerin Leitbetriebe Austria) und Gesandte Ulrike Ritzinger (Leiterin des BMEIA-Unternehmensservice)

 Bundesministerium
Europa, Integration
und Äußeres

Neues Integrationsbarometer

Hajek-Befragung: 90 Prozent befürworten Ausweitung verpflichtender Integrationsmaßnahmen – Stimmungsbild eingetrübt – Zusammenleben mit MuslimInnen wird zunehmend kritisch bewertet

Im Sommer befragte Meinungsforscher Peter Hajek im Auftrag des Österreichischen Integrationsfonds (ÖIF) 1.000 österreichische StaatsbürgerInnen ab dem 16. Lebensjahr zum Zusammenleben von ÖsterreicherInnen, ZuwanderInnen und Flüchtlingen.

42 % bewerten Zusammenleben mit ZuwanderInnen positiv, 53 % negativ

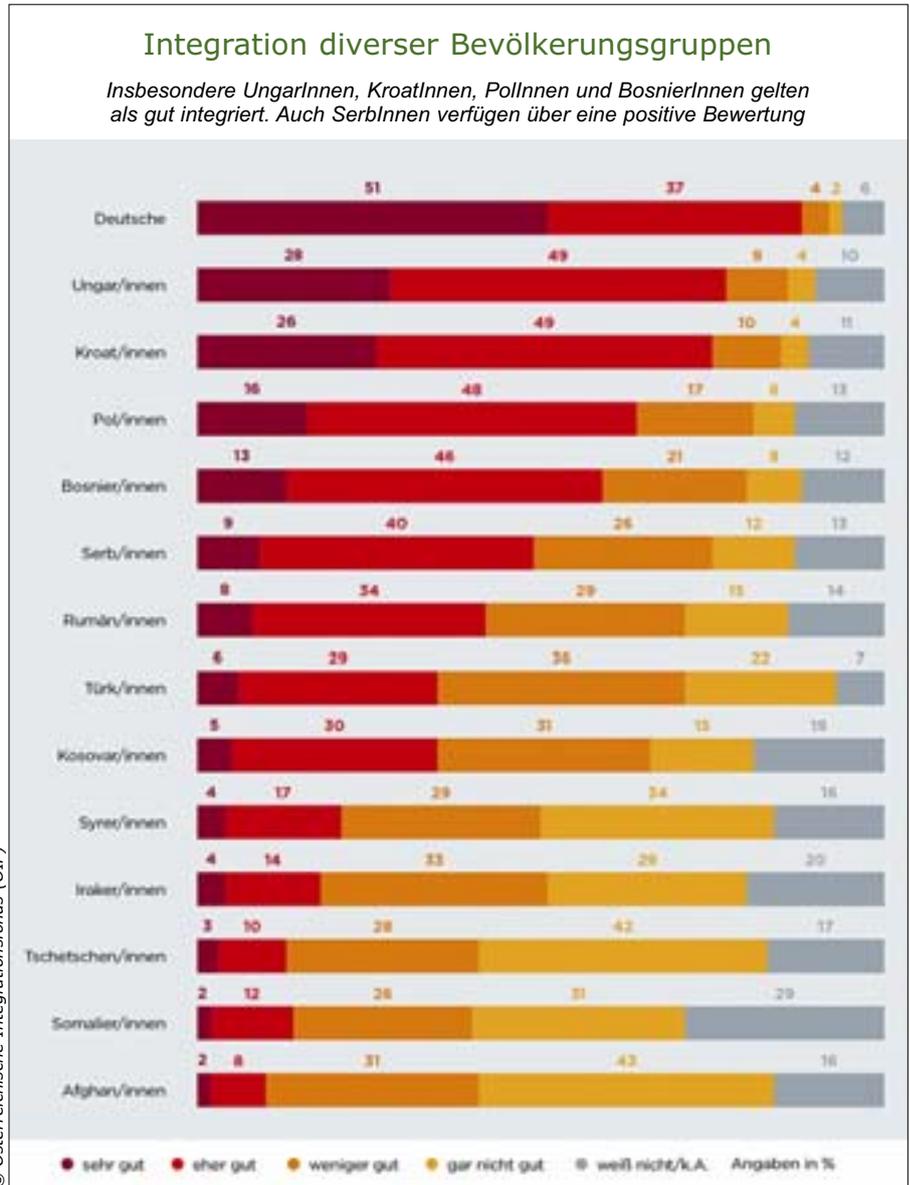
Was das Zusammenleben von ÖsterreicherInnen und ZuwanderInnen betrifft, hat sich die Stimmung im Vergleich zur letzten Befragung im Winter 2018 eingetrübt: Waren es Ende letzten Jahres noch 48 % der Befragten, die das Zusammenleben von ÖsterreicherInnen und ZuwanderInnen positiv bewerteten, sank dieser Wert im ersten Halbjahr 2019 auf 42 %. Besonders kritisch wird das Zusammenleben mit MuslimInnen bewertet: 62 % der Befragten empfinden dieses als negativ (vgl. Winter 2018: 59 %). 6 von 10 Befragten befürchten eine Ausweitung des politischen Islam. Sehr unterschiedlich wird die Integration verschiedener Herkunftsgruppen eingeschätzt: Weniger oder gar nicht gelungen wird die Integration von AfghanInnen (74 %), TschetschenInnen (70 %) und SomalierInnen (57 %) angesehen. Als gut integriert gelten hingegen insbesondere UngarInnen (77 %), KroatInnen (75 %) und BosnierInnen (59 %)

Staatliche Evaluierung des islamischen Religionsunterrichts gewünscht

8 von 10 Befragten sprechen sich beim Themenbereich Integration und Schule vor allem für strengere staatliche Kontrollen bei Inhalten des islamischen Religionsunterrichts sowie bei der Auswahl islamischer ReligionspädagogInnen an österreichischen Schulen aus. 7 von 10 Befragten finden zudem, daß das Tragen eines Kopftuchs für Mädchen bis zur Mittelstufe beziehungsweise der AHS-Unterstufe sowie auch für Kindergartenpersonal und LehrerInnen untersagt sein sollte

Mehrheit gegen stärkere Rücksichtnahme auf religiöse Gepflogenheiten

Generell spricht sich die Mehrheit der Befragten (70 %) dagegen aus, im öffent-



lichen und gesellschaftlichen Zusammenleben stärker auf religiöse Gepflogenheiten Rücksicht zu nehmen. 11 % aller Befragten zeigen Verständnis für die Einhaltung von Gebetszeiten während der Arbeitszeit, 15 % zeigen Bereitschaft für eine stärkere Rücksichtnahme auf religiöse Feiertage

9 von 10 Befragten befürworten verpflichtende Integrationsmaßnahmen

Im Sinne der Integration von Flüchtlingen und MigrantInnen in die österreichische Gesellschaft befürworten 90 % der Befrag-

ten verpflichtende Maßnahmen sowie eine Sanktionierung, sofern diese Maßnahmen nicht erfüllt werden. Besonders hoch ist der Zuspruch etwa für Deutschkurse für Imame (90 %) oder Deutschkursförderung in den Sommerferien für Kinder mit Sprachschwierigkeiten (90 %). Die seit Inkrafttreten des Integrationsgesetzes 2017 verpflichtenden Werte- und Orientierungskurse für Flüchtlinge erfahren hohe Zustimmung: 8 von 10 Befragten wünschen sich einen Ausbau dieser Maßnahme.

<http://www.integrationsfonds.at/>

Burgenland-Deklaration zum Klimaschutz

Unterzeichnung durch VertreterInnen von staatlichen und nichtstaatlichen Organisationen beim Internationalen Symposium »Action for Climate Empowerment«



Foto: Bgld. Landesmedienservice

Ein „High-level-Event für Maßnahmen zur Stärkung des Klimas“ fand im Beisein von Burgenlands Umweltlandesrätin Astrid Eisenkopf, Vertretern des UN-Klimasekretariats und des Bundesministeriums für Nachhaltigkeit und Tourismus, internationaler Umweltschutzorganisationen sowie wichtiger Stakeholder aus der Wirtschaft am 14. Oktober in Pamhagen statt. Die Veranstaltung im Rahmen des internationalen Symposiums zu diesem Thema wurde vom Land Burgenland in Kooperation mit dem Bundesministerium für Nachhaltigkeit und Tourismus und dem bilateralen österreichisch-deutschen Freundschaftsbund sowie mit Unterstützung des UN Klimasekretariats organisiert. Höhepunkt war die Verabschiedung einer „Burgenland Deklaration zum Klimaschutz“, mit deren Unterzeichnung sich Vertreter von staatlichen und nichtstaatlichen Organisationen zum Klimaschutz in ihrem Einfluszbereich verpflichten.

„Klimaschutz kann nur dann gelingen, wenn er in allen Teilen der Erde, auf allen Ebenen und von allen Menschen mitgetragen wird“, betonte Eisenkopf. „So wie es das Zusammenwirken vieler Handlungen war, die die Konzentration von Treibhausgasemissionen über die Jahrzehnte hinweg in der Atmosphäre steigen ließen, braucht es nun das Zusammenwirken aller, um dieser Entwicklung wieder entgegen zu treten. Verantwortung kann nicht delegiert oder verordnet werden, sie muß von der Person oder der Organisation aus, die Verantwortung über-

nimmt, passieren“, appellierte die Umweltlandesrätin. Mit der Unterfertigung der Deklaration erklären sich die Unterzeichner bereit, innerhalb ihrer Organisation oder ihres Unternehmens andere Menschen zu ermächtigen, selbst Verantwortung zu übernehmen.

Als „weiteren Meilenstein auf der Agenda, die Stärkung des Klimas zu promoten“ bezeichnete Ministerialrätin Talieh Wögerbauer, Generalsekretärin der Österreichisch-Deutschen Freundschaftsgesellschaft und UNFCCC-Botschafterin der „Action for Climate Empowerment“, das Symposium in Pamhagen. ACE sei „ein wichtiges Instrument, um die Bevölkerung adäquat zu informieren“. Bildung, Fortbildung, Zugang zu entsprechender Information, vor allem aber die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger als auch internationale Kooperationen seien wesentlich in der Bekämpfung des Klimawandels. „Die Burgenland-Deklaration ist eine Art Kick-off dafür, daß wir auch andere Nationen, andere Gesellschaften, die Diplomatie und vor allem den Privatsektor auffordern, uns zu unterstützen, adäquate Maßnahmen gegen den Klimawandel zu setzen.“ Keinesfalls dürfe man die Lösung der Probleme auf den Schultern der Jugend abladen, so Wögerbauer.

International Symposium on Action for Climate Empowerment

Erfahrungsberichte von VertreterInnen von Parteien, zwischenstaatlichen, Menschenrechts- und Non-profit-Organisationen, aus

dem privaten Sektor und von verschiedenen relevanten Stakeholdern und die Präsentation von good practice Beispielen standen im Fokus des Symposiums am Sonntag. Dabei wurden die Hauptfordernisse und Handlungsfelder für „Action for Climate Empowerment“ (ACE) definiert und Möglichkeiten erörtert, durch die Gewinnung von Partnerschaften und Unterstützern auf nationaler und internationaler Ebene Klimaschutzmaßnahmen auf allen Ebenen voranzutreiben – Ziele, die auch in der Klima Konvention und im Pariser Abkommen definiert sind. Der „High-level Event“ am stand im Zeichen einer Podiumsdiskussion darüber, wie das Pariser Abkommen durch Bildung und Bewußtseinsbildung schneller umgesetzt werden könnte, und welche Rolle überparteiliche Stakeholder dabei spielen könnten.

Burgenland-Deklaration zum Klimaschutz

Die nun verabschiedete „Burgenland-Deklaration zum Klimaschutz“ verpflichtet die Unterzeichner, im Hinblick auf die Erreichung des im Pariser Abkommen formulierten Ziels – Begrenzung des globalen Temperaturanstiegs auf 1,5 Grad – in ihrem Bereich alles zu unternehmen, was zur Stärkung des Klimas beiträgt, und andere zu unterstützen und zu ermutigen, dies ebenfalls zu tun.

Die Deklaration wird bei der nächsten UN-Klimakonferenz im Dezember in Santiago de Chile präsentiert werden. ■

<http://www.burgenland.at/>

Gäste aus sechs Nationen

37 Personen haben auf Einladung des Jewish Welcome Service Wien besucht

Der Jewish Welcome Service Vienna (JWS) war vom 15. bis 22. September Gastgeber einer Gruppe Jüdinnen und Juden, der 1. und 2. Generation mit Wiener Wurzeln. Diesmal kamen die Gäste aus Argentinien, Australien, Uruguay, Israel, Großbritannien und der USA.

Ältester Gast war Max Jäger (Jahrgang 1928) aus Argentinien, wohin er auch 1939 emigrierte, der sich noch sein Wienerisches Deutsch behalten hat. Yulica Marin (Jahrgang 1938) ist 1939 mit ihrer Mutter nach Bolivien emigriert und Henry Weil (Jahrgang 1935) hat die wunderbare Geschichte seines Vaters erzählt, der einmal in der Woche mit Sigmund Freud tarockiert hat.

Auch diesmal waren Geschwister und Anverwandte, die das erste Mal Wien besucht haben, auf den Spuren ihrer Eltern und Großeltern unterwegs – dabei sind natürlich unterschiedlichste Gefühle aufgekommen.

Die Stadtrundfahrt begeisterte jedoch sichtlich alle, denn einige haben sofort gemeint, sie würden wieder kommen.

Die Gruppe war im Rathaus zu einer Wiener Jause eingeladen und wurde dort von GR Peter Florianschütz und von Hannah Lessing, der Generalsekretärin des Nationalfonds der Republik Österreich, herzlich begrüßt.

Ein Highlight für die Gäste war die Einladung in der Hofburg, wo sie von Bundespräsident Alexander Van der Bellen mit einer wunderbaren Rede empfangen wurden – und sich für viele Selfies gerne zur Verfügung gestellt hat.

Viele hatten sich auch im Archiv der Israelitischen Kulturgemeinde Wien (IKG)



Foto: HBF / Peter Lechner

v.l.: Talya Lador-Fresher, Botschafterin des Staates Israel, Hannah Lessing, Generalsekretärin des Nationalfonds d. Republik Österreich, Bundespräsident Alexander Van der Bellen, Susanne Traunek, Generalsekretärin des JWS, Sigrid Oblak, Geschäftsführerin der Wien Holding GmbH., und Peter Schwarz, Geschäftsführer des psychosozialen Zentrums ESRA

Das Bild unten gibt einen Blick auf die 37 Gäste in der Präsidentschaftskanzlei.

angemeldet, um zu den Verwandten zu recherchieren und viele wollten nicht nur den alten Wohnsitz, die Schule, die Arbeitsstätte besuchen, sondern auch die Grabstätten ihrer Urgroß- bzw. Großeltern am 1. und 4. Tor des Zentralfriedhofs.

„Diese Einladungen werden immer bedeutender, denn damit zeigt die Stadt Wien, wie wichtig ihr die öffentliche Wahrnehmung und die Anerkennung des Leides der Holocaust-Überlebenden und ihrer Familien ist, so Susanne Traunek, Generalsekretärin des Jewish Welcome Service.

1980 wurde die Organisation auf Initiative des damaligen Bürgermeisters Leopold Gratz und des Stadtrates Heinz Nittel gemeinsam

mit dem 2007 verstorbenen Leon Zelman gegründet. Präsident ist der jeweilige Bürgermeister der Stadt Wien. Weitere Aufgaben neben dem Besuchsprogramm sind die Unterstützung von Gedenk- und Erinnerungsinitiativen sowie Information und Service für jüdische Wien-BesucherInnen. Darüber hinaus organisiert der JWS auch Einladungen für die jüngere Generation.

Finanziert wird die Tätigkeit des Jewish Welcome Service von der Stadt Wien mit Unterstützung der Wien-Holding GmbH. und der Republik Österreich. ■

<https://www.bundespraesident.at/>

<https://jewish-welcome.at/>

<https://www.ikg-wien.at/>



Foto: HBF / Peter Lechner

EXPO 2020: Spatenstich beim Österreich-Pavillon

Heimische Umwelt-Innovationen werden für kühle Köpfe in Dubai sorgen.



Foto: EXPO 2020 Dubai

Regierungskommissarin Beatrix Karl und Executive Director des Dubai Expo Bureau Najeeb Mohammed Al-Ali mit ihren Teams nach dem Spatenstich am 29. Oktober

In einem Jahr, am 20. Oktober 2020, beginnt die große Weltausstellung in Dubai. Die Vorbereitungen sind bereits in vollem Gang, auch beim Österreich-Pavillon hat nun die Bauphase begonnen. Den feierlichen Spatenstich vor Ort übernahmen die österreichische Regierungskommissarin Beatrix Karl und Najeeb Mohammed Al-Ali, Executive Director des Dubai Expo 2020 Bureau, am 29. Oktober.

State of the Art: Kegel-Komplex mit intelligentem Klima-Engineering

Österreichs Pavillon wird sich als Ensemble aus 38 ineinander verschnittenen Kegeln präsentieren. Im Inneren werden sie mit Lehm verputzt. Der älteste Baustoff der Erde und ein intelligentes Ventilative-Cooling-Konzept werden auf natürliche Weise für ein angenehmes Raumklima sorgen. Im Sinne des EXPO-Mottos „Connecting Minds“ verbindet der Pavillon so arabische Bautradition mit österreichischem Know-how einer integralen Gebäudeplanung und aktueller klimasensitiver Verfahren.

„Wir präsentieren uns in Dubai als welt-offenes Land, das sich mit innovativen und kreativen Lösungen globalen Herausforderungen stellt. Von außen weckt der Pavillon die Neugier, im Inneren präsentieren wir in spektakulären Raumsequenzen eine inspirierende Entdeckungsreise, die sinnliche und

digitale Erlebnisse zu einem stimmigen Ganzen zusammenführt“, betont Karl.

Globale Trends auf der EXPO mit dem höchsten Anteil internationaler Gäste

Die EXPO Dubai wird 2020 der Hotspot für einen internationalen Wissenstransfer und die Präsentation zukunftsweisender Innovationen sein. Österreich wird mit seinem Auftritt an vorderster Front mit dabei sein. Der Pavillon wird im thematischen Sektor Opportunity errichtet, der gemeinsam mit Sustainability und Mobility die drei Fokusbereiche der EXPO Dubai bildet. „Es ist mir eine Freude, Regierungskommissarin Beatrix Karl und ihr Team für den ersten Spatenstich des Österreichischen Pavillons hier am EXPO-Gelände zu begrüßen. Wir freuen uns darauf, Österreichs innovativen und spannenden Beitrag in weniger als einem Jahr während der EXPO 2020 zu erleben“, unterstreicht Najeeb Mohammed Al-Ali. Inklusion ist bei der EXPO Dubai ein zentraler Wert, sie wird auch so international sein wie keine Weltausstellung zuvor: 70 Prozent der BesucherInnen werden aus dem Ausland kommen.

VIP-Bereich und Österreich-Tag: Bühne für Österreichs Wirtschaft

Der österreichische EXPO-Auftritt wird von einem umfangreichen Rahmenpro-

gramm im In- und Ausland begleitet werden. „Während der EXPO steht heimischen Unternehmen und Delegationen im Pavillon ein eigener VIP-Bereich zur Verfügung. Unterschiedliche Event-Formate vom Workshop bis zum Talk werden ein aktives Networking neue Geschäftsbeziehungen ermöglichen. Wir haben bereits erste Buchungen für Veranstaltungen“, sagt Beatrix Karl. Rund drei Wochen nach dem Start wird Österreich dann ganz im Zentrum stehen: Mit einem vielfältigen Programm wird der Österreich-Tag am 12. November 2020 Höhepunkt der heimischen EXPO-Beteiligung sein.

iLab: Geniale Ideen aus Österreich für die Herausforderungen von morgen

Wie kein anderes Veranstaltungsformat bieten Weltausstellungen ein Forum für bedeutsame Zukunftsthemen, auch die EXPO 2020 wird ein Katalysator für den Wandel sein und richtungweisende Entwicklungen präsentieren. Österreich wird in Dubai mit dem iLab einen Ausstellungs-Bereich für inspirierende Lösungen, überraschende Produkte und zukunfts-trächtige Dienstleistungen reservieren. Eine Fachjury wird 40 Cutting-Edge-Innovationen auswählen, die abwechselnd präsentiert werden.

Bisher größte Veranstaltung im arabischen Raum

Dubai ist einer der Tourismus-Hotspots am Persischen Golf, mit besten Flugverbindungen und einer gut ausgebauten Infrastruktur. Die EXPO soll der Destination zusätzlichen Auftrieb geben. Ein großer Teil der EXPO-BesucherInnen in Dubai wird aus Indien, Saudi-Arabien, China, Großbritannien und den USA erwartet. „Die EXPO Dubai wird die größte Veranstaltung sein, die jemals im arabischen Raum stattfand. Sie bildet damit eine einzigartige Plattform, um Österreich mit seinen Sehenswürdigkeiten und seiner breiten kulturellen Tradition, aber auch mit seiner Innovationskraft einem Publikum zu präsentieren, das wenig Vorkenntnisse von unserem Land hat“, verdeutlicht Beatrix Karl. ■

<http://www.expoaustria.at>

Doskozil und Dorner bei Ungarns Ministerpräsident Viktor Orbán

Grenzüberschreitende Forschungsprojekte, grenzüberschreitende Verkehrsverbindungen auf Straße und kulturelle Kooperationen waren Themen der Gespräche.



Foto: Bgld. Landesmedienservice

Die burgenländische und ungarische Delegation (v.l.): Herbert Oschep, Büroleiter des Landeshauptmannes, Landesamtsdirektor Ronald Reiter, Landesrat Heinrich Dorner, Elisabeth Ellison-Kramer, Botschafterin von Österreich in Budapest, Landeshauptmann Hans Peter Doskozil, Ungarns Ministerpräsident Viktor Orbán, Andor Nagy, Botschafter von Ungarn in Wien, Levente Magyar, ungarischer Staatssekretär für grenzüberschreitende Zusammenarbeit, Zsigmond Perényi, Staatssekretär für von der Europäischen Union finanzierte Entwicklungsprojekte und Ciprián Farkas, Bürgermeisterkandidat der Stadt Sopron.

Burgenlands Landeshauptmann Hans Peter Doskozil und Verkehrslandesrat Heinrich Dorner trafen am 13. September an der Spitze einer burgenländischen Delegation in Budapest auf Ungarns Ministerpräsident Viktor Orbán, Innovationsminister László Palkovics und Verkehrsstaatssekretär László Mosóczy.

Im Zentrum der Gespräche mit letzteren standen neben bilateralen Forschungs- und Hochschulprojekten vor allem der grenzüberschreitende Ausbau diverser Bahnverbindungen, etwa Fertőszentmiklos-Neusiedl, die Beschleunigung der Bahnverbindungen Budapest-Wien, sowie geplante Schnellstrassenverbindungen, wie der Ausbau der M85 auf ungarischer Seite und damit der A3, oder der Ziel- und Quellverkehr an beschränkten Grenzübergängen.

Thema beim Arbeitssessen mit Ministerpräsident Viktor Orbán war neben kulturellen Kooperationen ebenfalls der Verkehr auf Schiene und Straße.

Landeshauptmann Hans Peter Doskozil resümierte: „Es war ein gutes Gesprächsklima, es konnten viele Informationen ausgetauscht und Standpunkte definiert werden. Das Burgenland und Ungarn arbeiten gut zusammen, und wir sind übereingekommen, diese Partnerschaft und die gegenseitige



Foto: Bgld. Landesmedienservice

Landeshauptmann Hans Peter Doskozil traf auf Ministerpräsident Viktor Orbán.

Kommunikation noch weiter zu intensivieren.“

In den Bereichen Forschung und Entwicklung sowie Bildung wurden Arbeitsgruppen vereinbart.

Im Bereich Verkehr wurden laut Landesrat Heinrich Dorner „gute Ansätze gefunden, aber es gibt noch Diskussionsbedarf.“ In Bezug auf einen von ungarischer Seite for-

cierten Ausbau der M85 und damit einen Ausbau der A3 erklärte Doskozil: „Wir haben unseren Standpunkt klar definiert, daß es eine Verlängerung auf burgenländischer Seite nicht geben wird.“

Um die Zusammenarbeit zu intensivieren und Lösungen zu finden, sind hier weiterführende Gespräche geplant. ■

<https://www.burgenland.at>

Burgenland Know-how für China

Erstmals Treffen einer hochrangigen Delegation aus der chinesischen Partnerregion Hunan mit Landeshauptmann Hans Peter Doskozil – Austausch über erneuerbare Energie, Urbanisierung, Wasserstoffbusse und Windkraft



Foto: Bgld. Landesmedien Service

Landeshauptmann Hans Peter Doskozil im Gespräch mit der chinesischen Delegation aus der Partnerregion Hunan

Seit 1999 pflegt das Burgenland eine Partnerschaft mit der chinesischen Provinz Hunan. Die Region investiert in die Bekämpfung von Luft- und Umweltverschmutzung. Davon könnten auch burgenländische Unternehmen profitieren. Bei den Gesprächen mit der hochrangigen Politik- und Verwaltungsdelegation stand die Intensivierung und Optimierung der bisherigen partnerschaftlichen Beziehungen im Mittelpunkt.

Über den Tellerrand blicken

„Es ist wichtig über den Tellerrand zu blicken und sich auch mit so großen Ländern wie China auszutauschen, dadurch eröffnen sich ganz andere Dimensionen und Sichtweisen, von denen auch das Burgenland profitieren kann,“ so Landeshauptmann Hans Peter Doskozil. China ist im Umbruch und treibt seine eigene Energiewende voran. Die Regionalregierung der Provinz Hunan in Zentralchina will eine lebenswerte Umwelt für die nächsten Generationen schaffen. Seen und Flüsse sollen wieder sauber gemacht, CO₂ und Energie eingespart werden. Bei diesen Bestrebungen soll das Burgenland mithelfen.

Bilaterale Beziehungen weiter ausbauen

Der Landeshauptmann will die bilateralen Beziehungen mit der Partnerprovinz Hunan weiter ausbauen und bietet für die Umsetzung der chinesischen Energiestrategie Hilfe aus dem Burgenland an. Daß das Burgenland 150 Prozent des burgenländischen Strombedarfs aus sauberer, erneuerbarer Energie gewinnt, war für die Delegation äußerst beeindruckend.

Die Provinz Hunan mit 73 Millionen Einwohnern ist bekannt für den Tourismus und reich an Seen und Flüssen, die man vor allem für BesucherInnen nun wieder sauber bekommen möchte. Dafür benötigt die Region in Zentralchina ausländisches Fachwissen. 2020 soll die Partnerschaft zwischen dem Burgenland und Hunan durch besondere kulturelle Veranstaltungen gemeinsam gefeiert werden.

Die Beziehungen des Burgenlandes zu China haben bereits Tradition. Unter Landeshauptmann Karl Stix kam zu einer Partnerschaft des Burgenlandes mit der südchinesischen Provinz Hunan. Unterzeichnet wurde dieses Übereinkommen im Jahr 1999.

Die bereits bestehenden Beziehungen werden seitdem besonders auf den Gebieten Wirtschaft, Handel, Kultur, Bildung und Gesundheitswesen intensiviert.

Die Provinz Hunan

Der Name der Provinz stammt daher, daß Hunan südlich des Dongting-Sees liegt (湖, hú ‚See‘; 南, nán ‚Süden‘). Schon seit der Yuan- und Ming-Dynastie, als Hunan und Hubei in der Provinz Huguang (湖廣, húguǎng) zusammengefaßt waren, spielt es eine wichtige Rolle bei der Reisversorgung des Landes. Hunan ist eine der fruchtbarsten und am besten bewässerten Provinzen Chinas. Neben Reis spielt auch die Erzeugung von Tee und Baumwolle eine wichtige Rolle.

Im Jahr 2015 erwirtschaftete die Provinz, die sich aus 13 bezirksfreien Städten und einem Autonomen Bezirk zusammensetzt, ein BIP in Höhe von 479 Mrd. US-\$ und belegte damit Platz 7 unter Chinas Provinzen, das Wohlstandsniveau lag ungefähr auf dem Niveau von Südafrika und betrug 85 Prozent des chinesischen Durchschnitts. ■

<https://www.burgenland.at>

Quelle Hunan: <https://de.wikipedia.org/wiki/Hunan>

Eisenstadt besucht EUFOR-Truppe Bosnien

Eisenstädter führt Kommando über 600 Soldaten

Eine kleine Eisenstädter Delegation, angeführt von Bürgermeister Thomas Steiner, besuchte am 26. Oktober, dem Nationalfeiertag, die EUFOR-Truppe in Bosnien und Herzegowina. Der Eisenstädter Generalmajor Reinhard Trischak führt seit Juni 2019 das Kommando über rund 600 Soldatinnen und Soldaten aus 20 Ländern.

Am 26. Juni 2019 übernahm Generalmajor Reinhard Trischak das Kommando über die EUFOR-Truppe. Für den aus Eisenstadt stammenden Offizier ist es der zweite Auslandseinsatz. Er ist seit 1981 beim Österreichischen Bundesheer und war unter anderem von 2006 bis 2008 in Brüssel im EU-Militärstab tätig. Österreich hat unter der Führung von Generalmajor Trischak bereits zum achten Mal in Folge das Kommando über die EU-Mission.

Bürgermeister Thomas Steiner besuchte über das Wochenende die Truppe in Bosnien und Herzegowina. Gemeinsam mit 1. Vizebürgermeister Istvan Deli nutzte er die Chance, sich einen interessanten Einblick in die Aufgaben und Arbeitsweisen des Österreichischen Bundesheeres auf Auslandseinsätzen zu verschaffen. Für die derzeit sieben burgenländischen Soldaten der EUFOR-Mission hatte die Delegation mit den „Haydn-gulden“, einen süßen Gruß aus der burgenländischen Landeshauptstadt, im Gepäck.

Neben diversen Briefings über die „Mission Althea“ im Camp in Sarajevo standen auch Besuche in der historischen Innenstadt von Sarajevo, der Stadt Mostar mit der weltbekannten Bogenbrücke und dem „Tunnel of Life“ beim Flughafen Sarajevo auf dem Programm.

„Österreich leistet einen wesentlichen Beitrag zum Frieden in Europa und stellt mit über 300 Soldaten das größte Kontingent der EUFOR-Mission. Daß ein Eisenstädter das Kommando über die gesamte Mission hat, freut mich natürlich besonders. Ich wünsche Reinhard Trischak auch weiterhin viel Erfolg und Soldatenglück für seine Aufgabe“, so Bürgermeister Thomas Steiner.

Das Österreichische Bundesheer beteiligt sich seit 1996 an der internationalen Friedenstruppe in Bosnien und Herzegowina. Seit



Bürgermeister Thomas Steiner und Generalmajor Reinhard Trischak im Hauptquartier der European Union Forces »Operation Althea« in Sarajevo



Fotos: Magistrat der Landeshauptstadt Eisenstadt

Generalmajor Reinhard Trischak (2.v.l.) zeigt Bürgermeister Thomas Steiner, 1. Vizebürgermeister Istvan Deli (l.) und 2. Landtagspräsident Rudolf Strommer (r.) im Zuge ihres EUFOR-Besuchs auch den „Tunnel of Life“ in Sarajevo.

Dezember 2004 stehen die österreichischen Soldaten unter dem Kommando der Europäischen Union. Der wesentliche Auftrag der Truppe ist es, ein sicheres Leben für die Bevölkerung in Bosnien und Herzegowina zu gewährleisten und bei innerstaatlichen Konflikten einzuschreiten.

Durch Patrouillentätigkeiten und die Unterstützung bei Unterrichten in Schulen im

Hinblick auf die Sensibilisierung in Bezug auf Minen, wird die Bevölkerung auf die ständige Präsenz von EUFOR-Kräften aufmerksam gemacht. Auch die Unterstützung der bosnischen Sicherheitskräfte kann im Bedarfsfall zu einem bestimmten Grad gewährleistet werden. ■

<http://www.eisenstadt.at/>

<http://www.bundesheer.at/ausle/eufor/>

Gedenken an Volksabstimmung

Kärntens Landesfeier zum 10. Oktober – Landeshauptmann Peter Kaiser:
Die Geschichte wurde zu gemeinsamem Fundament für die Zukunft



Foto: fritzpress / Walter Fritz

Zur 99. Gedenkveranstaltung am Neuen Platz – 10. Oktoberfeiern 2019 (vorne v.l.): LRin Sara Schaar, LR Sebastian Schuschnig, LR Martin Gruber, Bürgermeisterin Maria-Luise Mathiaschitz, LRin Beate Prettner, LR Daniel Fellner, LRin Gaby Schaunig, Landtagspräsident Reinhart Rohr, Landeshauptmann Peter Kaiser und Kärntens Militärkommandant Brigadier Walter Gitschthaler vor dem Klagenfurter Rathaus

Unter dem Motto „192019 Kärnten – gemeinsam in die Zukunft/Koroska – skupno v prihodnost“ fanden am 10. Oktober die Feierlichkeiten im Gedenken an die Volksabstimmung vor 99 Jahren statt. Traditionell begann Kärntens Feiertag mit der Kranzniederlegung am Friedhof in Annabichl, um all der Gefallenen und Opfer des Abwehrkampfes zu gedenken. Am Neuen Platz im Zentrum der Landeshauptstadt fand schließlich die offizielle Feier des Landes statt.

„Stellvertretend für die Bevölkerung sage ich als Landeshauptmann heute ‚Danke‘ – allen, die Familie und Freunde verloren haben, allen, die sich mutig und tapfer die Grenze erstritten und eine demokratische Entscheidung erkämpften, die schließlich unserem geeinten Land eine Zukunft gegeben hat. Ich verneige mich vor allen, die das Fundament für unser Kärnten erkämpft haben, vor allen Opfern, die diese Auseinandersetzung gefordert hat“, betonte Kaiser in seiner Rede.

Der Landeshauptmann erklärte, daß der 10. Oktober nach wie vor ein großer, historischer Tag für ein stolzes Kärnten sei, an dem die Bevölkerung mit Demut und Reue ebenso wie mit Dankbarkeit, Zuversicht und Stolz derer gedenke, die Geschichte geschrieben haben. „Die deutsch- und slowenischsprachige Bevölkerung und die Windischen haben mit ihrer Entscheidung dafür gesorgt, daß Südkärnten in der Republik Österreich verbleibt, haben ein starkes Bekenntnis zur Demokratie und zur Einheit unseres Landes abgelegt. Dem Mut und der Opferbereitschaft unserer Väter, Mütter und Großeltern haben wir dieses Ergebnis, hat dieses Land die Zukunft zu verdanken“, betonte Kaiser und ging auf den detaillierten Ablauf vom Großangriff des SHS-Staates bis hin zur Volksabstimmung ein.

Die Pflicht, sich zu erinnern und aus der Geschichte für das Heute und die Zukunft zu lernen, sei heute laut Kaiser wichtiger denn je. „Es sind die Erinnerungen an diese Opfer die uns, vor allem den Entscheidungsträgern,

Warnung sein müssen, wenn die Demokratie in Ländern dieser Welt aus den Fugen zu geraten droht, wenn nationalstaatliche, ethnische Egoismen und Extremismen, als falsch verstandener Patriotismus um sich zu greifen beginnt“, mahnte Kaiser in seiner Rede ein. Kärntens Devise war und ist laut dem Landeshauptmann: „Aus der Vergangenheit, in der Gegenwart für die Zukunft lernen/Učiti se iz preteklosti v sedajnosti za prihodnost.“

Volkgruppenpolitik

Besonders die Volkgruppenpolitik hob Kaiser in seiner Ansprache hervor. Der schon von Landeshauptmann Gerhard Dörfler eingeschlagene, gemeinsame Weg der Versöhnung Kärntens sei auch von Bundespräsident Alexander Van der Bellen und von Sloweniens Staatspräsident Borut Pahor gelobt worden. „Die ursprüngliche Volkgruppenpolitik wurde von einem beiderseits mit Verwundungen versehenen schmerzhaften Kapitel zu einem Erfolgskapitel in der Geschichte Kärntens. Wir haben heute die Chance, ge-

Österreich, Europa und die Welt

meinsam nicht nur unsere Toten zu ehren, sondern zu zeigen, wie aus einstigen Feinden durch Zuhören, Verstehen und Verzeihen eine Gemeinschaft im Herzen Europas wurde“, so der Landeshauptmann. Daher sei es auch umso erfreulicher zu hören, so Kaiser, daß der slowenische Staatspräsident das Versprechen abgegeben hat, sich für die deutschsprachige Minderheit in Slowenien sowie den Erhalt ihrer Identität einzusetzen. Dies sei wiederum ein Beweis für die mittlerweile verbesserten, ja vertraulichen Beziehungen, zwischen Kärnten und Slowenien.

Kaiser verwies in seiner Rede auch auf das 100jährige Jubiläum der Volksabstimmung 2020 und die Vorbereitungsarbeiten für die Feierlichkeiten im nächsten Jahr, bei welchen auch zum Ausdruck kommen wird, wie positiv sich Kärnten im Herzen Europas entwickelt hat.

„Heute glänzt Kärnten durch Vielfalt, demonstriert jeden Tag, wie die Kulturen und Sprachgruppen gelernt haben, die Geschichte längst nicht mehr trennend zu betrachten, sondern sie zu einem gemeinsamen Fundament zu machen, auf dem die Zukunft aufgebaut ist“, so Kaiser. Verständnis, Respekt und Wertschätzung sei das Verständnis heute, von dem Kärnten getragen werde.

Mit diesen Eigenschaften sei auch eine künftige, positive Entwicklung des Landes möglich, eine Weiterentwicklung der Lebensqualität ebenso wie der Wirtschaft. Diese Ziele habe sich auch die Kärntner Landesregierung für ihre Arbeit gesteckt. „Die Großartigkeit unseres Bundeslandes mitten im Herzen Europas gilt es international noch sichtbarer zu machen. Unser Land ist ein erfolgreiches Tourismusland, ist auch eine Industriehochburg, ein Hochtechnologie-land, liegt unter den Top-Forschungsregionen Europas und punktet mit Innovationen und Investitionen in den Bereichen Klimaschutz und Kinderbetreuung mit dem Kinder-Stipendium, mit Kooperationen mit internationalen Forschungseinrichtungen und Investitionen in die Infrastruktur“, verwies Kaiser auf die Stärken Kärntens. Daher werde sich das Bundesland künftig global unter eine Dachmarke zu positionieren. „Es liegt an uns, die Attraktivität des Landes, zu der die kulturelle und sprachliche Vielfalt gehört, nach innen und außen sichtbar zu machen. Wir müssen stolz sein auf Kärnten und seine international positiv beachtete Entwicklung. Zeigen wir gemeinsam Selbstbewußtsein, zeigen wir gemeinsam, daß Kärnten großartig ist“, schloß Kaiser seine Rede.



Gedenken am Soldatenfriedhof Annabichl mit Landeshauptmann Peter Kaiser (3. v.l.)



Landeshauptmann Peter Kaiser und Militärkommandant Brigadier Walter Gitschthaler schreiten die Ehrenkompanie des Militärkommandos Kärnten ab



Der Landeshauptmann mit TrachtenträgerInnen auf dem Neuen Platz

Alle Fotos: fritzpress / Walter Fritz

Österreich, Europa und die Welt

Der Landtagspräsident

Landtagspräsident Reinhart Rohr erinnert an den Abwehrkampf und die für Kärnten so bedeutsame Volksabstimmung am 10. Oktober 1920. „Wir erinnern uns in großer Dankbarkeit an jene Menschen, die 1918 und 1919 für die Heimat zu den Waffen gegriffen haben – 270 Kärntnerinnen und Kärntner bzw. 150 SHS-Kämpfer verloren dabei ihr Leben – und Kärnten erneut verteidigt haben“, blickte Rohr zurück. Der Abwehrkampf habe bei den Friedensverhandlungen in St. Germain Kärnten als einzigem Land die Möglichkeit eröffnet, mit der Berufung auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker, daß die demokratische Volksabstimmung am 10. Oktober möglich wurde. Alle anderen Teile Österreichs mit überwiegend deutschsprachiger Bevölkerung, wie die Untersteiermark, das Mies- und Kanaltal und Südtirol, wurden den Siegermächten zugesprochen.

Rohr erinnerte auch daran – die heurige Feier mußte auf Grund der Umbauarbeiten im Landhaushof auf den Neuen Platz verlegt werden – daß am 13. Oktober 1920 das Ergebnis der Kärntner Volksabstimmung am Neuen Platz verkündet wurde. „59,04 Prozent stimmten für ein gemeinsames Kärnten. Das war ein freudiger Anlaß, die Einheit unseres Bundeslandes gebührend zu feiern“, so Rohr.

Im zweiten Teil seiner Rede ging Rohr auf die aktuelle Baustelle im Landhaushof ein. Allen Verantwortlichen sei klar gewesen, daß es eine Baustelle auf geschichtsträchtigen Boden sei. „Dabei wurde immer klarer, daß das Landhaus, wie kein anderes Gebäude in Klagenfurt, die neuzeitliche Geschichte Kärnten reflektiert. Untersuchungen haben uns neue, detaillierte Einblicke in unsere Landesgeschichte geliefert. Die Erwartungen wurden bei weitem übertroffen und die Funde aus dem 12. und 13. Jahrhundert gehören zu den ältesten manifestierten historischen Hinterlassenschaften des neu gegründeten Marktes Klagenfurt“, sagte Rohr.

Ebenfalls von besonderer Bedeutung für die Stadt- und Landesgeschichte sind laut Rohr auch die Reste der Stadtbefestigungsmauer und die baulichen Reste des Früh-Renaissancezeitlichen Landhauses. „Die Funde und neuen Erkenntnisse ermöglichen einen zeitgemäß kritischen Blick in unsere Vergangenheit. Dies gilt für die Landesgeschichte insgesamt und heute ganz besonders für den Abwehrkampf und die Volksabstimmung. Je besser wir unsere Geschichte verstehen und kennen, umso mehr sind wir in der Lage Ge-



Foto: fritzpress / Walter Fritz

Landeshauptmann Peter Kaiser mit dem Kinderchor Bildungsentrums Ludmannsdorf

genwart und Zukunft positiv und mit großer Verantwortung zu gestalten“, betonte der Landtagspräsident.

Die Klagenfurter Bürgermeisterin

Die Klagenfurter Bürgermeisterin Maria-Luise Mathiaschitz erinnerte daran, daß vor 99 Jahren, am 10. Oktober 1920, die zarte Pflanze Demokratie die Erde durchbrach. „99 Jahre später wurde aus der Pflanze ein starker Baum. Der Baum steht symbolisch für beides und repräsentiert unsere Heimat“ hob die Stadtchefin hervor.

Weitere Beiträge

Die Schulsprecher der HAK 1 International Tobias Hinterhofer und Simon Kummer von der zweisprachigen Bundeshandelsakademie führten kurze Dialoge bzw. stellten den Vertretern der Heimatverbände bzw. einem Vertreter der slowenischen Volksgruppe Fragen. Zu Wort kamen auch Roland Zlöbl (Obmann KAB Rangersdorf seit 1984, Kärntner Kameradschaftsbund), Jakob Schretter (15, Enkel von Fritz Schretter, Kärntner Abwehrkämpferbund), Ursula Polesnig (Völkermarkt, Verein der Kärntner Windischen) Christian Kogler (Klagenfurt, Vorstandsmitglied Kärntner Heimatdienst) Marko Loibnegger (Generalsekretär slowenischer Sportverband) und Maria Tarkusch (Kühnsdorf, Obfrau Jauntaler Goldhaubenfrauen). Einhelliger Tenor aller: „Kärnten ist unser aller

Heimat. Mit Zuversicht und Akzeptanz wird sie auch in Zukunft funktionieren.“

Musikalisch mitgestaltet wurde das Programm vom Kärntner Jugendchor, das Bundesheer stellte in Annabichl und auf dem Neuen Platz auch die Ehrenkompanie.

Bei beiden Feiern konnte Landeshauptmann Peter Kaiser bzw. Moderatorin Ute Pichler neben Vertreterinnen des konsularischen Korps, der Justiz, des Militärs, der Polizei, der Rettungsorganisationen, der Behörden und Kammern der Traditions- und Heimatverbände und Slowenen-Organisationen, darunter der Dachverband der Kulturvereine der deutschsprachigen Volksgruppe in Slowenien, zahlreiche Gäste begrüßen. Darunter die beiden Landeshauptmannstellvertreterinnen Beate Prettner und Gaby Schaanig sowie Landesrätin Sara Schaar und die Landesräte Daniel Fellner, Martin Gruber und Sebastian Schuschnig. Weiters die Landtagspräsidenten Jakob Strauß und Josef Lobnig, Clubobmänner und Abgeordnete des Kärntner Landtages, Behördenleiter wie Landesamtsdirektor Dieter Platzer und seinen Stellvertreter Markus Matschek, Landespolizeidirektorin Michaela Kohlweis, Militärkommandant Walter Gitschthaler. Ebenfalls anwesend waren der Apostolische Administrator Bischof Werner Freistetter und Superintendent Manfred Sauer. ■

<https://www.ktn.gv.at/>

https://de.wikipedia.org/wiki/Volksabstimmung_1920_in_K%C3%A4rnten

Niederösterreichisches EU-Radar

EU-Skepsis abbauen und positive Kommunikation steigern

In einer in raschem und ständigem Wandel begriffenen Welt sei es wichtig, politische Stabilität zu gewährleisten, sagte Landesrat Martin Eichtinger am 21. Oktober bei der Präsentation des niederösterreichischen EU Radars in St. Pölten: „Niederösterreich bekennt sich klar zur europäischen Idee und zur EU. Deshalb haben wir gemeinsam mit dem Institut für Strategieanalysen und der Donau-Universität Krems als wissenschaftliches Tool das EU Radar für Niederösterreich entwickelt.“

Was NiederösterreichInnen wirklich am Herzen liegt

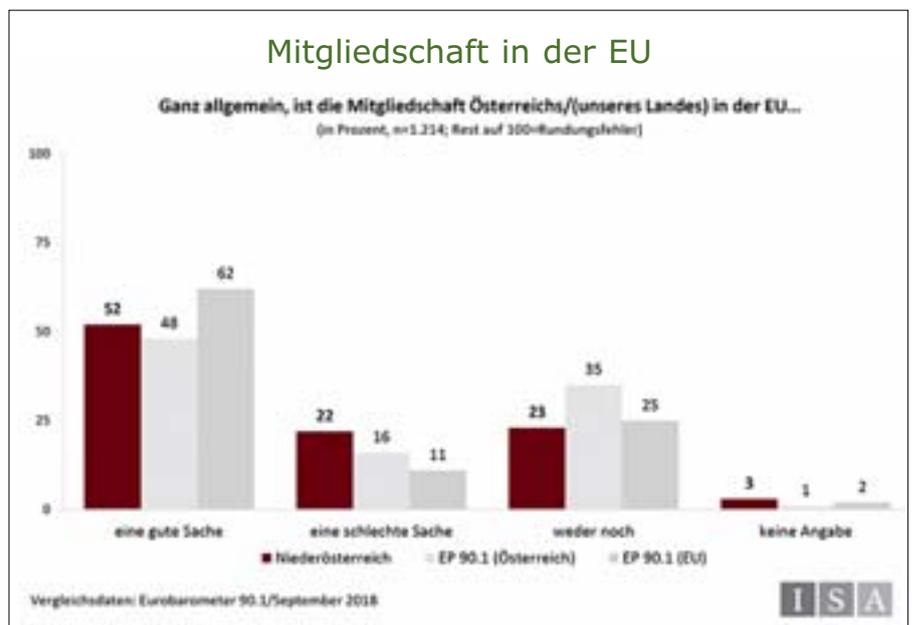
Nach der Einbindung von 2.000 BürgerInnen durch die Salons des Europa Forums Wachau sollte die aktuelle Studie des EU-Radars zum ersten zeigen, was den Niederösterreichern wirklich am Herzen liege, meinte Eichtinger und erinnerte an die Einbindung der BürgerInnen in den politischen Diskurs mittels Live-Handy-Votings im Rahmen der Salons des Europa Forums Wachau. Als zentrale Forderungen der Landsleute seien in Folge auch die Verbesserung der EU-Kommunikation, eine Stärkung der europäischen Identität und eine Nutzung der Digitalisierung für mehr Bürgerbeteiligung in Göttweig diskutiert worden: „Dieser Modellprozeß für den zivilgesellschaftlichen Dialog in Europa hat innerhalb der EU auch sehr großen Anklang gefunden“, so der Landesrat.

„Das EU Radar, das Niederösterreich als erstes Bundesland entwickelt hat und das einzigartig in Europa ist, verfolgt nun drei Ziele“, so Eichtinger weiter: „Einsichten in die Anliegen der Niederösterreicher, einen Überblick über aktuelle EU-Förderungen und -Fördercalls sowie einen regelmäßigen Ausblick auf die großen europäischen Themen, die für Niederösterreich unmittelbar relevant sind.“ In Bezug auf die Fördermöglichkeiten verwies der Landesrat dabei insbesondere auf das Gratis-Interrail-Ticket „DiscoverEU“ für 18jährige für insgesamt 20.000 Jugendliche, für das sich im Mai aus Österreich 2.375 junge Menschen beworben hätten (von den 344, die einen Travel-Pass erhielten, kamen 44 aus Niederösterreich; der nächste Fördercall läuft vom 7. bis 28. November) sowie „WiFi4EU“ für kostenlo-



Foto: NLK Filzwieser

Landesrat Martin Eichtinger (r.) mit Gerda Fürcht-Fiegl von der Donau-Universität Krems und Politikwissenschaftler Peter Filzmaier bei der Präsentation des EU-Radars Niederösterreich



se öffentliche Wifi-Verbindungen in 6.000 bis 8.000 Gemeinden bis zum Jahr 2020, wobei jede Gemeinde einen Gutschein in der Höhe von 15.000 Euro für W-Lan-Hotspots erhält.

Hinsichtlich des Ausblicks auf europäische Schwerpunktthemen werde es in Zukunft vier Mal jährlich Informationen darüber geben, welche Themen auf EU-Ebene gesetzt würden und welche Auswirkungen diese für Niederösterreich haben könnten.

Dazu werde es eine Service-Offensive der NÖ-Regional-Berater zur optimalen Nutzung der Fördermöglichkeiten durch Gemeinden geben, kündigte der Landesrat an. Die erste Informationsveranstaltung dazu findet am 20. November im NÖ Landhaus statt.

Einige Tage später, am 29. November, wird sich dann der nächste Salon des Europa Forums Wachau erfolgreichen AuslandsniederösterreicherInnen widmen.

Österreich, Europa und die Welt

EU-Radar

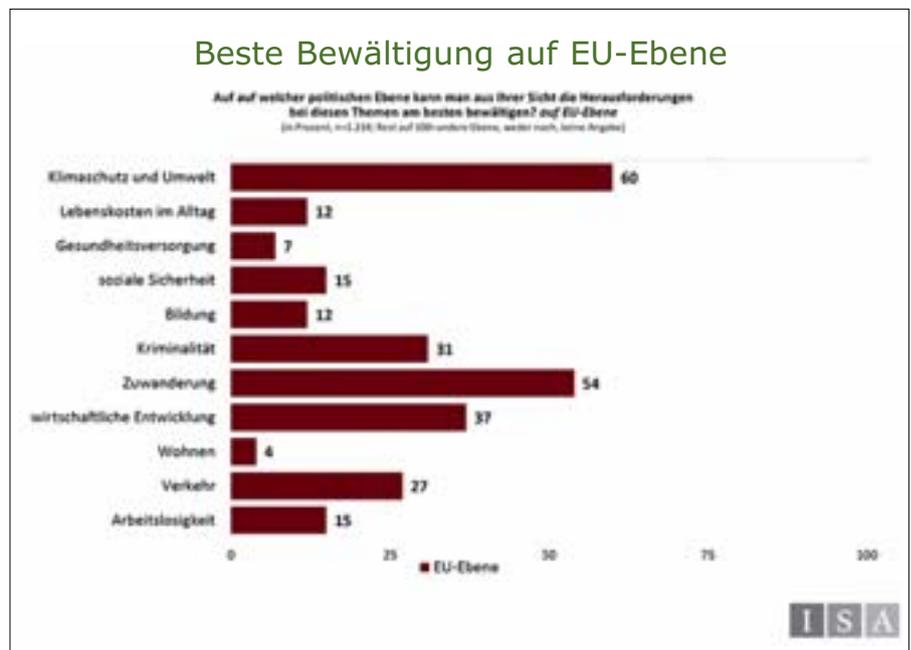
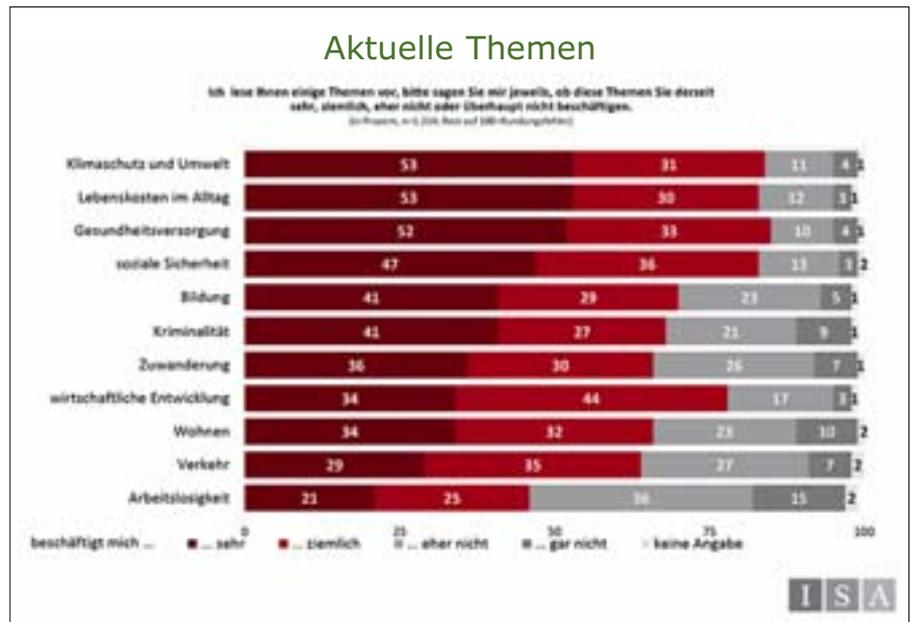
Beim aktuellen EU Radar zeigten sich zwei Schwerpunkte, fuhr Eichinger fort: „Zum einen ist nach wie vor mehr als jeder dritte Niederösterreicher der Meinung, daß die EU Niederösterreich viel mehr Geld koste als wieder nach Niederösterreich zurückfließe. Dieser Wert zeigt, daß wir hier noch mehr kommunizieren müssen, weil doch Niederösterreich für jeden Euro an Steuerleistung nach Brüssel drei Euro an Förderungen zurückbekommt und das Land seine Wirtschaftsleistung seit dem EU-Beitritt 1995 verdoppeln konnte. Zum zweiten möchte knapp jeder zweite Schüler gerne an einem Schüleraustausch teilnehmen bzw. 66 Prozent der Studierenden gerne einen Auslandsaufenthalt machen, die Zustimmungsrate der Eltern liegt dabei bei 60 Prozent. Den European Spirit im Ausland zu erfahren, ist eine gute Möglichkeit, die Skepsis gegenüber der EU abzubauen.“ So würden in die aktuelle Programmperiode von Erasmus+ mehr als 14,7 Milliarden Euro investiert, um 4 Millionen EuropäerInnen einen Auslandsaufenthalt zu ermöglichen, in der nächsten Periode sollten davon sogar 12 Millionen Menschen profitieren.

„Zusammenfassend läßt sich sagen, daß wir mit dem EU Radar die EU-Skepsis abbauen und dadurch langfristig die Beteiligung an demokratischen Prozessen erhöhen, die positive Kommunikation zu EU-Themen steigern und die EU-Services für die Bürger in den Vordergrund rücken wollen“, meinte der Landesrat abschließend.

Die zentralen Ergebnisse

Peter Filzmaier vom Institut für Strategieanalysen nannte das halbjährliche Euro-Barometer als Vorbild für das EU Radar, das in Zukunft ebenfalls halbjährlich als Langzeitstudie mit sowohl gleichbleibenden Fragen als auch alternierenden speziellen Themen durchgeführt werde. Die Feldzeit betrug rund zwei Wochen im Sommer, befragt wurden über 1.200 Personen aus dem Kreis der niederösterreichischen Wohnbevölkerung ab 16 Jahren in einem Mix aus Online- und Telefonbefragung.

Die zentralen Ergebnisse faßte Filzmaier wie folgt zusammen: „Mit 52 Prozent sieht die Mehrheit der Niederösterreicher die EU-Mitgliedschaft positiv. Das liegt zwar über dem Österreich-, aber unter dem EU-Durchschnitt, und korreliert mit Bildungsgrad, Wissen und Information, nicht aber Alter.“ Als Top-Themen hätten sich Klimaschutz und Umwelt, Lebenskosten und Gesundheitsver-



sorgung erwiesen, von der EU erwarte man sich Positives v. a. im Hinblick auf Klimaschutz, Zuwanderung und wirtschaftliche Entwicklung. Im Hinblick auf die Stimmungslage gegenüber der EU lägen die Kritikpunkte bei Bürokratie und Zuwanderung, während die Mehrheit die EU positiv mit Gemeinschaftsgefühl, einer einheitlichen Währung und Reisefreiheit assoziiere, so Filzmaier.

Gerda Füricht-Fiegl von der Donau-Universität Krems ergänzte, daß 41 Prozent der Befragten sagten, ihnen persönlich bringe die EU mehr Vorteile, während 11 Prozent mehr Nachteile geltend machten, 41 Prozent indifferent blieben und 7 Prozent keine Angaben machten. „Das zeigt ein klares Informationsdefizit“, betonte Füricht-Fiegl. Des

Weiteren gebe mehr als die Hälfte an, daß die eigene Stimme in der EU nicht zähle, behaupteten 60 Prozent, sie wüßten, wie die EU funktioniere, wollten 70 Prozent, daß die politischen Entscheidungen regional fielen, meinten mehr als 50 Prozent, daß Niederösterreich keine Chance habe, in der EU mitzubestimmen und verlangten mehr als 80 Prozent, daß Österreich seine Interessen gegenüber der EU stärker vertrete. Als letztes interessantes Detail nannte Füricht-Fiegl den Umstand, daß zwar nur jeder Zehnte wisse, was INTERREG sei, aber 85 Prozent dieses Programm positiv beurteilten.

<http://www.noel.gv.at/>
<https://strategieanalysen.at/>
<https://www.donau-uni.ac.at/>

Gedenkfeier in Schloß Hartheim

Die Gedenkfeier für die in den Jahren 1940 bis 1944 in Hartheim ermordeten Menschen findet alljährlich am 1. Oktober statt.



Foto: Land OÖ / Mayrhofer

Zahlreiche Ehrengäste, darunter Angehörige und Nachkommen von Opfern der NS-Euthanasie sowie diplomatische VertreterInnen aus 18 Ländern fanden sich im Lern- und Gedenkort Schloß Hartheim ein, um der rund 30.000 Opfer zu gedenken.

Der 1. Oktober steht symbolisch für den Beginn der NS-Euthanasie – Adolf Hitler verfaßte seinen „Gnadentoderlaß“ Anfang Oktober 1939. Dieser markiert den Beginn der Ermordung von psychisch kranken und behinderten Menschen im Dritten Reich und jährt sich heuer zum 80. Mal.

Vertreter aus 18 Ländern

Zahlreiche Ehrengäste, darunter Angehörige und Nachkommen von Opfern der NS-Euthanasie sowie diplomatische Vertreter aus 18 Ländern – unter ihnen sieben Botschafterinnen und Botschafter – fanden sich im Lern- und Gedenkort Schloss Hartheim ein, um der rund 30.000 Opfer zu gedenken. Insgesamt nahmen mehr als 170 Personen an der Veranstaltung teil.

Die Bedeutung des Gedenkens

Nach der Begrüßung durch die Obfrau des Vereins Schloß Hartheim, Konsulentin Brigitte Kepplinger, betonte Landeshauptmann Thomas Stelzer die Bedeutung des



Foto: Land OÖ / Mayrhofer

Landeshauptmann Thomas Stelzer bei der Kranzniederlegung

Gedenkens an die Verbrechen und ihre Opfer in Hartheim. Oberösterreich war Ort von Massenverbrechen während der NS-Zeit und auch Heimat von TäterInnen – daraus leite

sich die Verantwortung ab, die Ereignisse aufzuarbeiten und der Opfer zu gedenken. Die Zweite Republik und das Land Oberösterreich wurden laut Landeshauptmann im

Österreich, Europa und die Welt

Jahr 1945 als „aktiver Gegenentwurf zum Nationalsozialismus“ begründet. Dieser Auftrag werde auch heute noch wahrgenommen. So wird beispielsweise derzeit die Ausstellung „Wert des Lebens“ im Lern- und Gedenkort Schloß Hartheim aus Mitteln des Landes Oberösterreich neu gestaltet. Die Eröffnung soll im Frühjahr 2020 erfolgen.

Eindrückliche Worte

Die Gedenkrede hielt anschließend der Rektor der Johannes Kepler Universität Univ.-Prof. Meinhard Lukas. In eindrücklichen Worten erinnerte er an die Zeit, in der Menschen, die von der gesellschaftlichen Norm abwichen nur mehr als Kostenfaktoren betrachtet wurden. Ihnen wurden die Würde und das Recht auf das Leben abgesprochen. Die anhaltende aktuelle Relevanz dieser historischen Ereignisse zeigte Lukas anhand persönlicher und familiärer Bezüge zu den Themen Behinderung und Krankheit auf. Er wandte sich gegen eine „bequeme Nie-wieder-Rhetorik“ und betonte: „Wer sich nur im historischen Frame des Nationalsozialismus bewegt und sich redengewandt davon distanziert, mag sich die undankbare Auseinandersetzung mit den sozialen Wunden der Gegenwart ersparen.“ Der Rektor stellte auch die Frage „wie Landsleute, wie Vorfahren an diesem Ort zu Massenmördern, Beitragstern, Ermöglichern oder Wegsehern, also schlicht zu Unmenschern wurden. Wie konnte sich auf ihrem Gewissen, ja ihrer Seele eine Hornhaut aufbauen, an der das schlimmste Leid abprallte, obwohl sie zugleich liebevolle Familienväter, gefühlvolle Freunde und gläubige Kirchgänger waren? Schlummert dieser Dämon auch in uns, in unserer Gesellschaft?“ Um ein Lernen aus der Geschichte ernst zu nehmen solle man auf die „winzig kleinen und weniger kleinen Schritte, die heute getan werden“ achten, auf die zunehmende Verrohung der Sprache im Miteinander und im politischen Diskurs. Haß im Netz, das Infragestellen von Menschenrechten auch durch Politiker und Angriffe auf die Menschenwürde bestimmter Gruppen seien aktuelle Bedrohungen unserer Demokratie und Verfassung. Zum Abschluß stellte Lukas fest, „daß unser Umgang mit den schutzbedürftigen Menschen etwas darüber aussagt, was wir selbst als Menschen sind.“

Gebete und Kranzniederlegung

Im Anschluß wurden auf dem Friedhof der Opfer, der sich auf der Ostseite des Schlosses befindet, von Vertretern der katholischen und der evangelischen Kirche Gebete



Landeshauptmann Thomas Stelzer die Bedeutung des Gedenkens an die Verbrechen und ihre Opfer in Hartheim.



Die Gedenkrede hielt der Rektor der Johannes Kepler Universität Univ.-Prof. Meinhard Lukas.

te gesprochen. Darauf folgte die Kranzniederlegung. Die diplomatischen Vertreter aus 18 verschiedenen Ländern, die Kränze am Grabmal niederlegten, zeigten auf eindrucksvolle Weise den Stellenwert Hartheims als europäischer Erinnerungsort.

Für die musikalische Gestaltung der Gedenkfeier sorgte die Gruppe „Chor singa. inklusives singen“ des Instituts Hartheim. Die Gruppe umfaßt Menschen mit und ohne Behinderungen, die gemeinsam singen und musizieren.

Zum Ort und seiner Geschichte

In Schloß Hartheim in Alkoven (OÖ) war von 1940 bis 1944 eine NS-Euthanasieanstalt untergebracht, in der nahezu 30.000 Men-

schen ermordet wurden. Sie waren teils BewohnerInnen von Heil- und Pflegeanstalten sowie Betreuungseinrichtungen, teils arbeitsunfähige KZ-Häftlinge aus den Lagern Mauthausen, Gusen, Dachau und Ravensbrück sowie ZwangsarbeiterInnen.

1995 wurde der Verein Schloß Hartheim gegründet, dessen Ziel es war, dort einen angemessenen Ort der Erinnerung, des Gedenkens und der gesellschaftlichen Auseinandersetzung zu schaffen. Im Jahr 2003 wurde aus Mitteln des Landes OÖ und des Bundes mit der Gedenkstätte und der Ausstellung „Wert des Lebens“ der Lern- und Gedenkort Schloß Hartheim errichtet. ■

<http://www.schloss-hartheim.at/>

<http://www.land-oberoesterreich.gv.at/>

Libanon: OÖ unterstützt Diakonie

Mutter-Kind-Gesundheitsprojekt der Diakonie in der Bekaa-Ebene – Landeshauptmann Stelzer: »Verantwortung gegenüber benachteiligten Regionen wahrnehmen«



Foto: Land OÖ / Doris Stingmayr

Die Projektmitarbeiterinnen berichteten dem Landeshauptmann über die aktuelle Situation im Libanon und im Speziellen über das Projekt selbst (v.l.): Pressila Derjany (Projektverantwortliche für das Mutter-Kind-Gesundheitsprojekt), Ruba Khoury (Leiterin von IOCC Libanon), Landeshauptmann Thomas Stelzer, Nina Hechenberger (Leitung Diakonie Austria), Teresa Mayr (Projektreferentin Diakonie Katastrophenhilfe Wien) und Nicole Bachinger-Thaller (Diakoniewerk Gallneukirchen)

Seit Ausbruch des Konflikts in Syrien vor acht Jahren leben allein im Libanon mehr als 1,1 Millionen syrische Flüchtlinge – bei einer Gesamtbevölkerung von etwa 6 Millionen Menschen. Ein Großteil von ihnen hat sich nahe der syrischen Grenze auf der Bekaa Hochebene niedergelassen, davon sind etwa 70 Prozent der Flüchtlinge Frauen und Kinder. Mit der Unterstützung des Landes Oberösterreich kann ein Programm zur Begleitung und Betreuung von schwangeren Frauen, Müttern und Kleinkindern in Zusammenarbeit mit dem lokalen Partner der Diakonie „International Orthodox Christian Charities (IOCC)“ ausgebaut werden.

„Mit diesem Beitrag wollen wir zur Bekämpfung der Armut und Verbesserung der Situation vor Ort beitragen. Das Land OÖ engagiert sich seit über 50 Jahren in der internationalen Entwicklungszusammenarbeit: Wir sind uns unserer Verantwortung gegenüber benachteiligten Ländern und Gesellschaften bewußt und werden dieses Engagement auch in Zukunft fortführen“, so Landeshauptmann Thomas Stelzer über die Unterstützung des Projekts. Seit dem Beginn der Entwicklungszusammenarbeit in Oberösterreich stiegen die Entwicklungshilfsmittel kontinuierlich von 21.300 Euro im Jahr 1965 auf aktuell 2,1 Millionen Euro im Jahr 2018 an, das Projekt in der Bekaa-Ebene wird mit 20.000 Euro unterstützt.

Der Verein International Orthodox Christian Charities (IOCC) ist seit 2001 im Liba-

non tätig und implementiert Projekte der Entwicklungszusammenarbeit sowie der Humanitären Hilfe. Die Diakonie Katastrophenhilfe unterstützt den Verein IOCC bereits langfristig, der im Gesundheitsbereich eng mit dem libanesischen Gesundheitsministerium zusammenarbeitet.

Gesundheitliche Versorgung von Müttern und Kleinkindern besondere Herausforderung

Durch den enormen Anstieg der Flüchtlingszahlen hat sich die Gesundheitsversorgung in der Region stark verschlechtert. Vor allem Kinder unter fünf Jahren leiden vermehrt unter Mangelernährung und brauchen intensive Betreuung.

Mit der Unterstützung des Projekts „Mutter-Kind-Gesundheit in der Bekaa-Ebene“ versucht das Land Oberösterreich diesem Problem entgegenzuwirken. Mitarbeiterinnen der Diakonie-Partner sind in den Krankenstationen und Krankenhäusern aktiv und beraten werdende Mütter und Frauen mit Neugeborenen, damit sie von klein auf mit ausreichend Nährstoffen versorgt werden und erhalten einen verbesserten Zugang zu angemessener medizinischer Versorgung.

Das Projekt trägt außerdem zur Erreichung der Nachhaltigen Entwicklungsziele (SDGs) Nr. 3 „Gesundheit und Wohlergehen“ und des Zieles Nr. 5 „Geschlechtergleichheit“ für nachhaltige Entwicklung bei. Es zielt auf ein gesteigertes psychisches und

physisches Wohlbefinden von Schwangeren, Stillenden und Müttern mit Kleinkindern, sowie auf die Stärkung der Kapazitäten im Bereich Mutter-Kind-Gesundheit ab.

Lange Tradition der Entwicklungszusammenarbeit beim Land OÖ

„Entwicklungszusammenarbeit war dem Land Oberösterreich immer ein großes Anliegen. Daß es uns in Oberösterreich so gut geht ist nicht selbstverständlich, es ist daher unser Auftrag, den anderen, die nicht dieses Glück hatten, vor Ort zu helfen“, so der Landeshauptmann zum Engagement in der Entwicklungszusammenarbeit.

50 Jahre Diakonie Katastrophenhilfe

Das Evangelische Diakoniewerk Gallneukirchen ist im Sozial- und Gesundheitsbereich in Österreich sowie im Ausland aktiv. Das Diakoniewerk ist Mitglied der Diakonie Österreich, dem Dachverband diakonischer Einrichtungen, und einer der fünf großen Wohlfahrtsverbände in Österreich. Engagement in Auslandsprojekten ist dem Diakoniewerk schon seit langem ein großes Anliegen. In diesem Projekt arbeitet das Diakoniewerk Gallneukirchen mit der Diakonie Austria (Abteilung Diakonie Katastrophenhilfe) zusammen, die schon lange Projekte zur Frauenförderung im Nahen Osten (Libanon, Jordanien, Israel/Palästina) umsetzt. ■

<https://www.land-oberoesterreich.gv.at/>

<https://www.diakoniewerk.at/>

Chinesischer Fahrzeug-Gigant bringt OÖ auf Überholspur

Achleitner: »FAW Jiefang, einer der größten chinesischen Nutzfahrzeughersteller, wird Mitglied des Automobilclusters und eröffnet Entwicklungszentrum in Steyr.«

FAW Jiefang, einer der größten chinesischen Nutzfahrzeughersteller, wird mit Oberösterreich künftig eine starke Wirtschaftsachse bilden. Auf Einladung von Wirtschafts-Landesrat Markus Achleitner hat am 18. September bei der Miba Group in Laa-kirchen ein Treffen mit dem CEO von FAW Jiefang, Zhu Qixin, stattgefunden, bei dem die Mitgliedschaft des chinesischen Konzerns im Automobilcluster unterzeichnet worden ist. Weiters wird FAW Jiefang in Steyr sein erstes Entwicklungszentrum in Europa eröffnen. „Die Partnerschaft mit Automobilcluster verschafft oberösterreichischen Unternehmen einen neuen Zugang zum chinesischen Markt. Bereits im kommenden Jahr soll ein Lieferanteninnovationstag in China durchgeführt werden, bei dem sich die Partnerunternehmen im Automobilclusters präsentieren können“, betont Achleitner. „Auch die geplante Eröffnung eines Entwicklungszentrums in Steyr stärkt den Standort Oberösterreich und eröffnet heimischen Zulieferbetrieben neue Chancen. Unsere Standortagentur Business Upper Austria und deren Automobil-Cluster haben mit ihrer professionellen Arbeit den Grundstein für diese Zusammenarbeit gelegt. Wir haben damit Mitbewerber aus dem In- und Ausland im wahren Sinn des Wortes ausbremsen können.“

Der Mutterkonzern in Asien von FAW Jiefang gehört zu den 125 größten Unternehmen der Welt und erreichte im Geschäftsjahr 2018 ein Exportvolumen von rund 3,5 Millionen Fahrzeugen. Die Lkw-Sparte FAW Jiefang beschäftigt rund 25.800 MitarbeiterInnen und baut 336.000 Schwerfahrzeuge pro Jahr. Der Umsatz wird mit umgerechnet 8 Milliarden Euro beziffert. Die Standortagentur Business Upper Austria und der Automobil-Cluster OÖ haben das chinesische Unternehmen seit Beginn der Geschäftskontakte begleitet. Die professionelle und proaktive Betreuung war ein wesentlicher Grund, warum die Standortentscheidung letztendlich auf das Land ob der Enns fiel. Nun wurden zwischen dem Automobil-Cluster der Business Upper Austria, FAW Jiefang und IAE Technologies – einem Entwicklungs-



Zhu Qixin, CEO von FAW Jiefang, und Wirtschafts-Landesrat Markus Achleitner bei der Unterzeichnung der Mitgliedschaft von FAW Jiefang im Automobilcluster.

und Technologieunternehmen in China – konkrete Kooperationen vereinbart. Gemeinsam mit Achleitner wurden die Partnerschaften von FAW Jiefang und IAE Technologies im Automobil-Cluster OÖ unterzeichnet und für 2020 eine Durchführung eines Lieferanteninnovationstages bei FAW Jiefang in China besprochen. Auch die Miba Group, die mit dem chinesischen Konzern in einigen Sparten zusammenarbeitet, konnte Innovationen im neuen Geschäftsfeld e-mobility vorstellen.

„Für den Standort Oberösterreich ist die Ansiedelung des Entwicklungszentrums eines der größten LKW-Hersteller Chinas eine tolle Chance. Wir wollen primär in der Entwicklung von Komponenten im elektrischen Antriebstrang zusammenarbeiten“, erklärt Roland Hintringer, Vice President Technology & Innovation Miba AG und Managing Director Miba eMobility. CEO Zhu Qixin von FAW Jiefang zeigte sich vom Standort Oberösterreich beeindruckt: „Für FAW Jiefang ist die kontinuierliche Weiterentwicklung des Unternehmens im Bereich Innovation gepaart mit einer starken Forschungs- und Entwicklungs-Quote der Garant für den Erfolg. FAW Jiefang hat den Standort OÖ deswegen gewählt, weil wir hier

ein innovatives Automotivzentrum vorfinden“, so Zhu Qixin.

„Die Partnerunternehmen des Automobil-Cluster OÖ bei Internationalisierungsaktivitäten proaktiv zu unterstützen ist eine wesentliche Säule unserer Aktivitäten. Internationale Lieferanteninnovationstage bei Fahrzeugherstellern sind unser Format dazu. Mit FAW Jiefang und IAE Technologies haben wir 2020 die Möglichkeit, unsere Partnerunternehmen erstmals auch in China zu präsentieren“, betont Florian Danmayr, Manager des Automobil-Cluster OÖ.

Autonomes Fahren im Fokus

Bei der Kooperation mit China ist auch die IAE Technologies mit an Bord – ein hochrangiges innovatives Technologieunternehmen mit Erfahrung in Branchen wie Automotive, Marine, Luft- und Raumfahrt. IAE will mit dem Automobil-Cluster OÖ und der Tecob GmbH ein neues Technologiezentrum in Österreich aufbauen. Ziel ist, gemeinsam eine komplette und international führende Technologieplattform für die Simulation, Prüfung und Verifikation des autonomen Fahrens aufzubauen. ■

<https://www.land-oberoesterreich.gv.at/>
<https://www.automobil-cluster.at/>

Salzburg besser an EU-Verkehrshaupttrouten anbinden

Landtagspräsidentin Brigitta Pallauf fordert in Brüssel auch, aktives Wolfsmanagement in Habitat-Richtlinie aufzunehmen

Ein Impuls für die bessere Anbindung Salzburgs im EU-Verkehrsnetz setzte Landtagspräsidentin Brigitta Pallauf am 10. Oktober im EU-Ausschuß der Regionen (AdR) in Brüssel. „Vor allem die schienengebundene grenzüberschreitende Verkehrsanbindung ist für Salzburg wesentlich. Sie bietet für uns und andere Regionen eine notwendige Basis für eine gute wirtschaftliche Weiterentwicklung und trägt so zur Verbesserung der Lebensbedingungen bei“, so Pallauf.

Hintergrund ist die Debatte um Regionalförderungen der EU für die Jahre 2021 bis 2027. „Die betroffenen Streckenabschnitte müssen rechtzeitig in den Kern des gesamteuropäischen Verkehrsnetzes TEN-V eingepflegt werden“, so Pallauf und unterstrich nachdrücklich: „Für Salzburg ist der winterfeste Ausbau auf der Tauernachse, verbunden mit der Ertüchtigung für den europäischen Personen- und Güterverkehr, überfällig“, und trug so die erneute Forderung des Salzburger Landtags vom Juni, die Schienenachse Tauern-Pyhrn/Schober als Kernteil ins Europäische Verkehrsnetz zu integrieren, nach Brüssel. Um seiner Forderung Nachdruck zu verleihen, hatte der Salzburger Landtag der Europäischen Kommission bereits im Sommer die Position des Landes übermittelt.

Regionen stimmen EU-Politik ab

350 Mitglieder des AdR, der das gemeinsame EU-Plenum der Vertreter aller Regionen, Kommunen und Städte aus den 28 EU-Mitgliedsstaaten ist, hielten in drei Tage hindurch ihre Oktober-Plenartagung in Brüssel ab. Gleichzeitig fand dort die Europäische Woche der Regionen und Städte statt und versammelte so rund 6.000 EntscheidungsträgerInnen, ExpertInnen, junge NachwuchspolitikernInnen und auch Akteure lokaler Aktionsgruppen in Brüssel.

Ebenfalls beraten wurde über das Europäische Semester 2019 und den Jahreswachstumsbericht 2020 aus Sicht der Regionen, Städte und Gemeinden sowie Fragen zur Weideviehhaltung. Den AdR-VertreterInnen ist wichtig, daß der Erhalt der heimischen



Foto: Salzburger EU-Verbindungsbüro

Sebastian Schwap begleitete Landtagspräsidentin Brigitta Pallauf (re.) und Verbindungsbüro-Leiterin Michaela Petz-Michez bei der Plenartagung im Ausschuss der Regionen.

Landwirtschaft in Europas Regionen vor Billigeinfuhren schützt. „Dafür müssen wir die Bedingungen für unsere Landwirtinnen und Landwirte schaffen, besonders auch in der Almwirtschaft. Dazu gehört, daß das Thema Großraubtiere wie etwa Wölfe auch

aus dem Blickwinkel der regionalen Bedürfnisse und der ländlichen Betriebe diskutiert werden muß.“ Pallauf sprach sich dafür aus, die Überarbeitung der Habitat-Richtlinie in Angriff zu nehmen: „Ohne aktives Wolfsmanagement wird es nicht gehen.“

Der EU-Politik über die Schulter geschaut

Sebastian Schwap, Schulsprecher am BRG Nonntal und einer der Gewinner beim „Europaquiz“, begleitete die Landtagspräsidentin zum AdR. Für ihn war es eine ganz besondere Erfahrung, so unmittelbar den europäischen Entscheidungsprozeß und Salzburgs Einflußnahme beobachten zu dürfen. „Wählen zu gehen oder wirklich mitten im politischen Geschehen dabei zu sein, das sind zwei verschiedene Welten. Auf meiner kurzen Reise erhielt ich viele spannende Einblicke, wie Europapolitik gemacht wird, konnte die EU-Institutionen aber auch das Verbindungsbüro des Landes kennenlernen und an Workshops mit Anwesenden aus ganz Europa teilnehmen“, so der 16jährige über den Trip ins Zentrum der regionalen EU-Politik. ■

<https://www.salzburg.gv.at/>

Pinzgauer Bürgermeister auf Brüssel-Mission

Positiv überrascht, wie viel Einfluß das Land Salzburg auf EU-Ebene nehmen kann, zeigte sich eine Gruppe von Pinzgauer Bürgermeistern bei ihrer Informationsreise nach Brüssel. „Der Besuch zeigt, wie wichtig die EU insbesondere für die Gemeinden ist. Das Land hat mit dem Verbindungsbüro eine wichtige Schnittstelle, in der die EU-Politik auf Salzburger Interessen heruntergebrochen wird“, bringt es der Fuscher Bürgermeister Hannes Scherthaner auf den Punkt.

Seine Gemeinde war zuletzt bei der EU-Förderaktion Wifi4eu erfolgreich, bei der kostenloses WLAN auf öffentlichen Plätzen unterstützt wird. In Brüssel werden jetzt die Details für die künftige Förderperiode ausgehandelt. Über das Leader-Programm unterstützt die EU Vorhaben und Projekte in den Gemeinden und in der Region. Im Pinzgau

wird das Programm von den lokalen Leader-Arbeitsgruppen Nationalpark Hohe Tauern und Saalachtal umgesetzt. Umgesetzt wurden u.a die Langlaufregion Nationalpark Hohe Tauern, ein Robinson-Spielplatz in Mittersill, das Keltendorf in Uttendorf, die Höhenpromenade Schmittenblicke in Zell am See oder die Heumilchproduktion im Pinzgau. ■



Foto: Salzburger EU-Verbindungsbüro

v.l.: Hannes Scherthaner (Fusch), Verbindungsbüro-Leiterin Michaela Petz-Michez, Johann Warter (Piesendorf), Florian Juritsch (Unken)

Salzburg: »Best in Travel 2020«

»Lonely Planet« macht die Festspielstadt Salzburg zum Reiseziel Nummer Eins 2020

Der weltweit größte Reiseverlag Lonely Planet kürt Salzburg auf Platz Eins der „Top Städte Best in Travel 2020“. Mit dem Festspieljubiläum im kommenden Jahr als Anlaß wird das Gesamterlebnis Salzburg als barocke Kultur- und Musikstadt ausgezeichnet. Die Salzburg Kulisse im Festspielhaus war die perfekte Bühne für die offizielle Übergabe des Preises von Vertretern von Lonely Planet UK an Salzburgs Bürgermeister Harry Preuner.

„Trommelwirbel bitte“, so das offizielle Statement von Lonely Planet, „die Salzburger Festspiele werden 100 und die Stadt zieht dafür alle Register.“ Das Jubiläum im kommenden Jahr wird gebührend gefeiert werden, aber auch das Angebot abseits der Festspiele und der Landesausstellung im Salzburg Museum haben die Jury von Lonely Planet beeindruckt: Konzerte, Schauspiel, Lesungen, Mozartmatineen und vieles mehr zeichnen das kulturelle Herz Salzburgs aus.



Foto: Tourismus Salzburg / F. Neumayr

v.l.: Bert Brugger (Geschäftsführer der Tourismus Salzburg GmbH), Becky Henderson (Vertreterin von Lonely Planet UK) und Salzburgs Bürgermeister Harry Preuner

Internationale Auszeichnung der Premiumdestination Salzburg

In Zeiten steigender Kritik am Tagestourismus ist die Auszeichnung von Lonely Planet ein schönes Zeichen in Hinsicht Qualität und Premium. „Wir ermutigen die Gäste, mindestens ein paar Nächte zu bleiben und nicht nur die gewohnten Hotspots zu besuchen“, sagt Becky Henderson, Vertreterin von Lonely Planet UK und Überreicherin des Preises. Der ressortzuständige Bürgermeister Harry Preuner sieht den ersten Platz ebenfalls als Bestätigung der herausragenden Qualität der heimischen Dienstleistungsbranche. „Daß ein so wichtiger Verlag wie Lonely Planet auf uns aufmerksam geworden ist und genau diese Stärke in der Kultur und Musik in den Vordergrund rückt, muß uns alle stolz machen.“

Bert Brugger, Geschäftsführer der Tourismus Salzburg GmbH, fügt hinzu: „Wenn der Reisende schon im Vorfeld über das breite Angebot informiert ist, steigert das im Normalfall seinen Wunsch, länger zu bleiben. Außerdem wird er damit schon vor Reiseantritt informativ gelenkt. Lonely Planet ist mit seiner beeindruckenden Reichweite und der interessierten Leserschaft ein wertvoller internationaler Hebel in dieser Thematik.“

Ohne Fleiß kein Preis

Bert Brugger wies auf die vielen Anstrengungen hin, die in der Stadt für den Tourismus gemacht werden.

„Die herausragende Klasse, mit der die Festivals in Salzburg organisiert und durchgeführt werden sowie die laufende Attraktivierung von Museen sind starke Leistungen“, sagt Brugger. „Mit dem Fokus auf die Kernkompetenzen Salzburgs in Kombination mit der Schönheit der Stadt und Umgebung haben wir eine Vielzahl an tollen Geschichten zu erzählen.“ Diese Investitionen werden zum einen durch die Nachfrage der BesucherInnen belohnt, zum anderen durch diverse internationale Preise. „Als Tourismusexperten sind wir uns der täglichen Herausforderungen bewußt“, sagt Brugger. „Aber wir dürfen uns auch über diese Auszeichnung von Lonely Planet freuen.“

Nummer Eins der angesagtesten Städteziele

Best in Travel 2020 ist bereits die 15. Ausgabe dieser Sammlung an beeindruckenden Destinationen und Erlebnissen. Der Prozeß beginnt mit einer Nominierung aus dem Kreis der vielen Autoren, Blogger und Reiseexperten, mit denen Lonely Planet arbei-

tet. Bewertet werden die eingereichten Destinationen nach Aktualität, Originalität und dem „Wow“-Faktor. Nach mehreren Auswahlrunden werden die zehn besten Städte, Länder, Regionen und „Best Value“-Ziele gekürt. Salzburg ist die Nummer Eins der Top Städte:

1. Salzburg, Österreich
2. Washington, DC, USA
3. Kairo, Ägypten
4. Galway, Irland
5. Bonn, Deutschland
6. La Paz, Bolivien
7. Kochi, Indien
8. Vancouver, Kanada
9. Dubai, VAE
10. Denver, USA

Über Lonely Planet

Lonely Planet wurde 1973 in Australien gegründet und ist heute der weltweit größte Reiseführer mit einem beeindruckenden Zusatzangebot in der digitalen Medienwelt und rund 400 MitarbeiterInnen. In den vergangenen 40 Jahren wurden 145 Mio. Reiseführer gedruckt, die Ausgaben gibt es in 14 Sprachen. ■

<http://www.salzburg.info/>

<https://www.lonelyplanet.com/>

Steiermark-Besuch des Botschafters des Heiligen Stuhles

Landeshauptmann Hermann Schützenhöfer empfing Erzbischof Pedro López Quintana in der Grazer Burg

Am 8. Oktober empfing Landeshauptmann Hermann Schützenhöfer den Apostolischen Nuntius Erzbischof Pedro López Quintana in der Grazer Burg. Der zeigte sich erfreut über den herzlichen Empfang in der Steiermark und wies darauf hin, daß es eine besondere Ehre sei, im Grünen Herz Österreichs das erste Mal als Nuntius von einem Landeshauptmann in einem Bundesland willkommen geheißen zu werden. Auf das Vier-Augen-Gespräch zwischen Hermann Schützenhöfer und Pedro López Quintana im Büro des Landeshauptmanns folgte ein Meinungsaustausch mit Vertretern des öffentlichen Lebens und der Religionsgemeinschaften.

Der Landeshauptmann stellte in kurzen Worten dem Diplomaten die Steiermark als Land der Tradition und Innovation vor und erläuterte, daß das Land einen Fokus auf Bildung und Wissenschaft setze. Darüber hinaus betonte Schützenhöfer: „Die Steiermark ist ein Land der Ökumene. Es zeichnet unser Land aus, daß wir den Weg des Miteinanders gehen und nicht einen des Neben- oder gar Gegeneinanders.“ Und er ging auch auf die Amazonas-Synode und den Umgang mit ökologischen und sozialen Fragen ein und hob den hohen Stellenwert der Katholischen Soziallehre hervor.

Der Apostolische Nuntius dankte in seinen Grußworten dem Landeshauptmann für die freundliche Aufnahme. Der Besuch sei ein Höhepunkt beim Kennenlernen des Bundeslandes. Besonders erfreut zeigte er sich, daß Vertreter des öffentlichen Lebens und der Religionsgemeinschaften eingeladen wurden. Dies zeige auch, daß das Land Steiermark sich bemühe, in größeren Zusammenhängen zu denken. Abschließend wünschte der Apostolische Nuntius, daß es der Steiermark gelingen möge, die Entwicklung und die Talente des Landes weiter zu fördern.

Der Apostolische Nuntius (lat. „päpstlicher Bote“) ist der bei der Regierung eines anderen Staates akkreditierte Botschafter des Heiligen Stuhles. Der Nuntius nimmt als Diplomat darüber hinaus auch die Interessen des Staates Vatikanstadt wahr und vertritt den



Landeshauptmann Hermann Schützenhöfer traf Nuntius Pedro López Quintana zu einem Vier-Augen-Gespräch in Graz.



Fotos: steiermark.at / Streibl

v.l.: Bischofsvikar Heinrich Schnuderl, Superintendent Wolfgang Rehner, 2. Landtagspräsidentin Manuela Khom, Landeshauptmann Hermann Schützenhöfer, Nuntius Pedro López Quintana und Alt-Bischof Egon Kapellari trafen einander im Weißen Saal der Grazer Burg.

Papst als Kirchenoberhaupt gegenüber den Ortskirchen des entsprechenden Landes. Innerhalb des Diplomatischen Corps nimmt der Nuntius als Doyen eine Sonderstellung ein.

Erzbischof Pedro López Quintana wurde am 27. Juli 1953 in Barbastro in Spanien geboren. Am 15. Juni 1980 empfing er die Priesterweihe für das Erzbistum Santiago de Compostela. Er wirkte als Priester in seiner Heimatdiözese, studierte in Rom und trat

1984 in den Diplomatischen Dienst des Heiligen Stuhles ein. Er wirkte bereits als Nuntius in Indien und Nepal, in Kanada sowie in Litauen, Estland und Lettland. Am 4. März dieses Jahres wurde der Erzbischof als Nachfolger von Peter Stephan Zurbriggen zum Apostolischen Nuntius in Österreich ernannt. ■

<http://www.steiermark.at/>

<http://www.nuntiatur.at/>

Kaiser Maximilian in New York

Das Metropolitan Museum of Art präsentiert den Habsburgerkaiser – Außenminister Schallenberg: Beispiel für erfolgreiche Zusammenarbeit



Foto: BKA / Dragan Tatic

»The Last Knight: The Art, Armor, and Ambition of Maximilian I.« – Kaiser Maximilian-Ausstellung im Metropolitan Museum of Art »The Met«

Das Metropolitan Museum of Art New York eröffnete am 3. Oktober eine Ausstellung über Kaiser Maximilian I. mit dem Titel „The Last Knight: The Art, Armor, and Ambition of Maximilian I“ im Beisein von Kunst- und Kulturminister Alexander Schallenberg, Tirols Kulturlandesrätin Beate Palfrader, Generalkonsul Helmut Böck und zahlreichen weiteren Gästen.

Kunst- und Kulturminister Alexander Schallenberg

„Österreich verdankt einen Teil seines eindrucksvollen kulturellen Erbes der Jahrhunderte andauernden Regentschaft der Habsburger. Maximilian I., dem zwar nicht dieselbe Aufmerksamkeit zuteil wurde wie einigen anderen, nahm jedoch in der europäischen Geschichte eine einzigartige Rolle ein“, sagte Kunst- und Kulturminister Alexander Schallenberg bei der Eröffnung der Ausstellung „The Last Knight: The Art, Armor, and Ambition of Maximilian I“ im Metropolitan Museum of Art („The Met“) in New York. Wesentlich sei dabei die Heirat mit Maria von Burgund gewesen, die einem



Foto: Anton Brookes

v.l.: Kunst- und Kulturminister Alexander Schallenberg, Tirols Landesrätin Beate Palfrader, Museumsdirektor Max Hollein und Generalkonsul Helmut Böck am Abend der Eröffnung

der am kulturell beeinflusstesten Herrscherhäuser entstammte. Mit dieser Verbindung sei das Fundament für eine der größten Kunstsammlungen geschaffen worden, die die Grundlage für das Kunsthistorische Museum, die Al-

bertina und weitere Museen in Österreich gebildet habe.

„Maximilian hat sich gern mit Wissenschaftlern und Gelehrten umgeben und wurde ein leidenschaftlicher Unterstützer

Österreich, Europa und die Welt

der Künste“, so Schallenberg. Er und seine Zeitgenossen seien am Beginn eines neuen Zeitalters der Renaissance mit beiden Beinen am Boden geblieben. „Maximilian, der sich damals moderne Mittel der Kommunikation zunutze machte, hatte einen Hang zur Selbstdarstellung. Er hat unter anderem einen Schriftsatz entwickelt, der noch heute von der ‚New York Times‘ verwendet wird“, ergänzte der Kulturminister. Und er bezeichnete die Ausstellung als „wundervolles Beispiel eines ertragreichen kulturellen Austausches zwischen den USA und Österreich“ sowie als „erfolgreiche Zusammenarbeit zwischen dem Metropolitan Museum of Art und einigen der führenden Museen Österreichs, wie etwa dem Kunsthistorischen Museum“.

Tirols Bildungs- und Kulturlandesrätin Beate Palfrader

„Es freut mich sehr, daß das renommierte Metropolitan Museum of Art unter der Leitung des Österreicher Max Hollein Kaiser Maximilian I. eine Sonderausstellung widmet und zahlreiche wertvolle Leihgaben aus Tirol in New York präsentiert werden. Die Ausstellung in New York läuft bis zum 5. Jänner 2020 und zeigt mit insgesamt 180 Objekten aus Europa, dem Nahen Osten und den USA die Ambitionen dieser prägenden Herrscherpersönlichkeit an der Schwelle zwischen Mittelalter und Neuzeit sowie die Militärtechnik der damaligen Zeit“, erläuterte Landesrätin Beate Palfrader, die offizielle Grußworte des Landes Tirol überbrachte. Unter den Exponaten aus Tirol befinden sich die 18 Original-Sandsteinreliefs des Goldenen Dachls in Innsbruck, 15 Leihgaben des Tiroler Landesmuseums Ferdinandeum sowie weitere Objekte aus dem Besitz Erzherzog Ferdinands II. aus der Ambraser Sammlung. „Die Eröffnung der Ausstellung über Maximilian ist eine gute Gelegenheit, Tirol noch stärker über die Grenzen Europas als Kulturland zu positionieren und ausgehend von der kulturellen Zusammenarbeit auch die Vernetzung im Wirtschafts- und Tourismusbereich zwischen Tirol und den USA auszubauen sowie bestehende Kooperationen zu stärken“, so die Landesrätin.

Zu den außerordentlichen, internationalen Leihgaben gehört ferner das größte Rüstungskontingent aus dem Kunsthistorischen Museum in Wien, das für Maximilian, seine Nachfahren, Verwandten und Verbündeten gefertigt wurde, Arbeiten aus weiteren österreichischen Sammlungen, darunter großzügige Leihgaben vom Albertina-Museum in Wien und dem Tiroler Landes-



Foto: Anton Brookes

Feierliche Eröffnung der Ausstellung im Metropolitan Museum of Art »The Met«



Foto: Anton Brookes

Florian Phleps (Tirol Werbung), Innsbrucks SRin Uschi Schwarzl, Landesrätin Beate Palfrader und Karl Gostner (Innsbruck Tourismus) vor dem Metropolitan Museum of Art »The Met«

museum Ferdinandeum in Innsbruck. Hinzu kommen Werke aus Belgien, Frankreich, Italien, Spanien, den Vereinigten Arabischen Emiraten und dem Vereinigten Königreich.

Tirols Potentiale ausbauen

Gemeinsam mit LRin Beate Palfrader befanden sich rund 50 Tiroler VertreterInnen aus Tourismus und Wirtschaft auf einer Delegationsreise in New York, wo neben dem Besuch der Sonderausstellung auch Betriebsbesuche und Vernetzungstreffen auf dem Programm standen. Florian Phleps, Geschäftsführer der Tirol Werbung, erklärt: „Die USA sind hinter China der zweitwichtigste Überseemarkt für Tirols Tourismus, im Winter sogar der wichtigste. Wir haben die Ausstellungseröffnung daher zum Anlaß für eine

Marktreise genommen, um uns in zahlreichen Treffen und Gesprächen mit touristischen Partnern vor Ort ein umfassendes Bild vom US-Markt der Zukunft zu machen. Mit den gewonnenen Erkenntnissen wollen wir die positive Entwicklung der vergangenen Jahre nachhaltig absichern.“

Anläßlich des 500. Todestages von Maximilian I. haben das Land Tirol, die Stadt Innsbruck, Tirol Werbung und Innsbruck Tourismus das heurige Maximilianjahr initiiert, um auf das Wirken des Kaisers bis in die Gegenwart aufmerksam zu machen. Im Rahmen des Gedenkjahres fand ein umfassendes Bildungs- und Kulturprogramm mit über 250 Veranstaltungen statt. ■

<https://www.tirol.gv.at/>

<https://www.metmuseum.org/primer/the-last-knight#introduction>

»Botschafterschule des Europäischen Parlaments«

Vorarlbergs Landtagspräsident Harald Sonderegger gratuliert der HTL Dornbirn



Landtagspräsident Harald Sonderegger freut sich, daß eine ganz besondere Auszeichnung an die HTL Dornbirn ging.

Vorarlbergs Landtagspräsident Harald Sonderegger freut sich, daß eine ganz besondere Auszeichnung an eine Vorarlberger Schule ging: Am 30. September wurde der HTL Dornbirn in Wien – als einer von 21 Schulen österreichweit – das Zertifikat „Botschafterschule des Europäischen Parlaments“ überreicht.

„Dieses Zertifikat verdeutlicht das außergewöhnliche Engagement der Schule für die Integration der Themen Europa und europäische Demokratie in den Schulalltag. Die Schule hat es sich zur Aufgabe gemacht, das Motto der EU, ‚In Vielfalt geeint‘, zu leben“, betonte Sonderegger. Sowohl in seiner Funktion als Landtagspräsident als auch als Obmann des Europaausschusses des Vorarlberger Landtags lobt er die Initiative und sieht darin eine Leuchtturm-Funktion: „Als Botschafterschule hat die HTL Dornbirn Vorbildwirkung und trägt dazu bei, die europäische Idee noch präsenter zu machen. Ich möchte allen danken, die daran mitwirken – insbesondere dem Schulleiter der HTL Dornbirn, Michael Grünwald.“

Um die Akkreditierung als Botschafterschule zu erlangen, müssen sich bewerbende Schulen sechs europaweit einheitliche Kriterien zur besseren Integration europäischer Themen und Werte in den Schulalltag erfüllen. Ziel des Programms „Botschafterschulen des Europäischen Parlaments“ ist es, das Bewußtsein für Europa und für das Europäische Parlament sowie die europäische De-

mokratie bei jungen Menschen zu fördern. Das Programm ist ein europaweites des Europäischen Parlaments und wurde in Österreich vom Verbindungsbüro des Europäischen Parlaments gemeinsam mit dem Bun-

desministerium für Bildung, Wissenschaft und Forschung und dem Zentrum polis implementiert. ■

<https://vorarlberg.at/>

<https://www.htldornbirn.at/>

Wallner: »Bei grenzüberschreitenden Projekten profitieren alle Seiten«

Die Interreg-Programme, mit denen die Europäischen Union die Kooperation von Ländern und Regionen über nationale Grenzen hinweg fördert, sind für Vorarlberg und den Bodenseeraum bis heute eine Erfolgsgeschichte gewesen. Mit Blick darauf hat die Landesregierung kurz vor Ende der Amtsperiode entschieden, die eigenen Beiträge im Rahmen der neu anlaufenden Programmperiode 2021-2027 um zusätzliche 500.000 Euro aufzustocken, informierte Landeshauptmann Markus Wallner am 12. Oktober. „Bei grenzüberschreitenden Projekten profitieren alle Seiten und es ist ein Gebot der Stunde, Zukunftschancen noch stärker gemeinsam zu nutzen“, betonte Wallner.

Seit dem EU-Beitritt Österreichs 1995 beteiligt sich Vorarlberg an insgesamt zwei grenzübergreifenden Initiativen: Über das Interreg-Programm „Alpenrhein-Bodensee-Hochrhein – ABH“ kooperiert das Land mit den Nachbarregionen in der Schweiz und Deutschland sowie mit Liechtenstein. Im Interreg-Programm „Österreich-Bayern“ bün-

deln die Länder Oberösterreich, Salzburg, Tirol und Vorarlberg und der Freistaat Bayern ihre Kräfte.

Für den Landeshauptmann machen die vielen, im zurückliegenden Vierteljahrhundert erfolgreich realisierten Projekte sichtbar, wie sehr sich die vertiefte Zusammenarbeit im Rahmen der Programme bewährt. Wirtschaft, Forschung, Technik und Innovation waren bis jetzt zentrale Themenbereiche, daneben Bildung und Ausbildung, Klimaschutz, Energie, Gesundheit und Pflege sowie Verkehr und Tourismus. „Es geht um Fragen der Lebens- und Standortqualität, um die regionale Wirtschaft und ihre Wettbewerbsfähigkeit und darum, Antworten auf aktuelle gesellschaftliche Herausforderungen zu finden“, so Wallner.

Aus Mitteln des Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE), die Vorarlberg zur Verfügung stehen, stehen der Landesregierung in der Programmperiode 2014-2020 rund 10,3 Millionen Euro zur Verfügung. ■

Neues Zeitalter im Tourismus

Wien präsentiert Visitor Economy Strategie 2025



Foto: PID/ David Bohmann

v.l.: Tourismus-Direktor Norbert Kettner, Bürgermeister Michael Ludwig und Peter Hanke, Amtsführender Stadtrat für Finanzen, Wirtschaft, Digitalisierung und Internationales

Nach Tourismuskonzepten vergangener Jahre legt die Stadt Wien unter Federführung des WienTourismus erstmals ihre „Visitor Economy Strategie“ bis 2025 vor. Unter dem Motto „Shaping Vienna“ definiert sie das Phänomen Reisen und dessen Wirkungen auf die Destination völlig neu und zielt auf eine nachhaltige Entwicklung und ein Ausbalancieren der Bedürfnisse von Einheimischen und BesucherInnen ab. Im Vordergrund steht der Mehrwert für die Stadt, ihre BewohnerInnen und Unternehmen. Bis 2025 soll (ausgehend von 2018) Folgendes erreicht werden:

- der Beitrag des Tourismus zum Wiener BIP steigt von 4 auf 6 Mrd. Euro,
- der Nächtigungsumsatz der Beherbergungsbetriebe steigt von 900 Mio. auf 1,5 Mrd. Euro,
- die Zufriedenheit der Gäste bleibt unverändert hoch: neun von zehn würden Wien weiterempfehlen,
- die Tourismusgesinnung bleibt auf Top-Niveau: neun von zehn WienerInnen stehen hinter Tourismus,
- die Anzahl Wiener Tourismus-Betriebe mit Umweltzeichen verdoppelt sich von 112 auf 224 und

- der Anteil mit Bahn (21 %) und per Auto (26 %) Anreisender dreht sich um.

Der Tourismus hat sich in wenigen Jahrzehnten zu einem tragenden Wirtschaftssektor entwickelt. In Wien steht er für jährlich 4 Milliarden Euro an Wertschöpfung, 90.000 Arbeitsplätze, Top-Infrastruktur und ein Kunst- und Kulturleben, das international seinesgleichen sucht. Seit 1990 sind die Ankünfte in Wiener Beherbergungsbetrieben um über 150 % auf 7,5 Millionen BesucherInnen 2018 angewachsen. „Wien ist zunehmend gefragtes Reiseziel und wir bekennen uns weiter zu Wachstum, aber nicht um jeden Preis. Wiens neue Visitor Economy Strategie reiht sich nahtlos in bestehende Strategien der Stadt ein und steht für einen frischen Denkansatz und nachhaltige Entwicklung, die die Grundlagen des Erfolges nicht untergräbt, sondern im Einklang mit den Zielen der Stadt und den Bedürfnissen der hier lebenden Menschen steht. Die zentrale Frage für die kommenden Jahre lautet daher nicht, was unsere Stadt für den Tourismus tun kann, sondern darauf zu fokussieren, was Tourismus für unsere Stadt tun kann!“, erklärt Wiens Bürgermeister Michael Ludwig den Ansatz der Wiener Visitor Economy Strategie 2025.

Visitor Economy: Blaupause für zukunftsfähiges Tourismuswachstum

Der Grundgedanke der Visitor Economy geht über den herkömmlichen Tourismusbegriff weit hinaus: Sie öffnet den Blick für die Vielfalt der Gäste und der zahlreichen „WienerInnen auf Zeit“, die die Stadt für die Dauer ihres Aufenthalts zu ihrem Lebensmittelpunkt machen. BesucherInnen (Visitors) umfassen alle Gäste, die hier leben, arbeiten oder studieren, einkaufen oder flanieren, Kultur- oder Freizeitangebote nutzen, Geschäfte machen oder Tagungen besuchen. Dabei bringen sie ökonomische Effekte, einen Außenblick und eine Vielfalt an Einflüssen, Ideen und Kompetenzen ein. Damit leisten sie einen aktiven Beitrag zur Lebens-, Aufenthalts- und Erlebnisqualität in der Stadt – zum Wohle von BewohnerInnen, anderen BesucherInnen und Unternehmen Wiens.

Kollaborativer Ansatz als Schlüssel zum Erfolg

„Neun von zehn WienerInnen geben regelmäßig an, daß sie dem Tourismus positiv gegenüberstehen. Das erlaubt es aus einer Position der Stärke und der breiten Akzeptanz neue Wege einzuschlagen. Wachstum,

Tourismusstandort Wien – Kennzahlen-Vergleich

Alle Unterkünfte 2018



Alle Unterkünfte inkl. Jugendherbergen, Campingplätzen, Privatquartieren, Apartments, Ferienwohnungen etc.

Hotels & Pensionen 2018



(1) MA 23 - Dezernat Statistik (jährliche Bestandsstatistik)
 (2) MA 23 - Dezernat Statistik, MA 6 - Rechnungs- und Abgabewesen & eigene Berechnungen
 (3) Ohne Frühstück und Umsatzsteuer
 (4) Anzahl der Zimmer wird nur für Hotels & Pensionen erhoben
 (5) Berechnet nach der monatlichen Statistik der MA 23 - Dezernat Statistik - mittels der im Monat realen Verfügbarkeit

© WienTourismus, Visitor Economy Strategie 2025, shspingvienna.info

Wohlstand und Prosperität sind nicht gegeben, wir müssen hart dafür arbeiten – mit klarem Bewußtsein für die anstehenden Herausforderungen und einer gemeinsamen Richtung aller AkteurInnen im Ökosystem der Visitor Economy“, erklärt Peter Hanke, Stadtrat für Finanzen, Wirtschaft, Digitalisierung und Internationales sowie Präsident des WienTourismus.

„Nicht nur der Denkansatz der Visitor Economy, auch die Einbindung der Tourismusgesinnung der WienerInnen sowie zahlreicher Stakeholder in den Strategieprozeß stellen einen völlig neuen Managementansatz dar, der auch international seinesgleichen sucht“, so Hanke. Neben Stakeholdern aus der Tourismusbranche und der Tagungsindustrie waren unter anderem auch Bezirksverantwortliche, Stadt- und Immobilienentwickler, Handel, Mobilitätsanbieter oder Universitäten als Vertreter des Visitor Economy

Ökosystems in die Erstellung der Strategie mit eingebunden. Zusätzlich sorgte ein internationaler ExpertInnenbeirat für den Blick über den Tellerrand. „Wiens Visitor Economy Strategie 2025 wurde in einem 12 Monate langen Stakeholder-Prozeß unter Federführung des WienTourismus erarbeitet. In insgesamt 21 Strategiefindungsformaten haben wir ein ganzheitliches, stimmiges Bild davon entwickelt, wie sich die Destination Wien in den kommenden Jahren entwickeln soll – dafür danke ich allen Beteiligten herzlich“, so Hanke.

Abschied von reinen Nächtigungszielen

„Das Leitziel unserer Strategie lautet: Visitor Economy soll Mehrwert schaffen. Für die Unternehmen des Ökosystems – wir sprechen hier von ‚business added value‘ – wie für die Stadt und ihre BewohnerInnen, also ‚city added value‘“, erklärt Tourismus-

direktor Norbert Kettner. Im Marketing gilt es nach wie vor Publikum anzusprechen, das sich für Wiens Premium-Angebote interessiert und sich mit seinem Verhalten gut in die Stadt einfügt. Ein quantitatives Nächtigungsziel gibt es im Vergleich zu früheren Strategien nicht mehr, wengleich der Erfolg Wiens von einer stabilen Nachfrage(entwicklung) abhängig ist. In drei Handlungsfeldern („Place Making & Place Marketing“, „Meeting Destination Vienna“ sowie „Smart Solutions“) will der WienTourismus zusammen mit der Stadt Wien und allen PartnerInnen im Ökosystem der Visitor Economy konkrete Schritte zur Zielerreichung setzen.

Sechs Ziel-Indikatoren zur Erfolgsmessung

Strategische Ziele verlangen Meßbarkeit und Benchmarks – eine Sensorik für Balance zu entwickeln ist Voraussetzung, um faktenbasiert agieren und Fortschritte sichtbar machen zu können. Bei der ganzheitlichen Analyse von Daten zur Entwicklung der Destination setzt Wien bereits heute international Standards. Die Erreichung der Ziele der Visitor Economy Strategie 2025 läßt sich anhand von sechs Ziel-Indikatoren (Key Performance Indicators – KPI) ablesen, die Umsatz- und Wertschöpfungseffekte ebenso abbilden wie die Zufriedenheit von BewohnerInnen und Gästen sowie ökologische Entwicklungen:

1. Direkte und indirekte Wertschöpfungseffekte des Tourismus in Wien sollen bis 2025 von rund 4 Mrd. Euro (2018) um 50 % auf 6 Mrd. Euro steigen. (Datenquelle: TSA Tourismus-Satellitenkonto – Statistik Austria/WIFO)
2. Der Netto-Nächtigungsumsatz der Wiener Beherbergungsbetriebe als Kernbranche der Visitor Economy soll bis 2025 von knapp 900 Mio. Euro (2018) um zwei Drittel auf 1,5 Mrd. Euro steigen. (Datenquelle: MA 23 Dezernat Statistik/MA 6/Berechnungen des WienTourismus)
3. Die Erlebnisqualität der Gäste bleibt hoch: Aktuell würden 9 von 10 BesucherInnen Wien als Destination weiterempfehlen. Dieser hohe Anteil soll gehalten werden. (Datenquelle: Gästebefragung (Freizeitgäste) im Rahmen von T-MONA (Tourismus-Monitor Austria))
4. Gleichzeitig sind 9 von 10 WienerInnen davon überzeugt, daß Tourismus gut für Wien ist. Diese beachtliche Tourismusgesinnung der Bevölkerung ist zentraler Benchmark und soll trotz quantitativer Zunahme der BesucherInnen gehalten

Österreich, Europa und die Welt

werden. (Datenquelle: Jährliche repräsentative Befragung von rd. 3.600 WienerInnen seitens WienTourismus, durchgeführt vom Marktforschungsinstitut Manova)

5. Die Zahl der mit dem Österreichischen Umweltzeichen als nachhaltig zertifizierten Wiener Betriebe der Tourismus- und Freizeitwirtschaft verdoppelt sich von 112 (2018) auf 224 Betriebe. (Datenquelle: Bundesministerium für Nachhaltigkeit und Tourismus)
6. Anreise mit umweltfreundlichen Verkehrsmitteln speziell aus Nahmärkten: Bis 2025 soll sich das Verhältnis von Personen, die mit dem Auto (derzeit 26 %) bzw. mit der Bahn (21 %) anreisen, umkehren. (Datenquelle: Gästebefragung (Freizeitgäste) im Rahmen von T-MONA (Tourismus-Monitor Austria))

Neue Rolle für den WienTourismus: Vernetzer, Kurator und auch mal »Spielverderber«

„Die Rolle von Tourismusverbänden hat sich global stark verändert“, erklärt Kettner. „Wir sind keine reine Destinationsmarketing-Agentur mehr: Wir erfüllen eine Vernetzungs- und Kuratorenrolle, um die Destination zusammen mit allen Playern der Stadt qualitativ weiterzuentwickeln und Impulse zu setzen. Destinationsmanagement zählt zusätzlich zur gezielten Ansprache des Reisepublikums zu unserer Kernkompetenz.“

„Somit müssen wir auch dort die Rolle des ‚Spielverderbers‘ einnehmen, wo Partikularinteressen dem Gemeinwohl entgegenstehen. Wien ist dafür bekannt, Innovation und Unternehmertum zu forcieren. Wo Entwicklungen ökonomischer, ökologischer oder sozialer Nachhaltigkeit massiv widersprechen, braucht es aber auch klare Regeln und Intervention. Hier wird sich der WienTourismus konstruktiv in die Gestaltung der Rahmenbedingungen einbringen, denn unsere Stadt ist ein kostbares Gut, mit dem man sorgsam umgehen muß“, betont Kettner.

Regionenkonzept für dezentrale Stadtteile

Die Sichtbarmachung neuer, spannender Ziele innerhalb der Destination soll zusätzliche Anziehungspunkte schaffen und die positiven Effekte der Visitor Economy besser in der Stadt streuen. „Über 50 % der Wien-Gäste waren zuvor schon in der Stadt, ein Viertel kommt jedes Jahr – eine Chance, neue Erlebnisräume außerhalb der Tourismuskernzone sichtbar zu machen und Wert-

schöpfung besser auf die Grätzler der Stadt zu verteilen. Der WienTourismus wird ein Marketingkonzept für zentrale und dezentrale Stadtteile entwickeln, in das kreative Impulse, öffentliche und private Initiativen einfließen und das dort Frequenz schaffen soll, wo Menschen und Unternehmen zusätzlich profitieren wollen“, so Kettner.

Zukunftsprojekte mit Hotspot-Potential: Eventhalle, Busbahnhof, Donauufer

Besondere Bedeutung kommt neuen urbanen Hotspots wie Eventhalle und Busterminal oder den Uferbereichen von Donau und Donaukanal zu. Bestrebungen der Hotellerie, als Quartierstreffpunkt zu fungieren, soll ebenso Rechnung getragen werden. Wien als Filmstandort soll auch bisher wenig bekannte Facetten der Stadt in Szene setzen und dabei internationale Produktionen von Film über TV bis hin zu Streamingplattformen stärker anziehen.

Meetings als Muskel für Standortentwicklung

Wiens Meeting-Industrie ist Vorzeigesegment der Visitor Economy. Bereits heute sorgt sie für jede achte Nächtigung in der Stadt, KongressteilnehmerInnen geben mit rund 540 Euro pro Tag sogar doppelt so viel in der Destination aus wie der Durchschnitt aller Wien-BesucherInnen. Tagungen sollen künftig noch mehr zum Hebel für die internationale Sichtbarkeit, Wettbewerbsfähigkeit und Entwicklung des Wirtschaftsstandorts Wien werden. In enger Abstimmung mit der in finaler Vorbereitungsphase befindlichen Standortstrategie „Wien 2030 – Wirtschaft und Innovation“ sollen strategische Fokussierung und eine tiefgehende Analyse bestehender Potentiale im Tagungssegment zusätzliche Entwicklungsmöglichkeiten schaffen.

Neue Marke »Meeting Destination Vienna«

„Mit der neu akzentuierten Marke ‚Meeting Destination Vienna‘ positionieren wir Wien ab sofort noch prägnanter als Destination für Kongresse und Firmenveranstaltungen auf dem Weltmarkt“, so Kettner. Aus dem Anspruch eines kontinuierlichen Qualitätsupgrades kommt dem Austria Center Vienna und dem Standort Messe Wien prominente Bedeutung zu. Services zur Unterstützung internationaler Firmenveranstalter und Verbände etwa bei der Bewältigung von Auflagen oder Schnittstellen zu lokalen AkteurInnen aus Wirtschaft und Wissenschaft

sollen Wiens Vorreiterrolle in der weltweiten Meeting-Industrie weiter ausbauen.

Keine Kooperation mit Massentourismus

„Massentourismus organisiert sich von selbst. Jeder Gast, der Wien besucht, ist uns lieb und teuer – doch Angebote, die ungebremsten Massentourismus mit sich bringen und der Tourismusverträglichkeit entgegenstehen, wird Wien auch in Zukunft weder fördern noch vermarkten“, erklärt Kettner. „Unsere Marketingaktivitäten werden wir künftig noch fokussierter an jenen Kernzielgruppen ausrichten, die dem Premium-Anspruch unserer Visitor Economy Strategie entsprechen – beispielsweise die Meeting-Industrie, Luxusreisende oder die LGBT-Zielgruppe. Kunst und Kultur werden dabei mittel- und unmittelbar zentrales Leitmotiv unserer Marketingaktivitäten bleiben. Gelernte Formate stehen umso stärker auf dem Prüfstand“, kündigt Kettner an, künftig etwa auf die Teilnahme an der Internationalen Tourismusbörse (ITB) in Berlin zu verzichten.

Qualität im öffentlichen Raum verteidigen

Öffentlicher Raum soll qualitativ hochwertigen Platz für Aufenthalt, Bewegung und Begegnung bieten. „Das Gemeinwohl muß Vorrang vor Individualverkehr, Vereinnahmung durch überbordenden Straßenverkauf oder ‚Verramschung‘ durch ‚Standl‘ aller Art haben“, zitiert Kettner aus der aktuellen Befragung der Tourismusgesinnung der Wiener Bevölkerung: 58 % der WienerInnen sprachen sich für die Regulierung von überbordendem Straßenverkauf aus, 54 % für die Regulierung von Souvenirständen. „Die Novelle des Gebrauchsabgabengesetzes, die neue Regeln für jene als Mozart verkleideten Verkäufer in Wiens Stadtzentrum bringt, war ein Beschluß, der voll und ganz dem Gedanken der Visitor Economy Strategie entspricht. Für die vorausschauende Umsetzung bedanke ich mich bei den zuständigen AkteurInnen der Stadt sehr herzlich“, erklärt Kettner.

Wien als Night Jet Hub positionieren

Wiens Visitor Economy steht auch für sorgsamem Umgang mit natürlichen Ressourcen und smarte Lösungen, um Lebensqualität für die jetzige und alle kommenden Generationen zu erhalten. Unter dem Titel „Rail Service Development“ soll u.a. durch Kooperation mit der Bahn der Anteil jener Reisenden, die per Zug nach Wien kommen,

Österreich, Europa und die Welt

erhöht und Wien als Night Jet Hub positioniert werden: Bis 2025 soll sich das Verhältnis von Personen, die mit dem Auto (derzeit 26 %) bzw. mit der Bahn (21 %) anreisen, umkehren.

Fokus auf Langstreckenverbindungen und Netzwerk-Carrier

Im Rahmen ihrer „Air Service Development“-Vereinbarung leisten WienTourismus und Flughafen Wien seit 2016 Pionierarbeit, um neue Direktflüge aus Metropolen weltweit nach Wien zu holen. „Smart Air Service Development“ bedeutet die Neuausrichtung der langjährigen Zusammenarbeit mit primärem Fokus auf Langstreckenverbindungen und Zusammenarbeit mit so genannten „Legacy Carrier“, die mit ihrem starken Netzwerk den Flugverkehrsstandort Wien stärken.

Smarte Verkehrslösungen

Technologiegestützte Steuerung von Reise- und Shuttlebussen in der Stadt soll Überlastungen zu Spitzenzeiten vermeiden. Für (Kurz-)Transfers, etwa von Kreuzfahrtpassagieren, sollen im Dialog mit den Verantwortlichen ökologisch verträgliche Verkehrsmittel forciert werden. Qualitätskontrolle und Schulung für Taxi- und MietwagenfahrerInnen sowie ein speziell auf Kongreß-, Messe- und Meeting-Gäste maßgeschneidertes Öffi-Ticket stellen weitere Handlungsfelder im Mobilitätsbereich dar.

WienTourismus fliegt CO₂-neutral

Ökologische Verantwortung soll weiters mit dem Global Destination Sustainability Index als Benchmark wahrgenommen werden – unter anderem nimmt auch Barcelona, langjähriger Kooperationspartner Wiens im Kongreßbereich, an diesem Index teil. Die Zertifizierung von Wiener Betrieben mit dem Österreichischen Umweltzeichen, die Klassifizierung von Hotels anhand von Nachhaltigkeitskriterien sowie Green Meetings im Tagungswesen sind weitere zentrale Handlungsfelder. Auch der WienTourismus selbst setzt Zeichen: Zukünftig werden CO₂-Emissionen von Dienstreisen per Flugzeug über Climate Austria kompensiert.

Internationale Standards setzen

Nicht zuletzt ist die Integration des Prinzips der Sharing Economy unter den Gesichtspunkten von Fairness und klaren Spielregeln Arbeitsfeld der Visitor Economy. „Hier hat Wien im Bereich der Plattformvermietung frühzeitig gesetzliche Rahmen-



Kunst und Kultur werden mittel- und unmittelbar zentrales Leitmotiv von Wiens Marketingaktivitäten bleiben – im Bild: ein Konzert der Wiener Symphoniker im Wiener Konzerthaus.

bedingungen geschaffen, etwa mit der Novelle zum Wiener Tourismusförderungsgesetz oder der Bauordnung, und zählt damit international zu den Vorreitern. Zugleich freue ich mich im Sinne unseres Denkansatzes auf die in Aussicht gestellte bundesweite Registrierungspflicht für Airbnb und Co“, so Kettner. Internationale Standards, etwa bei Zahlungsmöglichkeiten, möchte er ebenso vorantreiben. „Für unsere Tourist-Infos arbeiten wir gerade an der Integration der chinesischen Bezahldienste WeChat und Ali-Pay“, erklärt Kettner.

Premium. Cosmopolitan. Digital

Sämtliche Maßnahmen der Visitor Economy Strategie 2025 bauen auf zentralen Wertsicherungen auf, die eine Weiterentwicklung des Leitmotivs der Tourismusstrategie 2020 „Global. Smart. Premium“ darstellen.

Premium

Wien setzt auf Premium-Qualität. Nicht nur als Markenzeichen, sondern als Auftrag, laufend in sie zu investieren und sich dafür einzusetzen. Premium-Qualität ist ein Schlüssel für eine nachhaltige Entwicklung: Die Stadt zieht damit Menschen an, die Qualität und hohe Standards schätzen. Daraus resultiert im Regelfall ein respektvoller Umgang mit der Stadt, hohe Zufriedenheit und die Bereitschaft, sich in die Stadt zu integrieren.

Cosmopolitan

Wien als Weltstadt setzt auf Weltoffenheit, Vielfalt und Toleranz. Das kosmopolitische Wien steht für Internationalität, begreift Vielfalt, unterschiedliche Sprachkenntnisse und kulturelle Hintergründe seiner Bewoh-

nerInnen als Stärke. Das macht Wien attraktiv für BesucherInnen, die ihrerseits zur Vielfalt der Stadt beitragen.

Digital

Wien wird Digitalisierungshauptstadt. Digitale Daten erlauben ein Bild der Nutzung der Stadt zu gewinnen und zu sehen, wo sich Hindernisse auftun – eine wesentliche Voraussetzung, die Visitor Economy auf die ganze Stadt auszuweiten, Stress-Situationen zu entschärfen und Angebote zu kombinieren. Digitalisierung muß dabei Kulturtechnik bleiben und im Sinne des „digitalen Humanismus“ dem Menschen nutzen: niederschwellig und userfreundlich, niemals als Selbstzweck.

Wir alle sind Visitor Economy!

Der WienTourismus hat den Prozeß zur Visitor Economy Strategie 2025 initiiert, koordiniert und wird bei ihrer Umsetzung eine zentrale Rolle spielen. Wie die anderen AkteurInnen des Ökosystems der Wiener Visitor Economy wird er dabei einmal in einer verantwortlichen, dann wieder in einer beratenden oder unterstützenden Rolle aktiv sein. „Die Vielfältigkeit der Handlungsfelder läßt klar erkennen, daß Erfolge nur durch die Zusammenarbeit und den Dialog aller Player in der Destination Wien, über die Stadt und den WienTourismus hinaus, möglich wird. Der WienTourismus wird auch in den kommenden Jahren Plattformen für den Austausch-, Nachdenk- und Entwicklungsprozeß bieten, damit wir unsere hoch gesteckten Ziele erreichen“, kündigt Kettner an. ■

<https://www.wien.gv.at/>

<http://tourismusstrategie2020.wien.info/>

Holocaust Gedenkstätte in Kyjiw

Büros querkraft architekten und Landschaftsarchitekt Kieran Fraser Landscape Design gewinnen internationalen Wettbewerb



rendering expressiv, © querkraft architekten / Kieran Fraser Landscape Design

Das Zentrum wird sich direkt neben dem Ort der tragischen Ereignisse in der Schlucht von Babyn Yar in den Jahren 1941-1943 befinden.

Am 6. September wählte die Jury des internationalen Architekturwettbewerbs für die Holocaust Gedenkstätte Babyn Yar das Projekt des österreichischen Büros querkraft architekten zusammen mit dem Landschaftsarchitekt Kieran Fraser Landscape Design, Österreich, zum Siegerentwurf. Auf Grundlage dieses Entwurfs wird in Kyjiw, unmittelbar an dem Ort, an dem die tragischen Ereignisse in den Jahren 1941-1943 stattfanden, die erste Gedenkstätte für den Holocaust in Osteuropa errichtet. Der zweite und der dritte Platz gingen an die Büros Dorte Mandrup A/S, Dänemark mit der Landschaftsarchitektin Martha Schwartz, USA, und merz merz, Deutschland, mit dem Landschaftsarchitekt TOPOTEK 1. Zu den fünf Finalisten, die an der zweiten und letzten Phase des Architekturwettbewerbs teilnahmen, gehörten auch die folgenden Büros: Richter Musikowski, Deutschland, mit den Landschaftsarchitekten FABULISM und Lysann Schmidt und BURØ, Ukraine, mit der Landschaftsarchitektin Ksenia Feofilaktova "V POLE DESIGN", Ukraine.

Ziel des Wettbewerbs war es, einen globalen Ansatz zu entwickeln, der die Schaf-

fung einer Gedenkstätte der nächsten Generation ermöglicht. Die zukünftige Holocaust Gedenkstätte soll alles in einem sein: ein Ort der Erinnerung, ein Museum und eine Plattform für Forschung, öffentlichen Dialog und Reflexion über die Tragödie. Sie soll Ausstellungsräume für Kern- und Wechselausstellungen, ein Bildungs- und Forschungszentrum, einen Raum für öffentliche Veranstaltungen sowie Räumlichkeiten für das Archiv und die Museumssammlung umfassen. Das Projekt wird die Landschaft von Babyn Yar und den Gedenkpark mit einem herausragenden Entwurf und einem einzigartigen Besuchererlebnis einbinden.

Wladimir Klitschko, Boxweltmeister im Schwergewicht, Philanthrop, Mitglied des BYHMC-Aufsichtsrats: „Wir bauen ein Zentrum für zukünftige Generationen. Wie können sie das Böse nachvollziehen, das einst geschah? Wie können wir sicher sein, daß junge Menschen die Fehler vergangener Generationen nicht wiederholen? Ich möchte, daß die Holocaust Gedenkstätte Babyn Yar zu einem Ort wird, der diese Fragen beantwortet und alle dazu ermutigt, immer wieder zurückzukehren.“

Die Idee des Siegerentwurfs

Die Idee des Siegerentwurfs basiert auf der individuellen Wahrnehmung der BesucherInnen des Zentrums. Die Designlösung ermöglicht es ihnen, die Gefahr und Hoffnungslosigkeit, die die Holocaust-Opfer während dieser tragischen Ereignisse umgaben, physisch zu spüren. Eine lange Rampe führt zur Kernaussstellung, die sich 20 Meter unter dem Boden befindet. Die Wände der Rampe falten sich schließlich über die BesucherInnen. Dies ist eine Analogie zum Weg der Opfer von Babyn Yar zum Ort ihres Todes und zum zunächst unsichtbaren, aber unaufhörlichen Eintauchen der Gesellschaft in die Dunkelheit der Gewalt. Nach dem Durchlaufen der Kernaussstellung findet sich der Besucher in einem leuchtenden Raum wieder. Dieser demokratische Raum ist das „Herz“ der Gedenkstätte und symbolisiert die Zukunft, die Hoffnung gibt. Rund um diesen Raum befinden sich Räumlichkeiten für Dialog, Forschung und öffentliche Veranstaltungen.

Der Entwurfsansatz basiert auf dem Kontrast zwischen diesen dunklen und hellen Räumen.

Österreich, Europa und die Welt

Architektonische Lösung wird weiter ausgearbeitet

In einer Reihe von Workshops mit querkraft architekten wird das Projektteam die architektonische Lösung weiter ausarbeiten. Die Komplexität der Umsetzung des Konzepts wird auch bestimmen, wann die Holocaust Gedenkstätte Babyn Yar seine Türen für die ersten BesucherInnen öffnet.

Es wurden 165 Anträge aus 36 Ländern eingereicht. Zu den Bewerbern zählten renommierte Architekturbüros wie Eisenman Architects, Diller Scofidio + Renfro (USA) und Zaha Hadid Architects (Großbritannien). Das Büro Eisenman Architects entwarf z.B. auch das Denkmal für die ermordeten Juden in Berlin. Im Rahmen des Präqualifikationsverfahrens wurden 10 Büros ausgewählt.

Der Architekturwettbewerb für die Holocaust Gedenkstätte Babyn Yar begann am 19. Dezember 2018. Es wurde vom deutschen Architekturbüro [phase eins]. organisiert, das auch den Wettbewerb für das „National Memorial to the Heavenly Hundred Heroes and Revolution of Dignity Museum“ in Kyjiw durchgeführt hat.

Der Wettbewerb wurde in zwei Phasen durchgeführt. Das Verfahren basierte auf den UNESCO-Standards für Architekturwettbewerbe und den Regeln der Union Internationale des Architectes (UIA). Die Jury bewertete die Projekte anonym und nach vorher festgelegten Kriterien.

Holocaust Gedenkstätte Babyn Yar (BYHMC)

Die Holocaust Gedenkstätte Babyn Yar (BYHMC) ist eine gemeinnützige Organisation mit dem Ziel, der Opfer der Tragödie von Babyn Yar gebührend zu gedenken, indem sie in Kyjiw ein innovatives Zentrum des Gedenkens errichtet, das die Bewahrung und Erforschung der Erinnerung an den Holocaust fördert. Das Zentrum wird sich direkt neben dem Ort der tragischen Ereignisse in der Schlucht von Babyn Yar in den Jahren 1941-1943 befinden. Es soll daran erinnern, daß die Nazis hier in den zwei Jahren der Besetzung Kyjiws 70.000 bis 100.000 Menschen hingerichtet haben. Allein am 29. und 30. September 1941 wurden in Babyn Yar 33.771 Jüdinnen und Juden ermordet. Es ist damit eines der größten Einzelmassaker im Zweiten Weltkrieg. ■

<http://babynyar.org/en/>

<http://www.querkraft.at/>

<https://www.kieranfraser.com/>

https://de.wikipedia.org/wiki/Babyn_Yar



Eine lange Rampe führt zur Kernaussstellung, die sich 20 Meter unter dem Boden befindet.



Kernaussstellung: Unaufhörliches Eintauchen der Gesellschaft in die Dunkelheit der Gewalt



Nach der Kernaussstellung finden sich die BesucherInnen in einem leuchtenden Raum wieder.

für alle: rendering expressiv. © querkraft architekten / Kieran Fraser Landscape Design

Archäologie verbindet Tunesien und Österreich

ForscherInnen des Österreichischen Archäologischen Instituts der Österreichischen Akademie der Wissenschaften starten ein neues Projekt in Tunesien.

Im Landesinneren von Tunesien am Rand eines Gebirges inmitten fruchtbarer landwirtschaftlicher Nutzflächen und Olivenhaine arbeitet ein Team von ArchäologInnen, einem Vermesser und einer Architektin des Österreichischen Archäologischen Instituts (ÖAI) in den Ruinen der antiken Stadt Abthugnos. Begleitet werden sie von tunesischen Kollegen der Denkmalschutzbehörde L'Institut National Du Patrimoine de Tunisie. An der Oberfläche zeichnen sich die gut erhaltenen Reste des römischen Stadtzentrums ab. Es handelt sich um einen großen Platz (Forum) aus dem 2. Jh. n. Chr., der unter anderem von einem Tempel und einer Markt- und Gerichtshalle (Basilika) umgeben ist.

Stadtbild, Funktion und Bedeutung von Abthugnos

Doch wie fügt sich der zentrale Platz in das übrige Stadtbild von Abthugnos ein? Welche Funktionen erfüllte die Stadt? Wie fand die Versorgung statt? Wer waren ihre Einwohner und in welcher Beziehung standen sie zur nahen Großstadt Karthago?

All das sind Fragen, auf die das interdisziplinäre Team in den nächsten drei Jahren Antworten finden möchte. Für die Erstellung der notwendigen Datengrundlagen, wie Stadtplan und Grundrisse der Gebäude, bedient man sich modernster Dokumentationsmethoden. In diesem Frühjahr wurde dazu das komplette Stadtzentrum mithilfe eines 3D-Laserscanners erstmals seit seiner Freilegung dokumentiert. Weitere Untersuchungen, wie eine Drohnenbefliegung, werden folgen. Bis 2020 wird das Team detaillierte Untersuchungen an der Bausubstanz der Monumente durchführen, die unterschiedlichen Bauphasen identifizieren und umfassende Pläne und 3D-Rekonstruktionen erstellen. Durch die Analyse der bisher entdeckten Funde und Befunde und Vergleiche mit anderen Städten im ländlichen Raum aus dieser Zeit wird es möglich sein, mehr über die Ausdehnung und die Funktionen der antiken Stadtanlage sowie ihre Bedeutung in der Region herauszufinden. Unterstützt wird



Forum von Abthugnos – Blick nach Nordwesten auf den Tempel



Forum von Abthugnos – Blick nach Südosten auf die Markt- und Gerichtshalle (Basilika)

das ÖAI-Team bei seinen Arbeiten vor Ort durch die österreichische Botschaft in Tunesien.

Kleinstadt im Grenzland

In der Antike verlief in der Nähe von Abthugnos die Grenze zwischen der 146 v. Chr.

neu eingerichteten römischen Provinz Africa und dem Königreich Numidien. Unter Kaiser Hadrian wurde Abthugnos municipium (Landstadt) und verfügte damit über Stadtrechte. Später war es auch Bischofssitz. ■

<https://www.oew.ac.at/oeai/>

https://de.wikipedia.org/wiki/R%C3%B6mische_Provinz

Transparenz und Sicherheit für Eiffelturm-BesucherInnen

Dietmar Feichtinger Architectes gewinnen internationalen Wettbewerb zur Verstärkung der Schutzmaßnahmen des Pariser Wahrzeichens.

Den internationalen Wettbewerb zur Verstärkung der Schutzmaßnahmen rund um den Eiffelturm mit dem Ziel die Aufenthaltsqualität der BesucherInnen nicht zu beeinträchtigen, an dem nur eine Handvoll ausgewählte Architekten teilnahmen, konnten Dietmar Feichtinger Architectes Paris/Wien für sich verbuchen.

Die Attentate des islamischen Staates im Stade de France 2015 und am Nationalfeiertag 2016 in Nizza veranlaßten die französischen Behörden ihre Sicherheitspolitik an stark frequentierten Orten zu verstärken. Menschen sollen sich angstfrei und ungehindert frei bewegen können und sicher fühlen.

Die Ideen des renommierten Architektenbüros bestachen durch ihre Klarheit, Strukturierung der Besucherströme, und die Schaffung einer besseren Übersichtlichkeit für die Sicherheitskräfte.

Zwei über 200 Meter lange und 3 Meter hohe Wände aus schuhsicherem Hochsicherheitsglas lassen die wichtige städtebauliche Blickachse von der Ecole Militaire bis zum Palais de Trocadéro weiterhin wirksam bleiben, die Umleitung der Besucherströme sorgt für freiere Sicht.

Fixe Poller als Aufprallschutz an den Rändern der Gehsteige des stark befahrenen Quai Branly und der Avenue Gustave Eiffel schützen vor Amokfahrten. Als geschlossener Bereich im Inneren kann nun der revitalisierte mit Zäunen aus Cortenstahl stimmig eingefasste Landschaftsgarten der Weltausstellung in Paris wieder bewundert und genossen werden. Sieben Millionen BesucherInnen pro Jahr können nun entspannt das exakt 324,82 Meter hohe Wahrzeichen besichtigen – und den Park genießen.

Die Glasscheiben der neuen Mauer sind insgesamt 72 Millimeter dick und bestehen aus sechs Schichten. Um sie möglichst leicht und transparent erscheinen zu lassen, sind sie aus hochtransparentem Glas und freitragend ausgebildet im Boden eingespannt. Die einzelnen Stöße benachbarter Scheiben sind mit glatten Nirostprofilen abgedeckt, an denen auch die Beleuchtung – ein schlichter Quader aus Edelstahl, der bündig mit dem



Foto: DFA | Dietmar Feichtinger Architectes / David Bourau

Die Glasscheiben der neuen Mauer sind insgesamt 72 Millimeter dick und bestehen aus sechs Schichten.

Profil ist – und die Überwachungskameras montiert sind. Die Gläser selbst ragen über diese Steher hinaus, wodurch die Wand noch filigraner wirkt und das unbeobachtete Überklettern verhindert.

Sie besticht durch ihr unauffälliges Design und ist lärmabweisend.

Bei der Gestaltung der Zugänge zum Eiffelturm durch den romantischen historischen Landschaftsgarten wandten Dietmar Feichtinger Architectes eine ähnliche Denkweise an, wie bereits bei der Neugestaltung der Brücke zum Mont Saint Michel. Sie betrachteten die Gesamtsituation und strebten danach, sie dem früheren, originalen Zustand anzunä-

hern. In der Normandie wurde mit der Brücke auf zarten Stützen die Verlandung des Mont Saint Michel aufgehallen und rückgängig gemacht.

Im Fall des Eiffelturms nutzen Dietmar Feichtinger Architectes die Notwendigkeit, einen klar abgegrenzten, überwachten Bereich um den Eiffelturm zu schaffen, um den historischen Garten der Weltausstellung wieder zu neuem Leben zu erwecken und in die Planung miteinzubeziehen. Wesentlich bei der Gestaltung der Schutzmaßnahmen war, sowohl die große, städtebauliche Achse zwischen dem Palais de Trocadéro und der Ecole Militaire in ihren Blickverbindungen

Österreich, Europa und die Welt

wirksam zu belassen, als auch die kleinmaßstäblichen Sichtbezüge im romantischen Park wieder zu reaktivieren.

Die Zugänge zum Eiffelturm wurden neu organisiert

Man betritt das Areal des romantischen Landschaftsgartens, der von den Schweizer Landschaftsarchitekten Vogt behutsam wieder hergestellt und stilgetreu neu gestaltet wurde, im Nahbereich der Avenue Eiffel an den schmalen Flanken des Parks: Sechs nebeneinander liegende, ebenso transparente Eingangsschleusen aus Glas mit filigranen Glasdächern, an denen je zwei Sicherheitskräfte die Eiffelturm-Besucher kontrollieren, sorgen trotz großen Andrangs für ein zügiges Fortkommen. Ausgeführt sind auch diese Zugangsschleusen aus Glas, das von einer filigranen Stahlstruktur getragen wird.

Sie sind im Nahbereich der romantischen Seen positioniert, die von einem Zaun aus Cortenstahl eingefäßt sind. Sein ovaler Verlauf reagiert ebenso wie Ausführung und Entwurf auf das organische Wesen des Parks, seine historische Wegführung und die Besonderheit des Ortes: Die Cortenstahl-Elemente des Zauns sind 324 cm hoch – und damit genau ein Hundertstel des Eiffelturms. Auch ihre Form lehnt sich an der Silhouette des Turms an: Dieser Zaun ist an der Basis breiter und stabiler, läuft nach oben hin – ähnlich dem Eiffelturm – auf ein verbindendes Profil zusammen. Dieses in zwei Meter breiten Stücken vorgefertigte schwer beklebterbare Zaunelement wirkt wie eine Papierfaltung, referiert auf den Eiffelturm, harmonisiert mit der umgebenden Pflanzenwelt. Im unteren Bereich ist dieser Zaun, der an ein



Foto: DFA | Dietmar Feichtinger Architectes

Architekt Dietmar Feichtinger

Weidengeflecht erinnert, durch ein dichtes Metallgewebe verstärkt. Auch er ist auf Streifenfundamenten befestigt, dezent beleuchtet und überwacht. In diesen ovalen Bogen des Zauns sind auch die Ausgänge integriert: Runde Drehtüren aus Glas, von Glasdächern vor Witterung geschützt. Wer zum Eiffelturm will, muß jetzt ein Stück durch den Park gehen. Ein Spazierweg, der auf die Begegnung mit dem Eiffelturm einstimmt.

Alle Maßnahmen, die der Sicherung und dem Abschluß dienen, sind rückbaubar. In vier Jahren werden sich Stadtsenat und Polizei erneut der Frage stellen, ob dieser kontrollierte Bereich notwendig ist.

Weitere Fakten und Informationen über den Eiffelturm

Der Eiffelturm ist eines der bedeutendsten Wahrzeichen von Paris und eines der meistbesuchten Wahrzeichen der Welt. Der

von Gustave Eiffel erbaute und 324,82 Meter hohe Turm wurde 1889 eröffnet und diente ursprünglich als Aussichtsturm und monumentales Eingangsportale der zweiten Pariser Weltausstellung, die zum 100-Jah-Jubiläum der französischen Revolution veranstaltet wurde.

Städtebaulich effektiv ist das Wahrzeichen von Paris in einer weit wahrnehmbaren Sichtachse positioniert: am linken Ufer der Seine am Champ de Mars in einer städtebaulichen Achse mit der Pont D'Iena und dem Palais du Trocadéro am anderen Ufer und der École Militaire im Südosten. Unmittelbar im Nordwesten des Eiffelturms verläuft an der Seine der stark befahrene Quai Branly, im Südosten quert die Avenue Gustave Eiffel das Gelände.

Der Eiffelturm symbolisiert die französischen Grundwerte: Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit. Gustave Eiffel war ein erfahrener Brückenbauer, der Turm wurde ebenso wie sonst Brücken aus genietetem Schmiedeeisen errichtet. Insgesamt verarbeitete man 7.300 Tonnen Stahl, viele der 18.038 Einzelteile sind vorproduziert. Der Eiffelturm war also in vielerlei Hinsicht fortschrittlich, visionär und bei seiner Eröffnung das höchste Bauwerk der Welt.

Seit 1964 ist er als Monument Historique denkmalgeschützt, 1986 nahm die American Society of Civil Engineers den Eiffelturm in die Liste der historischen Meilensteine der Ingenieursbaukunst auf. Mit rund sieben Millionen zahlenden BesucherInnen pro Jahr zählt er zu den meistbesuchten Wahrzeichen der Welt. ■

<http://www.feichtingerarchitectes.com/>
<https://de.wikipedia.org/wiki/Eiffelturm>



Foto: DFA | Dietmar Feichtinger Architectes / David Bourau

Die Cortenstahl-Elemente des Zauns sind 324 cm hoch – und damit genau ein Hundertstel des Eiffelturms.

Liechtenstein-Empfang in Wien

Bilaterale Vereinbarung zur Förderung der Forschung unterzeichnet – Regierungschef Adrian Hasler überreichte zwei Orden



Foto: ikr / Elena Azzalini

Liechtensteins Bildungsministerin Dominique Hasler und Klement Tockner, Präsident des Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung bei der Unterzeichnung einer bilateralen Vereinbarung zur Förderung der Forschung

Am 12. September unterzeichnete Liechtensteins Bildungsministerin Dominique Hasler in Wien gemeinsam mit Klement Tockner, Präsident des Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung, die Vereinbarung über die Weiterführung der Zusammenarbeit im Forschungsbereich.

Seit dem 18. Januar 1990 besteht zwischen der Regierung Liechtensteins und dem Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung (FWF) eine Zusammenarbeitserklärung. Ziel dieser Vereinbarung ist es, Forschungsprojekte in Liechtenstein zu fördern, den Austausch zwischen österreichischen und liechtensteinischen Forschenden anzuregen und die gutnachbarschaftlichen Beziehungen im Hochschulwesen zu würdigen.

Hasler nutzte ihren Besuch in Wien anlässlich des Liechtenstein-Empfanges dazu, diese Vereinbarung zu erneuern. „Wir würdigen durch die Neuauflage des Abkommens die seit rund 30 Jahren bestehende Erklärung und steigern ihre Sichtbarkeit“, betonte die Regierungsrätin. „Gemeinsam mit dem gleichwertigen Abkommen, das mit dem Schweizerischen Nationalfonds SNF besteht, wird liechtensteinischen WissenschaftlerInnen damit ein gleichberechtigter Zugang zu Forschungsgeldern dieser Fonds gewährt.“

Mit der Erneuerung des Abkommens wer-

den die Anreize zur Antragsstellung für die WissenschaftlerInnen liechtensteinischer Forschungsinstitute und Hochschulen erhöht.

Regierungschef Adrian Hasler überreichte zwei Orden

Regierungschef Adrian Hasler hat im Auftrag von S.D. Erbprinz Alois von und zu

Liechtenstein am 12. September in Wien zwei Orden überreicht.

Ausgezeichnet wurden Sandra Diepenseifen, Leiterin des Österreich-Bibliotheken-Referates im Bundesministerium für Europa, Integration und Äußeres, sowie Elisabeth Kolm, Generalsekretärin der Österreichisch-Liechtensteinischen Gesellschaft.



Foto: ikr / Elena Azzalini

Liechtensteins Regierungschef Adrian Hasler mit Sandra Diepenseifen, Leiterin des Österreich-Bibliotheken-Referates im Bundesministerium für Europa, Integration und Äusseres (l.) sowie Elisabeth Kolm, Generalsekretärin der Österreichisch-Liechtensteinischen Gesellschaft, nach der Verleihung der Orden

Österreich, Europa und die Welt

Beide Damen erhielten das Komturkreuz des Fürstlich Liechtensteinischen Verdienstordens. Die Verleihung erfolgte aufgrund der besonderen Verdienste der Geehrten um die Beziehungen zwischen Liechtenstein und Österreich.

Empfang in Wien

Regierungschef Adrian Hasler und Regierungsrätin Dominique Hasler vertraten am 12. September die Liechtensteiner Regierung beim traditionellen Liechtenstein-Empfang in Wien. Bereits seit Jahren gelingt es mit diesem Anlaß, über 200 Persönlichkeiten aus der österreichischen Politik, Verwaltung, Wirtschaft, Kultur und den Medien zu einem entspannten Austausch mit ihren liechtensteinischen Gegenübern zusammen zu bringen. Dieses Jahr fand der Empfang unter dem besonderen Hintergrund des 300-Jahresjubiläums Liechtensteins statt.

Im eleganten Rahmen des Gartenpalais Liechtenstein begrüßten Regierungschef Adrian Hasler, Regierungsrätin Dominique Hasler und I.D. Botschafterin Maria-Pia Kothbauer, Prinzessin von und zu Liechtenstein, die geladenen Gäste, unter ihnen der österreichische Vizekanzler Clemens Jabloner, Innenminister Wolfgang Peschorn, Außenminister Alexander Schallenberg, die Präsidentin des Rechnungshofs Margit Kraker und der Vize-Gouverneur der österreichi-



Foto: ikr / Elena Azzalini

v.l.: I.D. Botschafterin Maria-Pia Kothbauer, Prinzessin von und zu Liechtenstein, Innenminister Wolfgang Peschorn, Liechtenstein Regierungsrätin Dominique Hasler, Vizekanzler und Justizminister Clemens Jabloner, Liechtensteins Regierungschef Adrian Hasler und Außenminister Alexander Schallenberg im Gartenpalais Liechtenstein in Wien

schen Nationalbank Gottfried Haber. Nach einer kurzen, durch Botschafterin Kothbauer geleiteten Fragerunde mit den liechtensteinischen Regierungsmitgliedern, bot sich den Gästen neben vielen Gesprächsmöglichkeiten beim Apéro auch die Gelegenheit, bei einer Führung mehr über die Fürstlichen Sammlungen zu erfahren.

„Zusätzlich zur intensiven fachlichen

Zusammenarbeit mit den Österreichischen Gremien bietet dieser Anlaß immer wieder einen sympathischen Anknüpfungspunkt auf unterschiedlichsten Ebenen“, waren sich Regierungschef Hasler und Regierungsrätin Hasler am Ende des gelungenen Abends einig. ■

<https://www.liechtenstein.li/>

<http://www.oe-liechtenstein.at/>

<https://www.dachverband-pan.org/>

ÖsterreicherInnen tendieren zu Aufschub des Brexit-Datums

Geht es nach der Meinung der ÖsterreicherInnen, so sollte die Europäische Union Großbritannien noch einmal einen Aufschub gewähren, damit es nicht zu einem unregelmäßig EU-Austritt kommt“, interpretiert Paul Schmidt, Generalsekretär der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik, das Ergebnis einer aktuellen ÖGfE-Umfrage.

45 % der ÖsterreicherInnen unterstützen eine solche Fristverlängerung in der bundesweit durchgeführten Befragung (512 Personen / Telefon). Hingegen sprechen sich 35 % der Befragten dafür aus, daß das Vereinigte Königreich in jedem Fall die Union mit 1. November verlassen soll, auch wenn keine Austrittsvereinbarung zustande kommt. Trotz, oder womöglich wegen, der Brisanz dieser Frage ist die Zahl jener, die sich in ihrem Urteil unsicher sind, recht hoch: 20 % antworteten „weiß nicht“ oder machten keine Angabe.

Gegenüber einer von der ÖGfE – kurz vor dem ursprünglich anvisierten Austritts-

datum 29. März – in Auftrag gegebenen Online-Umfrage, hat sich das Meinungsbild der Befragten geringfügig in Richtung der Akzeptanz eines möglichen Hard-Brexits verschoben.

So sagten im März noch 57 % der Befragten, daß die Verhandlungen zwischen der EU und Großbritannien verlängert werden sollten, um einen unregelmäßig Austritt zu verhindern. 32 % waren zum damaligen Zeitpunkt für einen Austritt Großbritanniens zum 29. März, auch wenn dies ein unregelmäßig Ausscheiden aus der EU mit sich gebracht hätte. Die Zahl jener, die sich unsicher waren, lag bei 11 % (weiß nicht/Keine Angabe).

„Ein unregelmäßig Austritt Großbritanniens aus der EU wäre für beide Seiten ein worst-case Szenario. Das ist wohl der Grund, warum die ÖsterreicherInnen nach wie vor eine weitere Fristverlängerung unterstützen. Ein Austritt ohne Abkommen wäre alles andere als ein schneller Schlußstrich, auch wenn ein gutes Drittel der Befragten, aus nachvoll-

ziehbaren Gründen, den bereits drei Jahre andauernden Schwebzustand rasch beenden möchte.“

Aus dem Brexit wird kein Öxit

Während sich das britische Meinungsbild in Sachen Brexit in den letzten Jahren wenig verändert hat, ist die Zustimmung zur EU-Mitgliedschaft in Österreich seit dem Brexit-Votum weiter angestiegen und bleibt auf konstant hohem Niveau.

74 % der ÖsterreicherInnen sagen in einer ÖGfE-Befragung vom September, daß unser Land Mitglied der EU bleiben soll. 10 % plädieren für einen Austritt aus der Union. 16 % beziehen keine Stellung.

Die Zustimmung zur Mitgliedschaft Österreichs in der EU hat seit Sommer 2016 deutlich zugelegt: Aktuell sprechen sich rund drei Viertel der Befragten dafür aus, daß unser Land EU-Mitglied bleibt. Die Zahl der expliziten AustrittsbefürworterInnen ist in diesem Zeitraum stark zurückgegangen. ■

<https://oegfe.at/>

100 Jahre »Wiener Kinder«

Die Österreichisch-Dänische Gesellschaft-PaN gedachte einer großartigen humanitären Hilfsaktion vom 16. September 1919.

Es begann am 16. September 1919 als ein Zug mit mehr als 500 ausgehungerten und kranken Wiener Kindern vom damaligen Nordbahnhof das Freisignal in Richtung Dänemark erhielt. Damit begann die großartige humanitäre Hilfsaktion, die in der Folge mehr als 25.000 Kindern wieder Hoffnung auf ein lebenswertes Leben machte.

Die ganze Geschichte

Ein Bruder des Rechtsanwalts Sigurd Jacobsen arbeitete in den Jahren 1918/19 als Arzt am Wiener Allgemeinen Krankenhaus. Die kranken und ausgehungerten Kinder, die er hier zu behandeln hatte, lagen ihm sehr am Herzen. Dies ging so weit, daß er sich eines Tages nicht mehr zu helfen wußte und an seinen Bruder nach Dänemark mit Nachdruck einen verzweifelten Hilferuf richtete in etwa mit dem Wortlaut: „Wir brauchen hier dringend Hilfe – und dies sofort!“

Sigurd Jacobsen, der eine Rechtsanwaltskanzlei in Dänemark führte, handelte rasch und sehr effizient: Er schloß seine Kanzlei, holte sich eine Lehrerin zur Mitarbeit und begann sein Werk. Vorerst mobilisierten sie dänische Familien, die bereit waren, Kinder aus dem Nachkriegs-Wien für einige Zeit aufzunehmen. Nachdem dies geschafft war, wurden noch Sponsoren aufgetrieben, die bereit waren, die Kohle zu kaufen, damit der Zug überhaupt von Wien nach Dänemark fahren konnte. Ja, und dann war es endlich soweit, alles war am Platz und der große Augenblick rückte immer näher. Am 16. September 1919 kam dann zum ersten Mal das grüne Abfahrtsignal für einen Zug mit mehr als 500 kranken und ausgehungerten Kindern vom Wiener Franz Josefs Bahnhof nach Dänemark. Damit war der Beginn einer großartigen humanitären Aktion geschehen. In der Folge gab es monatlich Züge mit Kindern nach Dänemark.

Ein Beispiel nur: Elisabeth Keutmann fuhr am 8. März 1920 als achtjähriges Mädchen auch mit so einem Transport mit. Ihre ersten Worte in Dänemark waren: „In drei Monate soll ich wieder nach Hause“. Das Ende dieser Geschichte ist, daß Elisabeth Keutmann in Kopenhagen zur Schule ging, eine Lehre machte, heiratete und immer in der Wohnung lebte, in die sie 1920 als Mädchen



Foto: ÖNB / Blaha / Inventarnummer 560/35

Symbolhaft: Eines der Tausenden Kinder auf einem Wiener Bahnhof, die dank großartiger humanitärer Hilfe – wie der aus Dänemark – wieder neue Hoffnung schöpfen konnten...

zum ersten Mal zu dänischen Pflegeeltern gekommen war – und wo sie am 10. Juli 2010 im 98. Lebensjahr verstarb. Sie war über 35 Jahre Präsidentin des Wiener Clubs in Kopenhagen, der mit ihrem Tod endete.

Die »Wiener Kinder« bewegten das ganze Land

Das Schicksal dieser „Wiener Kinder“ bewegte ganz Dänemark. In einem Buch über Sigurd Jacobsen in dänischer Sprache, mit dem Titel „Wiener Kinder auf Landflucht“,

wird beschrieben, wie Kinder Briefe an das Aktionsbüro und sogar an den dänischen König geschrieben haben, damit sie länger in Dänemark bleiben dürfen. Ein achtjähriger Bub namens Franz schrieb: „Bitte lieber Herr König, darf ich länger in Dänemark bleiben?“ Denn es war ursprünglich vorgesehen, daß die „Wiener Kinder“ nur für drei Monate bleiben dürfen.

Doch viele Schicksale in Wien (Vater im Krieg gefallen, oder in Gefangenschaft, weitere Geschwister, keine Arbeit usw.), machte

Partner aller Nationen-PaN

eine Rückkehr nach Wien beinahe unmöglich. Kinder zurück ins Elend zu schicken, das konnten die herzenguten dänischen Eltern nicht zulassen. Dies ging soweit, daß Pressekampagnen in Dänemark gestartet wurden, um die Kinder länger als ursprünglich vorgesehen in Dänemark belassen zu dürfen.

Schlußendlich kam die „Aktion Wiener Kinder“ ins dänische Parlament. Dort wurde dann beschlossen, daß bezüglich der Aufenthaltsgenehmigung der „Wiener Kinder“ individuell entschieden werden darf. Dies hatte zur Folge, daß es heute sehr viele Mischehen zwischen DänInnen und ÖsterreicherInnen gibt, die zum Teil in Dänemark und zum Teil in Österreich gelebt werden.

Die Aktion „Wiener Kinder“ wurde auch nach dem zweiten Weltkrieg wieder aktiviert und auch diese Kinder wurden mit derselben Liebe und Herzlichkeit von den dänischen Familien aufgenommen und zum Teil auch integriert.

Es waren insgesamt an die 40.000 Kinder nach den beiden Kriegen, die in Dänemark wieder lachen lernten, keinen Hunger leiden mußten und den Glauben ans Leben wieder gefunden hatten. Diese „Wiener Kinder“ sind zum Großteil heute noch in großer Dankbarkeit mit Dänemark verbunden und denken an diese Zeit mit Freude und Demut zurück.

Ein Denkmal mit der Büste Sigurd Jacobsen steht in einer großen Siedlung der Stadt Wien unweit des Matzleinsdorfer Platzes mit der Inschrift: „Sigurd Jacobsen, der Retter Wiener Kinder.“

Im 19. Wiener Gemeindebezirk, an der Billrothstrasse, gibt es eine große Wohnsiedlung der Gemeinde Wien, die im Jahre 1962 als „Kopenhagen Hof“ benannt wurde.

Auch eine Dänenstrasse gibt es im 18. Bezirk. Diese Benennungen wurden von der Gemeinde Wien als Dank und Erinnerung an Dänemark für die großartige Kinderhilfe durchgeführt.

Besonderes Anniversarium begangen

Der langjährige und engagierte Präsident der Österreichisch Dänischen Gesellschaft-PaN (ÖDG), selbst ein „Wiener Kind“, und sein Vorstand nahmen sich dieses Anniversariums an und dankten auf vielfältige Weise für die Hilfe Dänemarks, speziell auch den beiden dänischen Proponenten, den Brüdern Jacobson.

Auf den Tag genau fand am 16. September 2019 im Wiener Stephansdom ein feierlicher ökumenischer Dankgottesdienst im Gedenken an „100 Jahre Wiener Kinder“ sowie



Ökumenischer Gedenkgottesdienst im Wiener Stephansdom. Im Bild oben (v.l.): Franz Haberhauer, Präsident der Österreichisch Dänischen Gesellschaft, bei seinen Grußworten; rechts im Bild Pfarrerin Seniorin Angelika Geist und Domdekan Prälat Karl Rühringer



Fotos: Österreichisch Dänische Gesellschaft

„60 Jahre Dachverband aller österreichisch ausländischen Gesellschaften-PaN“ statt.

Den Dankgottesdienst feierten Domdekan Prälat Karl Rühringer und die Pfarrerin Seniorin Angelika Geist mit Zeitzeugen und zahlreichen Mitgliedern der bilateralen Freundschaftsgesellschaften-PaN sowie Vorstandsmitgliedern und FreundInnen der österreichisch dänischen Gesellschaft-PaN.

Am Nachmittag wurde von der ÖDG am Grabmal von Baroness Agathe Freun von Weber (1897 – 1983, sie war dänische Konsulin in Wien und begleitete die ersten Kindertransporte nach Dänemark mit großer Fürsorge) am Wiener Zentralfriedhof im Gedenken an ihre aufopfernde Organisation

zahlreicher Wiener Kindertransporte nach Dänemark ein Kranz niedergelegt.

Die nächste Gedenkveranstaltung ereignete sich am gleichen Tag um 15 Uhr im Wiener Donaupark nahe der Papstwiese, wo die feierliche Enthüllung einer Gedenktafel mit gleichzeitiger Pflanzung einer Dänischen Tanne im Beisein von SE des dänischen Botschafters in Österreich, René Rosager Dinesen, des Bezirksvorstehers der Donaustadt, Ernst Nevriky, der Vorstände des Dachverbandes Partner aller Nationen-PaN mit Präsident Hermann Mückler und Generalsekretär Walter J. Gerbautz. Daran nahmen auch viele weitere Ehrengäste und FreundInnen der PaN-Familie teil.

Partner aller Nationen-PaN

Foto: Österreichisch Dänische Gesellschaft



Gruppenfoto nach der von den Hoch- und Deutschmeistern umrahmten feierlichen Enthüllung der Gedenktafel »100 Jahre Wiener Kinder«

Alle Sprecher verwiesen unisono auf die einzigartige Hilfsaktion, die zwei dänische Brüder ins Leben gerufen hatten und bis heute unter dem Namen „Wiener Kinder“ bekannt ist. Franz Haberhauer, Präsident der ÖDG: „Einige dieser ‚Wiener Kinder‘ gingen als Gründerväter unserer Freundschaftsgesellschaft in die Vereinsgeschichte ein.“

PaN-Präsident Hermann Mückler dankte der ÖDG für ihr Engagement im Rahmen ihrer völkerverbindenden vorbildlichen Aktivitäten, die gerade in unseren Tagen nicht hoch genug zu würdigen und die deshalb auch zu unterstützen sind.

Der Festtag wurde mit einem feierlichen Empfang des Landeshauptmannes von Wien, Michael Ludwig, im Wiener Wappensaal im Beisein des dänischen Botschafters, des RepräsentantInnen der Stadt Wien, VertreterInnen des BMEIA, des Familienministeriums und von Vorstandsmitgliedern des Dachverbandes-PaN und Vorständen der bilateralen PaN-Gesellschaften sowie zahlreichen FreundInnen und UnterstützerInnen der ÖDG „gekrönt“.

Franz Haberhauer dankte allen Festgästen für ihr Erscheinen und ihre Spenden, die sie den Gedenkveranstaltungen in Wien gespendet hatten und die von ihm bereits wenige Tage später bei seinem Besuch in Dänemark als Dankeschön Österreichs an den dänischen Kinderkrebsfonds „dansk borne-cancerfonden“ übergeben wurde.



Foto: Österreichisch Dänische Gesellschaft

Der Kremser Kinderchor nach seinem ersten Auftritt im Ausland – in der Hillerød Kirche

Gedenken und Kinderchorkonzerte in Kopenhagen

Der erste Auftritt des Kremser Kinderchors im Ausland in der Hillerød Kirche war ein Gegenbesuch beim Hillerøds Kirkes Ungdomskor, der Anfang Juni 2018 in Wien gastierte und einige Konzerte gab. Die Kirche war am 20. September bis auf den letzten Platz besetzt – ein Ansporn für die Kinder der beiden Länder, ein besonders schönes Konzert zu bieten, das ganz bewußt in den Rahmen der Veranstaltungen „100 Jahre Wiener Kinder“ aufgenommen wurde: auch

die Kinder von heute sollen Freundschaften zwischen Dänemark und Österreich aufbauen und beleben – erste Schritte dazu wurden an diesem Tag, wenn nicht bereits in Wien, dafür gesetzt.

Tags darauf wurde am Gedenkstein bei der 1969 gepflanzten Linde im Rektor Park in Kopenhagen/Valby ein Konzert gegeben, zu dem auch Österreichs Botschafterin Maria Rotheiser Scotti gekommen war, auch Präsidentin Hanne Bruun und ihr Mann Torben waren bei allen diesen Festlichkeiten anwesend. Auch wurde die Gelegenheit wahrge-

Partner aller Nationen-PaN

nommen, einigen AnwohnerInnen des Parks zu erklären, woran dieser Stein eigentlich erinnern soll. Es war für viele „Wiener Kinder“, die in Dänemark gelandet und dort geblieben sind, ein sehr schönes Erlebnis

„Es obliegt uns, die wir diese großartige humanitäre Hilfe der dänischen Bevölkerung am eigenen Leib verspüren durften, nicht müde zu werden, davon zu erzählen und diese Geschichte in die Generation unserer Kinder und Kindeskinde weiterzutragen“, so DÖG-Präsident Franz Haberhauer.

Ein erster Höhepunkt der Veranstaltungsreihe war ganz sicher der Festakt im Festsaal des Kopenhagener Rathauses, an dem allen voran die Ehrengäste, Botschafterin Maria Rotheiser-Scotti, der Auslandspolitische Direktor Jonas Bering Liisberg vom dänischen Außenministerium und Joyce Svensson in Vertretung des Bürgermeisters teilnahmen. Ein ganz besonderer Gast war die Schriftstellerin und Journalistin Susanne H. Knudsen, die Autorin des Buchs „Wiener Kinder – Kinder im Schatten des Kriegs“ (*es ist in dänischer Sprache, vergriffen, in deutscher Sprache ist es über die ÖDG noch erhältlich*).

Festmesse in der Kathedrale St. Ansgar

Am Sonntag, dem 22. September, wurde ein Gedenk-Gottesdienst gefeiert. Sie ist eine der wenigen katholischen Kirchen in Kopenhagen – und hat österreichischen Hintergrund: Die heutige Kathedrale St. Ansgar wurde auf den Resten eines katholischen Gotteshauses errichtet und zum Teil durch Kaiserin Maria Theresia finanziert, um dem Personal der österreichischen Botschaft in Dänemark den Besuch einer Pfarrei zu ermöglichen. Hier traten bereits einige Chöre aus Wien auf Vermittlung der ÖDG auf. Daher war es naheliegend, daß der Abschluß der Festivitäten „100 Jahre Wiener Kinder“ hier geschehen sollte.

Wie bereits kurz erwähnt, standen alle Festivitäten unter dem Motto „Denne gang bleve vi hjulpet, nu hjælper vi – Damals wurde uns geholfen, jetzt helfen wir“. „Es war mir eine ganz große Ehre und Freude“, so Franz Haberhauer, „der Direktorin des dänischen Kinderkrebsfonds (børnecancerfonden), Frau Marianne Benzon Nielsen, einen Betrag von 12.000 DKK – das entspricht ca. 1.600 Euro zu überreichen. Da es in Dänemark sehr stark üblich ist, alles per Bankkarte oder Mobilpay zu bezahlen, wurde statt einem Scheck symbolisch die Vorderseite eines Mobiltelefons dazu verwendet.“

„Abschließend darf ich hier vor allem der Präsidentin der Dänisch Österreichischen



Der Gedenkstein bei der 1969 gepflanzten Linde im Rektor Park in Kopenhagen/Valby

Foto: Österreichisch Dänische Gesellschaft



Botschafterin Maria Rotheiser-Scotti und ÖDG-Präsident Franz Haberhauer

Foto: Österreichisch Dänische Gesellschaft

Gesellschaft, Frau Hanne Bruun, und ihrem Mann für die großartige Unterstützung bei den Vorbereitungen zu allen diesen Veranstaltungen sehr herzlich danken. Ein großer Dank geht selbstverständlich an die österreichische Botschaft in Kopenhagen, allen voran an Ihre Exzellenz Frau Botschafterin Dr. Maria Rotheiser-Scotti und ihre Mitarbeiter für die Hilfestellung und Unterstützung. Nicht zu vergessen ist jedoch ebenfalls der Dank an die dänische Botschaft zu richten. Allen voran natürlich an seine Exzellenz Herrn Botschafter Rene Dinesen und seine Mitarbeiter. Ohne dieser Unterstützung wäre wahrscheinlich einiges nicht möglich gewesen. Es darf wohl resümierend behauptet werden, daß hier eine nicht nur sehr denk-



Im Festsaal des Rathauses (v.l.): zwei Gäste in Tracht, Finn Djurslev, Franz Haberhauer, Präsident der Österreichisch Dänischen Gesellschaft, die Journalistin und Autorin Susanne H. Knudsen und Hanne Bruun, Präsidentin der Dänisch Österreichischen Gesellschaft

Foto: Österreichisch Dänische Gesellschaft

Partner aller Nationen-PaN

würdige, sondern auch eine mehr als erfolgreiche Veranstaltungsreihe, die in Wien begann, hier in Kopenhagen ihren würdigen Abschluß fand. Die Geschichte ‚Wiener Kinder‘ soll und darf eben nie in Vergessenheit geraten“, schloß ÖDG-Präsident Franz Haberhauer.

Die Österreichisch Dänische Gesellschaft

Die ÖDG ist eine Freundschaftsgesellschaft, deren Ziel es ist, die wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Beziehungen zwischen Österreich und Dänemark, sowie die dänische Sprache zu pflegen und zu fördern. Die ÖDG ist im Dachverband aller österreichisch-ausländischen Gesellschaften (Partner aller Nationen PaN) des Bundesministeriums für Wissenschaft und Forschung eingegliedert.

Ursprünglich wurde die dänische Gemeinschaft in Österreich (DSØ) am 24. November 1960 als Nachfolger von „Den Danske Klub“ (1921 bis 1938) gegründet. Es waren die ehemaligen „Wienerbørn = Wienerkinder“, die vor und nach dem 2. Weltkrieg mit tatkräftiger Unterstützung durch die dänische Gesandtschaft – später Botschaft – den Verein gründeten.

Die DSØ hat sich zur Aufgabe gemacht, die Freundschaft zwischen Dänen und Öster-



Foto: Österreichisch Dänische Gesellschaft

Der Kremser Kinderchor bei seinem Konzert im Festsaal des Kopenhagener Rathauses

reichern zu vertiefen. Im Laufe der Jahre wurde diese Aufgabe u.a. durch regelmäßig abgehaltene Klubabende mit Dänischunterricht, Gesang, Vorträgen, gemeinsamen Exkursionen, Theater- und Ausstellungsbesuche erfüllt. Ein eigener Jugendklub brachte junge Dänen und Österreicher einander näher. Einige dabei entstandene Mischehen waren eine durchaus angenehme Nebenerscheinung.

Im Jahre 2010 konnte die ÖDG ihr 50jähriges Bestehen feiern. In diesem Zusammen-

hang wurde in der Wiener Innenstadt im Beisein des damaligen Stadtrats für Kunst und Kultur, Andreas Mailath Pokorny, und seiner Exzellenz dem königlich Dänischen Botschafter Torben Brylle eine Gedenktafel für Hans Christian Andersen angebracht.

Etwas verspätet wurde im Mai 2011 eine Parkanlage in Wien-Aspern nach dem dänischen Komponisten Hans Christian Lumbye benannt.

<http://www.oesterreichdaenemark.org/>
<http://www.dachverband-pan.org/>



Foto: Österreichisch Dänische Gesellschaft

Die heutige Kathedrale St. Ansgar wurde zum Teil durch Kaiserin Maria Theresia finanziert.

VAE und ÖVAEG

Erstes emiratisch-österreichisches Konzert – Erster Emirati im Weltall – Verabschiedung von Botschafter Hamad Alkaabi im Außenministerium



Foto: VAE / ÖVAEG

Gruppenfoto mit den Künstlerinnen und Ehrengästen des Konzerts der Botschaft der VAE und der ÖVAEG im Wiener „Salon Rasumovsky“

Am Abend des 24. September luden Hamad Alkaabi, Botschafter der Vereinigten Arabischen Emirate VAE in Kooperation mit der Österreichisch-Vereinigten Arabischen Emiratengesellschaft-PaN (ÖVAEG) zum ersten gemeinsamen Konzert ein. Dort traten hochbegabte Musikerinnen des „Prima la Musica-Vienna Quartetts“ aus Wien auf, die mit bezaubernden Melodien von W. A. Mozart, Pablo de Sarasate, Dimitri Schostakowitsch, Peter I. Tschaikowsky, Franz Schubert, Georg Philipp Telemann und Antonio Vivaldi die BesucherInnen begeisterten.

Star des Abends aus den VAE war Fatima Alhashmi aus Abu Dhabi, die nicht nur mehrfach preisgekrönte emiratische Pianistin und Opernsängerin ist, sondern auch die erste Opernsängerin, die aus dem arabischen Raum kommt. Sie hat das Publikum mit der Aufführung der Serenade „Leise flehen meine Lieder“ von Franz Schubert, die sie auf Deutsch sang, wortwörtlich begeistert.

Die gleiche Begeisterung gab es bei der Aufführung „Sento in seno“ von Antonio Vivaldi – die Fatima Alhashmi am Ende des Konzerts sang.



Foto: VAE / ÖVAEG

Sängerin Fatima Alhashmi bei ihrem Vortrag, begleitet von Nelly Banova-Kostner am Klavier

Das Konzert fand im schönen Ambiente des „Salons Razumovksy“ statt, wo nach dem Konzert ein VAE-Botschafterempfang die wirklich gelungene gemeinsame Auftaktveranstaltung von Künstlerinnen aus zwei un-

terschiedlichen Kulturkreisen würdevoll ausklingen ließ.

Dabei wurden orientalische Spezialitäten, unter anderem köstlicher Tee und Süßigkeiten aus den Emiraten serviert.

Partner aller Nationen-PaN

Foto: VAE / ÖVAEG



Nach dem gemeinsam „live‘ erlebten Weltraumstart des ersten Emirati (v.l.): Ahmed Hassan Alsheehhi VAE-Botschafter, Prima la Musica-Geschäftsführerin Angelika Persterer, ÖVAEG-Generalsekretär Walter J. Gerbautz, ÖVAEG-Vizepräsident Omar Al Rawi, Botschafter Hamad Alkaabi, ÖVAEG-Präsident Hans Niessl, Chefassistentin Emese Kovacs und eine weitere Mitarbeiterin von der VAE-Botschaft in Wien

Erster Emirati im Weltraum

Am 25. September war ein großer Tag für die Vereinigten Arabischen Emirate-VAE, als mit Hassa al-Mansuri der erste Emirati vom „Baikonur Cosmodrom“ in Kasachstan gemeinsam mit zwei weiteren Astronauten in Richtung der Internationalen Weltraumstation „Soyuz-MS Space Station“ abhob.

Zu diesem Anlaß lud der Botschafter der VAE in Wien, Hamad Alkaabi, in Zusammenarbeit mit „UNOOSA“ zu einer Live-Übertragung in das „Office for Outer Space Affairs“ in das Vienna International Center.

An der Veranstaltung nahmen zahlreiche UN-Diplomaten und auch eine Abordnung der Österreichisch Vereinigten Arabischen Emirate Gesellschaft ÖVAEG-PaN mit Präsident Hans Niessl, Vizepräsident Omar Al Rawi und PAN-Generalsekretär Walter J. Gerbautz an der Spitze teil. Im Anschluß lud Botschafter Hamad Alkaabi zu einem „get together“ in der UNO City ein.



Foto: VAE / ÖVAEG

ÖVAEG-PaN-Präsident Hans Niessl und Generalsekretär Walter J. Gerbautz in der UNO-City

Verabschiedung des Botschafters

Tags darauf, am 26. September, lud BMEIA-Generalsekretär Johannes Peterlik zum Abschiedsempfang für den ins das Bundesministerium für Europa, Integration und Äußeres eine erlesene Runde an Ehrengästen ein. Sowohl Peterlik als auch Alkaabi betonten die sehr guten freundschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Ländern, die sich durch mehrere wechselseitige Staatsbesuche in den letzten Jahren weiter intensiviert haben.

Peterlik dankte dem scheidenden Botschafter mit einem Gastgeschenk aus der Porzellanmanufaktur Augarten und wurde selbst mit einem historischen Schiffsmodell bedacht. Der seit 2008 in Wien als Diplomat tätige Botschafter Hamad Alkaabi wird als



Foto: BMEIA

Botschafter Hamad Alkaabi (l.) erwidert mit einem Schiffsmodell das zuvor von BMEIA-Generalsekretär Johannes Peterlik erhaltene Gastgeschenk der Manufaktur Augarten

IAEA-Diplomat weiterhin sein Land in Wien vertreten. <http://www.oevaeg.at/>
■ <https://www.bmeia.gv.at/>

Sommerfest von PaN auf der Garten Tulln

Mehr als 90 bilaterale PaN-Gesellschaften und über 100 Personen waren der Einladung von Niederösterreichs Landesrat Martin Eichtinger gerne gefolgt.



Foto: Natur im Garten

Die große PaN-Familie mit ihrem Gastgeber Landesrat Martin Eichtinger beim Sommerfest in den Gärten Tulln

Anlässlich zweier Anniversarien, nämlich 60 Jahre Dachverband aller Österreichisch ausländischen Gesellschaften-PaN und 20 Jahre „Natur im Garten“ lud Niederösterreichs Landesrat Martin Eichtinger die Mitglieder des Dachverbandes-PaN am 6. September zu einem Sommergartenfest in die Gärten Tulln ein.

Dieser Einladung waren mehr als 90 bilaterale PaN-Gesellschaften und über 100 Personen gerne gefolgt. Der Dachverband organisierte einen Shuttlebus, der beim Burgtheater die TeilnehmerInnen aus Wien aufnahm zu den Gärten Tulln brachte.

Nach einem Sektempfang mit musikalischer Untermauerung durch die Musiker der „Tullinger Weissbacher Musikanten“ Eichtinger die zum Teil in origineller Tracht erschienen Festgäste der PaN-Familie. Als gelernter Diplomat betonte Eichtinger – er war unter anderem Österreichs Botschafter in Rumänien und Moldau sowie im Vereinigten Königreich von Großbritannien und Nordirland – die Bedeutung der internationalen bilateralen Freundschaftsgesellschaften, die im Rahmen der Zivilgesellschaft ehrenamtlich großartige Leistungen für das völkerverbin-



Foto: Natur im Garten

v.l.: „Die Garten Tulln“-GF Franz Gruber, PaN-Generalsekretär Walter J. Gerbautz, PaN-Vorstand Greet Machek-Voss, Landesrat Martin Eichtinger, PaN-Vizepräsident Oskar Wawra, PaN-Präsident Hermann Mückler und „Natur im Garten“-GF Matthias Wobornik

dende Miteinander leisten. „Das 60jährige Bestandsjubiläum von PaN gibt Anlaß, allen 127 bilateralen PaN-Mitgliedern auch seitens des Bundeslandes Niederösterreich aufrichtig Dank zu sagen“, hob Eichtinger hervor. Dazu gab es diesem Sommerfest ausgiebig Gelegenheit und die Gäste nutzen an diesem Nachmittag in der Folge auch den multilateralen Erfahrungsaustausch ausgiebig.

PaN-Präsident Hermann Mückler

PaN-Präsident Hermann Mückler dankte dem Landesrat für dessen anerkennende Worte zur völkerverbindenden Tätigkeit der bilateralen Freundschaftsgesellschaften, die im Dachverband-PaN nunmehr seit 60 Jahren ihre Heimat gefunden haben. „Der Dachverband wird sein 60jähriges Bestehen am 26. November im Wiener Rathaus mit einer

Partner aller Nationen-PaN

PaN-Gala mit Unterstützung des Landeshauptmannes von Wien begehen. Dazu werden alle bilateralen Gesellschaften, Unterstützer, Sponsoren und Kooperationspartner noch formell eingeladen werden“, kündigte Hermann Mückler an. Abschließend dankte er auch dem Team um Landesrat Eichtinger für die perfekte Organisation des Sommerfestes und die exzellenten Sonderführungen durch die Gärten.

Da es am Ende der Führungen durch die Gärten leicht zu regnen begann, war es vorausschauend klug vom Veranstaltungsteam, den kulinarischen Teil des Sommerfestes nicht im Freien, sondern in den neu geschaffenen Veranstaltungsräumen abzuhalten. Hier wurde bei traditioneller niederösterreichischer Gastfreundschaft und musikalischer Umrahmung durch die „Tulbinger Weissbacher Musiker“ das völkerverbindende Netzwerk von PaN-Partner aller Nationen gerecht weiter gesponnen, bis der Chauffeur des „K&K“-Shuttlebusses zur Heimfahrt nach Wien einlud.

Über Natur im Garten

1999 hob Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka in seiner damaligen Funktion als Umweltlandesrat in der NÖ-Landesregierung die Aktion „Natur im Garten“ aus der Taufe. 20 Jahre später hat sich die Idee der naturnahen Gartenkultur zu einem Erfolgsweg quer durch Europa und zu einem wichtigen Tourismusfaktor für Niederösterreich entwickelt: „Das ökologische Gartenland Niederösterreich lockt jährlich über 3 Millionen Besucherinnen und Besucher aus ganz Europa an. Dank der Aktion ‚Natur im Garten‘ hat sich das naturnahe Gärtnern zu einem bedeutenden Wirtschaftszweig entwickelt“, so Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner.

Das ökologische Gärtnern hat sich in den vergangenen 20 Jahren in unserer Gesellschaft als fester Bestandteil etabliert, wie Landesrat Martin Eichtinger weiß: „Alleine in Niederösterreich werden über 15.500 Privatgärten nach den Kriterien von ‚Natur im Garten‘ gepflegt. Ein Viertel der niederösterreichischen Gemeinden hat sich voll und ganz der ökologischen Grünraumpflege verschrieben“, so Eichtinger: „Mittlerweile zielt die Plakette mit dem unverkennbaren Igel nicht nur in Österreich, sondern auch in Deutschland, Schweiz, Tschechien, Slowakei, Liechtenstein und Südtirol die Gartenzäune der Naturgartenliebhaberinnen und -liebhaber.“

<http://www.dachverband-pan.org/>
<http://www.noe.gv.at/>
<https://www.naturimgarten.at/>



PaN-Präsident Hermann Mückler dankt Landesrat Martin Eichtinger namens der internationalen PaN-Familie für dessen freundliche Einladung in die Gärten Tulln



Ein Teil der PaN-Familie beim Eingangsbereich Am Wasserpark 1 in Tulln



v.l.: Hermann Kroihner (PaN-Gesellschaft Island), Sheela Steiner (PaN-Gesellschaft Nepal), Christa Kattirs (PaN-Gesellschaft Argentinien) und Ruta Fischer (PaN-Gesellschaft Litauen)

Alle Fotos: Natur im Garten

World Road Congress 2019 in Abu Dhabi

Der alle vier Jahre abgehaltene Weltstraßenkongreß fand zum ersten Mal in einem arabischen Land statt. Natürlich war auch Österreich mit einer Delegation vertreten.



Foto: SE-WKO

Delegationsleiter Stefan Ebner bei seinem vielbachteten Vortrag zum Thema Sondertransporte beim Kongreß in Abu Dhabi.

Mit 5000 TeilnehmerInnen aus aller Welt zählt dieser Verkehrsexpertentreff zwar zu den kleineren Kongressen, die in den Vereinigten Arabischen Emiraten fast monatlich abgehalten werden, aber die Qualität dieses Kongresses war wirklich beeindruckend.

So machte sich auch eine kleine Wirtschaftsdelegation der Verkehrssparte der Wirtschaftskammer Österreichs am 6. Oktober auf die 5 ½stündige Flugreise nach ABU Dhabi auf.

Nur wenige Stunden nach der Landung und dem Transfer von Dubai zum Kongreßhotel „Aloft Abo Dhabi“ stand der Besuch der obersten Polizeibehörde der VAE, dem Traffic Management Center, mit tatkräftiger organisatorischer Unterstützung der WKO-Außenwirtschaftsstelle auf dem Programm.

Nachmittags, beim 26. Weltstraßenkongreß vertrat Delegationsleiter Stefan Ebner die Österreichische Verkehrswirtschaft mit einem vielbeachteten Referat zum Thema Sondertransporte in Österreich. In keinem anderen europäischen Land – und vermutlich weltweit – werden Sondertransporte seit mehr als 15 Jahren nicht von der Polizei, sondern von beliebigen Straßentransport-Aufsichtsorganen aus der heimischen Privatwirtschaft mit großem Erfolg durchgeführt –

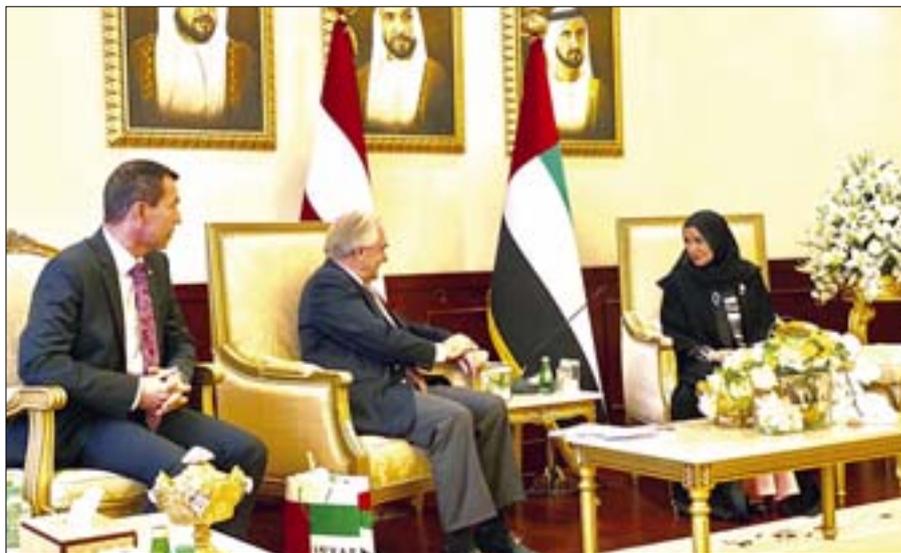


Foto: FNC-UAE

H. E. Amal Al Qubaisi im Gespräch mit ÖVAEG-PaN-Generalsekretär Walter Gerbautz (m.) und Stefan Ebner von der Österreichischen Verkehrswirtschaft

und dies unfallfrei, wie der mitgereiste Chef Fachverbandsobmann „Allgemeiner Verkehr“, KR Johann Fellner, feststellte. Somit hat kein Land weltweit ursprünglich polizeiliche Aufgaben so weitgehend und erfolgreich auf Profis der Wirtschaft übertragen.

In den folgenden Tagen stand auch ein erweitertes, spezifisches Besuchs- und Besichtigungsprogramm auf dem Kalender, so etwa

bei der Siemens Intelligent Traffic Systems (ITS) Abu Dhabi und bei der österreichischen Firma PKE, welche seit mehreren Jahren für den gesamten technischen Bereich der Formel 1 Rennstrecke in Abu Dhabi verantwortlich zeichnet.

Die tiefe Verbundenheit zwischen den beiden Ländern VAE und Österreich wurde beim Besuch des Federal National Council in

Partner aller Nationen-PaN



Foto: SE-WKO

Die Teilnehmer der österreichischen Delegation mit Kollegen aus dem Department of Transport der VAE

Abu Dhabi offenbar. Im Rahmen der Österreichisch-Vereinigten Arabischen Freundschaftsgesellschaft-PaN (ÖVAEG) lud die Präsidentin der Nationalversammlung anlässlich ihres Aufenthaltes in Wien im Jahr 2016 die Vertreter des ÖVAEG-Vorstandes zu einem Besuch in den VAE ein.

Über Vermittlung der VAE-Botschaft in Wien wurde ein Termin gefunden und so konnte die gesamte Delegation dem ehrenwerten Gebäude der VAE Volksvertretung und seiner Präsidentin einen Besuch abstatten.

H. E. Amal Al Qubaisi ließ die Delegationsteilnehmer die bereits erwähnte emiratische Gastfreundschaft in besonderer Weise spüren, indem sie allen Besuchern die Gelegenheit zum Dialog gab.

Mit dem Generalsekretär der ÖVAEG wurden bereits in Blickrichtung EXPO 2020 über eine Österreichdelegation gesprochen und auch der Bericht über das erste gemeinsame Kulturen-übergreifende Konzert in Wien von Opernsängerin Fatima Alhashmi aus Abu Dhabi mit den Nachwuchskünstlerinnen Von „Prima la Musica“ im Salon Razumovsky interessierte die Präsidentin sehr (siehe unseren Beitrag auf der Seite 47).

Nach der beinahe eineinhalb-Stunden-Audienz verließ die Österreichdelegation tief beeindruckt und schönen Erinnerungen das Parlament in Abu Dabi.

Die Besuche der Road Transport Agency der Straßen- und Verkehrsbehörde in Dubai sowie der hautnahe Besuch eines Übungsplatzes der renommiertesten Fahrschule in Dubai, dem Emirate Driving Institute, rundeten die Delegationsreise ab.



Foto: SE-WKO

Gastfreundschaft wird in den VAE ganz groß geschrieben

Die mitgereiste Abordnung der Fahrschulvertreter Österreichs mit Fachverbandsobmann Herbert Wiedermann an der Spitze war vom technischen Fortschritt vor Ort überrascht: Bei der Übungsplatzprüfung sind die Fahrzeuge mit Kameras und Sensoren ausgerüstet und der Kandidat ist alleine im Prüfungsfahrzeug. Der Prüfer überwacht nur auf einem Überwachungstower mittels Screens gleichzeitig fünf Prüfungsfahrten, was selbst den weltweit erfahrenen Fahrschulexperten Wiedermann und Kollegen in Erstaunen versetzte.

Mit vielen neuen Erfahrungen im Gepäck, sowohl über das tägliche Leben in den

VAE wie auch am Sektor der Verkehrswirtschaft und speziell der Fahrausbildung und Prüfung, trat die Delegation tief beeindruckt die Heimreise an.

Träger des diesjährigen Weltstraßenkongresses, welcher unter dem Motto „Kulturen verbinden, WIRTSCHAFT gestalten“ stand, waren übrigens das Verkehrsministerium der Vereinigten Arabischen Emirate (VAE) und der Weltstraßenverband (PIARC). Der nächste wird 2023 in Prag abgehalten werden. ■

<https://wko.at/verkehr/>

<http://www.oevaeg.at/>

<http://www.dachverband-pan.org/>

<https://www.piarc.org/>

Wir sind Brückenbauer, das ist schließlich christlich!

Kroatiens Außenminister Gordan Grlić Radman stattete Eisenstadts Bischof Ägidius J. Zsifkovics einen Freundschaftsbesuch ab

Mit großer Entourage traf Kroatiens Außenminister Gordan Grlić Radman am 23. September zu einem Besuch bei Bischof Ägidius Zsifkovics ein. Mehr als zwei Stunden verbrachte Radman mit der ihn begleitenden achtköpfigen Delegation im Eisenstädter Bischofshof, einen großen Teil davon im persönlichen Vier-Augen-Gespräch mit Zsifkovics. Kurz zuvor hatte das Kuratorium der internationalen Vereinigung der Burgenlandkroaten die letzten Entscheidungen für zwei bevorstehende wissenschaftliche und kulturelle Großereignisse von Hrvatska S.A.M. auf Schiene gebracht – Bemühungen um ein Europa starker Minderheiten, für die Protektor Bischof Zsifkovics erneut größte Anerkennung Kroatiens und das Lob seines prominenten Besuchers ernten durfte.

Klug – sympathisch – kroatisch

Man kann Kroatiens Außenminister nicht kürzer und wohl auch nicht treffender beschreiben als mit diesen drei Worten. Mit perfektem deutschen Wortwitz parlierte Grlić Radman bei seinem Besuch im Bischofshof, wenn sein deutschsprachiges Gegenüber es erforderte. Im persönlichen Gespräch mit dem Gastgeber ließ er aber auch hinter die Fassade des gelernten Diplomaten blicken. Etwa, wenn der gebürtige Bosnier von der großen Herausforderung sprach, seinen diplomatischen Posten in der Schweiz vor vielen Jahren aufzugeben und dem Rufe des damaligen kroatischen Staatspräsidenten zu folgen, nach dem Jugoslawienkrieg den neuen Staat Kroatien aufzubauen. „Ich habe es nie bereut“, so Grlić Radman, „denn es war eine ehrenhafte und bedeutungsvolle Aufgabe.“

Zsifkovics: Minderheiten für Europas Vielfalt unverzichtbar

Beim Thema Europa angekommen, erläuterte Bischof Ägidius J. Zsifkovics, zugleich Europabischof in der Österreichischen Bischofskonferenz, Kroatiens Außenminister die eigentliche Motivation seines Engagements für eine starke Verbindung der Burgenlandkroaten untereinander sowie mit dem Stammland Kroatien: „Es geht um das Erken-



Foto: Diözese Eisenstadt / Dominik Orieschnig

Überraschung beim Eintreffen bei Bischof Ägidius J. Zsifkovics in Eisenstädter Bischofshof: Universitätsprofessorin Andreja Sršen, Organisatorin des Symposiums in Zagreb, stellte sich als Studienkollegin des kroatischen Außenministers Gordan Grlić Radman heraus.

nen, daß Minderheiten ein unverzichtbarer Beitrag zu Europas Vielfalt und kulturellem Reichtum sind. Das kann unserem Kontinent in Zeiten wieder erstarkender Nationalismen helfen, seine eigene Identitätskrise, die eine Folge des Vergessens der christlich-humanistischen Wurzeln ist, zu überwinden“, so der Bischof. Und weiter: „Durch unser Tun wird den Grenzen in Europa der Stachel des Trennenden gezogen.“

Enorme Wertschätzung für Zsifkovics

Grlić Radman hielt nicht mit anerkennenden Worten zurück und sprach den internationalen Ruf des Bischofs an, der in Kroatien „als Vermittler und Brückenbauer geschätzt“ wird. „Wir sind beide Brückenbauer“, so Grlić Radman, „das ist schließlich christlich. Ich weiß, was Sie für die Minderheiten Grottes tun! Ihre Rede in Vukovar ist legendär“, so Grlić Radman wörtlich, und: „Sie haben einen Freund in mir!“

Vergangenen November, exakt 27 Jahre nach dem „Massaker von Vukovar“ hatte der Eisenstädter Bischof als Gastprediger vor Kroatiens Staatsspitze mutige Worte der Ver-

söhnung gefunden und einen medial vielbeachteten Appell an Kroatiens Gesellschaft gerichtet, „den Geist des Balkans auszuatmen und den Geist Europas einzusatmen“.

Auftreten gegen jede Form der Feindschaft zwischen den Völkern

Zsifkovics hatte betont, daß es „auch in Vukovar keinen anderen Weg als den der Versöhnung“ geben könne und bat die Menschen um „Vergebung, Versöhnung und friedliches Zusammenleben als direkten Auftrag des Evangeliums Jesu Christi“. Dazu gehöre es auch, keine Pauschalverurteilungen des serbischen Volkes vorzunehmen und gegen jede Form der Feindschaft zwischen den Völkern aufzutreten. „Es gibt keine kollektive Schuld, weder auf der einen noch auf der anderen Seite“, so Zsifkovics damals in aller Deutlichkeit, „Schuld auf sich geladen haben einzelne Individuen“. Dies gelte auch für die Konflikte zwischen katholischer und orthodoxer Kirche am Balkan, wo nur die Bereitschaft zu Vergebung und Versöhnung der Gesellschaft eine gute und friedliche Zukunft ermöglichen würde.

Österreich, Europa und die Welt

Hrvat S.A.M.: Mit voller Schubkraft in die nächste Runde

Mit einem musikalischen Feuerwerk war vor knapp einem Jahr der Startschuß für die „Internationale Vereinigung der Burgenlandkroaten – Hrvat S.A.M.“ auf Schloß Esterházy erfolgt. Zur Gründung des internationalen Projekts hatte der rund 150köpfige, ebenfalls von Bischof Zsifkovics ins Leben gerufene Chor „Pax et Bonum“ mit burgenlandkroatischen SängerInnen aus Österreich, Ungarn und der Slowakei ein vielumjubeltes Konzert im Haydn-Saal des Schlosses gegeben. Am 13. Oktober gab der Chor ein Benefizkonzert in Zagrebs größtem Konzertsaal Vatroslav Lisinski, dessen Reinerlös Hilfsprojekten für Kinder in Vukovar zugute kam. Tags zuvor, am 12. Oktober, fand – ebenfalls in Zagreb – ein internationales wissenschaftliches Symposium zum Thema „Europa und die Erinnerungskultur“ statt. Namhafte Referenten aus Österreich, Kroatien, Bosnien und Herzegowina, dem Vatikan, Ungarn und

Foto: Diözese Eisenstadt / Dominik Orieschnig



Worte größter Anerkennung für Bischof Zsifkovics durch den kroatischen Außenminister

der Slowakei haben sich dem Thema Erinnerung und Minderheiten aus verschiedensten Perspektiven wissenschaftlich angenähert. Beide Aktivitäten standen unter dem beson-

deren Ehrenschatz der kroatischen Regierung. ■

<https://www.martinus.at/>

<https://de.wikipedia.org/wiki/Kroatien>

Gratulation von Papst Franziskus zum Goldenen Bischofsjubiläum von Johann Weber

Am 28. September, dem Tag des Goldenen Bischofsjubiläums von Johann Weber, gab es eine besondere Überraschung: Diözesanbischof Wilhelm Krautwaschl überreichte ihm im Rahmen eines Festgottesdienstes eine handgeschriebene Grußbotschaft von Papst Franziskus. Darin dankt der Papst „dem ehrwürdigen Bruder Johann Weber“ für seinen langjährigen Dienst in der Diözese Graz-Seckau und seinen Einsatz in der Österreichischen Bischofskonferenz. „Dafür [...] erteile ich auf die Fürsprache der allerseeligsten Jungfrau Maria von Herzen den Apostolischen Segen“, so Papst Franziskus.

Auch Webers Nachfolger Bischof Egon Kapellari, richtete eine Grußbotschaft an seinen Vorgänger. „Als jüngerer Altbischof danke ich Dir als dem älteren Altbischof herzlich für die reiche bisherige Ernte Deines Lebens als Mitmensch, Christ, Priester und Bischof“, so Kapellari. Bischof Weber habe an all seinen Stationen – als Priester in der Pfarr-, Jugend- und Arbeiterseelsorge, als Pfarrer von Graz-St.Andrä, als Diözesanbischof und als Vorsitzender der Österreichischen Bischofskonferenz – „Maßstäbe gesetzt und ihnen entsprechend gelebt, die auch heute inspirieren können und gelten sollten.“

Als „Gottesmann für das Volk“ bezeichnet der Salzburger Erzbischof Franz Lackner

Foto: Sonntagblatt / Ivo Velchev



v.l.: Diözesanbischof Wilhelm Krautwaschl, Bischof Johann Weber und Bischof Maximilian Aichern

Bischof Weber. Weber hat ihn zum Priester geweiht und als Mitkonsekretor bei seiner Bischofsweihe gewirkt.

Lackner: „Das Anliegen, bei den Menschen zu sein, ist mir bis heute Vorbild. Ein herzliches Vergelt's Gott!“

Der Innsbrucker Diözesanbischof, Hermann Glettler, wurde 1991 von Bischof Johann Weber zum Priester geweiht. „Johann

Weber war einer meiner Vorgänger in der Pfarre Graz – St. Andrä. Noch nach mehr als 30 Jahren war dort etwas von seinem innovativen Geist als Pfarrseelsorger spürbar“, so Glettler, und weiter: „Er hat mein Verständnis von Kirche damit nachhaltig geprägt, auch die Grundidee vom Bischofsamt, das mir vor zwei Jahren übertragen wurde.“ ■

<https://www.katholische-kirche-steiermark.at/>

Zum Nationalfeiertag 2019

Alexander Van der Bellen: »Red' ma uns des aus« Die Rede des Bundespräsidenten im Wortlaut

Guten Abend, meine Damen und Herren!
Wo auch immer Sie sich heute in unserem schönen Land befinden, ich hoffe, Sie konnten einen schönen Nationalfeiertag verbringen.

Der 26. Oktober ist eine gute Gelegenheit für uns alle, für uns alle, die wir das Glück haben, in Österreich zu leben, einmal kurz inne zu halten und daran zu denken, was uns als Österreich eigentlich ausmacht. Und was uns wichtig ist.

Eine unserer gemeinsamen Grundlagen hat sich im letzten Jahr besonders in Erinnerung gerufen: Die österreichische Bundesverfassung. Ich glaube, sie ist es wert, an einem Tag wie diesem einmal gewürdigt zu werden. Ihr Grundstein wurde in den frühen Jahren unserer Republik gelegt. Von Menschen, die recht unterschiedlicher politischer Auffassung waren. Da waren einerseits die Sozialdemokraten Karl Renner und Otto Bauer sowie andererseits die Christlich-Sozialen Michael Mayr und Ignaz Seipel. Und natürlich Hans Kelsen, der sehr bald zu einem der weltweit angesehensten Juristen werden sollte. Sie haben sich an einen Tisch gesetzt, in einer Zeit, die wirtschaftlich dramatisch schwieriger war als heute. In der es tiefe Gräben zwischen den politischen Lagern gab. Sie haben trotz allem eine gemeinsame Grundlage für unsere Demokratie und unsere Republik geschaffen. Ein Regelwerk für unser Zusammenleben, das gerade in Zeiten unvorhersehbarer Ereignisse Sicherheit und Orientierung bietet. Und das bis heute tragfähig ist. Und wie! Wir haben es alle erlebt.

Ein Gleiches gelang den Verhandlern 1929 als es um die Kompetenzen des Bundespräsidenten ging.

Sehen Sie, für mich repräsentiert die Entstehung der österreichischen Bundesverfassung etwas, was das „Österreichische“ im besten Sinne des Wortes ausmacht: Nämlich, daß es zum Wohl aller ist, wenn man miteinander redet. Wenn wir uns einer unserer österreichischen Grundtugenden besinnen, uns an einen Tisch setzen und sagen: Red' ma uns des aus.

Selbst wenn wir noch so unterschiedlicher Meinung sein mögen: Wenn es uns gelingt, dem anderen vorurteilsfrei zuzuhören, uns vielleicht auch in ihn oder sie hineinzu-



Foto: HBF / Peter Lechner

Bundespräsident Alexander Van der Bellen

versetzen und zu akzeptieren, daß die Welt nicht nur aus Schwarz oder Weiß besteht, dann können wir zu einer neuen Lösung kommen, die besser für alle ist. Weil es eine gemeinsame Lösung ist.

Und sehr oft ist diese gemeinsame Lösung, wie im Fall unserer Bundesverfassung, auch eine elegante. Das Gemeinsame vor das Trennende stellen. Ich habe es schon oft gesagt und ich werde nicht müde werden, es weiter zu betonen: Wir brauchen das. Wir brauchen das Aufeinander-Zugehen. Wir brauchen das Verbinden vermeintlicher Gegensätze. Auf diese Suche nach dem Gemeinsamen, wird es auch bei den derzeit laufenden Gesprächen zur Bildung einer Regierung ankommen.

Für vieles, was vor uns liegt, brauchen wir nicht nur das Gemeinsame in Österreich, sondern das Gemeinsame in Europa und der ganzen Welt. Denken wir zum Beispiel an den Klimaschutz.

Meine Damen und Herren,
verzichten wir öfter einmal auf das „Entweder / Oder“ und ersetzen wir es durch ein „Und“. Sie werden sehen, es geht: Wirtschaft und Klimaschutz. Freiheit und Verantwortung. Menschenrechte und Menschenpflichten. Persönliches Fortkommen und eine Chance für Menschen, die unsere Unterstützung brauchen. Wir lieben die Tradition und

sind aufgeschlossen für das Neue. Wir sind Österreicher und Europäer.

Im Gemeinsamen liegt oft die bessere Lösung. Dazu gehört auch der unschätzbare Beitrag, den Sie alle in unserem Land jeden Tag leisten.

Die Frauen und Männer, die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die Unternehmerinnen und Unternehmer, die Bäuerinnen und Bauern, die Pensionistinnen und Pensionisten, die Menschen, die sich noch in Ausbildung befinden, die Bürgerinnen und Bürger, die derzeit ohne Arbeit sind, die Kinder, Jugendlichen sowie ihre Eltern und Großeltern, all die ehrenamtlich und unentgeltlich Tätigen, die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler. Und alle Menschen, die heute am Feiertag arbeiten müssen. Ich möchte mich ausdrücklich bei Ihnen allen bedanken. Im Namen der Republik. Im Namen von uns allen.

Meine Damen und Herren,

ein Tag wie dieser ist eine gute Gelegenheit für uns alle, die wir das Glück haben, in Österreich zu leben, einmal kurz inne zu halten und daran zu denken, was für ein großartiges Land wir geschaffen haben – gemeinsam. Darauf können wir alle gemeinsam auch ein bißchen stolz sein.

Einen schönen Abend noch Ihnen allen.
Und den ganz Jungen: Gute Nacht. ■

<https://www.bundespraesident.at/>

Österreich hat gewählt

ÖVP ist mit 37,5 Prozent der Stimmen Wahlsieger – SPÖ und FPÖ verlieren – NEOS legen zu – die Grünen sind mit 13,9 Prozent wieder im Parlament



Foto: ORF / <https://tvthek.orf.at>

Am 26. September, also drei Tage vor der Nationalratswahl, trafen einander die Spitzenkandidatinnen zu einer sogenannten „Elefantenrunde“ im ORF-Studio am Königberg. Im Bild v.l.: Werner Kogler (Grüne), Beate Meinl-Reisinger (NEOS), Pamela Rende-Wagner (SPÖ), Sebastia Kurz (ÖVP), Norbert Hofer (FPÖ) und Peter Pilz (JETZT). Es war dies eine von mehreren Diskussionsrunden in dieser Zusammensetzung. Im Bildvordergrund sind ORF-Moderatorin Claudia Reiterer und ORF-Moderator Armin Wolf zu sehen.

Der Wahlkampf ist Geschichte – es gab diesmal mehr politische Auseinandersetzungen im Fernsehen als jemals zuvor, die Spitzenkandidaten Sebastian Kurz (ÖVP), Pamela Rendi-Wagner (SPÖ), Norbert Hofer (FPÖ), Beate Meinl-Reisinger (NEOS), Peter Pilz (JETZT) und Werner Kogler (Grüne) waren im Dauereinsatz. An manchen Tagen waren Diskussionsrunden zeitversetzt im ORF oder einem der Privatsender zu sehen. Es gab wohl kein Thema, das in Rahmen dieser teils hitzigen Debatten nicht zur Sprache gekommen wäre. Hauptthema schien aber gewesen zu sein, eine neuerliche Koalition von ÖVP und FPÖ zu verhindern.

»Ibiza« und Spesen

Diese Aussicht wurde nicht einmal durch die „Ibiza-Geschichte“ geschmälert, obschon

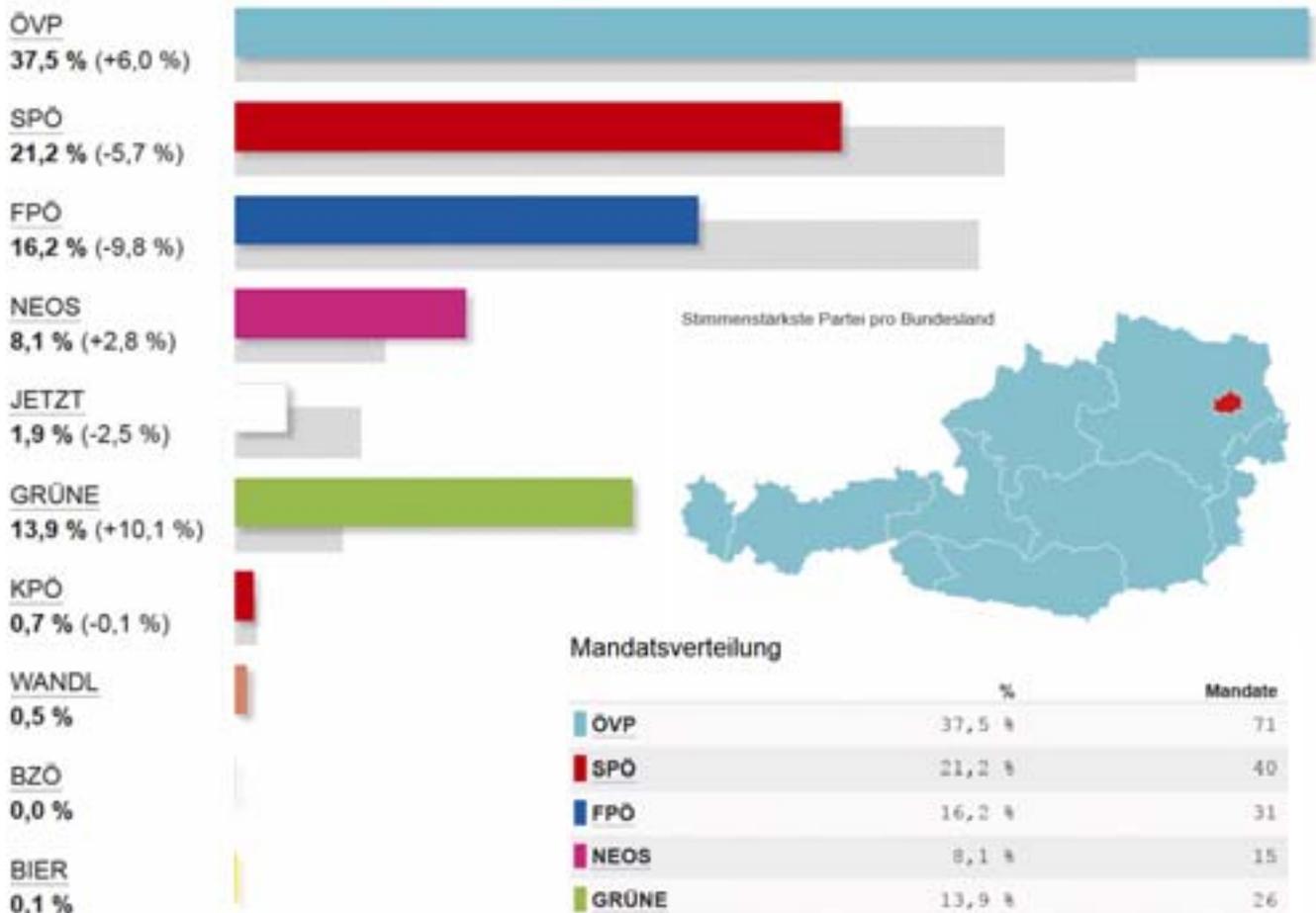
diese ja zur vorzeitigen Auflösung der Regierung im Mai dieses Jahres geführt hatte. Zur Erinnerung: Am Abend des 17. Mai hatte das deutsche Magazin „Spiegel“ und die „Süddeutsche Zeitung“ Ausschnitte aus einem Video aus dem Juli 2017 veröffentlicht, in dem Vizekanzler, Bundesminister für öffentlichen Dienst und Sport sowie FPÖ-Bundesparteiobmann Heinz Christian Strache und FPÖ-Klubobmann im Nationalrat und Wiens Vizebürgermeister Johann Gudenus, in einer Villa auf Ibiza zu sehen sind. Dort verhandeln die beiden mit der angeblichen Nichte eines angeblichen russischen Oligarchen über Spenden an die FPÖ und mögliche Gegenleistungen wie die Vergabe öffentlicher Mittel für Aufträge der Republik etwa im Hochbau. Strache trat zurück und Gudenus zog sich vollends aus Politik und

Partei zurück. In weiterer Folge entließ Bundeskanzler Sebastian Kurz FPÖ-Innenminister Herbert Kickl, was dann den Rückzug der gesamten FPÖ-Regierungsmannschaft nach sich zog.

Am Nachmittag des 27. Mai trat der Nationalrat zu einer Sondersitzung zusammen. Erstmals in der Zweiten Republik zeitigte im Nationalrat ein Mißtrauensantrag Erfolg. SPÖ, FPÖ und Jetzt versagten auf Antrag der SozialdemokratInnen der gesamten Bundesregierung das Vertrauen, gemeinsam verfügten die drei Parteien über die dafür nötige Mandatsmehrheit – die Folge war die Einsetzung einer Übergangsregierung unter der damaligen Präsidentin des Verfassungsgerichtshofs, Brigitte Bierlein, die mit ihrem Team bis zur Angelobung einer neuen Bundesregierung die Staatsgeschäfte weiterführt

Innenpolitik

Amtliches Endergebnis inklusive aller Wahlkartenergebnisse vom 16. Oktober



© Bundesministerium für Inneres

(bei Interesse können Sie in der „Österreich Journal“-Ausgabe 185 vom 5. Juni 2019 ab der Seite 41 im Detail darüber lesen, den Link darauf finden Sie unten).

Doch nun zurück in die letzten Tage vor der Nationalratswahl am 29. September: neuerliche Vorwürfe gegen den nunmehr ehemaligen FPÖ-Chef Heinz Christian Strache waren publik geworden, denen zufolge er finanzielle Mittel der Partei – neben einem mit 10.000 Euro dotierten, monatlichen Spesenkonto – für private Zahlungen und Anschaffungen verwendet haben soll. Jedenfalls ermittelt die Staatsanwaltschaft in dieser Causa, die wohl noch einige Wochen die innenpolitische Berichterstattung beschäftigen wird (es gilt die Unschuldsvermutung!).

Meinungsforscher und Politikberater waren davon überzeugt, daß wenige Tage vor einer Wahl auftauchende Skandale kaum Auswirkung auf das Wahlverhalten haben würden – diesmal wurden sie aber Lügen gestraft, denn für die bisher erfolgsgewöhnte FPÖ hatte dies mit einem Verlust von 9,8

Prozent der Stimmen schwerwiegende Folgen. Jene Partei, die noch in Umfragen vor wenigen Tagen auf Platz zwei gesehen worden war, ist auf Platz drei, in Wien sogar auf Platz vier abgestürzt.

Für die ÖVP aber ergab sich eine deutliche Mehrheit, Sebastian Kurz kann sich seinen Koalitionspartner aussuchen. Doch sieht das einfacher aus, als es ist: eine neuerliche Koalition mit der FPÖ wäre sowohl rechnerisch, als auch programmatisch gesehen, die einfachste Lösung. Dagegen spricht jedoch, daß vor allem innerparteiliche Spannungen in der FPÖ für Kurz ein unüberwindliches Hindernis darstellen.

Eine ebenso rechnerisch einfache Koalition würde sich für die ÖVP mit der SPÖ anbieten. Nur sind die Gräben zwischen den beiden Parteien – vor allem durch den Mißtrauensantrag durch SPÖ und FPÖ im Mai und damit das vorzeitige Ende der Regierung Sebastian Kurz – mit großer Wahrscheinlichkeit unüberwindbar. Auch die Auseinandersetzungen im Wahlkampf haben noch einiges dazu beigetragen, daß Kurz und

SPÖ-Vorsitzende Pamela Rendi-Wagner nicht mit fliegenden Fahnen eine Zusammenarbeit anstreben.

Es bleibt für Kurz aus aktueller Sicht also eine Koalition mit den Grünen unter Werner Kogler, die sich zwar rechnerisch ausgeht, aber mit einigen massiven Problemen behaftet ist. Vor allem in Fragen von Umweltschutz und Wirtschaft/Industrie und Zuwanderung gibt es wesentliche Unterscheidungen, die erst einmal überwunden werden müssen. Dazu kommt noch, daß die Wiener Grünen auf die ÖVP besonders schlecht zu sprechen sind und die Grünen insgesamt dieser Form der Koalition erst zustimmen müssen.

Um eine komfortable Mehrheit im Parlament abzusichern, müßte Kurz neben den Grünen wohl auch noch die NEOS ins Boot holen, was aber die Sache nicht gerade erleichtert, denn letztere liegen zwar als liberale Partei eher auf ÖVP-Linie, haben aber nicht gerade sehr viele Schnittmengen mit den Grünen.

Das Thema Minderheitsregierung wurde zwar von Sebastian Kurz bereits angespro-

Innenpolitik

chen, ist aber mit Sicherheit nur als Notlösung gedacht, um – sollte sich keine Koalition bilden lassen – eine neuerliche Wahl zu verhindern.

Zu den Analysen der Nationalratswahl kommen wir dann später.

Auftrag zur Bildung einer neuen Bundesregierung

Am 7. Oktober hat Bundespräsident Alexander Van der Bellen Sebastian Kurz zu seinen Amtsräumen in der Wiener Hofburg eingeladen, um ihm den Auftrag zur Bildung einer neuen Bundesregierung zu erteilen. „Meine Damen und Herren, ich lese und höre in den Medien manchmal, daß ich in Sachen Regierungsbildung sehr klare Vorstellungen hätte und was ich mir so alles wünsche“, so der Bundespräsident. „Nun, einen Wunsch habe ich sicher. Und darüber habe ich mit allen Parteioleuten gesprochen: Unabhängig von den Parteifarben in der Regierung wünsche ich mir eine rot-weiß-rote Regierung: für ein starkes Österreich in einem gestärkten Europa. Einem Europa, das an seiner Weltpolitikfähigkeit arbeitet. Mir ist nicht so wichtig, wermit wem regiert, mir ist vielmehr wichtig, wer wofür regiert“, so Van der Bellen, der die Frage stellte, was im Interesse unseres Landes liege:

„Erstens: Der Umgang mit der drohenden Klimakatastrophe sollte ganz oben auf der Agenda stehen muß. Erfreulicherweise haben alle Parteien bereits im Wahlkampf konkrete Maßnahmen zu diesem Thema formuliert. Klimaschutz ist keineswegs eine österreichische Angelegenheit allein. Alle Regierungen in Europa und der Welt beschäftigt das Thema.

Zweitens: In der österreichischen Bundesverfassung ist die Unabhängigkeit der Justiz ein hohes Gut. Auch in allen Fragen der Sicherheit ist hohe Sensibilität angebracht. Ich werde daher auf eine sorgfältige inhaltliche, politische und personelle Behandlung der Sicherheits- und Justizfragen im Rahmen des Regierungsbildungsprozesses höchsten Wert legen.

Drittens habe ich im Gespräch mit Herrn Parteiole Mann Kurz die zentralen Themen Europa und die wirtschaftliche Entwicklung Österreichs angesprochen. Die Konjunkturlage trübt sich ein, darauf wird Rücksicht zu nehmen sein. Der Erfolg österreichischer Unternehmen unter den Gesichtspunkten Innovation und Digitalisierung ist eine große gesamtstaatliche Aufgabe. Voraussetzung dafür ist ein moderner Bildungs- und Forschungssektor. Ich möchte zudem daran



Foto: HBF / Peter Lechner

Bundespräsident Alexander Van der Bellen (l.) erteilte ÖVP-Bundesparteiobmann Sebastian Kurz am 7. Oktober den Auftrag zur Regierungsbildung.

erinnern, daß viele österreichische Unternehmen im Export tätig sind, und ein gemeinsames Europa dafür wesentlich ist.

Und last not least: Die amtierende Bundesregierung besteht je zur Hälfte aus Frauen und Männern. Ich fände es eine gute Idee, wenn auch in der künftigen Regierung der Frauenanteil entsprechend hoch ist“, formulierte Van der Bellen seine Vorstellungen und appellierte an alle Parteien, im Sinne eines Vertrauensaufbaus, ehrlich, ernsthaft und ohne versteckte Agenda zu verhandeln. Denn die nun folgenden Wochen seien wichtig für Österreich, „denn jetzt werden die Weichen für unsere gemeinsame Zukunft gestellt. Türen, die jetzt zugeschlagen werden, werden für lange Zeit verschlossen bleiben. Brücken, die jetzt gebaut werden, können und müssen für lange Zeit tragfähig bleiben.“ Und das Staatsoberhaupt schloß mit folgenden Worten an Sebastian Kurz: „Sie stehen jetzt vor einer verantwortungsvollen Aufgabe. Ich wünsche Ihnen gutes Gelingen und viel Kraft. Ich hoffe, Sie werden eine gute Lösung für die kommenden Regierungsverhandlungen finden.“

Kurz: »Es gibt einen eindeutigen Auftrag der Wählerinnen und Wähler«

Sebastian Kurz sagte, es gebe „einen eindeutigen Auftrag der Wählerinnen und Wähler, den erfolgreichen Weg der Veränderung für Österreich fortzusetzen – diesen nehme ich gerne an. Ich bin mir der großen Verantwortung bewußt und werde in den nächsten Tagen mit allen Parteien Gespräche führen.“ In den darauffolgend Tagen fanden Gespräche mit den ParteichefInnen aller im Par-

lament vertretenen Parteien statt. „Die Ziele dieser Gespräche sind vor allem der Versuch einer Verbesserung der politischen Kultur in Österreich, einer potenziell parteiübergreifenden Zusammenarbeit über Sachfragen im Parlament und als ein wesentliches Ziel eine handlungsfähige und stabile Regierung, die für unser Land arbeitet und die Kraft hat, für die kommenden Herausforderungen gerüstet zu sein“, so Kurz – und weiter: „Es ist wichtig, gegenseitiges Vertrauen aufzubauen und respektvoll miteinander umzugehen. Wir brauchen eine Regierung, die den Willen und die Kraft hat, die Herausforderungen der Zukunft entschieden anzugehen, aber auch auf den Errungenschaften der vorigen Regierung aufzubauen.“

Sondierungsgespräche

Wie Sebastian Kurz angekündigt hatte, nahm er zeitnah die Sondierungsgespräche mit den anderen Parteien auf. SPÖ und NEOS beließen es bei einem Gespräch, in dem Grundsätzliches abgeklärt wurde. Die FPÖ unter Bundesparteiobmann Norbert Hofer hatte sich bereits mit der Aussage, in Opposition bleiben zu wollen, zumindest vorläufig aus dem Spiel genommen.

Seit 9. Oktober treffen Sebastian Kurz und Werner Kogler, Bundessprecher der Grünen, zu regelmäßigen Vier-Augen-Gesprächen, aber auch mit ihren Teams. Dem Vernehmen nach sollen die Sondierungsgespräche bis zum 8. November abgeschlossen sein, dann wird bekanntgegeben werden, ob ÖVP und Grüne in Regierungsverhandlungen eintreten werden, oder ob Kurz nach anderen Varianten wird suchen müssen. ■

Die SORA-Analyse: Wer hat wen und warum gewählt?

Österreich hat gewählt. Das SORA Institute for Social Research and Consulting Ogris & Hofinger analysierte die Wahl auf Basis der Daten der Wählerstromanalyse sowie der ORF/SORA/ISA Wahltagsbefragung unter 1.226 Wahlberechtigten, die zwischen 25. und 29. September durchgeführt wurden.

Wählerstromanalyse

Die ÖVP kann 86 % der ÖVP-WählerInnen von 2017 für sich gewinnen. Zugewinne kann die Liste Sebastian Kurz vor allem von der FPÖ (258.000 Stimmen) und der SPÖ (74.000) erzielen. Verluste gehen vor allem an NEOS (83.000) und Grüne (54.000).

Die SPÖ kann bei dieser Wahl 68% ihrer WählerInnen von 2017 wieder für sich gewinnen. Zugewinne erzielt die SPÖ mit 36.000 Stimmen von der FPÖ. 45.000 SPÖ-Stimmen kommen von ehemaligen NichtwählerInnen (inkl. 2017 nicht wahlberechtigten Personen). Mit 193.000 Stimmen erleidet die SPÖ den größten Verlust an die Grünen, gefolgt von 74.000 an die ÖVP.

Die FPÖ mobilisiert diesmal 54% der WählerInnen von 2017 wieder für sich. Zugewinne erhält sie im Ausmaß von 27.000 Stimmen von der SPÖ. Je 11.000 Stimmen kommen von der ÖVP und ehemaligen NichtwählerInnen. Verluste erleidet die FPÖ

mit 258.000 Stimmen an die ÖVP und 235.000 an die NichtwählerInnen.

Nach ihrem Ergebnis von 3,8 Prozent im Jahr 2017 kehren die Grünen in den Nationalrat zurück. Den größten Zugewinne erzielen sie von SPÖ (193.000 Stimmen) sowie NEOS und JETZT (je rund 90.000).

Die NEOS mobilisieren 55% ihrer WählerInnen von 2017. Den größten Zustrom erhalten sie mit 83.000 Stimmen von der ÖVP. Verluste erleiden die NEOS mit 91.000 Stimmen vor allem an die Grünen.

Die Liste JETZT verfehlt die 4-Prozent-Hürde. Sie verliert Stimmen insbesondere an Grüne, NEOS und die NichtwählerInnen.

Die KPÖ, WANDL sowie weitere Listen, die nicht bundesweit angetreten sind, werden in der Wählerstromanalyse unter „Sonstige“ zusammengefaßt.

Stimmung durchwachsen, hohe Zustimmung für Kurz

Wie die Wahltagsbefragung zeigt, ist die Stimmung zwei Jahre nach der letzten Nationalratswahl durchwachsen: Je ein Drittel der Wahlberechtigten sieht seither eine positive / negative / keine Veränderung.

- Insgesamt zeigen sich trotz Skandalen 50 % der Wahlberechtigten zufrieden mit der vergangenen ÖVP-FPÖ-Regierung.

- Auf der anderen Seite wünschen sich nur rund 3 von 10 ÖVP-WählerInnen erneut eine Koalition mit der FPÖ.

- Sebastian Kurz erzielt in einer fiktiven Direktwahl-Frage mit 47 % ein noch besseres Ergebnis als seine Partei, vor allem weil ihn auch NEOS und FPÖ-WählerInnen als Kanzler wollen.

Top-Thema Umwelt-/Klimaschutz

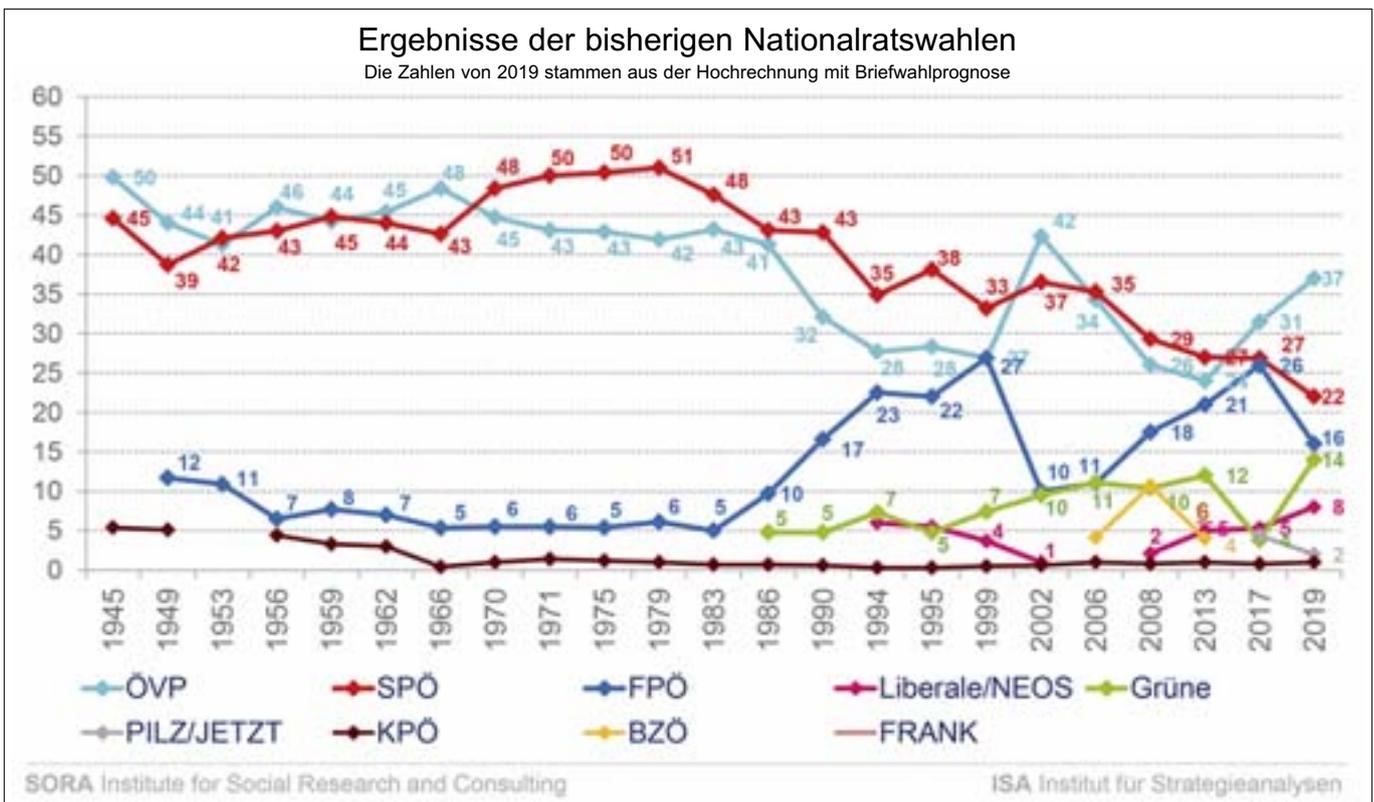
Nachdem vor zwei Jahren noch Zuwanderung und Asyl die am häufigsten diskutierten Themen im Wahlkampf waren, steht diesmal Umwelt- und Klimaschutz ganz vorne: 33 % der Wahlberechtigten haben „sehr häufig“ über dieses Thema diskutiert. An zweiter Stelle der Themenagenda stand die Käuflichkeit der Politik.

Wer hat wen gewählt? Wahlverhalten nach soziodemographischen Gruppen

Die Wahltagsbefragung zeigt ausgeprägte Unterschiede im Wahlverhalten unterschiedlicher soziodemographischer Gruppen.

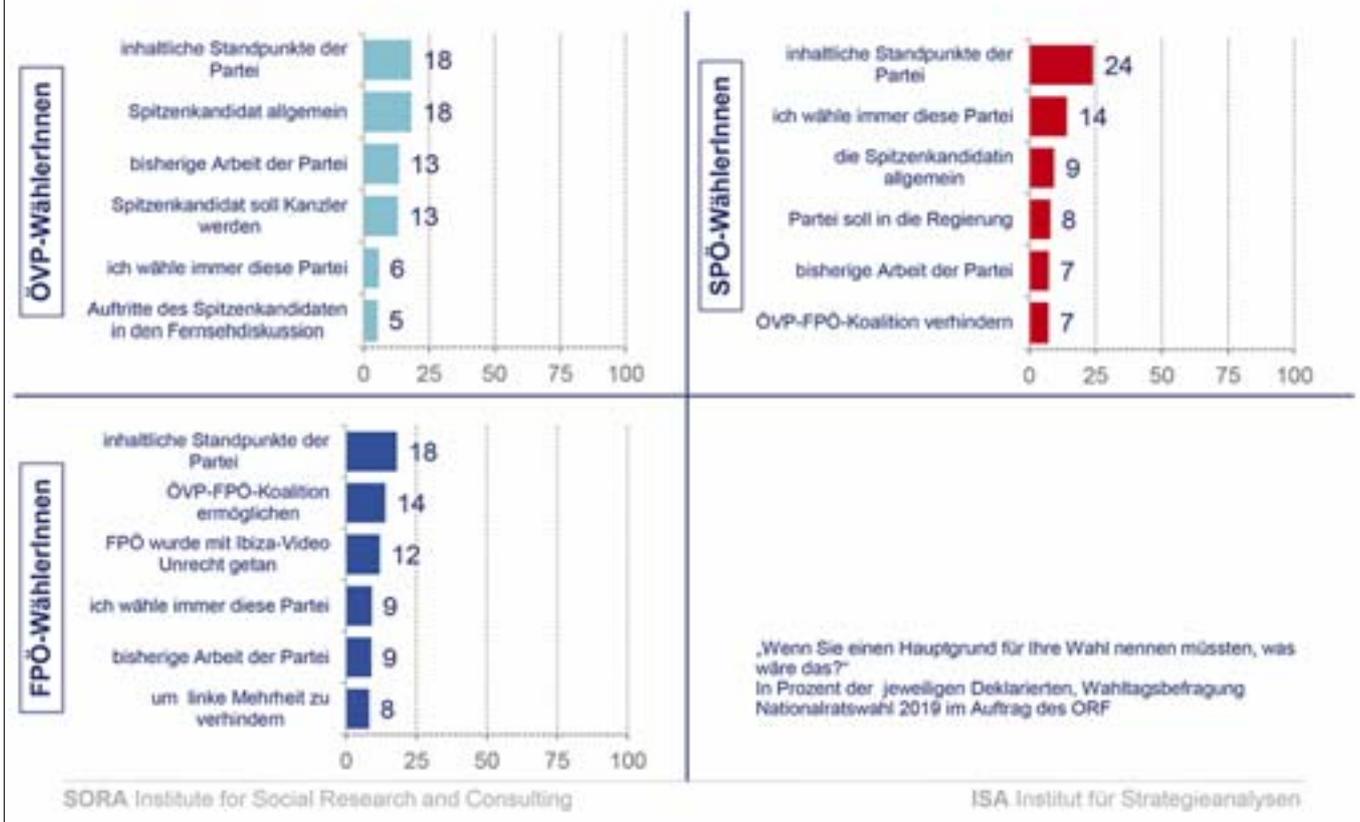
Unterschiede nach Alter und Geschlecht

Bei der Nationalratswahl 2019 zeigt sich eine große Kluft zwischen jungen und älteren WählerInnen: Während ÖVP und SPÖ gemeinsam rund drei Viertel der Stimmen



Innenpolitik

Hauptgrund dafür, die jeweilige Partei zu wählen



von Personen ab 60 Jahren erhalten haben, lagen ÖVP und Grüne bei den unter 30-Jährigen gleichauf bei je 27 % der Stimmen vor der FPÖ mit 20 %.

Unter den Bis-44-Jährigen Männern schneidet die FPÖ besonders gut ab, junge Frauen haben vor allem Grüne und NEOS gewählt.

Bewertung der Entwicklung Österreichs

31 % der Befragten sind der Meinung, daß sich Österreich in den vergangenen zwei Jahren eher positiv entwickelt hat, 32 % sehen eine negative Entwicklung und 36 % sagen, daß sich nichts verändert hat. Personen, die eine negative Entwicklung beklagen, stimmten überdurchschnittlich oft für SPÖ und Grüne, jene, die einen positiven Trend wahrnehmen, für ÖVP und FPÖ.

Wahlverhalten nach Erwerbsstatus

Unter ArbeiterInnen bleibt auch bei dieser Wahl die FPÖ mit 48 % der Stimmen klar vor SPÖ (23 %) und ÖVP (21 %). Unter Angestellten liegt die ÖVP mit 40 % vor SPÖ und Grünen (je 18 %).

Wahlverhalten nach formaler Bildung

Insbesondere die FPÖ, aber auch SPÖ und ÖVP wurden überdurchschnittlich von

Personen ohne Matura gewählt. Mit 32 % sind die Grünen unter Personen mit Matura stärkste Partei (ÖVP: 31 %).

Zufriedenheit mit der Übergangs- und der ehemaligen Bundesregierung

Mit der Arbeit der Übergangsregierung unter Kanzlerin Brigitte Bierlein sind 14 % sehr und 49 % ziemlich zufrieden, 19 % sind weniger und 8 % gar nicht zufrieden.

Die Arbeit der entlassenen ÖVP/FPÖ-Bundesregierung bewerten demgegenüber 17 % als sehr und 33 % als ziemlich gut, 25 % sind damit weniger und 21 % gar nicht zufrieden.

Auch hier finden sich Unterschiede im Wahlverhalten: Befragte, die der ÖVP/FPÖ-Bundesregierung zumindest ein bedingt positives Zeugnis ausstellen, haben zu 63 % die ÖVP und zu 28 % die FPÖ gewählt. KritikerInnen der Regierungsarbeit wählten zu 44 % die SPÖ und zu 30 % die Grünen, sowie zu 11 % die NEOS.

Parteien in der Regierung und Direktwahl

Praktisch alle WählerInnen der Parteien wünschen sich, daß ihre Partei in der künftigen Regierung vertreten ist. Dazu würden die ÖVP-WählerInnen am ehesten die NEOS als Partner bevorzugen, die SPÖ-WählerInnen

nen die Grünen, die FPÖ-WählerInnen die ÖVP, die NEOS-WählerInnen die ÖVP und die Grün-WählerInnen die SPÖ.

Im Fall einer Direktwahl würden 47 % für Sebastian Kurz stimmen, er liegt damit über dem Ergebnis seiner Partei, vor allem weil ihn auch NEOS und FPÖ-WählerInnen als Kanzler wählen würden. Auf Platz zwei folgt Pamela Rendi-Wagner (21 %), auf Platz drei Norbert Hofer (14 %).

Aussagen zur Politik

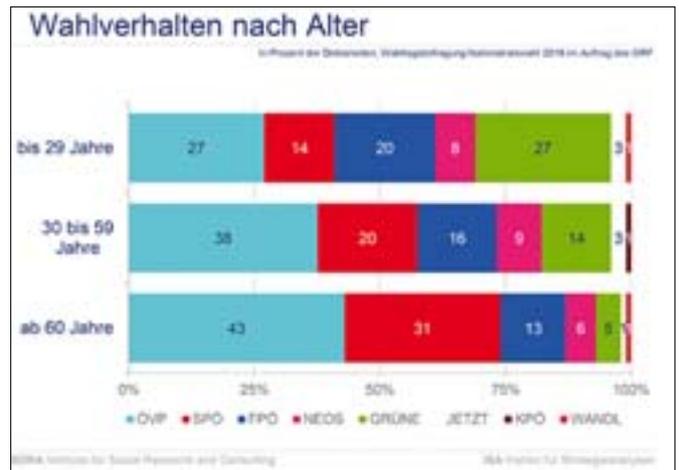
21 % der Befragten sagen, daß sich die Parteien in erster Linie nur für die Stimmen der WählerInnen, nicht aber für deren Anliegen interessieren. Diese Kritik hat sich gegenüber 2013 und 2017 verringert.

15 % stimmen der Aussage sehr zu, daß im österreichischen Parlament Meinungen und Interessen der Menschen gut abgebildet werden, 38 % stimmen ziemlich zu.

63 % teilen die Meinung, daß die Demokratie trotz Problemen die beste Regierungsform ist, uneingeschränkt, dieser Wert ist gegenüber 2017 um neun Prozentpunkte gesunken.

Eine Mehrheit von 42 % meint, daß es der Demokratie schade, wenn Einzelpersonen und Firmen der Politik unbegrenzt Geld spenden dürfen, 30 % stimmen ziemlich zu.

Innenpolitik



Diese Zustimmung findet sich in allen soziodemographischen Untergruppen und bei allen ParteiwählerInnen. Daß Medien Dinge wie das Ibiza-Video aufdecken, unabhängig von der Quelle, halten 46 % für sehr wichtig und 29 % für ziemlich wichtig.

Wahlmotive

ÖVP: Mehrheit sieht gute Regierungsarbeit

Dreiviertel der ÖVP-WählerInnen haben sich schon früh für diese Partei entschieden. Rund 3 von 10 (29 %) sind mit der Arbeit der

türkis-blauen Bundesregierung „sehr zufrieden“, weitere 6 von 10 „ziemlich zufrieden“. Das im „Ibiza-Video“ Gezeigte hält eine Mehrheit von 54 % der ÖVP-WählerInnen als Problem nur „einzelner Politiker“; 18 % sehen darin ein Problem der FPÖ als Partei insgesamt. Dennoch wünschen sich nur 3 von 10 die FPÖ wieder in einer Regierung.

Gefragt nach dem „Hauptgrund“ für ihre Wahlentscheidung, nannten 18 % Spitzenkandidat Kurz und weitere 13 % spezifisch den Wunsch, Kurz solle Kanzler werden.

Der Spitzenkandidat ist demnach im Vergleich zur Wahl 2017 als Wahlmotiv diesmal weniger dominant.

Die „inhaltlichen Standpunkte“ der Partei wurden von 18 % als wichtigstes Wahlmotiv angegeben. Am meisten diskutiert haben ÖVP-WählerInnen im Wahlkampf über Gesundheit und Pflege (28 % „sehr häufig diskutiert“), Wirtschaft (26 %), sowie die Themen Zuwanderung, Umwelt- und Klimaschutz (je 22 % „sehr häufig diskutiert“) und Sicherheit (21 %).

Innenpolitik

Zahl der ausgestellten Wahlkarten

Landeswahlkreis	an im Inland lebende Wahlberechtigte (vgl. 2017)		an im Ausland lebende Wahlberechtigte (vgl. 2017)		Insgesamt (vgl. 2017)	
Burgenland	27.716	21.981	944	896	28.660	22.877
Kärnten	52.535	45.858	4.708	4.778	57.243	50.636
Niederösterreich	169.772	138.194	6.704	6.360	176.476	144.554
Oberösterreich	177.484	150.791	9.199	8.881	186.683	159.672
Salzburg	61.032	47.155	5.397	5.127	66.429	52.282
Steiermark	155.270	140.570	8.751	8.701	164.021	149.271
Tirol	75.547	59.571	6.282	5.973	81.829	65.544
Vorarlberg	38.876	34.504	4.566	4.384	43.442	38.888
Wien	251.517	191.286	14.633	14.183	266.150	205.469
Österreich	1.009.749	829.910	61.184	59.283	1.070.933	889.193

Quelle: Bundesministerium für Inneres

SPÖ: Top-Themen Umwelt/Klima, Korruption und Gesundheit/Pflege

Unter SPÖ-WählerInnen wurden diesmal die inhaltlichen Standpunkte am häufigsten als wichtigstes Wahlmotiv genannt (von 24 %), mit deutlichem Abstand gefolgt vom Stammwählermotiv („wähle immer diese Partei“, 14 %).

Die Top-3-Themen im Wahlkampf waren für SPÖ-WählerInnen die Käuflichkeit der Politik (43 %), Umwelt-/Klimaschutz (42 %) sowie Gesundheit und Pflege (41 %).

Besonders ausgeprägt ist unter SPÖ-WählerInnen die Ansicht, daß das im „Ibiza-Video“ Gezeigte typisch für die FPÖ als Partei sei: zwei Drittel sind dieser Ansicht.

FPÖ: hohe Zufriedenheit mit türkis-blau und Top-Themen Zuwanderung, Sicherheit

Auch für FPÖ-WählerInnen standen bei dieser Wahl häufig die inhaltlichen Standpunkte der Partei im Vordergrund (für 18 % das Haupt-Wahlmotiv). 14 % nannten als wichtigstes Motiv, daß es wieder zu einer ÖVP-FPÖ-Regierung kommen soll; 12 %, daß der FPÖ Unrecht getan wurde und sie diese „jetzt erst recht“ gewählt haben.

Hinsichtlich der politischen Themen haben FPÖ-WählerInnen mit deutlichem Abstand am häufigsten über Zuwanderung (69 %) und Sicherheit (54 %) diskutiert, gefolgt von Arbeitsplätzen und Arbeitsbedingungen (31 %). – Umwelt und Klimaschutz wurde nur von 10 % der FPÖ-WählerInnen „sehr häufig“ diskutiert.

Die FPÖ-WählerInnen sind mit Abstand am zufriedensten mit der türkis-blauen Regierung (50 % „sehr“, 42 % „ziemlich zufrieden“), rund zwei Drittel (65 %) sehen eine positive Entwicklung des Landes seit 2017.

Grüne mit Kernthemen Umwelt/Klima, Anti-Korruption und Bildung

Unter Grün-WählerInnen standen am häufigsten die Inhalte im Vordergrund ihrer Wahlentscheidung (44 %), gefolgt vom „Comeback“-Motiv (16 %).

Im Wahlkampf diskutierten 81 % „sehr häufig“ über Umwelt- und Klimaschutz sowie je 46 % über die Käuflichkeit der Politik und Bildung.

NEOS: Spitzenkandidatin überzeugte

Während mit Ausnahme der ÖVP die SpitzenkandidatInnen der Parteien als Wahlmotiv eine untergeordnete Rolle spielten ist dies bei den NEOS anders: Für 19 % der NEOS-WählerInnen war Beate Meinl-Reisinger das wichtigste Wahlmotiv, für weitere 18 % spezifisch deren Auftritte in den Fernsehdiskussionen. 16 % nannten die inhaltlichen Standpunkte der NEOS und 13 % die Glaubwürdigkeit der Partei als wichtigstes Wahlmotiv. Top-Themen für NEOS-WählerInnen waren Umwelt-/Klimaschutz sowie Bildung (je 44 % „sehr häufig diskutiert“).

Direktwahl-Frage

In einer fiktiven Direktwahl hätten 47 % Sebastian Kurz als Kanzler gewählt, alle anderen Kandidaten liegen weit dahinter.

○ Nachdem Strache zurückgetreten ist, hat sich Norbert Hofer als Parteivorsitzender der FPÖ etablieren können. 84 % der FPÖ WählerInnen würden ihn auch zum Kanzler wählen.

○ Ähnlich bei der SPÖ. Vor dem Wahlkampf innerparteilich umstritten, hat die SPÖ-Kandidatin 85 % der SPÖ Wählerinnen überzeugt, daß sie die bessere Kanzlerin wäre.

Koalitionspräferenzen

In der Wahltagsbefragung wurde auch gefragt, welche Parteien nach Meinung der Befragten in der nächsten Regierung vertreten sein sollten.

- Neben ihrer eigenen Partei wünschten sich ÖVP-WählerInnen die NEOS (43 %), die FPÖ (34 %) und die Grünen (20%) als Koalitionspartner.
- Während also nur ein Drittel der ÖVP-WählerInnen die Fortführung der türkis-blauen Koalition befürwortet, wünschen sich 84 % der FPÖ-WählerInnen eine Regierung aus ÖVP und FPÖ.
- Unter SPÖ-WählerInnen sprechen sich 31 % für eine Zusammenarbeit mit den Türkisen aus, unter NEOS-WählerInnen 71 % und unter Grün-WählerInnen 31 %.

Demokratie, Ibiza-gate und Parteispenden

63 % sehen die Demokratie als „beste Regierungsform“ („stimme sehr zu“). Das ist um 9 Prozentpunkte weniger als 2017 (72 % „stimme sehr zu“) und um 18 Prozentpunkte weniger als 2013.

Nur eine Minderheit von 15 % der Befragten sieht Ibiza-gate als „typisch für alle Parteien“, aber 28 % der NichtwählerInnen sind dieser Ansicht.

Unter allen Partei-Deklarierten und in allen soziodemographischen Gruppen ist eine Mehrheit der Ansicht, daß es der Demokratie schade, „wenn Firmen und Einzelpersonen unbegrenzt Geld an einzelne Parteien spenden dürfen“.

Insgesamt sind 72 % der Wahlberechtigten dieser Ansicht.

https://www.bmi.gv.at/412/Nationalratswahlen/Nationalratswahl_2019/start.aspx
<https://www.sora.at/>

XXVII. Gesetzgebungsperiode

23. Oktober: Erste Sitzung des neu gewählten Nationalrats am – Mehr Frauen, weniger Neulinge, Grüne wieder dabei – Wolfgang Sobotka, Doris Bures und Norbert Hofer bilden neues Nationalratspräsidium



Foto: Parlamentsdirektion / Johannes Zimmer

Konstituierende Sitzung des Nationalrates – Blick Richtung Nationalratsabgeordnete während der Angelobung

Mit der Angelobung der Abgeordneten erfolgte am 23. Oktober der Startschuß für die XXVII. Gesetzgebungsperiode des Nationalrats. 24 Tage nach den Wahlen traten die neu gewählten MandatarInnen zur konstituierenden Sitzung zusammen. 183 Abgeordnete, inklusive Philippa Strache als fraktionslose Abgeordnete, legten dabei ihr Bekenntnis zu Republik und Verfassung ab. Konkret lautete die Gelöbnisformel: „Sie geloben unverbrüchliche Treue der Republik Österreich stete und volle Beobachtung der Verfassungsgesetze und aller anderen Gesetze und gewissenhafte Erfüllung Ihrer Pflichten.“

Eröffnet wurde die konstituierende Sitzung vom alten (und zu diesem Zeitpunkt voraussichtlich auch neuen) Nationalratspräsidenten Wolfgang Sobotka. In Anwesenheit von Bundespräsident Alexander Van der Bellen wurde neben der Bundeshymne auch die

Europahymne feierlich intoniert, musikalisch begleitet von den jungen MusikerInnen des Marc Aurel-Quartetts der Universität für Musik und Darstellende Kunst Wien.

Ähnlich wie bei der Konstituierung im Jahr 2017 machten die Abgeordneten auch ihre fraktionelle Zugehörigkeit deutlich sichtbar: Die ÖVP-MandatarInnen mittels türkiser Buttons mit österreichischer Flagge, die Abgeordneten der SPÖ trugen rote Nelken im Knopfloch. Mit rot-weiß-roten Schleifen am Revers zeigten sich die Freiheitlichen, die Grünen hatten vor sich Kräutertöpfe aufgestellt und die NEOS-Abgeordneten schmückten sich mit Ansteckern aus drei pinken Bleistiften. Auf der Regierungsbank saßen als VertreterInnen der amtierenden Übergangsregierung Bundeskanzlerin Brigitte Bierlein, Justizminister Clemens Jabloner und Außenminister Alexander Schallenberg.

Erneut fünf Parteien im Nationalrat vertreten

Wie schon in der vergangenen Gesetzgebungsperiode, sind auch in der XXVII. GP wieder fünf Parteien im Nationalrat vertreten. Als stärkste Fraktion ist die ÖVP aus den Wahlen hervorgegangen, sie hat 71 Mandate (+ 9) errungen. Danach folgen die SPÖ mit 40 (- 12) und die FPÖ mit 31 Sitzen (- 20), wobei die Fraktionsstärke des FPÖ-Klubs durch die Mandatsannahme von Philippa Strache auf 30 Mandate sinkt. Die Grünen schafften nicht nur den Wiedereinzug in den Nationalrat, den sie 2017 verlassen mußten, sie wurden mit 26 Mandaten auch die viertstärkste Fraktion im Hohen Haus, vor den NEOS mit 15 Abgeordneten (+ 5). Die Liste JETZT, die acht MandatarInnen stellte, konnte die vorgeschriebene 4 %-Hürde nicht überspringen und verfehlte somit den Einzug in den Nationalrat. Bei der Wahlbeteiligung

Innenpolitik

war übrigens ein deutlicher Rückgang gegenüber 2017 feststellbar, sie sank um 4,41 %. Insgesamt 75,59 % der ÖsterreicherInnen haben am 29. September die Möglichkeit genutzt, an der Zusammensetzung des Nationalrats mitzuwirken. Falls es nicht wieder zu Neuwahlen kommt, beträgt die Gesetzgebungsperiode fünf Jahre.

Im Hinblick auf die laufenden Verhandlungen über die Bildung einer künftigen Regierung, läßt sich jedenfalls schon sagen, daß für das Erreichen einer einfachen Mehrheit im Nationalrat, also 92 Stimmen, folgende Kombinationen möglich sind: ÖVP/SPÖ (111), ÖVP/FPÖ (101), ÖVP/Grüne (97) oder SPÖ/FPÖ/Grüne (96). Da die Österreichische Volkspartei außerdem über mehr als ein Drittel der Sitze verfügt, können ohne ihre Zustimmung keine Verfassungsgesetze geändert werden.

Rund 30 % neue Abgeordnete

Waren 2017 noch 85 von 183 Nationalratsabgeordneten neu, beträgt die Zahl der Neuzugänge heuer nur noch 55. Die meisten Neuzugänge haben die Grünen, die nach der Wahlniederlage 2017 aus dem Parlament ausgeschieden sind. Lediglich drei ihrer MandatarInnen, nämlich Werner Kogler, Sigrid Maurer und die ehemalige JETZT-Abgeordnete Alma Zadic, verfügen bereits über Erfahrungen als Nationalratsabgeordnete.

Mit dem jüngsten Mandatar, dem 24-jährigen Yannick Shetty, können heuer die NEOS aufwarten, während für die ÖVP mit der 65-jährigen Elisabeth Scheucher-Pichler, die schon einmal im Nationalrat saß, die älteste Abgeordnete in das Hohe Haus einzieht. In der letzten Gesetzgebungsperiode war es noch umgekehrt – da stellte die Volkspartei mit Claudia Plakolm (damals 22 Jahre) die jüngste Mandatarin, die NEOS mit Irmgard Griss, die mit 71 Jahren ihr Amt antrat, die älteste Volksvertreterin. Erfahrenster Abgeordneter ist der ehemalige Zweite NR-Präsident Karlheinz Kopf (ÖVP), er gehört dem Nationalrat seit 1994 und damit seit 25 Jahren ohne Unterbrechung an.

Frauenanteil ist auf 39,3 % gestiegen, zwei Nationalratsklubs profitieren vom Bonus

Erhöht hat sich der Frauenanteil unter den Abgeordneten. Er ist von 34,4 % (63 weibliche Abgeordnete) zu Beginn der XXVI. GP bzw. zuletzt 37,16 % (68 weibliche Abgeordnete) auf 39,3 % gestiegen: 72 der 183 Abgeordneten sind nunmehr Frauen. Den höchsten Frauenanteil haben die Grü-



Foto: Parlamentsdirektion / Johannes Zinner

Bundespräsident Alexander van der Bellen und Doris Schmidauer – sie waren eben erst von ihrer Japan-Reise zurückgekehrt – wurden von Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka (l.) zur Konstituierenden Sitzung des Nationalrats begrüßt

nen (57,7 %), da 15 ihrer 26 Abgeordneten weiblich sind, den niedrigsten die FPÖ mit 16,7 % (5 von 30). Bei der SPÖ sind 19 von 40 Abgeordneten weiblich (47,5 %), bei den NEOS sechs von 15 (40 %) und bei der ÖVP 26 von 71 (36,6 %).

Der im Juli 2019 vom Nationalrat im Zuge der Änderung des Klubfinanzierungsgesetzes beschlossene Bonus von 3 %, der bei Überschreitung eines Frauenanteils von 40 % der MandatarInnen schlagend wird, kommt somit der SPÖ und den Grünen zugute. Die NEOS, die genau die 40 %-Grenze erreichen, verpassen ihn haarscharf. Aufgrund von Umrechnungen zu Gunsten von männlichen Abgeordneten fiel auch die ÖVP unter die 40-Prozent-Marke und kann daher den Bonus nicht in Anspruch nehmen.

Sitzverteilung im Hofburg-Plenarsaal

Die Sitzungen des Nationalrats finden während der Generalsanierung des historischen Parlamentsgebäudes in der Hofburg statt. Im Gegensatz zum originären Plenarsaal hat der provisorische nur sechs Sitzreihen, die dafür breiter sind. Die ÖVP wird – vom Präsidium aus gesehen – erneut die Plätze ganz rechts im Plenarsaal einnehmen, die SPÖ sitzt wie bisher ganz links. Dazwischen verteilen sich die FPÖ (Mitte rechts), die Grünen (links) und die NEOS (Mitte links), wobei jede Fraktion zumindest einen Platz in der ersten Reihe hat. Philippa Strache wurde als fraktionsloser Abgeordneter links in der letzten Reihe ein Sitz zugewie-

sen. Bei der für 2021 geplanten Rückübersiedlung des Sitzungsbetriebs ins historische Parlamentsgebäude muß der Sitzplan neu verhandelt werden.

Die – vor allem für die Verteilung von Blockreizeiten – maßgebliche „Wiener Stunde“ hat künftig 62 Minuten: Davon entfallen 19,5 Minuten auf die ÖVP, 13,5 Minuten auf die SPÖ, 11 Minuten auf die FPÖ, 10 Minuten auf die Grünen und 8 Minuten auf die NEOS. Gesetzesbeschlüsse sind keine zu erwarten, vielmehr wählte der Nationalrat sein neues Präsidium. Zudem wurden einige Ausschüsse konstituiert. Großes Interesse an der Konstituierung zeigten mehrere Medien aus dem In- und Ausland, deren VertreterInnen der Sitzung beiwohnten.

Wahl des neuen Präsidiums

Wolfgang Sobotka (ÖVP), Doris Bures (SPÖ) und Norbert Hofer (FPÖ) bilden das Präsidium des neuen Nationalrats. Sobotka wurde in der konstituierenden Sitzung mit 143 Stimmen zum Nationalratspräsidenten gewählt, für Bures als Zweite Präsidentin entschieden sich 142 MandatarInnen. Beide Abgeordnete hatten ihre Funktion bereits in der abgelaufenen Legislaturperiode ausgeübt. FPÖ-Chef Norbert Hofer konnte sich als Dritter Präsident mit 123 Stimmen gegen die von den Grünen nominierte Kandidatin Eva Blimlinger durchsetzen.

Konkret entfielen bei der Wahl des Nationalratspräsidenten 143 von 163 gültigen Stimmen auf Wolfgang Sobotka. 12 Abgeordnete

Innenpolitik

entschieden sich für den früheren Zweiten Nationalratspräsidenten Karlheinz Kopf (ÖVP), 8 Stimmen gingen an andere Abgeordnete. Doris Bures wurde mit 142 von 171 gültigen Stimmen zur Zweiten Präsidentin gewählt. 11 Stimmen erhielt SPÖ-Chefin Pamela Rendi-Wagner, 9 ihr Fraktionskollege Max Lercher und 9 entfielen auf andere MandatarInnen. Bei der Wahl zum Dritten Nationalratspräsidenten konnte sich Hofer deutlich mit 123 von 166 gültigen Stimmen gegen Eva Blimlinger (34) durchsetzen. 9 MandatarInnen schrieben einen anderen Abgeordneten bzw. eine andere Abgeordnete auf den Stimmzettel. Abgegeben wurden jeweils 181 Stimmen.

Debatte

Der Wahl war eine Debatte vorangegangen, in der die Fraktionen auf ihnen wichtige Anliegen verwiesen und sich zu einem politischen Neubeginn im Sinn eines respektvollen Umgangs miteinander bekannten. Wobei sich nicht alle RednerInnen an den guten Vorsatz hielten. Der ÖVP geht es im Lichte der Regierungsverhandlungen vor allem darum, das Gemeinsame über das Trennende zu stellen. Die SPÖ wiederum steckte bereits die Schwerpunkte ihrer parlamentarischen Arbeit ab und forderte eine Politik, die Chancen für alle Menschen in Österreich bietet. Auch die FPÖ drängte zu raschem Handeln und will mit einer Serie von Anträgen erste inhaltliche „Pflöcke“ einschlagen, dies etwa hinsichtlich eines Kopftuchverbots an den Schulen oder der Aberkennung der Staatsbürgerschaft für österreichische IS-Kämpfer. Die Grünen verliehen ihren Forderungen nach Klima- und Umweltschutz Nachdruck, während sich die NEOS für mehr Transparenz und ein selbstbewusstes Parlament aussprachen.

ÖVP mahnt zu Neuanfang im Umgang miteinander

ÖVP-Chef Sebastian Kurz erinnerte an die vergangenen Monate und sprach von einem schmutzigen Wahlkampf, der von Facetten geprägt war, die in der Gesellschaft und in Österreich keinen Platz haben sollten. Dieser Stil beschädige das Vertrauen in die Politik und sei eine Gefahr für die Demokratie, warnte er. Die neue Legislaturperiode biete nun eine Chance für einen Neuanfang im Umgang miteinander. Die Abgeordneten seien aufgerufen, die Verrohung des politischen Diskurses zu stoppen und respektvoll miteinander umzugehen. Was den an seine Partei gerichteten Regierungsbildungsauf-



Foto: Parlamentsdirektion / Johannes Zinner

Rede von ÖVP-Bundesparteiobmann Nationalratsabgeordneten Sebastian Kurz



Foto: Parlamentsdirektion / Johannes Zinner

Rede von SPÖ-Bundesparteiivorsitzender und Klubobfrau Pamela Rendi-Wagner

trag betrifft, drückte der ÖVP-Klubchef seine Hoffnung auf baldige Verhandlungen aus. Angesichts des drohenden Konjunkturschwungs, der neuen Herausforderungen im Bereich der Migration aber auch im Zusammenhang mit der Dringlichkeit des Kampfes gegen den Klimawandel brauche es eine stabile Regierung, steht für ihn fest. Die ÖVP könne nicht mit allen Parteien regieren, sie werde aber mit allen respektvoll zusammenarbeiten, kündigte er an.

Zur Wahl des Präsidiums hielt Kurz fest, man werde den Usancen folgen und die Vorschläge der drei stärksten Parteien unterstüt-

zen. Die ÖVP habe mit Wolfgang Sobotka einen äußerst erfahrenen und leidenschaftlichen Politiker nominiert, unterstrich Kurz. Lobende Worte fand er auch für Doris Bures und Norbert Hofer.

Auch August Wöginger betrachtete die Wahlen als Chance für einen Neubeginn und meinte, es sei nun notwendig, die Gemeinsamkeiten in den Vordergrund zu rücken und die politische Mitte zu stärken. Seine Fraktionskollegin Elisabeth Köstinger interpretierte das Wahlergebnis als Auftrag, „dieses Land für unsere Kinder und die nächsten Generationen zu gestalten“. Wirtschaft, Bildung und Klimawandel seien Herausforderungen, die Lösungen auf Basis von Hausverstand und einem guten Miteinander brauchen, gab sie zu bedenken. Gabriela Schwarz schließlich erwartet sich vom Nationalratspräsidium ebenso wie von den Abgeordneten klare Worte, einen geraden Rücken und ein offenes Herz und bemerkte überdies, die ParlamentarierInnen sollten sich immer ihrer Vorbildfunktion bewußt sein.

SPÖ fordert gleiche Chancen für alle

SPÖ-Chefin Pamela Rendi-Wagner rief ebenfalls zu einem Neubeginn nach dem Wahlkampf auf, stellte aber klar, es liege im Wesen gelebter Demokratie, daß man seine Positionen mit Nachdruck und Leidenschaft vertritt. „Hart in der sachlichen Debatte, aber immer respektvoll im Umgang miteinander“, lautet Rendi-Wagners Devise.

Die SPÖ werde in der neuen Legislaturperiode das Thema soziale Gerechtigkeit in den Mittelpunkt stellen und für eine Politik eintreten, die Chancen eröffnet und Möglichkeiten schafft – und zwar für alle unabhängig von Herkunft und Geschlecht, kündigte sie an. Es gehe nicht an, daß Berufschancen und Vermögen nach wie vor von der Position der Eltern abhängen. Es gelte vielmehr, gegen Kinderarmut und für Bildungschancen und ganztägige Schulformen zu kämpfen.

Als Eckpfeiler der politischen Arbeit bezeichnete Rendi-Wagner den Dialog auf allen Ebenen, zwischen Regierung und Parlament, zwischen Regierung und Zivilgesellschaft und zwischen Regierung und Sozialpartnern. Dialog statt Drüberfahren, konstruktive Auseinandersetzung statt verbaler Untergriffe seien gefragt, wenn es darum geht, die Herausforderungen der Zukunft zu bewältigen. Gerade Doris Bures habe sich als GarantIn dieses Dialogs bewährt und damit in ihrer Arbeit als Zweite Nationalratspräsidentin gezeigt, daß das Parlament ein Ort des

Innenpolitik

Zuhörens ist, wo Lösungen gefunden werden können.

Diese Einschätzung teilte Rendi-Wagner mit Jörg Leichtfried, der Bures objektive Vorsitzführung attestierte und bezüglich der anderen Wahlvorschläge auf die Usancen des Parlaments verwies. Auch Leichtfried beschwor einen Neuanfang im Umgang miteinander, wobei er empfahl, die Zeit des freien Spiels der Kräfte weiterhin zu nutzen, um Verbesserungen im Leben der Menschen zu bewirken.

Gabriele Heinisch-Hosek begrüßte den hohen Frauenanteil im Parlament und sieht die Politik aufgerufen, weiter gegen Diskriminierung von Frauen anzukämpfen. Im Visier hat sie dabei vor allem nach wie vor bestehende Benachteiligungen in der Arbeitswelt. Für Andrea Kuntzl gilt es nun vor allem, das Gemeinsame über das Trennende zu stellen und den Dialog zu suchen. Positiv bewertete sie in diesem Zusammenhang die Erfahrungen aus der Phase der Übergangsregierung.

FPÖ kündigt erste Gesetzesinitiativen an und übt scharfe Kritik an den Grünen

FPÖ-Klubobmann Herbert Kickl sieht Österreich vor großen Herausforderungen und rief das Parlament zum Handeln auf. Die FPÖ schlage deshalb bereits in der ersten Sitzung inhaltliche Pflöcke ein, betonte er und verlieh den Forderungen seiner Fraktion betreffend Aberkennung der Staatsbürgerschaft für IS-Kämpfer, Kopftuchverbot an den Schulen, Reform des ORF inklusive Abschaffung der Gebühren sowie ein Maßnahmenpaket betreffend Türkei Nachdruck.

Was die Wahl zum Nationalratspräsidium betrifft, werde man sich an die parlamentarischen Gepflogenheiten halten und die KandidatInnen von ÖVP und SPÖ unterstützen. Dies sei keine Liebeserklärung, sondern ein gelebter Ausdruck des klaren Wählerwillens, betonte Kickl. Zu Norbert Hofer meinte er, der FPÖ-Kandidat habe bereits in seiner früheren Amtszeit als Dritter Nationalratspräsident einen großen Beitrag zur Würde des Hauses geleistet. Streng ins Gericht ging Kickl mit den Grünen. Ihre Gegenkandidatur zeige, daß hinter der Fassade der hippen Ökopartei eine knallharte linkslinke Gesinnung stehe, die immer Gefahr laufe, in Richtung totalitärer Tendenzen wegzukippen. Wenn die Grünen heute mit Eva Blimlinger eine Kandidatin ohne jegliche parlamentarische Erfahrung nominieren, dann sei dies eine reine Provokation, bekräftigte auch



Rede von FPÖ-Klubobmann
Herbert Kickl



Rede von Grünen-Klubobmann
Werner Kogler

Kickls Fraktionskollegin Dagmar Belakowitsch.

Klar ist für Kickl, daß Parlamentarismus auch hartes Ringen zwischen unterschiedlichen Positionen bedeutet. Niemand habe jedoch das Recht, sich in einer pseudomoralischen Art und Weise über andere zu erhöhen und ihnen das Prädikat demokratisch abzuspochen, meinte er an die Adresse der Grünen gerichtet und wandte sich mit Nachdruck gegen eine Gleichsetzung von rechts und rechtsextrem. Es sei jedenfalls nicht rechtsextrem, wenn man sich für eine strikte Migrationspolitik und den Schutz der Grenzen ausspricht, pflichtete ihm Susanne Fürst

bei. Vielmehr handle es sich dabei um legitime politische Meinungen, die mit Extremismus nichts zu tun haben.

Grüne setzen auf Klimaschutz und schlagen Blimlinger als Dritte Nationalratspräsidentin vor

Seitens der Grünen kündigte Werner Kogler an, Eva Blimlinger als Gegenkandidatin zu Norbert Hofer für das Amt des Dritten Nationalratspräsidenten aufzustellen. Parlamentarische Usancen seien wichtig und richtig, sagte er, seine Fraktion wolle aber jenen Abgeordneten ein alternatives Angebot machen, die sich mit den Abgrenzungsschwierigkeiten der FPÖ von den Identitären und den regelmäßigen „Einzelfällen“ nicht abfinden wollten. Im Übrigen hätten die Grünen auch in der Vergangenheit immer wieder eigene KandidatInnen aufgestellt. Für Blimlinger warb auch Grün-Abgeordnete Ewa Ernst-Dziedzic, die außerdem auf die Vielfalt der Grünen MandatarInnen, was ihre Wurzeln betrifft, verwies.

Inhaltlich wollen sich die Grünen in den nächsten Jahren vor allem auf den Klima- und Umweltschutz konzentrieren, wie sowohl Kogler als auch seine Fraktionskollegin Leonore Gewessler klar machten. Schließlich seien die Grünen genau deshalb wieder in den Nationalrat gewählt worden. Zudem sei die Klimakrise die aktuell drängendste Herausforderung, bekräftigte Gewessler. Es brauche ein mutiges und selbstbewußtes Parlament in dieser Frage. Daß Klima- und Umweltschutz in sozialer Einbettung passieren müssten, sei klar, stimmt Kogler mit SPÖ-Chefin Rendi-Wagner überein, niemand dürfe zurückgelassen werden. Ebenso sei die Reduzierung von Kinderarmut den Grünen ein Herzensanliegen.

Gemeinsam mit den NEOS will Kogler außerdem für eine Veränderung der politischen Kultur und mehr Transparenz kämpfen. Zudem legte er ein klares Bekenntnis zur EU ab. Europa müsse durch Gemeinsamkeit gestärkt und nicht durch Spaltung geschwächt werden, mahnte er, auch wenn er in der EU einiges an Veränderungsbedarf sieht.

Michel Reimon warf der FPÖ vor, als einzige Partei in der Debatte einzelne Abgeordnete persönlich attackiert und sich außerdem darüber echauffiert zu haben, daß mehrere Grüne ihre Angelobung zusätzlich in einer Minderheitensprache geleistet haben. Für ihn ist ein solches Verhalten nicht mit der Besetzung des Amtes des Dritten Nationalratspräsidenten vereinbar.

NEOS pochen auf selbstbewußtes Parlament und wollen sich für Transparenz und Bildung stark machen

NEOS-Chefin Beate Meinl-Reisinger wollte die Einladung der Grünen, Eva Blimlinger zur Dritten Nationalratspräsidentin zu wählen, allerdings nicht annehmen. Parlamentarische Usancen machten Sinn, sagte sie, zudem widerspreche es dem Selbstverständnis der NEOS, jemanden zu wählen, der keinerlei parlamentarische Erfahrung vorweisen könne. Sie persönlich werde in diesem Sinn Norbert Hofer unterstützen, auch wenn dieser einen großen Spagat zwischen seiner Funktion als Parteichef und dem Amt des Dritten Nationalratspräsidenten zu meistern haben werde. Für die gesamte Fraktion wollte Meinl-Reisinger aber nicht sprechen, es sei bei den NEOS gelebte Praxis, die Wahl der NationalratspräsidentInnen freizugeben.

Als wesentliche inhaltliche Anliegen der NEOS in der neuen Gesetzgebungsperiode nannte Meinl-Reisinger Transparenz und Kontrolle, wobei sie konkret auf die Abschaffung des Amtsgeheimnisses und auf mehr Prüfkompetenzen für den Rechnungshof in Bezug auf die Parteienfinanzen pochte. Zu-



Rede von NEOS-Klubobfrau
Beate Meinl-Reisinger

dem sieht sie die Bildungspolitik als drängenden Bereich, was auch die Bleistifte am Revers der Abgeordneten demonstrieren sollen.

Generell appellierte Meinl-Reisinger an ihre AbgeordnetenkollegInnen, im Parlament für Österreich zu arbeiten und, abweichend von der bewußten Polarisierung im Wahlkampf, das Verbindende über das Tren-



Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka

nende zu stellen. Das ist auch ihrer Fraktionskollegin Stephanie Krisper ein großes Anliegen, die in Sachen Diskussionskultur mehr Vorbildwirkung des Parlaments einmahnte.

Grundsätzliche Überlegungen stellte auch NEOS-Abgeordneter Nikolaus Scherak an. Es brauche ein handlungsfähiges, selbstbewußtes und starkes Parlament, das bessere Gesetze als in der Vergangenheit beschliesse und nicht als verlängerte Werkbank der Regierung agiere. Die Abgeordneten sollten sich nicht von der Öffentlichkeit treiben lassen und öfter ExpertInnen in den Gesetzgebungsprozeß einbinden, mahnte er. Zum ersten Mal zu Wort meldete sich auch Quereinsteiger Helmut Brandstätter: Er will als Parlamentarier unter anderem weiter gegen autoritäre Tendenzen auftreten und für ein starkes Europa kämpfen.

Sobotka mahnt zu respektvollem Umgang und Toleranz

Der neu gewählte Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka bedankte sich in seiner Antrittsrede für das Vertrauen, das die Abgeordneten ihm erneut ausgesprochen hatten. Er begrüßte insbesondere die neuen Mitglieder des Hohen Hauses. Mit 72 weiblichen Abgeordneten weise der nun konstituierte Nationalrat einen Frauenanteil von knapp 40 % auf. Das sei der höchste Wert in seiner bisherigen Geschichte, hob Sobotka hervor. Diese Entwicklung sei gut und erfreulich, sie müsse aber noch weitergehen.

Sobotka wertete in seiner Rede das Votum der Abgeordneten als deutliche Stärkung der Position des Präsidenten des Nationalrats gegenüber anderen Instanzen des Staates. Er werde durch dieses Votum als „Primus inter

Pares“ („Erster unter Gleichen“, *Anm.*) in die Pflicht genommen, in der Ausübung seines Amtes, über alle Parteigrenzen hinweg im Parlament Verantwortung zu übernehmen für den Schutz von Werten und Haltungen, auf denen die österreichische Demokratie ruht.

Als demokratische Werte und Haltungen, zu denen sich alle bekennen können und die es im besonderen Maße zu achten und zu stärken gelte, nannte Sobotka die Rechtsstaatlichkeit, die Liebe zur Freiheit, Eigenverantwortlichkeit und Solidarität und das Bemühen um Nachhaltigkeit und Sicherheit. Gemeinsame Anstrengungen aller seien notwendig, die Werte und Haltungen sowohl in der Tagespolitik als auch in der Hitze der parlamentarischen Auseinandersetzung niemals aus den Augen zu verlieren, betonte der Nationalratspräsident.

Sobotka erinnerte in diesem Zusammenhang an das 75-Jahr-Jubiläum der Zweiten Republik im kommenden Jahr. Auch wenn es in den vergangenen Jahrzehnten immer wieder wirtschaftliche und politische Krisen und Skandale gegeben habe, sei die starke und breit ausgebaute österreichische Demokratie nie in Gefahr geraten.

Hohes Haus muß Beispiel für respektvollen Umgang miteinander sein

Die Demokratie müsse von jeder Generation stets neu erarbeitet, erkämpft und gesichert werden. Sie finde ihren Kristallisationspunkt im österreichischen Parlament mit seinen beiden Kammern, dem Bundesrat und dem heute neu konstituierten Nationalrat. Die gemeinsame Pflicht und Verantwortung der durch die Wahlen legitimierten Abgeordneten sei es, ihre Aufgaben auf der

Foto: <http://tvthek.orf.at/>

Zweite Nationalratspräsidentin Doris Bures, Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka und Dritter Nationalratspräsident Norbert Hofer

Grundlage der Bundesverfassung gewissenhaft zu erfüllen. Dabei sei die Art des Umgangs miteinander, wie er im Hohen Haus gepflegt werde, in vieler Hinsicht ein Beispiel dafür, wie die Menschen in der Gesellschaft miteinander umgehen, mahnte Sobotka zum respektvollen Umgang miteinander. In einer demokratischen Gesellschaft ende Toleranz nur dort, wo Intolerante die rechtlichen Grundlagen und Werte des Staates negieren.

Der Nationalratspräsident formulierte in seiner Rede auch die klare Erwartung an die im Parlament vertretenen Parteien und Abgeordneten, in den entscheidenden Fragen des Landes das Gemeinsame vor das Trennende zu stellen. „Das Parlament ist nicht Facebook oder Twitter, sondern ein Ort, an dem Menschen und Meinungen einander begegnen. Unser Parlament ist ein Ort des Dialogs und ein Ort des Respekts“, sagte Sobotka pointiert. „Als Präsident werde ich mich für einen starken Parlamentarismus einsetzen – einen Parlamentarismus, der nicht an den Toren unseres Hauses endet, der den Dialog mit der gesamten Gesellschaft im Auge hat, speziell den Dialog mit Wissenschaft und Kunst; einen Parlamentarismus, in dem Mehrheiten akzeptiert, und die Rechte der Minderheiten gewahrt werden. Für einen Parlamentarismus, der auch seiner Kontrollfunktion gewissenhaft und ernsthaft gerecht wird.“

Wir stehen vor großen wirtschaftlichen und politischen Herausforderungen

Politik und Gesellschaft sieht Sobotka in vielfacher Hinsicht am Beginn einer Zeitenwende. Den Herausforderungen, den bevorstehenden Umwälzungen und Brüchen auf europäischer und weltpolitischer Ebene gelte es, in aller Ernsthaftigkeit und Besonnenheit

zu begegnen, sagte der Nationalratspräsident. Er verwies dabei auf die Prognosen der Europäischen Kommission, in denen von einem weiteren Abwärtstrend des Welthandels ausgegangen wird, die durch die Spannungen zwischen den USA und China sowie die andauernde Brexit-Diskussion noch verstärkt werden.

Sobotka wies des Weiteren auf die kritische Sicherheitslage im Nahen und Mittleren Osten hin, insbesondere am Persischen Golf und in Syrien. Österreich und Europa müssten auf Auswirkungen gefaßt sein, etwa in Form eines wieder erstarkenden Terrorismus, neuer kriegerischer Konflikte und erneuter Flüchtlingsbewegungen. Über die tagespolitischen Herausforderungen gelte es auch, tiefgreifende Zukunftsfragen zu beantworten.

Der Nationalratspräsident führte hier den demografischen Wandel und seine Auswirkungen auf die soziale Sicherheit, sowie die fortschreitende Digitalisierung an, die eine Bewertung des Einsatzes von künstlicher Intelligenz oder des Nutzens von Big Data verlangt.

Zu den großen Zukunftsfragen gehören für Sobotka die nachhaltige Veränderung des Klimas mit ihren Auswirkungen auf Lebensmittelproduktion, Landschaft und Menschen sowie die ungesteuerte Migration. Seine klare Haltung gegen illegale Migration verband Sobotka mit einem ebenso deutlichen Bekenntnis zur Genfer Flüchtlingskonvention, zu den unteilbaren Menschenrechten und der Integration derer, die in Österreich eine neue Heimat finden dürfen.

Sobotka fordert effektive Schritte gegen Antisemitismus und Islamismus

Politik und Gesellschaft müssten dem in Europa wieder erstarkenden Antisemitismus

die Stirn bieten und diesen durch umfassende Analyse, gezielte Bildung und klare gesetzliche Sanktionen an seinen Wurzeln bekämpfen, forderte Sobotka. Er zitierte dazu die Holocaust-Forscherin Deborah Lipstadt: „Jüdinnen und Juden sind so etwas wie der Gradmesser der Gesellschaft. Wer sie angreift, greift alle demokratischen Werte an.“

Sobotka schloß sich auch der Aufforderung der Antisemitismus-Forscherin Monika Schwarz-Friesel an, Judentum nicht nur als Randgruppen-Phänomen bekannter rechter Szenen zu begreifen, sondern zu sehen, daß mittlerweile normale Alltags-User zu seinen Multiplikatoren im Internet geworden sind. Häufig diene dabei der Staat Israel als Projektionsfläche Antisemitismus in all seinen Ausprägungen.

Antworten zu finden gilt es laut Sobotka auch auf den politischen Islam. Diesem müsse als Bedrohung unserer Gesellschaft eine klare Absage erteilt werden. Hierbei gelte es, keine Parallelgesellschaften zu dulden und von allen im Lande lebenden Menschen ein klares Bekenntnis zur Rechtsstaatlichkeit und Demokratie einzufordern.

In seinen abschließenden Worten unterstrich der Nationalratspräsident, daß die Vielfalt an Meinungen das konstitutive Element der parlamentarischen Demokratie darstelle. „Diese Meinungen dürften sich dabei nicht an stereotypen Meinungsbildern orientieren, sondern an umfassenden Fakten und ihrer Analyse. Nur dann werde es gelingen, immer wieder „einen guten gemeinsamen Weg für Österreich zu finden, zur Stärkung des Parlamentarismus, der Demokratie, einem Sinn für das Gemeinsame und mit großem Respekt vor dem Unterschiedlichen“, sagte Sobotka. ■

<http://www.parlament.gv.at>

Quelle: Parlamentskorrespondenz

Demokratie stärken, schützen und erleben

Start der Demokratie-Offensive: Landtagspräsidentin Verena Dunst lud zum »Tag der Demokratie«

Am 15. September fand der internationale Tag der Demokratie statt. „Die meisten von uns sind in einer Demokratie aufgewachsen. Wir haben Wohlstand, können in Sicherheit leben, müssen keine Angst haben, unsere Meinung zu äußern. Das alles ist selbstverständlich für uns. Demokratie ist aber keine Selbstverständlichkeit. Für eine gelebte Demokratie muß sich jede und jeder Einzelne einsetzen. Es ist unsere stabile Demokratie, die Frieden und Wohlstand garantiert“, so Landtagspräsidentin Verena Dunst, die am 12. September zum „Tag der Demokratie im Landtagssitzungssaal“ lud. Die Veranstaltung war zugleich Auftakt der von Dunst initiierten Demokratie-Offensive. Der „Internationale Tag der Demokratie wurde im Jahr 2007 von den Vereinten Nationen (UNO) beschlossen und wird jedes Jahr unter ein anderes Motto gestellt. Heuer sollte besonders darauf aufmerksam gemacht werden, wie wichtig es ist, daß jeder einzelne an der Demokratie teilnimmt und Verantwortung dafür trägt. Das Motto 2019: „Teilnahme“. Wo die burgenländische Jugend steht, was sie denkt und was sie will, zeigte eine Studie der FH Burgenland. Erste Teilergebnisse wurden von einem der Studienautoren, Christian Pfeiffer, präsentiert. Was die Politik tun kann, um Partizipation an der Politik zu fördern, darüber berichtete die renommierte Politikwissenschaftlerin Tamara Ehs:

Die aktuell größte Sorge der Jugendlichen ist der Klimaschutz

Die Studie „Jugend im Burgenland. Politik & Partizipation“ kommt zu dem Ergebnis, daß das Interesse und Verständnis für politische Themen bei burgenländischen Jugendlichen „ausbaufähig ist, jedoch vergleichsweise besser ist als in Nachbarbundesländern“, erklärte Pfeiffer. Interesse und Wissen zu politischen Entwicklungen liege bei allen abgefragten Bereichen (Burgenland, Österreich, EU, weltweites Interesse) bei über 50 %, nur 5-10 % seien an politischen Entwicklungen nicht interessiert. „Das ist ein guter Wert. In der Steiermark sind bis zu 20 % nicht interessiert“, so Pfeiffer. Kon-



Foto: Bgld. Landesmedienservice

Landtagspräsidentin Verena Dunst mit Christian Pfeiffer, Forschung Burgenland, und Politikwissenschaftlerin Tamara Ehs, Universität Wien und Vorsitzende des Think & Action Tanks IG Demokratie

kret sagen 77 % der befragten Jugendlichen im Alter von 18 Jahren, sie seien an politischen Entwicklungen im Burgenland interessiert (21 % sehr, 27 % eher 29 % mäßig interessiert, 7 % gar nicht). Größer ist das Interesse an der Bundespolitik (26 % sehr interessiert, 29 % eher, 27 % mäßig, 9 % gar nicht). Weniger interessant für Jugendliche sind die EU, 16 % geben an, sehr interessiert zu sein, und die weltweite Entwicklung (17 % sehr interessiert).

„Die Häufigkeit politischer Beteiligung hängt oft zusammen mit Medieninteresse, Vereinsaktivität sowie religiöser und kultureller Aktivitäten. Interesse an Politik und Medien erhöhen die Auseinandersetzung mit politischen Themen. Ein starker Einflussfaktor sind Diskussionen im Umfeld“, erklärt Pfeiffer. Es falle auch auf, daß Beteiligungsmöglichkeiten häufig nicht bekannt sind. Einem Drittel der Befragten sind Bürgerfo-

ren, Bürgerdialoge, Bürgerhaushalte gar nicht bekannt. Die am häufigsten genannte Beteiligungsform ist die „Wahl des Gemeinderates“ (15 % sehr oft, 15 % oft, 15 % gelegentlich, 14 % selten, kenne ich nicht 17 %)

Das Bildungsniveau eines Elternteils hat keine signifikanten Auswirkungen darauf, wie sehr das Interesse an der Politik ausgeprägt ist.

Die wichtigsten Themen für Jugendliche sind Beschäftigung und Jobmöglichkeiten, gefolgt vom Familienwesen. „Die aktuell größte Sorge der Jugendlichen ist der Klimaschutz“, so Pfeiffer. Als wichtig angesehen werden auch Tierhaltung und -schutz, Bildung und Weiterbildung, Gesundheitswesen, Pflege und Betreuung sowie Verkehr und Mobilität.

„Je früher man mit Beteiligungsmöglichkeiten konfrontiert wird, man zu diskutieren lernt, sich informiert und hinterfragt, desto

eher bleibt man dabei, sich für Politik zu interessieren“, sagt Politikwissenschaftlerin Tamara Ehs. Viele BürgerInnen würden sich zu wenig informiert fühlen, sagt Ehs. Es fehle an der Vermittlung von Sachkompetenz, zum Beispiel „wie man gute politische Debatten führt, welche Rechte der Bürger hat oder wie man sich an politischen Debatten beteiligt. Hier wünschen sich viele mehr Information.“

Viele Instrumente der Beteiligung seien zu wenig bekannt. Dem entgegenzuwirken sei auch ein Auftrag an die Politik, so die Politikwissenschaftlerin. Studien zeigen auch, daß sich besser Gebildete mehr an Politik beteiligen. „Die Jugend ist hier genauso gespalten wie die Gesamtbevölkerung. Bei Studenten ist die Partizipation höher als bei berufstätigen Jugendlichen. Das liegt auch

daran, daß es zum Beispiel Lehrlinge aufgrund ihrer beruflichen Situation oft nicht die dafür Zeit haben, sich zu beteiligen und sich mit ihrem Arbeitgeber absprechen müssen. Politik sollte mehr Augenmerk auf jene legen, die aufgrund ihres sozioökonomischen Hintergrund wenig Interesse an politischen Entwicklungen zeigen, um diese mehr in politische Partizipation zu bringen.“ ■

Begleitung für Gewaltopfer

Landtagspräsidentin Verena Dunst und Landesrätin Astrid Eisenkopf sowie Frauenministerin Ines Stilling gratulierten zu 20 Jahre Gewaltschutzzentrum Burgenland

Vor 20 Jahren, im Jahr 1999, ist das Gewaltschutzzentrum Burgenland, eine Opferschutzeinrichtung gegründet worden. Ziel dieser Einrichtung ist es, die Sicherheit der Betroffenen zu erhöhen und sie in ein gewaltfreies Leben zu begleiten. Anlässlich des Jubiläums fand heute, Dienstag, im Kultur- und Kongresszentrum Eisenstadt eine Fachtagung statt, zu der u.a. Bundesministerin Ines Stilling sowie Landtagspräsidentin Verena Dunst und Landesrätin Astrid Eisenkopf geladen waren. Auch VertreterInnen von Exekutive und Justiz nahmen an der Veranstaltung teil. Stilling, Dunst und Eisenkopf hoben anlässlich des Jubiläums die Wichtigkeit der Einrichtung hervor.

„Gewalt hat viele Gesichter, mitunter auch Masken: Körperliche Gewalt seelische Gewalt, die verbale Gewalt, die sich meist in Drohungen zeigt, die Gewalt durch Vernachlässigung, durch Ignoranz, durch Erniedrigung, die sexuelle Gewalt. Zu verurteilen ist jede Form. Es gilt Rahmenbedingungen zu schaffen, Foren zu bilden, Stellen der Sicherheit, des Vertrauens zu schaffen und mit Gewaltprävention schon früh zu beginnen“, so Landesrätin Eisenkopf. Sie sei froh, daß dies im hohen Ausmaß bereits passiere. „20 Jahre Gewaltschutzzentrum Burgenland sind 20 Jahre Schutz und Hilfe für Gewaltopfer. Danke, für 20 Jahre, in denen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Gewaltschutzzentrums gewaltbetroffene in ein gewaltfreies Leben begleitet haben.“

In Zukunft soll die Situation von gewaltbetroffenen Frauen verbessert werden. Das Burgenland arbeite bereits an verschiedensten Maßnahmen, betonte Eisenkopf. „Unser Ziel für die nächsten Monate ist die Etablierung eines ‚burgenländischen Gewaltschutzpaketes‘. Das bedeutet: Mehr Geld für Frau-



Foto: Bgld. Landesmedienservice

Anlässlich ihres Besuchs im Gewaltschutzzentrum Burgenland (v.l.): Landesrätin Astrid Eisenkopf, Frauenministerin Ines Stilling und Landtagspräsidentin Verena Dunst.

enberatungsstellen, Ausbau von Gewaltschutzprojekten und verstärkte Informations- und Vernetzungsarbeit zwischen den einzelnen Organisationen“, kündigte die Landesrätin an.

Landtagspräsidentin Verena Dunst

Landtagspräsidentin Verena Dunst wandte sich an die Gewaltopfer: „Allen, die von Gewalt betroffen sind, möchte ich ans Herz legen, Hilfe aufzusuchen. Denn niemand muß alleine durch die schwierige Zeit gehen“.

Frauenministerin Ines Stilling

Frauenministerin Ines Stilling sagte in ihren Eröffnungsworten, daß es sehr erfreu-

lich sei, daß immer mehr Frauen und Mädchen Unterstützung in Gewaltschutzzentren suchen würden. „Der Anstieg ist nicht unbedingt ein Zeichen dafür, daß unsere Gesellschaft gewalttätiger wird, auch wenn die schockierenden Gewalttaten der letzten Tage anderes vermuten lassen. Vielmehr zeigt es, daß eure Arbeit erfolgreich ist und die Angebote für gewaltbetroffene Frauen und Mädchen immer besser angenommen werden“, so Stilling.

Laut Gewaltschutzzentrum Burgenland werden jedes Jahr mehr als 500 Opfer von Gewalt betreut. Über 80 Prozent davon sind weiblich. ■

<https://www.gewaltschutz.at/>

Trinkwasser muß besser geschützt werden!

Bahnbrechendes Urteil des Europäischen Gerichtshofs

Öffentliche Wasserversorger sollen den Schutz des Grundwassers vor hohen Nitratreinträgen einfordern können. In einem Umweltverfahren des WLV Nördliches Burgenland vor dem EuGH wurde ein europaweit wirksamer Riesenerfolg für den Schutz unseres Grundwassers erzielt: Die Eingabe des Wasserleitungsverband Nördliches Burgenland (WLV) zum Aktionsprogramm Nitrat beim Bundesministerium für Nachhaltigkeit und Tourismus (BMNT), welches auch die Umwelt- und Wasserwirtschaftsagenden zu verantworten hat, wurde nun als Vorabentscheidungsverfahren vor dem Europäischen Gerichtshof in Luxemburg verhandelt und am 3. Oktober ist das Urteil ergangen. Mitbeteiligte waren ein Biolandwirt aus Lichtenwörth und die Markgemeinde Zillingdorf.

Im Zuge des Verfahrens ging es schwerpunktmäßig um die Frage, ob der WLV als Wasserversorger ein Recht darauf hat, daß seine für die nordburgenländische Bevölkerung genutzten Grundwasserressourcen durch (gesetzliche) Regelungen so zu schützen sind, daß der Nitratgrenzwert von 50mg/l nicht überschritten wird, und ob der WLV diesbezüglich erforderliche Anpassungen auch einfordern kann.

Erfreut über das Urteil des Europäischen Gerichtshof sind die Landesräte Christian Illedits, zuständig in der Bgld. Landesregierung für Gemeinden, und Umweltlandesrätin Astrid Eisenkopf. Illedits: „Es geht um die Menschen in den Gemeinden. Diese erwarten sich Trinkwasser in höchster Qualität und Versorgungssicherheit mit dem Lebensmittel Wasser. Das Urteil hat Auswirkungen für ganz Europa. Im Sinne der Bevölkerung bringt das Urteil viel Sicherheit für die Zukunft.“ Mit dem Urteil des EuGH besteht nun ein Anspruch auf die Einhaltung der EU Nitrat-Richtlinie ergänzt Eisenkopf: „Das Urteil ist ein wichtiger Beitrag, das Wasser zu schützen. Wir benutzen alle den selben Boden, dieser muß geschützt werden. Eine gesunde Umwelt muß im Interesse aller sein.“

EuGH-Urteil im Sinne des Grundwasserschutzes

Mit dem EuGH Urteil wurde der Argumentation des Wasserleitungsverbandes



v.l.: die Landesräte Christian Illedits und Astrid Eisenkopf mit WLV-Obmann Gerhard Zapfl

Nördliches Burgenland, welcher durch den RA Christian Onz vertreten wurde, vollinhaltlich rechtgegeben.

Es wurde in dem europaweit geltenden Urteil festgestellt, daß sich ein öffentlicher Wasserversorger, genauso wie ein Einzelner oder eine Gemeinde als öffentliche Körperschaft zum Schutz der Gewässer vor Verunreinigungen durch Nitrat aus landwirtschaftlichen Quellen auf die EU Nitrat Richtlinie berufen können, wenn sie von einer Verunreinigung des Grundwassers betroffen sind, etwa weil sie in der Nutzung eigener Brunnen zur rechtmäßigen Trinkwassergewinnung behindert werden.

Weites wird festgehalten, daß die Umsetzung der EU Nitrat Richtlinie, welche in Österreich über das Aktionsprogramm Nitrat erfolgt, darauf abzielen muß, eine Belastung des Grundwassers mit mehr als 50 mg/l Nitrat zu verhindern oder zu beseitigen, wenn die Ableitung von Stickstoffverbindungen aus landwirtschaftlichen Quellen erheblich zu dieser Verunreinigung beiträgt.

Die Mitgliedsstaaten müssen alle vier Jahre wirksam überprüfen, ob die bestehenden Aktionsprogramme zur Umsetzung der EU Nitrat Richtlinie ausreichen, um eine Belastung des Grundwassers mit mehr als 50 mg/l Nitrat zu verhindern oder zu beseitigen. Es müssen alle notwendigen zusätzlichen

Maßnahmen oder verstärkte Aktionen getroffen werden, wenn sich zeigt, daß dies nicht der Fall ist.

Abschließend wird auch festgehalten, daß die innerstaatlichen Gerichte die Beurteilung der Wirksamkeit der Aktionsprogramme und die Entscheidungen betreffend zusätzliche Maßnahmen oder verstärkte Aktionen überprüfen können müssen.

Der Technische Betriebsleiter DI Dr. Helmut Herlieska, der sich als Grundwasserexperte bereits seit vielen Jahre für die Belange des Grundwasserschutzes engagiert, meint dazu: „Wir versorgen unsere Bevölkerung mit Trinkwasser in höchster Qualität. Dafür werden hohe Investitionen getätigt, und mit umfangreichen Untersuchungen wird die laufende gute Qualität des abgegebenen Wassers garantiert. Gleichzeitig stellen uns Belastungen des Grundwassers, welche durch die landwirtschaftliche Bewirtschaftung bedingt sind, laufend vor große Herausforderungen. Durch das gestern verkündete Urteil des EuGH ist ein sehr wichtiger Schritt hin zu einem nachhaltigen Grundwasserschutz erfolgt. Diese Urteil gewährleistet, daß die Bevölkerung ohne aufwendige Aufbereitungsmaßnahmen und dadurch entstehende hohe Kosten auch in Zukunft mit einwandfreiem Trinkwasser versorgt werden kann.“

■ <https://www.wasser-burgenland.at/>

Volkshochschulen feiern 50-Jahr-Jubiläum

Leistbares, vielfältiges, flexibles und professionelles Bildungsangebot in alle Regionen des Landes zu bringen als Grundanliegen

Im Oktober 1969 wurde auf Initiative des späteren Kulturlandesrates Gerald Mader und Kurt Balla der Landesverband der Burgenländischen Volkshochschulen gegründet. Um das 50jährige Bestandsjubiläum zu feiern, luden die Burgenländischen Volkshochschulen am 23. Oktober im Beisein von VertreterInnen aus der Politik mit Landtagspräsidentin Verena Dunst und Bildungslandesrätin Daniela Winkler an der Spitze, aus dem Bildungsbereich, MitarbeiterInnen, zahlreichen WegbegleiterInnen und Festgästen ins Kultur- und Kongresszentrum Eisenstadt. Die Festrede hielt der Präsident des Verbandes Österreichischer Volkshochschulen, Bundespräsident a.D. Heinz Fischer. Landeshauptmann a.D. Hans Niessl und Kulturlandesrat a.D. Helmut Bieler wurden mit dem Ehrenzeichen des Verbandes Österreichischer Volkshochschulen für besondere Verdienste um die Österreichische Volkshochschule ausgezeichnet.

Die Leistungsbilanz der Burgenländischen Volkshochschulen beeindruckt: Jährlich nehmen mehr als 13.500 TeilnehmerInnen (58 % Frauen und 42 % Männer) an 1.300 Kursen mit insgesamt über 29.000 Unterrichtsstunden sowie mehr als 6000 BesucherInnen an rund 160 Veranstaltungen teil.

Das Angebot richtet sich an Menschen, die allgemeinbildende, gesundheitsbildende sowie politische oder kulturelle Bildungsangebote suchen oder für ihre berufliche Weiterbildung ihre Allgemeinbildung verbessern beziehungsweise Bildungsabschlüsse nachholen wollen.

Ein besonderes Anliegen sind den Burgenländischen Volkshochschulen bildungsbenachteiligte und bildungsferne Bevölkerungsgruppen. Dahingehend prägend war der Beitritt Österreichs zur Europäischen Union. Dieser und die ersten Ziel-1-Projektförderungen leiteten auch für die Burgenländischen Volkshochschulen eine neue Periode ein. Es kam zur Schwerpunktsetzung in den Bereichen Alphabetisierung und Basisbildung (Lesen, Rechnen und Schreiben), dem Nachholen des Pflichtschul- und Lehrabschlusses bis hin zur Matura beziehungs-



Foto: Bgld. Landesmedienservice

v. l.: Christine Teuschler, Geschäftsführerin Burgenländische Volkshochschulen, Bundespräsident a.D. Heinz Fischer, Präsident Verband Österreichischer Volkshochschulen, RegR Hans Spieß, Vorsitzender Burgenländische Volkshochschulen, Landesrat a.D. Helmut Bieler, Gerwin Müller, Vorsitzender Verband Österreichischer Volkshochschulen, Landeshauptmann a.D. Hans Niessl und Markus Prenner, Vorsitzender Burgenländische Volkshochschulen

weise Berufsreifeprüfung und Studienberechtigungsprüfung – und das auch auf regionaler Ebene. Im Fokus des verstärkten Angebots zum Zweiten Bildungsweg standen und stehen vor allem bildungsbenachteiligte Personengruppen.

Im letzten Kursjahr haben 750 Menschen die Angebote der „Zweiten Chance“ genutzt – von Basiskursen bis zur Vorbereitung auf den Pflichtschulabschluss oder Matura.

Jährlich werden mehr als 500 Prüfungen im Bereich Pflichtschulabschluss, Berufsreifeprüfung oder Studienberechtigungsprüfung bei der VHS abgelegt.

5.005 Menschen nutzen die VHS-Gesundheitskurse zur Verbesserung ihrer Fitness. Die am stärksten vertretene Altersgruppe in der VHS Burgenland ist die Gruppe der 20- bis 29jährigen.

Großer Verdienst in der Erwachsenenbildung

Dieses umfassende durchgängige Angebot vereint unter einem Dach auf regionaler Ebene zu verankern, sei ein großes Verdienst in Sachen Erwachsenenbildung, das man

nicht hoch genug schätzen könne, hob Landtagspräsidentin Verena Dunst hervor. Bildungslandesrätin Daniela Winkler wies auf die Notwendigkeit des lebenslangen Lernens hin. Dieses sei in der Arbeitswelt von heute wichtiger denn je, die Digitalisierung treibe diese Entwicklung noch schneller voran, so Winkler. „In diesem Kontext sind die Burgenländischen Volkshochschulen ein wichtiger und fester Bestandteil des Bildungsangebotes im Burgenland. Sie sind einfach nicht mehr wegzudenken.“

Vier VHS-Regionalstellen und zwei Bezirksvolkshochschulen

Im Landesverband mit den vier VHS-Regionalstellen Jennersdorf, Oberwart, Eisenstadt und Frauenkirchen und den zwei Bezirksvolkshochschulen in Güssing und Mattersburg sind aktuell 19 hauptberufliche MitarbeiterInnen angestellt. Dazu kommen an die 500 KursleiterInnen sowie rund 80 ehrenamtliche MitarbeiterInnen. Aktuell werden in 82 burgenländischen Gemeinden Kurse angeboten. ■

<http://www.vhs-burgenland.at/>

Start des Anstellungsmodells für betreuende Angehörige

Landesrat Christian Illedits: Die Pflege Service Burgenland GmbH nahm am 1. Oktober ihren Betrieb auf

Den nächsten Schritt des „Zukunftsplans Pflege“ präsentierte Soziallandesrat Christian Illedits am 26. September gemeinsam mit Harald Keckeis, dem Geschäftsführer der KRAGES und PSB – der Pflege Service Burgenland GmbH – und DGKP Tamara Hadjwasiri, der Koordinatorin der bgl. Pflege- und Sozialberater in einem Pressegespräch. Am 1. Oktober 2019 nahm die neu gegründete Pflegeservice Burgenland GmbH ihre operative Tätigkeit als zentrale Anlaufstelle für den Pflegebereich auf. Die große Gruppe pflegender Angehöriger, die derzeit ohne jede finanzielle oder sozialrechtliche Absicherung ist, soll Sicherheit und eine berufliche Zukunftsperspektive durch das neue Anstellungsmodell bei der Pflege Service Burgenland GmbH bekommen. Den Bedürfnissen und Wünschen der Pflegebedürftigen – so lange wie möglich in den eigenen vier Wänden von Vertrauten betreut zu werden – wird mit diesem neuen Modell entsprochen. Auch Eltern behinderter Kinder können von diesem Modell profitieren. 50 InteressentInnen gibt es bereits. Eine Infotour zum Zukunftsplan Pflege startete auch am 1. Oktober.

Seit Jahren werde in Österreich über eine tiefgreifende Reform des Pflegesystems diskutiert, sagte Illedits. Immerhin sind in Österreich mehr als 900.000 Menschen – im Burgenland sind es rund 30.000 Menschen – von dem Thema Pflege oder Betreuung betroffen. Auf Bundesebene wurden keine gesamtheitlichen positiven Lösungsansätze realisiert, abgesehen von der Abschaffung des Angehörigenregresses, erwähnte Illedits. Im Burgenland wurde im März der 21 Punkte umfassende „Zukunftsplan Pflege“ mit klaren Umsetzungszielen und -zeiträumen präsentiert. „Und wir halten uns an diese Vorgaben. Gerade im Pflegebereich brauchen die Menschen Taten statt Worte“, unterstrich der Soziallandesrat.

Einer dieser 21 Punkte und ein besonders innovativer Teil des „Zukunftsplans Pflege“ ist ein Anstellungsmodell für Menschen, die Angehörige pflegen und betreuen. Das Burgenland ist das erste und bislang einzige Bundesland in Österreich, das ein solches



Foto: Bgl. Landesmedienservice

v.l.: DGKP Tamara Hadjwasiri (Koordinatorin der burgenländischen Pflege- und Sozialberater), Soziallandesrat Christian Illedits und Harald Keckeis (Geschäftsführer der KRAGES und PSB (Pflege Service Burgenland GmbH))

Modell realisiert. Es nimmt damit eine sozialpolitische Pionierrolle ein.

400 bis 600 Personen pflegen Schätzungen zufolge im Burgenland derzeit einen Angehörigen daheim, vielfach ohne jede professionelle Begleitung. Speziell auf diese Personengruppe ist dieses neue Anstellungsmodell abgestimmt. Diese Personen haben in dem neuen Modell die Chance auf ein Dienstverhältnis und ein Gehalt von bis zu 1.700 Euro monatlich netto. Diese Personen werden durch die Anstellung in das Sozialsystem integriert und alle Sozialversicherungsleistungen erhalten.

Dazu kommt auch eine berufliche Perspektive für die Zeit nach dem Betreuungsfall: Die pflegenden Angehörigen erhalten kostenfrei eine niederschwellige Grundausbildung im Ausmaß von 100 Lehreinheiten, die für die Betreuungs- und Pflegeleistungen notwendig sind. Es besteht auch die Möglichkeit für eine weiterführende Heimhilfe-Ausbildung, was der der betreuenden und pflegenden Person die Chance einräumt, in einem Sozial- und Gesundheitsberuf weiterhin tätig zu sein.

In den letzten Wochen wurden von den Pflege- und Sozialberaterinnen zahlreiche Anfragen von InteressentInnen entgegengenommen: Im gesamten Burgenland gab es rund 200 Interessierte, zirka 50 Personen waren nach dem 1. Oktober zu einem Informationsgespräch gekommen. Fünf Prozent davon waren Eltern von pflegebedürftigen bzw. behinderten Kindern.

Das Angebot wurde auch auf die ältere Generation ausgedehnt. Wenn beispielsweise eine Pensionistin/ein Pensionist einen Angehörigen – dies ist meist der Ehepartner – betreut und das gemeinsame Haushaltseinkommen unter 1.700 Euro netto liegt, stockt das Land auf diesen Betrag auf.

Die gesetzlichen Voraussetzungen für das Anstellungsmodell wurden in den vergangenen Wochen geschaffen: In der Landtagssitzung am 19. September 2019 wurde das Bgl. Sozialhilfegesetz entsprechend novelliert. In der Sitzung der Bgl. Landesregierung am 25. September 2019 wurde die entsprechende Richtlinie für die Anstellung pflegender Angehöriger beschlossen. Der nächste Schritt wurde in der Landtagssitzung im Oktober

»Burgenland Journal«

2019 gesetzt: der Beschluß des Sozialeinrichtungsgesetzes. Es regelt den Betrieb und die Errichtung von Pflege- und Betreuungseinrichtungen. Mit diesem Beschluß soll die Rechtsbasis für den „Zukunftsplan Pflege“ abgeschlossen werden.

„Im Mittelpunkt aller Bemühungen stehen die Pflegenden und die zu Pflegenden. Das kostet etwas, aber das ist eine Frage der sozialen Verantwortung“, sagte der Soziallandesrat. „Das Modell soll eine spürbare Lebensverbesserung bringen“, betonte Illedits.

Von einem ambitionierten Anstellungsmodell sprach der Geschäftsführer der KRAGES, Harald Keckeis, der auch die Pflege Service Burgenland GmbH leiten wird. In den vergangenen Monaten wurde an den Vorbereitungen für die Anstellung der pflegenden Angehörigen gearbeitet und es wurden konkrete Gespräche mit Interessierten geführt.

Das Modell sei abgestimmt auf Personen in den Pflegestufen 3 bis 5, das Modell gelte

auch für pflegende Angehörige der Stufen 6 und 7, sagte Keckeis.

Die Entlohnung erfolgt mit 1.700 Euro netto bei einer 40-Stunden-Anstellung, wobei die pflegebedürftige Person einen Teil des Pflegegeldes und einen Teil des Einkommens (über dem Netto-Ausgleichszulagenrichtsatz) beizutragen hat. Bei Pflegestufe 3 ist eine 20-Stunden-Anstellung möglich, bei Pflegestufe 4 eine 30-Stunden-Anstellung, und ab Pflegestufe 5 ist eine 40-Stunden-Anstellung. Die konkreten Berechnungen werden im Einzelfall seitens der PSB vorgenommen.

Wenn nach den Beratungsgesprächen mit den Pflege- und SozialberaterInnen eine Antragstellung erfolgt, werden dies Anträge innerhalb weniger Tage bearbeitet, sagte Keckeis. Bei Anstellung des pflegenden Angehörigen wird ein Dienstvertrag mit der Pflege Service Burgenland GmbH abgeschlossen sowie ein Vertrag mit der zu pflegenden Person, die natürlich in alle Schritte eingebunden ist und deren Zustimmung notwendig ist.

Der Bedarf in der Bevölkerung nach Informationen rund um Pflege und Betreuung ist sehr groß. Daher werden die Pflege- und SozialberaterInnen unter der Koordination von DGKP Tamara Hadjwasiri in die Anstellung der pflegenden Angehörigen eingebunden. Die Pflege- und Sozialberater sollen als fundierte Ansprechpartner für pflegebedürftige Menschen und vor allem auch für ihre Angehörigen über die gesamte Angebotspalette im Pflegesektor informieren und mit-helfen, eine möglichst individuelle Pflegelösung zu finden.

Um die BurgenländerInnen umfassend über das Pflegeangebot zu informieren, fanden im Oktober in allen Bezirken Informations-Abende statt. Die Auftaktveranstaltung wurde gleichzeitig mit dem Start des Modells am 1. Oktober in Schattendorf im Bezirk Mattersburg abgehalten. ■

Alle Detailinfos zur Anstellung pflegender Angehöriger findet man auf <http://www.pflegeserviceburgenland.at>.

Dorner: Schulprojekt »Kinder entdecken die Raab«



Foto: Bgld. Landesmedienservice

Die sichtlich interessierten Schüler der Naturparkschule St. Martin an der Raab erlebten einen spannenden Tag im Freien

Die Schüler der Naturparkschule St. Martin an der Raab entdeckten und untersuchten den Fluß in ihrer Gemeinde. Gemeinsam haben sie mit dem Hauptreferat Umweltwirtschaft von der Baudirektion des Landes, dem Umweltbundesamt in Begleitung der Firma DWS Hydro-Ökologie GmbH Wasser und Ufer erforscht.

„Mit der Bewusstseinsbildung für unsere wichtigste Ressource – nämlich dem Wasser – kann man nicht früh genug beginnen“, zeigt sich Infrastrukturlandesrat Heinrich

Dorner über diese Initiative sehr erfreut und ergänzt: „Denn das ist die zukünftige Generation, die auch noch in vielen Jahren diese intakte Umwelt vorfinden soll.“

Das Projekt RaabSTAT wird über das EU Programm INTERREG Österreich – Ungarn gefördert.

Das Ziel ist die Erfassung der derzeitigen Schadstoffbelastung und des ökologischen Zustandes der Raab auf der österreichischen und auf der ungarischen Seite, sowie die Beurteilung der Auswirkungen bisheriger

Maßnahmen zur Erhaltung der guten Gewässerqualität.

Um den Schulkindern die Wichtigkeit von intakten Gewässern zu zeigen, fand dieser Projekttag gemeinsam mit der Josef Reichl Naturparkschule in St. Martin statt. Ein Teil war eine öffentliche Probenahme des Wassers, um dessen Güte zu überprüfen. Die Volksschüler haben einen Forschungszyklus mit vier Stationen absolviert und Biologie-Unterricht mitten in der Natur erlebt. ■

<https://www.interreg-athu.eu/raabstat/>

Erntedankfest der burgenländischen Bäuerinnen in Wiesen

Burgenländische Bäuerinnen des Bezirks Mattersburg gestalteten am 8. September einen Erntedank-Gottesdienst in Wiesen.

Zu oft werden Nahrungsmittel als selbstverständlich hingenommen. Es wird maßlos damit umgegangen. Aus der Norm fallendes Obst und Gemüse wird entsorgt und oft werden Produkte im Kühlschrank einfach vergessen. Die burgenländischen Bäuerinnen schaffen Aufmerksamkeit gegenüber Lebensmittelverschwendung und veranstalteten daher das Erntedankfest. Die Festmesse wurde in der wunderschön geschmückten Pfarrkirche in Wiesen von Pfarrer Thorsten Carich zelebriert. Nikolaus Berlakovich, Präsident der Landwirtschaftskammer, Landesbäuerin Irene Deutsch, KR Ök.-Rat Silvia Toth und Ök.-Rat Adalbert Endl zählten zu den Festgästen.

Maßgeblich an der Gestaltung des Gottesdienstes und der besinnlichen Texte beteiligt waren wie jedes Jahr die Bäuerinnen des Bezirks unter der Leitung von KR Bezirksbäuerin Andrea Tobler.

Die Erntekrone wurde von der Landjugend, gefolgt von den Gabenkörben der Bäuerinnen in einem feierlichen Einzug in die Kirche getragen. Für die musikalische Um-



Foto: LK Burgenland / Lydia Teuffl

v.l.: OB Stv. Anneliese Waldherr, Landesbäuerin Stv. KR Silvia Toth, OB Stv. Eva Nussbaumer, BB Stv. Maria Fröch, Landesbäuerin KR Irene Deutsch, KR Adalbert Endl, Nationalratsabgeordneter LK-Präsident Nikolaus Berlakovich, Pfarrer Thorsten Carich, OB Gerda Huditsch, BB KR Andrea Tobler, BB Martina Schmit, BB Stv. Elisabeth Neuberger, OB Edeltraud Leeb und Angelika Moser

rahmung des Gottesdienstes sorgten „Clemens und Band“. Die gesegneten Nahrungsmittel konnten im Rahmen einer Agape, in

Form von diversen selbstgemachten Köstlichkeiten, genossen werden. ■

<https://bgld.lko.at/>

Neuer EisenStadtWein präsentiert

Am 1. Oktober wurde der EisenStadtWein 2019 zu präsentiert – verantwortlich zeichnet der Weinbauverein Kleinhöflein für den neuen Jahrgang, präsentiert wurden die Pläne für den neuen Jahrgang im Kleinhöfleiner Winzerschlössl von Silvia und Kurt Kaiser.

Anlässlich 1700 Jahre Hl. Martin wurde 2016 ein eigener EisenStadtWein aus der Taufe gehoben – mit dem Plan, den Wein jedes Jahr von einem anderen Winzer bzw. Weingut der burgenländischen Landeshauptstadt kreieren zu lassen. Nach Eisenstädter Weingütern (Weingut Esterhazy und Klosterkeller der Barmherzigen Brüder) und den Winzern aus St. Georgen ist 2019 der Weinbauverein Kleinhöflein am Zug.

Der EisenStadtWein erfreut sich jedes Jahr großer Beliebtheit. „Der ursprüngliche Plan, den Wein nur zu besonderen Anlässen der Stadt anzubieten, wurde schnell ad acta gelegt“, weiß Bürgermeister Thomas Steiner zu berichten: „Auf Grund der vielen positiven Rückmeldungen und der hohen Nachfrage, wurde der EisenStadtWein aber bereits im ersten Jahr auch in den freien Verkauf gegeben.“

Foto: Magistrat der Landeshauptstadt, Freistadt Eisenstadt



Bürgermeister Thomas Steiner freut sich gemeinsam mit Weinkönigin Tatjana I., Wein Burgenland-GF Christian Zechmeister, Stadtbezirksvorsteher Josef Weidinger, GR Ruth Klinger-Zechmeister sowie den Kleinhöfleiner Winzern auf den EisenStadtWein 2019.

Der Jahrgang 2019 liefert den heimischen Winzern zwar im Vergleich zu den Vorjahren eine kleinere Ernte, dafür weisen die Trauben aber eine Spitzenqualität auf. Durch die gleichmäßige Reifung der Trauben sind die Weine sehr fruchtintensiv und aromatisch.

„Für den EisenStadtWein 2019 soll der beste Wein aus Kleinhöflein abgefüllt werden. Es wird eine Verkostung geben, bei der

alle Kleinhöfleiner Winzer die Möglichkeit haben, ihren Wein für den Stadtwein einzureichen. Eine Jury wird dann die eingereichten Weine verkosten und den Sieger küren. Dieser wird dann der EisenStadtWein für den Jahrgang 2019“, erläutern Silvia und Kurt Kaiser das Prozedere. ■

<http://www.eisenstadt.at/>

<https://www.winzerschloessl.at/>

Großartige Dienste für das Burgenland

Bischofsvikar Voith besuchte größtes Ordenshaus der Diözese, die Schwestern vom Göttlichen Erlöser, im Provinzhaus in Eisenstadt-Oberberg

Bischofsvikar P. Lorenz Voith besuchte ein Fest des größten Ordenshauses der Diözese, der Schwestern vom Göttlichen Erlöser, im Provinzhaus in Eisenstadt-Oberberg. Die Gemeinschaft zählt aktuell 27 Mitglieder, sieben von ihnen feierten im Rahmen des sehr herzlich gestalteten Festes ihr 25jähriges, 50-, 60- sowie sogar 65jähriges Profess-Jubiläum.

Großartige Dienste für das Burgenland

„Ihr seid wahrlich lebendige Zeugen der bald 60jährigen Geschichte der Diözese Eisenstadt. Ihr habt in so vielen unterschiedlichen Bereichen großartige Dienste geleistet, im Bischofshof, in den Schulen, Kindergärten, Krankenhäusern, Pflegeheimen und Pfarren“, so der für die Orden zuständige Bischofsvikar, der den Schwestern zugleich den Dank von Diözesanbischof Ägidius J. Zsifkovics übermittelte.

Vier 65jährige Profess-Jubiläen

Die Schwestern Ämiliana Kurnik, Mathilde Klein, Eleonore Schwartz und Andrea Wolf feierten ihr 65jähriges Profess-Jubiläum. Sr. Theodora Unger das 60jährige, Sr. Helga Josef das 50jährige und Sr. Maria Zeitler das 25jährige Profess-Jubiläum. Die Ordensfrauen leisteten über Jahrzehnte hinweg wertvolle Dienste an der Gemeinschaft. Sie waren als Kindergarten-Pädagoginnen, in der Krankenpflege und im Schuldienst tätig.

Beinahe alle Ordensmitglieder sind mittlerweile in Pension. Die jüngste, Sr. Maria Zeitler, unterrichtet noch am Theresianum in Eisenstadt.

Feierlicher Gottesdienst

Der von den Schwestern liturgisch tiefgründig gestaltete Gottesdienst wurde von Propstpfarrer Wilhelm Ringhofer zelebriert. Es konzelebrierten der emeritierte Dompropst Franz Graf sowie Pfarrer Johannes Schlegl. Für die schöne musikalische Umrahmung sorgten Robert Kovacs (Orgel), Peter Bauer (Trompete) sowie die junge Sopranistin Francesca Cattaneo.



Foto: Sr. Consolata Supper

Die Schwestern Ämiliana Kurnik, Mathilde Klein, Eleonore Schwartz und Andrea Wolf feierten ihr 65jähriges Profess-Jubiläum. Sr. Theodora Unger das 60jährige, Sr. Helga Josef das 50jährige und Sr. Maria Zeitler das 25jährige Profess-Jubiläum.

Zsifkovics: Ein Schatz in unserer Ordenslandschaft

Die Generaloberin der Kongregation, Sr. Johanna Vogl, und Provinzoberin Sr. Consolata Supper erinnerten an Ordensgründerin Sr. Alphonsa Maria Eppinger, die am 9. September 2018 im Straßburger Münster seliggesprochen wurde. Bischof Zsifkovics, der an der Seligsprechungsfeier teilgenommen hatte, würdigte immer wieder die großen Verdienste der Ordensgründerin und der Ordensgemeinschaft: „Die Schwestern vom Göttlichen Erlöser sind ein wahrer Schatz in der Ordenslandschaft des Burgenlandes, für den man gar nicht genug danken kann. Die Schwestern engagieren sich sehr in der Pädagogik vom Kindergarten bis zur Schule, erbringen wertvolle Dienste in der Kranken- und Altenpflege sowie in der kirchlichen Jugendarbeit“, so der Bischof.

Ordensgründerin Alphonsa Maria Eppinger

Elisabeth Eppinger wurde am 9. September 1814 als erstes von elf Kindern in Nie-

derbronn im Elsass geboren. 1849 gründete sie in Niederbronn die Kongregation der Schwestern vom Göttlichen Erlöser und nahm den Ordensnamen Alphonsa Maria an. Die Schwestern widmeten sich in Not geratenen und kranken Menschen, die sie in den Häusern besuchten, lange vor der „Hauskrankenpflege“. Der Orden breitete sich rasch aus und zählte 1852, nur drei Jahre nach der Gründung, bereits 153 Mitglieder in 30 Gemeinschaften. Mutter Alphonsa Maria starb am 31. Juli 1867 erst 53jährig an den Folgen eines Gehirnschlags.

Seit über 150 Jahren im Burgenland

Bereits 1857 kamen Schwestern nach Wien und ins heutige Burgenland, 1866/67 wurde in Sopron eine eigene Kongregation gegründet. Derzeit gibt es über 1000 Schwestern weltweit, die in drei unabhängigen Kongregationen aufgeteilt sind. Ein Generalat dieser größten Ordensgemeinschaft im Burgenland befindet sich in Eisenstadt. ■

<http://www.martinus.at/>

<http://www.sdr.or.at/>

Millionen-Investition am FH-Campus in Pinkafeld

Investition von 25,1 Millionen Euro soll in zwei Phasen umgesetzt werden

Den Campus der FH Burgenland in Pinkafeld nachhaltig ausbauen, Labore und Forschungsräume gezielt erweitern und das Technologie-Zentrum durch ein bauliches „Fitness-Programm“ stärken. – Dafür sollen in den nächsten Jahren rund 25,1 Mio. Euro in den südburgenländischen Lehr- und Forschungsknoten investiert werden. Landeshauptmann Hans Peter Doskozil stellte die Planungen am 11. September gemeinsam mit Bauten-Landesrat Heinrich Dörner, Bürgermeister Kurt Maczek und FH-Geschäftsführer Georg Pehm vor. Die Bauprojekte werden in zwei Phasen verwirklicht – Baubeginn ist im nächsten Jahr.

„Diese Investitionen stellen einen weiteren, starken Impuls für das Südburgenland dar“, betonte Landeshauptmann Doskozil: „Sie schaffen neue Arbeitsplätze in der Region und treiben Innovation weiter voran. Zudem sind sie eine Einladung an Betriebe, sich in diesem Brennpunkt von hochqualitativer Ausbildung und verschiedenen Forschungs-Leistungen anzusiedeln.“ Das Projekt bringe dem Burgenland weiteres „kluges Wachstum“: „In die erste Ausbaustufe werden 11,8 Mio. Euro investiert, insgesamt werden es 25,1 Mio. Euro sein“, gab Doskozil bekannt.

Doskozil: Themen der Zukunft im Mittelpunkt

Der Landeshauptmann verwies zudem auf die aktuell brennenden Themen, die nicht nur in Österreich, sondern weltweit Wissenschaft, Wirtschaft und Politik bewegen: „Erneuerbare Energie und Klimaschutz, Gesundheit und Pflege, Digitalisierung und Informatik. – Das sind die großen zentralen Herausforderungen, die wir gemeinsam zu lösen haben“, erläuterte Doskozil. In allen drei Bereichen habe jedoch die FH Burgenland gemeinsam mit ihrer Forschungsgesellschaft bemerkenswerte Kompetenzen aufgebaut und erfolgreiche Studiengänge entwickelt. „Wenn wir nun Ausbildung und Forschung in diesen Bereichen durch bessere Rahmenbedingungen weiter stärken, dann machen wir damit auch einen großen Schritt in die Zukunft und in die Zukunftsfähigkeit unseres Landes.“



Foto: Fachhochschule Burgenland GmbH

v.l.: Pinkafelds Bürgermeister Kurt Maczek, Landeshauptmann Hans Peter Doskozil, Landesrat Heinrich Dörner und FH Geschäftsführer Georg Pehm bei der Standortbesichtigung

Er freue sich zudem, daß sich mit dem Ausbau auch sein Vorschlag verwirklichen lasse, künftig auch am Campus Pinkafeld einen Studiengang im Bereich Informatik anzubieten. Der bereits genehmigte neue Studiengang „Softwareentwicklung und intelligente Systeme“ soll im September 2020 mit 25 Studienplätzen starten und im Vollausbau 75 Studienplätze bieten. „Damit erhalten Maturanten der HTL eine ‚logische‘ Fortsetzung ihrer Ausbildung und regionale IT-Unternehmen die Chance auf bestens ausgebildete Fachkräfte“, sagte Doskozil.

Dörner: Lückenschluß ermöglicht große Lösung

Für Landesrat Dörner stellt der Ausbau des Campus Pinkafeld ein weiteres, bedeutendes Infrastruktur-Projekt im Burgenland dar. „Jeder Euro, den wir hier einsetzen, wird sich langfristig rechnen.“

Durch den Ankauf des angrenzenden Grundstücks und der Gebäude des Unternehmens Pöll sei nunmehr eine „große Lösung“ möglich geworden, erläuterte Dörner: „Mit diesem Lückenschluß werden die Gestaltungsmöglichkeiten für die Immobilienentwicklung breiter und der Standort dadurch aufgewertet.“ Man habe die Gunst der Stunde genutzt und eine Gesamtlösung erzielen können, in die im Gegenzug vom Land nicht mehr benötigte Liegenschaften in Oberwart und Unterwart eingebracht wurden. „Eine

sinnvolle Lösung für das Land und unsere Zielsetzungen“, sagte Dörner.

Pehm: Für Fachhochschule ein immens wichtiger Schritt

FH-Geschäftsführer Pehm sprach von einer „immens wichtigen Entscheidung“ für die Zukunft der Hochschule am Standort Pinkafeld. „Für uns wird diese bauliche Erweiterung neue Perspektiven im Studium und in der Forschung möglich machen“, sagte Pehm. „Vor allem wird Studieren in Pinkafeld noch spannender, attraktiver und zukunftsweisender.“

Notwendig sei die Raumerweiterung geworden, weil man bereits an absolute Kapazitätsgrenzen gestoßen sei, erläuterte Pehm. Aktuell seien am Campus rund 100 Mitarbeiter beschäftigt und über 1.000 Studierende inskribiert – allein für die letzten acht Jahre entspreche das einer Steigerung um über 70 Prozent.

Für die nächsten Jahre rechne man mit weiteren 200 Studierenden – im Bereich Digitalisierung und Informatik, in der Technik und im Gesundheitsbereich, sagte Pehm. Auch die Forschungsleistungen in diesen Bereichen sollen nochmals gesteigert werden. Zudem werde der Ausbau die positive Entwicklung von im Technologiezentrum und in der Region angesiedelte Unternehmen unterstützen. ■

<http://www.fh-burgenland.at/>

Oggauer Family Art im Zeichen des Tierschutzes

Ausstellung über das künstlerische Schaffen von Professor Josef Michels und Familie in der Bezirkshauptmannschaft Eisenstadt-Umgebung



Foto: Bgld. Landesmedienervice

Vernissage von Werken des Oggauer Künstlers Prof. Josef Michels und Familie in der BH Eisenstadt-Umgebung. V.l.: Maria Fuska, Tochter von Prof. Josef Michels, Bezirkshauptfrau Franziska Auer, Maria Michels, Landtagspräsidentin Verena Dunst, Prof. Harro Pirch, Katharina Michels, Stefan Fuska und Johannes Fuska

Eine Ausstellung mit Werken des Oggauer Künstlers Prof. Josef Michels und Familie eröffnete Landtagspräsidentin Verena Dunst am 22. Oktober in der Bezirkshauptmannschaft Eisenstadt-Umgebung. Der Erlös aus dem Verkauf von Bildern der Ausstellung kommt der Wildtier-Auffangstation in Oggau von Katharina Michels zugute; sie hatte für ihr langjähriges Engagement für Tiere im Vorjahr den Tierschutzpreis des Landes Burgenland erhalten.

Prof. Michels konnte aus gesundheitlichen Gründen bei der Vernissage nicht persönlich anwesend sein.

„Es freut mich ganz besonders, diese Ausstellung zu eröffnen, bei der nicht nur das künstlerische Schaffen eines großartigen burgenländischen Künstlers und von Mitgliedern seiner Familie, sondern auch der Tierschutz im Mittelpunkt steht. Das Herz dieser kunstsinnigen Familie schlägt für die Kunst ebenso wie für den Tierschutz, wofür allen ein großer Dank gebührt. Ich wünsche

der Ausstellung somit in doppelter Hinsicht viel Erfolg“, sagte Dunst bei der Eröffnung.

Josef Michels wurde 1928 in St. Johann im ehemaligen Jugoslawien geboren und ist seit 1947 in Oggau wohnhaft. Michels studierte an der Akademie für Bildende Künste in Wien bei den Professoren Andersen und Boeckl und unternahm Studienreisen nach Venedig, Florenz, Ravenna und Rom und München.

Die Internierung in einem Zwangsarbeitslager zusammen mit seinen Eltern im Zuge des Einfalls der Roten Armee in der Batschka im Jahr 1944, die Flucht nach Ungarn im Jahr 1947 und die neuerliche Flucht nach Österreich nach der Machtübernahme der Kommunisten waren für seine Arbeiten prägende Erlebnisse.

Inspiration waren für Michels stets die Landschaft rund um Oggau und der Neusiedler See, die thematisch bestimmend für sein Werk wurden. Michels war auch als Kunsterzieher in den Bereichen Malerei und

Bildhauerei im ORG Wolfgarten in Eisenstadt tätig. Seine Werke waren in zahlreichen Ausstellungen im In- und Ausland zu sehen.

„Die Bilder von Professor Michels zeichnen sich durch Perfektion in Formalität und Farbigkeit aus“, würdigte Prof. Harro Pirch Michels in seiner Laudatio.

Die künstlerische Begabung wurde auch seinen Kindern und Enkelkindern in die Wiege gelegt: Zu sehen sind in der Ausstellung auch Werke seines im Vorjahr verstorbenen Sohnes Josef Michels jun., seiner Tochter Maria Fuska sowie seiner Enkelkinder Stefan und Johannes Fuska.

Enkeltochter Katharina Michels ihrerseits widmet sich in der Freizeit ihrer Liebe zu Tieren. Sie betreibt seit einigen Jahren in Oggau mit großer Leidenschaft eine Wildtier-Auffangstation, wofür sie im Vorjahr mit dem Tierschutzpreis des Landes Burgenland ausgezeichnet wurde. Mit der Ausstellung in der Bezirkshauptmannschaft soll ihre Arbeit unterstützt werden. ■

WIFO-Prognose für 2019/2020

Abschwächung der Konjunktur, aber keine Rezession

Die österreichische Wirtschaft verliert weiter an Schwung und wächst im Prognosezeitraum nur mäßig. Die Schwäche der Weltwirtschaft dämpft die Export- und Industriedynamik. Weiterhin günstige Finanzierungsbedingungen, fiskalische Impulse und eine robuste Konsumnachfrage stützen hingegen die Konjunktur. Das BIP dürfte 2019 um 1,7 % und 2020 um 1,4 % zunehmen.

Die Weltkonjunktur verlor im Frühjahr 2019 weiter an Schwung. Der schwelende Handelskonflikt zwischen den USA und China sowie der unsichere Ausgang der Brexit-Verhandlungen dämpfen international die Investitionsnachfrage. Dies schlägt sich in einer Schwäche der weltweiten Industrieproduktion und des Welthandels nieder.

Im Prognosezeitraum ist mit einer weiteren Verlangsamung der Expansion der Weltwirtschaft zu rechnen. Vor allem in der Industrie scheint der Tiefpunkt noch nicht erreicht. In den USA und in vielen Schwellenländern bleibt das Wachstum aber robust. Im Euro-Raum wird es hingegen durch die Flaute der deutschen Exportindustrie gedämpft.

Eine weltweite Rezession zeichnet sich dennoch nicht ab. Die Finanzierungsbedingungen bleiben wegen der lockeren Geldpolitik günstig, die Fiskalpolitik liefert mancherorts Impulse für die Konjunktur, und die Konsumnachfrage der privaten Haushalte nimmt in vielen Ländern weiterhin kräftig zu. Das Risiko eines starken Anstieges der Rohölpreise dürfte dagegen begrenzt sein.

In Österreich kühlte sich die Konjunktur im Frühjahr 2019 ebenfalls ab. Das Wachstum der gesamtwirtschaftlichen Produktion war im II. Quartal mit +0,3 % gegenüber dem Vorquartal so niedrig wie zuletzt im Jahr 2015. Insbesondere die Exporte verloren beträchtlich an Dynamik, während der private Konsum weiterhin stabil expandierte. Die Konjunktur blieb in Österreich im Vergleich zu Deutschland bislang relativ robust.

Die Aussichten für die zweite Jahreshälfte 2019 sind jedoch verhalten. Die Einschätzungen der österreichischen Unternehmen trübten sich laut WIFO-Konjunkturtest in der Sachgütererzeugung deutlich ein; manche Indikatoren deuten in diesem Bereich bereits auf einen Rückgang der Produktion

Hauptergebnisse der WIFO-Prognose

	2015	2016	2017	2018	2019	2020	
	Veränderung gegen das Vorjahr in %						
Bruttoinlandsprodukt Real	+ 1,0	+ 2,1	+ 2,5	+ 2,4	+ 1,7	+ 1,4	
Herstellung von Waren	+ 0,9	+ 4,6	+ 4,7	+ 5,1	+ 1,2	+ 1,4	
Handel	+ 2,1	+ 0,4	+ 0,3	+ 1,9	+ 0,9	+ 1,2	
Private Konsumausgaben ¹⁾ , real	+ 0,5	+ 1,6	+ 1,4	+ 1,1	+ 1,5	+ 1,6	
Dauerhafte Konsumgüter	+ 1,2	+ 2,9	+ 2,2	+ 0,4	- 2,0	+ 2,0	
Bruttoanlageinvestitionen, real	+ 2,3	+ 4,1	+ 4,0	+ 3,9	+ 2,9	+ 1,5	
Ausrüstungen ²⁾	+ 4,2	+ 7,2	+ 4,5	+ 4,1	+ 3,2	+ 1,6	
Bauten	+ 0,1	+ 0,5	+ 3,3	+ 3,7	+ 2,6	+ 1,3	
Exporte, real	+ 3,0	+ 3,1	+ 5,0	+ 5,9	+ 2,3	+ 2,3	
Warenexporte, fob	+ 3,1	+ 2,7	+ 5,4	+ 6,4	+ 2,0	+ 2,5	
Importe, real	+ 3,6	+ 3,7	+ 5,0	+ 4,6	+ 2,4	+ 2,5	
Warenimporte, fob	+ 4,2	+ 3,4	+ 4,4	+ 4,0	+ 1,8	+ 2,2	
Bruttoinlandsprodukt, nominell	+ 3,3	+ 3,8	+ 3,6	+ 4,2	+ 3,6	+ 3	
	Mrd. €	344,27	357,30	370,30	385,71	399,79	412,41
Leistungsbilanzsaldo	in % des BIP	1,7	2,7	1,6	2,3	2,5	2,3
Verbraucherpreise		+ 0,9	+ 0,9	+ 2,1	+ 2,0	+ 1,6	+ 1,7
Dreimonatszinssatz	in %	- 0,0	- 0,3	- 0,3	- 0,3	- 0,4	- 0,5
Sekundärmarktrendite ³⁾	in %	0,7	0,4	0,6	0,7	0,0	- 0,2
Finanzierungssaldo des Staates (laut Maastricht-Definition) in % des BIP		- 1,0	- 1,5	- 0,7	0,2	0,6	0,4
Unselbständig aktiv Beschäftigte ⁴⁾		+ 1,0	+ 1,6	+ 2,0	+ 2,5	+ 1,6	+ 1,0
Arbeitslosenquote							
In % der Erwerbspersonen (Eurostat) ⁵⁾		5,7	6,0	5,5	4,9	4,6	4,6
In % der unselbständigen Erwerbspersonen ⁶⁾		9,1	9,1	8,5	7,7	7,4	7,5

Q: WIFO-Konjunkturprognose. ¹⁾ Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. - ²⁾ Einschließlich militärischer Waffensysteme und sonstiger Anlagen. - ³⁾ Bundesanleihen mit einer Laufzeit von 10 Jahren (Benchmark). - ⁴⁾ Ohne Personen in aufrechten Dienstverhältnis, die Kinderbetreuungsgeld beziehen bzw. Präsenzdienst leisten. - ⁵⁾ Labour Force Survey. - ⁶⁾ Arbeitslose laut Arbeitsmarktservice.

Wirtschaft

hin. Sowohl in der Bauwirtschaft als auch im Dienstleistungsbereich ist die Stimmung hingegen weiterhin überwiegend positiv. Der private Konsum stützt aufgrund der günstigen Beschäftigungs- und Einkommensentwicklung die gesamtwirtschaftliche Nachfrage. Zudem liefern fiskalische Maßnahmen Impulse für die Konjunktur.

Der Tiefpunkt der Wirtschaftsentwicklung dürfte im Einklang mit dem internationalen Umfeld zu Jahresende erreicht werden. 2020 wird sich das Wachstum dann wieder etwas stabilisieren, aber mäßig bleiben. Insgesamt wird das BIP 2019 um 1,7 % und 2020 um 1,4 % wachsen. Die gesamtwirtschaftliche Kapazitätsauslastung bleibt überdurchschnittlich, geht aber etwas zurück.

Die Abkühlung der Konjunktur zieht ein Ende der Arbeitsmarkterholung nach sich. 2019 dürfte die Arbeitslosenquote aufgrund der robusten Beschäftigungsentwicklung im 1. Halbjahr noch auf 7,4 % sinken. 2020 wird sie dagegen wieder geringfügig auf 7,5 % steigen. Die Verbraucherpreisinflation bleibt unter diesen Umständen gedämpft, sie dürfte 2019 +1,6 % und 2020 +1,7 % betragen. Der Finanzierungssaldo des Staates verbessert sich 2019 aufgrund der günstigen Einnahmenentwicklung auf 0,6 % des BIP. Im kommenden Jahr dürfte er wegen der jüngst beschlossenen fiskalischen Maßnahmen auf 0,4 % des BIP sinken.

Methodische Hinweise und Kurzglossar

Periodenvergleiche

Zeitreihenvergleiche gegenüber der Vorperiode, z. B. dem Vorquartal, werden um jahreszeitlich bedingte Effekte bereinigt. Dies schließt auch die Effekte ein, die durch eine unterschiedliche Zahl von Arbeitstagen in der Periode ausgelöst werden (etwa Ostern). Im Gegensatz zu den an Eurostat gelieferten und auch von Statistik Austria veröffentlichten „saison- und arbeitstägig bereinigten Veränderungen“ der vierteljährlichen BIP-Daten bereinigt das WIFO diese zusätzlich um irreguläre Schwankungen. Diese als Trend-Konjunktur-Komponente bezeichneten Werte weisen einen ruhigeren Verlauf auf und machen Veränderungen des Konjunkturverlaufes besser interpretierbar.

Die Formulierung „veränderte sich gegenüber dem Vorjahr...“ beschreibt hingegen eine Veränderung gegenüber der gleichen Periode des Vorjahres und bezieht sich auf unbereinigte Zeitreihen.

Die Analyse der saison- und arbeitstägig bereinigten Entwicklung liefert genauere In-

formationen über den aktuellen Konjunkturverlauf und zeigt Wendepunkte früher an. Die Daten unterliegen allerdings zusätzlichen Revisionen, da die Saisonbereinigung auf statistischen Methoden beruht.

Wachstumsüberhang

Der Wachstumsüberhang bezeichnet den Effekt der Dynamik im unterjährigen Verlauf (in saisonbereinigten Zahlen) des vorangegangenen Jahres (t_0) auf die Veränderungsrate des Folgejahres (t_1). Er ist definiert als die Jahresveränderungsrate des Jahres t_1 , wenn das BIP im Jahr t_1 auf dem Niveau des IV. Quartals des Jahres t_0 (in saisonbereinigten Zahlen) bleibt.

Durchschnittliche Veränderungsrate

Die Zeitangabe bezieht sich auf Anfangs- und Endwert der Berechnungsperiode: Demnach beinhaltet die durchschnittliche Rate 2005/2010 als 1. Veränderungsrate jene von 2005 auf 2006, als letzte jene von 2009 auf 2010.

Reale und nominelle Größen

Die ausgewiesenen Werte sind grundsätzlich real, also um Preiseffekte bereinigt, zu verstehen. Werden Werte nominell ausgewiesen (z. B. Außenhandelsstatistik), so wird dies eigens angeführt.

Produzierender Bereich

Diese Abgrenzung schließt die NACE-2008-Abschnitte B, C und D (Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden, Herstellung von Waren, Energieversorgung) ein und wird hier im internationalen Vergleich verwendet.

Inflation, VPI und HVPI

Die Inflationsrate misst die Veränderung der Verbraucherpreise gegenüber dem Vorjahr. Der Verbraucherpreisindex (VPI) ist ein Maßstab für die nationale Inflation. Der Harmonisierte Verbraucherpreisindex (HVPI) ist die Grundlage für die vergleichbare Messung der Inflation in der EU und für die Bewertung der Preisstabilität innerhalb der Euro-Zone – siehe <http://www.statistik.at/>

Die Kerninflation als Indikator der Geldpolitik ist nicht eindeutig definiert. Das WIFO folgt der gängigen Praxis, für die Kerninflation die Inflationsrate ohne die Gütergruppen unverarbeitete Nahrungsmittel und Energie zu verwenden.

So werden über 87 % der im österreichischen Warenkorb für den Verbraucherpreisindex (VPI 2015) enthaltenen Güter und

Dienstleistungen in die Berechnung der Kerninflation einbezogen.

WIFO-Konjunkturtest und WIFO-Investitionstest

Der WIFO-Konjunkturtest ist eine monatliche Befragung von rund 1.500 österreichischen Unternehmen zur Einschätzung ihrer aktuellen und künftigen wirtschaftlichen Lage. Der WIFO-Investitionstest <http://www.konjunkturtest.at> ist eine halbjährliche Befragung von Unternehmen zu ihrer Investitionstätigkeit. Die Indikatoren sind Salden zwischen dem Anteil der positiven und jenem der negativen Meldungen an der Gesamtzahl der befragten Unternehmen.

Arbeitslosenquote

Österreichische Definition: Anteil der zur Arbeitsvermittlung registrierten Personen am Arbeitskräfteangebot der Unselbständigen. Das Arbeitskräfteangebot ist die Summe aus Arbeitslosenbestand und unselbständig Beschäftigten (gemessen in Standardbeschäftigungsverhältnissen). Datenbasis: Registrierungen bei AMS und Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger.

Definition gemäß ILO und Eurostat

Als arbeitslos gelten Personen, die nicht erwerbstätig sind und aktiv einen Arbeitsplatz suchen. Als erwerbstätig zählt, wer in der Referenzwoche mindestens 1 Stunde selbstständig oder unselbstständig gearbeitet hat. Personen, die Kinderbetreuungsgeld beziehen, und Lehrlinge zählen zu den Erwerbstätigen, nicht hingegen Präsenz- und Zivildienstler. Die Arbeitslosenquote ist der Anteil der Arbeitslosen an allen Erwerbspersonen (Arbeitslose plus Erwerbstätige). Datenbasis: Umfragedaten von privaten Haushalten (Mikrozensus).

Begriffe im Zusammenhang mit der österreichischen Definition der Arbeitslosenquote

Personen in Schulungen: Personen, die sich zum Stichtag in AMS-Schulungsmaßnahmen befinden. Für die Berechnung der Arbeitslosenquote wird ihre Zahl weder im Nenner noch im Zähler berücksichtigt.

Unselbständig aktiv Beschäftigte: Zu den „unselbständig Beschäftigten“ zählen auch Personen in aufrechten Dienstverhältnissen, die Kinderbetreuungsgeld beziehen bzw. Präsenzdienst leisten.

Zieht man deren Zahl ab, so erhält man die Zahl der „unselbständig aktiv Beschäftigten“.

<http://www.wifo.ac.at>

Wettbewerb auf österreichischem Kreditmarkt nimmt zu

Österreich-Ergebnisse der euroraumweiten Umfrage über das Kreditgeschäft vom Oktober 2019

In Österreich profitieren Unternehmen und private Haushalte weiterhin von der Konkurrenzsituation am Kreditmarkt. In einem Umfeld von hoher Liquidität senkten die Banken im dritten Quartal 2019 in ihrem Werben um Kreditkunden abermals die Margen für Neukredite. Das zeigen die Ergebnisse der vierteljährlichen Umfrage über das Kreditgeschäft im Euroraum, in der führende Banken nach ihren Einschätzungen gefragt werden.

Trend sinkender Margen

Der bereits seit Mitte 2016 bestehende Trend sinkender Margen bei neu vergebenen Unternehmenskrediten und bei neu vergebenen Wohnbaukrediten an private Haushalte setzte sich im dritten Quartal 2019 verstärkt fort. Aktuell berichtete eine größere Anzahl an Banken von Margensenkungen als in der Umfrage für das zweite Quartal 2019. Hauptgrund für diese Entwicklung ist der anhaltende Wettbewerbsdruck auf dem Kreditmarkt. Margen sind Aufschläge auf Referenzzinssätze (wie z. B. den Euribor) und bestimmen gemeinsam mit diesen die Höhe der Kreditzinsen. Niedrigere Margen senken die Kreditzinsen und begünstigen die Kreditkunden, drücken aber die Zinserträge der Banken.

Die hierdurch günstigeren Kreditkonditionen kommen allerdings nur Kunden mit entsprechender Bonität zugute. Bei risikoreicheren Unternehmens- und Wohnbaukrediten wurden die Margen nicht gesenkt. Auch bei Konsum- und sonstigen Krediten an private Haushalte kam es zu keinen Margensenkungen.

Niedrige Kreditzinsen sind der Geldpolitik des Eurosystems geschuldet

Die derzeit im langfristigen Vergleich außergewöhnlich niedrigen Kreditzinsen sind allerdings der Geldpolitik des Eurosystems geschuldet, durch die sich das Zinsniveau seit 2008 deutlich nach unten verschoben hat. Die Zinsen für Neukredite an Unternehmen sowie an private Haushalte für Wohnbau sind seit Oktober 2008 um etwa

4 Prozentpunkte gefallen. Der Referenzzinssatz Euribor, an den viele variabel verzinsten Kredite gebunden sind, ist seit Februar 2016 in allen Fristigkeiten negativ.

Geringere Risikotoleranz bei Privaten

Restriktiver wurden die Banken hingegen bei den Kreditrichtlinien (interne Kriterien der Banken für die Kreditvergabe) für private Haushalte (Wohnbaukredite sowie Konsumkredite und sonstige Kredite). Diese wurden in den ersten drei Quartalen 2019 hauptsächlich aufgrund einer geringeren Risikotoleranz der Banken verschärft. Im Unternehmenskundengeschäft blieben die Kreditrichtlinien schon seit 2017 weitgehend unverändert.

Die Nachfrage nach Unternehmenskrediten war in den Jahren 2016 bis 2018 außergewöhnlich stark. Im Verlauf des heurigen Jahres stagnierte sie im Wesentlichen. Letzteres dürfte auf den sich abschwächenden Investitionszyklus zurückzuführen sein.

Wohnbau- und Konsumkredite

Im Privatkundengeschäft (Wohnbaukredite sowie Konsumkredite und sonstige Kredite) hat sich die Kreditnachfrage von Ende 2017 bis Mitte 2019 kaum geändert. Die Umfrageergebnisse für das dritte Quartal 2019 und der Ausblick auf das vierte Quartal deuten aber eine moderate Belebung der Nachfrage nach Wohnbaukrediten an – unterstützt vom anhaltend niedrigen Zinsniveau.

Mittel- bis langfristige Anleihen

Im dritten Quartal 2019 gab es für die befragten österreichischen Banken – wie schon in den beiden Quartalen davor – Verbesserungen bei der Refinanzierung über mittel- bis langfristige Anleihen. Dem steht ein leichter Rückgang der langfristigen Einlagen im dritten Quartal 2019 gegenüber. Auch für das vierte Quartal 2019 wird ein weiterer Rückgang erwartet.

Hinsichtlich der Auswirkungen der geldpolitischen Maßnahmen gaben die an der Umfrage beteiligten Banken an, daß das

Wertpapierankaufprogramm des Eurosystems seit seinem Bestehen ihre Ertragslage aufgrund negativer Effekte auf die Nettoszinsmargen belastet. Die Umfrageergebnisse zeigen jedoch auch positive Auswirkungen auf Liquidität und Finanzierungsbedingungen der Banken.

Beeinträchtigte Ertragsentwicklung

Auch der negative Einlagenzinssatz des Eurosystems beeinträchtigt die Ertragsentwicklung der Banken, da dieser gemäß den Ergebnissen der Umfrage einen anhaltenden Abwärtsdruck auf die Kreditzinsen und -margen verursacht und insbesondere die Nettoszinsmargen der Banken dämpft.

Es bleibt anzumerken, daß die allgemeine Wirksamkeit der geldpolitischen Maßnahmen des Eurosystems (Ankaufprogramm, Einlagenzinssatz), die auf den Euroraum insgesamt abzielen, nicht anhand der hier präsentierten nationalen Effekte besprochen werden kann.

Viermal jährliche Umfrage über das Kreditgeschäft im Euroraum

Die Zentralbanken des Euroraums – in Österreich die Oesterreichische Nationalbank (OeNB) – führen gemeinsam mit der Europäischen Zentralbank (EZB) seit Anfang 2003 viermal jährlich eine Umfrage über das Kreditgeschäft im Euroraum durch, um ihren Informationsstand über das Kreditvergabeverhalten der Banken, die Kreditnachfrage von Unternehmen und privaten Haushalten, sowie sonstige die Geldpolitik betreffende Themen zu verbessern.

Dabei wurden zuletzt 144 führende Banken aus allen Ländern des Euroraums befragt, darunter acht Institute aus Österreich.

Eine ausführliche Darstellung der österreichischen Ergebnisse wird in Statistiken – Daten & Analysen Q4/2019 und vorab auf der OeNB-Website veröffentlicht.

Dort finden sich auch weitere Informationen und Daten zu den Österreich-Ergebnissen der Umfrage:

<https://www.oenb.at/Geldpolitik/Erhebungen/umfrage-ueber-das-kreditgeschaeft.html>

Wirtschaftswachstum 2019 von 1,5 Prozent erwartet

UniCredit Bank Austria Konjunkturindikator: neue Prognose 2020 auf 1,1 Prozent gesenkt, Inflation mit 1,6 bzw. 1,8 Prozent unter EZB-Ziel

Die Eintrübung der Konjunkturstimmung in Österreich seit dem Höhepunkt zum Jahreswechsel 2017/18 macht seit dem Sommer 2019 eine Pause. „Der UniCredit Bank Austria Konjunkturindikator liegt im September den vierten Monat in Folge bei 1,5 Punkten. Nach der Verlangsamung des Wirtschaftswachstums auf 1,7 Prozent im ersten Halbjahr signalisiert der Indikator, daß im dritten Quartal dieses Tempo weitgehend beibehalten werden konnte. Die österreichische Wirtschaft setzt den moderaten Wachstumskurs von rund 1,5 Prozent im Jahresvergleich im Herbst fort“, meint UniCredit Bank Austria Chefökonom Stefan Bruckbauer.

Die Risiken einer weiteren Konjunkturverlangsamung in den kommenden Monaten haben sich durch steigende internationale Herausforderungen jedoch erhöht. Das Exportumfeld der österreichischen Wirtschaft verschlechterte sich im September spürbar. „Die Stimmung in der europäischen Industrie hat sich aufgrund zunehmender Sorgen über Belastungen durch Protektionismus im globalen Handel deutlich eingetrübt. Die Konjunktüreinschätzung der heimischen Industriebetriebe hat sich in der Folge im September verschlechtert. Noch läuft die Inlandskonjunktur gut, doch negative externe Einflüsse



dämpfen unter anderem bereits den Optimismus der Konsumenten“, so Bruckbauer.

Die Zuversicht der heimischen Konsumenten ist trotz einer hohen Lohndynamik rückläufig, da mittlerweile die Sorgen um den Arbeitsplatz wieder zunehmen. Während die exportorientierte Industrie stark unter der globalen Abschwächung leidet und auch die Hochkonjunktur am Bau langsam ausläuft, hat sich die Stimmung im Dienstleistungssektor nach dem Einbruch des Vor-

monats im September zwar wieder etwas erholt, doch in allen Wirtschaftssektoren ist die Einschätzung deutlich ungünstiger als vor einem Jahr.

BIP-Prognose 2020 auf 1,1 Prozent gesenkt

Die Inlandsnachfrage wird auch in den kommenden Monaten die tragende Säule des Wirtschaftswachstums in Österreich bleiben, jedoch voraussichtlich unter der Last des

Österreich Konjunkturprognose	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	Prognose 2019	Prognose 2020
Wirtschaftswachstum (real, Vdg. z. Vorjahr)	1,8	2,9	0,7	0,0	0,7	1,0	2,1	2,5	2,4	1,5	1,1
Industrieproduktion (real, Vdg. z. Vorjahr)	7,0	6,7	0,1	0,8	1,1	2,4	2,5	4,2	3,8	1,0	0,5
Privater Konsum (real, Vdg. z. Vorjahr in %)	1,0	1,3	0,5	-0,1	0,3	0,5	1,6	1,4	1,1	1,6	1,3
Investitionen (real, Vdg. z. Vorjahr in %) *)	-2,6	6,6	0,9	1,6	-0,4	2,3	4,1	4,0	3,9	3,5	1,1
Inflationsrate (Vdg. zum Vorjahr in %)	1,9	3,3	2,4	2,0	1,7	0,9	0,9	2,1	2,0	1,6	1,8
Arbeitslosenquote (nationale Definition)	6,9	6,7	7,0	7,6	8,4	9,1	9,1	8,5	7,7	7,4	7,5
Beschäftigung (Vdg. zum Vorjahr in %) **)	0,8	1,9	1,4	0,6	0,7	1,0	1,6	2,0	2,5	1,6	0,87
Öff. Haushaltssaldo (in % des BIP) ***)	-4,4	-2,6	-2,2	-2,0	-2,7	-1,0	1,0	-0,7	0,2	0,5	0,2
Öffentliche Verschuldung (in % des BIP)	82,7	82,4	81,9	81,3	84,0	84,9	82,9	78,3	74,0	71,2	69,0

*) Bruttoanlageinvestitionen **) ohne Karenzgeldbezieher, Präsenzdiener und Schulungen ***) eigene Schätzung

Quelle: UniCredit Research

Wirtschaft

schwächelnden globalen Umfelds an Schwung einbüßen. „Aufgrund des noch guten Starts ins Jahr erwarten wir für 2019 nunmehr ein Wirtschaftswachstum von 1,5 Prozent. Für 2020 haben wir unsere BIP-Prognose auf 1,1 Prozent gesenkt, denn die Schwäche der globalen Wirtschaft hält an und wird sich im kommenden Jahr voraussichtlich stärker negativ auf den Konsum und die Investitionstätigkeit in Österreich niederschlagen“, meint UniCredit Bank Austria Ökonom Walter Pudschedl.

Zudem wird 2020 eine Abschwächung der US-Wirtschaft mit dem Risiko einer leichten Rezession das internationale Umfeld belasten. Damit kommt zu dem Bremsfaktor einer protektionistischen Handelspolitik, die sich durch US-Zölle auf europäische Autos noch verschärfen könnte, sowie einem möglichen unregelmäßigen Brexit noch ein weiterer belastender Einfluß auf die österreichische Wirtschaft hinzu. In der Folge wird sich trotz des weiterhin günstigen Finanzierungsumfelds vor allem das Investitionswachstum verlangsamen. Dabei ist mit einer deutlich stärkeren Abschwächung der Ausrüstungs- als der Bauinvestitionen zu rechnen. Der private Konsum wird sich 2020 zwar gut behaupten, aber ebenfalls weniger Schwung entfalten.

Der erwartete Rückgang der Sparquote wird die geringere Lohndynamik und die Folgen der Verschlechterung der Lage am Arbeitsmarkt im kommenden Jahr nicht ganz ausgleichen können.

Wende am Arbeitsmarkt

Nach dem Rückgang der Arbeitslosenquote im Jahresdurchschnitt 2019 auf voraussichtlich 7,4 Prozent wird sich die nachlassende Konjunktur im Jahr 2020 negativ auf den österreichischen Arbeitsmarkt niederschlagen. Bereits seit dem Frühjahr lässt das Beschäftigungswachstum im Jahresvergleich nach, die Anzahl an offenen Stellen verringert sich und der Rückgang der Arbeitssuchenden bremst sich ein. „In den kommenden Monaten wird am heimischen Arbeitsmarkt eine Trendwende einsetzen. Erstmals seit fünf Jahren wird die Arbeitslosigkeit wieder nach oben gehen. Wir erwarten im Jahresdurchschnitt 2020 einen Anstieg der Arbeitslosenquote auf 7,5 Prozent“, so Pudschedl. Verursacht wird die Verschlechterung vordringlich durch die ungünstige Entwicklung in der Industrie.

Inflation niedrig, aber weiter über Euroraum-Durchschnitt

In den ersten neun Monaten 2019 sank die Inflation in Österreich auf durchschnittlich 1,6 Prozent im Jahresvergleich. Die Abschwächung der Konjunktur und der moderate Ölpreis werden die Teuerung weiterhin begrenzen. „Wir erwarten im Gesamtjahr 2019 einen Rückgang der durchschnittlichen Teuerung auf mittlerweile 1,6 Prozent, nach 2,0 Prozent im Vorjahr. Auch 2020 wird die Inflation in Österreich gedämpft durch den Ölpreis mit durchschnittlich 1,8 Prozent unter dem EZB-Ziel von 2 Prozent liegen“,

meint Pudschedl. Die etwas höhere Dynamik der Dienstleistungspreise als Folge der soliden Entwicklung des privaten Konsums wird die Inflation in Österreich weiterhin über dem Vergleichswert im Euroraum von nur 1,2 Prozent halten.

Spielraum für fiskalpolitische Maßnahmen

Im Kampf gegen die niedrige Inflation hat die EZB ihren geldpolitischen Spielraum mittlerweile weit ausgeschöpft. Angesichts der weiter nachlassenden Konjunktur erscheint der Einsatz von fiskalpolitischen Maßnahmen im Euroraum als Ergänzung der lockeren Geldpolitik zunehmend angemessen. In vielen Ländern des Euroraums, darunter auch Österreich, besteht dafür auch entsprechender budgetärer Spielraum. Zum einen ist für 2019 für rund die Hälfte der 19 Euroländer ein Budgetüberschuß zu erwarten. Zum anderen können sich die Länder der Eurozone durch das niedrige Zinsumfeld derzeit sehr günstig finanzieren. „Angesichts der Konjunktorentwicklung sollte die Nutzung fiskalischer Spielräume im Euroraum auf der wirtschaftspolitischen Agenda nach oben rücken. Ein steigendes BIP und steigende Budgeteinnahmen bei gleichzeitig sinkendem Zinsaufwand eröffnen fiskalische Spielräume ohne die Verschuldung zu erhöhen“, meint Bruckbauer und ergänzt: „Selbst bei einem Budgetdefizit von 2 Prozent des BIP würde Österreichs Staatsschuldenquote 2020 sinken.“

<https://www.bankaustria.at/>

Öffentliche Finanzen 2018 – öffentlicher Überschuß 0,2%

Im Jahr 2018 gab es laut Statistik Austria – erstmals seit 1974 – einen öffentlichen Überschuß, und zwar von 0,2 % des Bruttoinlandsprodukts (BIP) bzw. 763 Mio. Euro (2017: Defizit von 0,7 % des BIP bzw. 2,8 Mrd. Euro). Die Staatsausgaben stiegen im Vergleich zu 2017 um 3,2 % bzw. 5,8 Mrd. Euro, die Staatseinnahmen wuchsen um 5,2 % bzw. 9,3 Mrd. Euro. Niedriger waren am Ende des Jahres 2018 sowohl der öffentliche Schuldenstand mit 285,3 Mrd. Euro (2017: 289,8 Mrd. Euro) als auch die Schuldenquote mit 74,0 % (2017: 78,3 % des BIP).

Staatseinnahmen stark gestiegen

Die Staatseinnahmen 2018 (insgesamt 188,4 Mrd. Euro) stiegen im Vergleich zum Vorjahr um 9,3 Mrd. Euro oder 5,2 %. 87,3 % der Einnahmen stammten aus Steuern und Sozialbeiträgen, die 2018 in Summe 164,5

Mrd. Euro betragen (+5,2 % bzw. 8,2 Mrd. Euro). Bei den Produktions- und Importabgaben (inklusive Mehrwertsteuer) lag die Steigerungsrate 2018 bei 2,5 % bzw. 1,3 Mrd. Euro. Die Einnahmen aus Einkommen- und Vermögensteuern zeigten 2018 einen besonders starken Anstieg (+8,5 % bzw. 4,1 Mrd. Euro), der vor allem auf die Steigerungen bei der Lohnsteuer um 1,9 Mrd. Euro und der Körperschaftsteuer um 1,2 Mrd. Euro gegenüber 2017 zurückzuführen ist. Das Lohnsteueraufkommen 2018 (28,3 Mrd. Euro, +7,1 %) lag nur knapp unter jenem vor der Steuerreform (2015: 28,4 Mrd. Euro).

Staatsausgaben nur wenig gestiegen

Die Staatsausgaben (insgesamt 187,6 Mrd. Euro) stiegen im Jahr 2018 um 3,2 % oder 5,8 Mrd. Euro im Vergleich zum Vorjahr. 44,8 % der Ausgaben des Staates entfielen 2018 auf Sozialausgaben, die gegenüber

dem Vorjahr um 2,6 % anzogen. Förderungen hatten einen Anteil von 10,6 % an den Staatsausgaben. Ihr markanter Anstieg im Jahr 2018 (+11,3 % bzw. 2,0 Mrd. Euro) lässt sich vor allem auf die Entwicklung des Beitrags an die EU zurückführen. Die Investitionen blieben 2018 mit 11,4 Mrd. Euro auf dem Niveau von 2017.

Schuldenquote fällt: 74,0 % des BIP

Ende 2018 betrug der öffentliche Schuldenstand 285,3 Mrd. Euro oder 74,0 % des Bruttoinlandsprodukts (BIP). Damit lag die Staatsverschuldung um 4,6 Mrd. Euro unter dem Vorjahreswert, das entspricht einem Rückgang der Schuldenquote um 4,3 Prozentpunkte. Von der Art der Verschuldung entfielen im Jahr 2018 1,7 Mrd. Euro auf Einlagen, 239,3 Mrd. Euro auf Anleihen und 44,3 Mrd. Euro auf Kredite.

<http://www.statistik.at/>

Murkraftwerk Graz

Größtes Klimaschutz-Investment des Landes offiziell in Betrieb genommen – Energie Steiermark setzt mit 80 Millionen-Projekt ihre Offensive bei Ausbau Erneuerbarer Energie-Erzeugung fort – CO₂-freier Strom für 45.000 Menschen



Foto: Energie Steiermark

Murkraftwerk Graz: Das größte Klimaschutz-Investment des Landes wurde offiziell in Betrieb genommen.

Im Jahr 1921 gab es bereits die ersten Überlegungen, 2009 den tatsächlichen Start der Planungs- und Einreichungsarbeiten. Vier Jahre lang wurde das Projekt von insgesamt über 50 GutachterInnen des Landes und des Bundes auf „Herz und Nieren“ geprüft. Am 9. Oktober, 33 Monate nach dem Baustart, ging eines der wichtigsten steirischen Erzeugungs-Projekte im Bereich Erneuerbare Energie offiziell in Betrieb.

Das Murkraftwerk Graz mit einer Leistung von 17,7 Megawatt speist jährlich 82 Millionen Kilowattstunden grünen Strom ins Netz ein, deckt damit den Bedarf von mehr als 45.000 Menschen in der steirischen Landeshauptstadt bzw. den Verbrauch von über 20.000 E-Autos und verhindert so den Schadstoffausstoß von über 60.000 Tonnen CO₂. Partner der Energie Steiermark beim Wasserkraftwerk Graz sind die VERBUND Hydro Power und die Energie Graz (mit einer Beteiligung von je 12,5 Prozent).

Auf Nachhaltigkeit und Energieeffizienz fokussiert

Das Projekt zählt zu den größten Investitionen in der Geschichte der Energie Steiermark, die sich in ihrer Strategie auf das Thema Nachhaltigkeit und Energieeffizienz fo-

kussiert hat. Unter anderem konzentriert man sich auf die Bereiche Wasserkraft, Windkraft und Photovoltaik, also rohstoffunabhängige Energiequellen. „Die Klimaziele von Paris sind unsere Leitlinie. Wir wollen unabhängig unsere Energieversorgung nachhaltiger gestalten. Das Wasserkraftwerk Graz ist ein wesentlicher Beitrag zur Weiterentwicklung unseres Konzerns in Sachen Erneuerbare Energie und hat energiewirtschaftlich wie ökologisch eine hervorragende Performance“, so Vorstandssprecher Christian Purrer und Vorstandsdirektor Martin Graf.

Meßbarer Beitrag zur Klimawende

„Dieses 80-Millionen-Euro-Investment ist ein konkreter und meßbarer Beitrag zur Klimawende und trägt darüber hinaus zur Versorgungssicherheit bei. Der sparsame und effiziente Umgang mit Strom hat absoluten Vorrang, aber jede Kilowattstunde, die unsere KundInnen tatsächlich brauchen, die muß zukünftig CO₂ frei sein. Gleichzeitig ist es ein kräftiger Wirtschafts-Impuls für die Steiermark. Von einer neuen Bundesregierung erhoffen wir uns Rückenwind und Unterstützung für die rasche Umsetzung weiterer nachhaltiger Erzeugungsprojekte, wir sind jedenfalls investitionsbereit und startklar“.

Das Resultat der erfolgten, europaweiten Ausschreibungen spricht für die Exzellenz steirischer Unternehmen: Mehr als 90 Prozent aller Aufträge gingen bei dem Bau an regionale Unternehmen, sie haben in Summe rund 1800 steirische Arbeitsplätze gesichert und tragen zur regionalen Wertschöpfung in der Steiermark bei.

99 ökologische Ausgleichsmaßnahmen

Das Kraftwerk setzt in Sachen Ökologie europaweit höchste Standards: 99 ökologische Ausgleichsmaßnahmen wurden und werden für Pflanzen, Tiere und Menschen umgesetzt, ein externes Expertenteam hat die Einhaltung der strikten Vorgaben der Umweltverträglichkeits-Bescheide im Detail überwacht.

Der Lebensraum entlang der Mur wird durch zahlreiche Angebote für Wassersportler und Erholungssuchende sowie Öko-Zonen für die kommenden Generationen aufgewertet. Insgesamt werden nach Abschluß der Aufforstungen rund 50 Prozent mehr Büsche und Bäume an den Ufern der Mur stehen als vor dem Baustart. Eine Fläche von rund sieben Hektar wird in den kommenden Monaten gemäß den Vorgaben der Umweltbehörden neu bepflanzt.



Foto: Energie Steiermark

v.l.: Aufsichtsratsvorsitzender Josef Mülner, Vorstandssprecher Christian Purrer, Bürgermeister Siegfried Nagl, Landeshauptmann Hermann Schützenhöfer, Landeshauptmann-Stv. Michael Schickhofer und Vorstandsdirektor Martin Graf

Das Dialogangebot während der Bauphase wurde übrigens von der Bevölkerung positiv aufgenommen: Auf der Baustelle konnten über 5000 interessierte BesucherInnen bei Führungen begrüßt werden.

Landeshauptmann Schützenhöfer

Für Landeshauptmann Hermann Schützenhöfer ist das Murkraftwerk ein Symbol für steirische Innovationskraft: „Die Steiermark ist das Innovationsland Nummer 1 und leistet damit einen globalen Beitrag zum Klimaschutz. Wir können stolz sein auf unsere Unternehmen und Forschungseinrichtungen, denn sie machen es möglich, daß dieses Kraftwerk mit steirischer Technologie saubere Energie erzeugt. Das Murkraftwerk ist für Graz und die Steiermark von großem Wert, denn es hat nicht nur während dem Bau für tausende Arbeitsplätze gesorgt, sondern es versorgt nun 20.000 Haushalte mit grünem Strom.“

Landeshauptmann-Stv. Schickhofer

Landeshauptmann-Stv. Michael Schickhofer sagte: „Wir müssen heute handeln, um unseren Kindern morgen und übermorgen ein gutes Klima zu sichern. Daher will ich, daß wir die erneuerbaren Energien in der Steiermark, die Kraft aus Sonne, Wasser und Wind, weiter ausbauen und gleichzeitig unsere natürlichen Ressourcen schützen. Ausserdem sollen in Graz-Puntigam mehr als 10.000 neue Bäume gepflanzt werden, damit es in der Steiermark mehr grüne Energie für uns alle und besonders in Graz saubere Luft zum Atmen gibt“, so Schickhofer, der allen

Beteiligten für den Ausbau der Erneuerbaren Energie in der Steiermark dankte.

Bürgermeister Nagl

Bei der offiziellen Inbetriebnahme betonte der Grazer Bürgermeister Siegfried Nagl seine „große, persönliche Freude über die Fertigstellung dieses größten Klimaschutz-Projektes in der Landeshauptstadt, das Graz nachhaltig und positiv verändert“.

Gleichzeitig zeigte er sich „vom Aktivismus und unsachlichen Querschüssen vieler Personen und auch einiger Parteien während der Umsetzung mehr als verwundert.

Vienna Airport-Solarstromoffensive 2020

Schon jetzt produziert der Flughafen Wien mit seinen vier Photovoltaik-Anlagen rund 2 Mio. Kilowattstunden pro Jahr. Künftig wird die hauseigene Jahresstromproduktion nahezu verdoppelt und auf mehr als 3 Mio. Kilowattstunden steigen. Außerdem werden 2020 zusätzlich 2.500 Solarmodule auf den Dächern der Parkhäuser 3 und 8 angebracht. Damit vergrößern sich die Solarflächen am Wiener Airport um die Hälfte auf rund 16.000m². Das entspricht in etwa einer Größe von drei Fußballfeldern. Vom Ausbau der Solarenergie verspricht sich der Flughafen Wien eine jährliche Reduktion der CO₂-Emissionen von rund 1.800 Tonnen.

„Minus 70 % an CO₂-Ausstoß und minus 40 % an Energieverbrauch haben wir seit 2011 schon erreicht. Das ist gut, aber noch nicht genug. Denn unser Ziel ist klar, wir

Hier haben einige offensichtlich überhaupt nicht verstanden, daß wir in Sachen Öko-Energie jetzt rasch und konkret etwas tun müssen, weil es sonst zu spät ist. Dies gilt auch für den parallel errichteten Speicherkanal, für den die Bauarbeiten noch im Gange sind.“

Die Verbund-Geschäftsführer

Die Geschäftsführer der Verbund Hydro Power GmbH, Karl Heinz Gruber und Michael Amerer, betonen die Bedeutung des neuen Kraftwerkes für die Zusammenarbeit der Projektpartner: Das Murkraftwerk Graz stellt einen weiteren Meilenstein in der seit mehr als zehn Jahren dauernden Zusammenarbeit zwischen Verbund und Energie Steiermark beim Ausbau der Wasserkraft in der Steiermark dar. Nach der erfolgreichen Realisierung dieses Vorhabens wird nun Verbund die Betriebsführung dieses Leuchtturmprojektes im Sinne einer nachhaltigen und klimaneutralen Stromversorgung übernehmen.

Energie Graz-Geschäftsführer

„Mit der Beteiligung am Murkraftwerk Graz-Puntigam unterstreicht die Energie Graz ihr Commitment für Investitionen in regionale, erneuerbare Energie! Wir freuen uns, damit unseren Grazer Kundinnen und Kunden sauberen, CO₂-freien Strom aus unmittelbarer Nähe liefern zu können“, so die Geschäftsführer der Energie Graz, Boris Papousek und Werner Ressi abschließend. ■

<https://www.e-steiermark.com/>

wollen noch vor 2030 einer der ersten CO₂-neutralen großen Airports werden. Eine große Rolle spielt dabei die eigene Stromproduktion und deswegen erweitern wir unsere Photovoltaik-Anlagen von vier auf sieben Stück im nächsten Jahr“, erklärte Flughafen Wien AG-Vorstand Dr. Günther Ofner beim heutigen Pressegespräch.

Auf die Kraft der Sonne setzt der Flughafen Wien schon seit einigen Jahren: Im Jahr 2016 gingen zunächst zwei Photovoltaik-Anlagen auf den Dächern des Hangars 7 und der alten Winterdiensthalle mit einer Gesamtfläche von 7.700m² in Betrieb. Der aus allen Photovoltaik-Anlagen produzierte Gleichstrom wird durch Wechselrichter in Wechselstrom umgewandelt und via Trafostation in das Flughafen-Netz eingespeist. ■

<https://www.viennaairport.com/>

Opfer des Zweiten Weltkrieges

Bundesratspräsident Karl Bader und Oberösterreichs Landtagspräsident KommR Viktor Sigl besuchten das KZ Mauthausen und die Außenlager Gusen I und II

Foto: Land OÖ / Max Mayrhofer



BR-Präs. Karl Bader und LT-Präs. KommR Viktor Sigl besuchten gemeinsam mit dem polnischen Honorarkonsul Batłomiej Rosik, LAbg. Bgm. Anton Froschauer, LAbg. Alexander Nerat, Bezirkshauptmann Werner Kreisl und Bgm. Erich Wahl das KZ Mauthausen.

Anlässlich des 117. Geburtstags von Leopold Figl am 2. Oktober und des 80jährigen Gedenkens des Beginns des Zweiten Weltkrieges am 1. September besuchten Bundesratspräsident Karl Bader und Oberösterreichs Landtagspräsident KommR Viktor Sigl das KZ Mauthausen und die Außenlager Gusen I und Gusen II und sie gedachten der unzähligen Opfer des Nationalsozialismus.

„Trotz seiner Haft im KZ Mauthausen hat Leopold Figl weiterhin vorwärts geblickt, ohne dabei die Vergangenheit aus den Augen zu verlieren. Die Nationalsozialisten haben diesen großen Österreicher nicht brechen können. Figl hat nach dem Zusammenbruch der NS-Gewaltherrschaft den Samen der Demokratie gesät, aus dem zunächst eine zarte Pflanze und heute ein starker Baum mit festen Wurzeln gewachsen ist. Dieser Baum bedarf aber der regelmäßigen Pflege, er darf nicht sich selbst überlassen werden. Wir dürfen die Demokratie nicht als selbstverständliches Geschenk erachten, sondern als etwas, das wir uns immer wieder neu erarbeiten und manchmal auch erkämpfen müssen. Demokratie ist nicht einfach, sie ist ein komplexes und empfindliches Gebilde und sie kann nicht darauf reduziert werden, alle paar Jahre eine Stimme bei einer Wahl abzugeben“, so Bundesratspräsident Karl Bader.

„Jedes Schicksal steht für sich und erzählt auf seine Weise vom unfaßbaren Leid,

bis hin zur systematischen Ermordung. Diese Verbrechen an der Menschheit haben stattgefunden und verjähren nicht. Wir sind es den Opfern des Nationalsozialismus schuldig, mit historischen Fakten verantwortungsbewußt umzugehen, das Wissen über die Gräueltaten von damals weiterzugeben und das Erinnern wachzuhalten“, so Landtagspräsident KommR Viktor Sigl.

Leopold Figl war selbst beinahe acht Jahre in den Konzentrationslagern Dachau und Mauthausen inhaftiert. Er war der erste österreichische Bundeskanzler nach dem Zweiten Weltkrieg und gilt als Baumeister der Zweiten Republik. In seine Zeit als Außenminister ist auch der Abschluß des Österreichischen Staatsvertrages gefallen. Davor war er einer der schärfsten Gegner des „Anschlusses“ Österreichs an das Deutsche Reich. Die Nationalsozialisten steckten ihn für seine unbeugsame Haltung in das KZ und in die Todeszelle.

„Leopold Figl wurde durch seine Erlebnisse zum Befürworter einer Zusammenarbeit verschiedener politischer Lager und zu einem Verfechter der Konsenspolitik. Trotz seiner dramatischen und traumatischen Erfahrungen hat er jenen Optimismus behalten und verbreitet, den Österreich in den schwierigen und entbehrungsreichen Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg dringend gebraucht hat“, so Bader und Sigl.

Beim Besuch der KZ-Außenlager Gusen I und Gusen II wurde den unzähligen Opfern, vor allem den ermordeten polnischen Häftlingen gedacht. Als zentrale Botschaft an alle definierten die beiden Präsidenten, daß Vergangenes nicht vergessen wird: „Wir sind täglich gefordert, unser Miteinander stets nach den Maßstäben der Menschlichkeit zu gestalten. Über allem Handeln in Politik und Gesellschaft müssen heute unsere Grundwerte, Toleranz und die Wahrung der Menschenwürde stehen. Das betrifft uns alle – heute und morgen, nicht nur an Gedenktagen. Wir müssen alles tun, damit wir jene Fehlentwicklungen verhindern, die den Aufstieg von Radikalen ermöglichen und ein undemokratisches Regime zulassen.“

Zum Erinnern an Gedenktage gehört auch das Selbstverständnis, unsere Politik als Gegenentwurf zum Nationalsozialismus in Erinnerung zu rufen und weiter zu entwickeln. „Nie wieder Krieg – dazu stehen wir als demokratisches Land, das in Frieden mit seinen Nachbarn lebt. Wir dürfen nicht vergessen, mit der Europäischen Union in einer Vereinigung zu leben, die seit 60 Jahren Konflikte auf dem Verhandlungstisch und nicht am Kriegsschauplatz austrägt. Nun gilt es, das gemeinsame Europa, das Frieden und starke Demokratien garantiert, voranzutreiben und zu stärken“, so Bader und Sigl. ■
<https://www.mauthausen-memorial.org/>

AIRPOWER19

Die »beste Airshow Europas« war ein Highlight zum Abschluß des steirischen Veranstaltungs-Sommers.



Foto: Österreichisches Bundesheer

Fliegerhorst Hinterstoisser in Zeltweg mit der beeindruckenden Vorführung der »Frecce Tricolori«-Flugstaffel italienischer Luftwaffenpiloten

Rund 185.000 AIRPOWER-Fans besuchten trotz „britischen“ Wetters am 6. und 7. September den Fliegerhorst Hinterstoisser in Zeltweg und erlebten pure Flug-Action mit einer Leistungsschau des Bundesheeres, spektakulären Darbietungen von den Flying Bulls und den österreichischen Luftstreitkräften sowie einigen der besten Kunstflugstaffeln Europas.

200 Luftfahrzeuge

Rund 200 Zivil- und Militärluftfahrzeuge aus über 20 Nationen, 45 Luftfahrzeuge des Österreichischen Bundesheeres sowie das „Static Display“ mit außergewöhnlichen Luftfahrzeugen konnten am Flugplatz in Zeltweg bestaunt werden. Heuer mußte das Flugprogramm teilweise aufgrund der nasen und wechselhaften Wetterverhältnisse angepaßt werden. Nichtsdestotrotz konnten im Rahmen der AIRPOWER die beliebte italienische Flugkunststaffel Frecce Tricolore,



Foto: Österreichisches Bundesheer

Die „Flying Bulls“ Marco Waltenspiel, Felix Seifert, Marco Fuerst, Mirko Flaim and Dario Costa

die Schweizer Patrouille Suisse sowie die Patrulla Aguila bestaunt werden. Auch das Österreichische Bundesheer zeigte bei den Flugvorführungen unter anderem mit dem Eurofighter Typhoon oder auch dem Transporthubschrauber S-70 Black Hawk ihr Kön-

Chronik



Foto: Österreichisches Bundesheer

Rund 200 Zivil- und Militärluftfahrzeuge aus über 20 Nationen, 45 Luftfahrzeuge des Österreichischen Bundesheeres sowie das „Static Display“ mit außergewöhnlichen Luftfahrzeugen konnten am Flugplatz in Zeltweg bestaunt werden.

nen. Weitere Highlights für die 185.000 BesucherInnen waren die einzigartigen Choreografien der Flying Bulls, des Red Bull Skydive Teams und der Segelflugzeuge von Red Bull Blanix. Trotz der wechselhaften Bedingungen war die Stimmung unter den ZuschauerInnen dank dieser atemberaubenden Vorführungen den ganzen Tag über großartig.

Über ein Jahr lang wurde das Großevent bis ins kleinste Detail durchgeplant. Damit die AIRPOWER19 reibungslos verlaufen konnte wurden unter anderem rund 290 LKW für den Aufbau und Transport bereitgestellt. 200 Container wurden für Büros, Sanitär-, Kühl- oder Küchenanlagen aufgestellt. Zelte mit einer Fläche von ungefähr 12.000 m², entspricht etwa einer Größe von vier Fußballfeldern, wurden aufgebaut. Außerdem wurden über 17 km Absperrungen für den gesicherten und reibungslosen Ablauf des Besucherstromes aufgebaut. Insgesamt waren über 6.500 MitarbeiterInnen im Einsatz, davon 4.000 SoldatInnen.

Sehr gute Zusammenarbeit

Sehr gut verlaufen ist die zivil-militärische Zusammenarbeit mit Polizei, Rettungskräften, der Feuerwehr und der Bezirkshauptmannschaft Murtal. Für medizinische Notfälle waren 280 militärische und zivile Sanitäter sowie Notärzte zur Stelle. Darüber



© Pan-Generalsekretär Walter J. Gerbautz

Kontrastprogramm: Auch die Anfänge der Fliegerei wurden eindrucksvoll dokumentiert

hinaus standen 58 Rettungsfahrzeuge und bis zu vier Notarzt-Hubschrauber vom Bundesheer für Notfälle bereit. Das Sanitätspersonal war an beiden Veranstaltungstagen rund 200 Mal im Einsatz. Die Besucher konnten Großteils vor Ort versorgt werden.

Buntes Flugprogramm für die ganze Familie

Brigadier Arnold Staudacher, Projektleiter der AIRPOWER19: „Ich freue mich

wirklich, daß wir unseren Besuchern trotz des kalten und nassen Wetters eine so actionreiche Flugshow mit einzigartigen Vorführungen bieten konnten. Leider waren heute die Wetterbedingungen überaus turbulent, sodaß vor allem die Kunstflugstaffeln nicht, oder nur eingeschränkt starten konnten. Wir hatten dabei immer die Flugsicherheit im Auge – Sicherheit geht vor! Danke an die Zuschauer, die uns trotzdem die Treue gehalten haben“, so der Brigadier.

Chronik

600 Personen für die Sicherheit

Das Jägerbataillon Burgenland wurde zur Erfüllung der zahlreichen Aufträge verstärkt; so wurde den Burgenländern neben Militärpolizisten und Militärhunden die Jägerkompanie Deutschlandsberg, Pioniere und 150 Mitarbeiterinnen einer zivilen Firma zur Durchsuchung von Besucherinnen und Kindern unterstellt. Oberst Peter Krauss, Kommandant des Jägerbataillons Burgenland: „Ich bin sehr stolz, daß sich unsere Milizsoldaten bei der AIRPOWER19 so bewährt haben. Sie waren für die Zutrittskontrollen verantwortlich. Dadurch hat auch die Miliz einen wichtigen Beitrag zur Sicherheit aller Besucher geleistet. Ein herzliches Danke auch unseren Mitstreitern der Jägerkompanie Deutschlandsberg und unserem Partnerverband aus Güssing, dem Jägerbataillon 19.“

© PaN-Generalsekretär Walter J. Gerbautz



Die PaN-Delegation mit den Gastgebern Generalleutnant Franz Reissner, Bildmitte; dann v.l.: Brigadier Gerhard Christiner, PaN-Präsident Hermann Mückler, sowie die PaN-Vorstände Frau Greet Machek-Voss und PaN-Generalsekretär Walter J. Gerbautz

Closing Ceremony

Über ein Jahr lang wurde das Großevent bis ins kleinste Detail durchgeplant, mit der „Closing Ceremony“ mit allen Soldaten und dem Organisationspersonal wurde die AIRPOWER19 in Zeltweg beendet.

PaN-Delegation in Zeltweg

Auch bei der diesjährigen Luftfahrtleistungsschau war eine Delegation des Dach-

verbands-PaN anwesend, um die Verbundenheit mit dem Kommando Landstreitkräfte bzw. Streitkräfteführungskommando, mit dem der Dachverband eine strategische Partnerschaft pflegt, zu bekräftigen. Neben dem Flugvorführungen, welche die Delegation von der VIP-Loung verfolgen konnte, gab es auch

ein Koordinationsgespräch mit Kommandant Generalleutnant Franz Reißner sowie eine strategiepolitische Erörterung mit Generalmajor Gerhard Christiner. ■

<http://www.bundesheer.at/>

<https://www.airpower.gv.at/>

<http://www.dachverband-pan.org/>



Foto: Österreichisches Bundesheer

Ein Eurofighter des Österreichischen Bundesheeres beim Durchbrechen der Schallmauer

Carnuntum wird nächstes DAC-Weinbaugebiet

Das Gebiet einigte sich auf die drei Stufen Gebietswein, Ortswein, Riedenwein und setzt auf renommierte Sorten

Die Familie der österreichischen Weinbaugebiete mit DAC-Status wächst weiter: Nach gründlichen Überlegungen und regionaler Konsensfindung legte das Weinbaugebiet Carnuntum einen DAC-Verordnungsentwurf vor, der nun von der Bundesministerin für Nachhaltigkeit und Tourismus Maria Patek unterzeichnet wurde. Damit wird Carnuntum zum 14. österreichischen Weinbaugebiet mit spezifischem Schutz für gebiets-typische Weine.

„Mit der nun beschlossenen DAC-Verordnung schlägt auch das Carnuntum den erfolgreichen Weg des Herkunftsmarketings ein. Es ist den Winzern gelungen, ein Profil herauszuarbeiten, das die Spezifika ihres Gebiets bei Rot- und Weißwein unmißverständlich transportiert und für noch stärkere Unverwechselbarkeit sorgen wird“, resümiert Willi Klinger, Geschäftsführer der Österreich Wein Marketing (ÖWM).

Drei Stufen, gebietstypische Rebsorten

Wie die Steiermark sowie das Kamp-, Krets- und Traisental setzt auch das im Osten von Wien gelegene, 906 Hektar Weinbaufläche umfassende Carnuntum künftig auf eine dreistufige DAC-Regelung: Gebietswein, Ortswein und Riedenwein. Der Sortenspiegel fokussiert auf die Paradesorten des Gebiets: bei den Weißweinen Chardonnay, Weißburgunder und Grüner Veltliner, bei den Rotweinen Zweigelt und Blaufränkisch. Reinsortige Carnuntum-DAC-Weine müssen ausschließlich aus diesen Sorten vinifiziert werden, Verschnitte zu mindestens zwei Dritteln. Das bedeutet, daß Cuvées auch bis zu einem Drittel andere Qualitätsweinrebsorten enthalten können – beim Rotwein etwa St. Laurent, Cabernet Sauvignon oder Merlot.

Geschmacksprofil

Mit charakterstarken Rotweinen und kraftvoll-strukturierten Weißweinen kann das Carnuntum schon seit einiger Zeit aufzeigen. Die neue DAC-Verordnung sieht vor, daß alle Weine der Geschmacksrichtung „trocken“ zu entsprechen haben und Rotwei-



Foto: ÖWM / Marcus Wiesner

Blick auf einen Weingarten in Höflein mit der dem Hl. Ulrich geweihten Pfarrkirche

ne zudem einen Alkoholgehalt von mindestens 12,0 % vol. aufweisen müssen. Darüber hinaus sollen Orts- und Riedenweine genügend Zeit für die Entwicklung ihres eigenständigen und ausdrucksstarken Charakters erhalten: Der Antrag zur Erlangung der staatlichen Prüfnummer darf bei Weißwein nicht vor dem 15. März und bei Rotwein nicht vor dem 1. November des auf die Ernte folgenden Jahres erfolgen.

Rubin Carnuntum bleibt bestehen

Die etablierte Marke „Rubin Carnuntum“ bleibt parallel zur DAC-Verordnung bestehen und ist auch in Zukunft Garant für besonders gebietstypische Zweigelt-Weine.

Was bedeutet DAC?

Districtus Austriae Controllatus (DAC) ist eine gesetzliche Herkunftsbezeichnung für gebietstypische Qualitätsweine aus Österreich. Wenn also auf einem Weinetikett der Namen eines Weinbaugebiets in Kombination mit „DAC“ steht, hat man einen für das Gebiet typischen Qualitätswein vor sich. Ein

DAC-Wein darf nur aus den für dieses DAC-Gebiet festgelegten Rebsorten erzeugt werden und muß allen Vorgaben der vom jeweiligen Gebiet festgelegten Verordnung entsprechen. In Österreich gibt es derzeit 14 DAC-Weinbaugebiete. Weine, die den DAC-Anforderungen nicht entsprechen, tragen die Herkunft des jeweiligen Bundeslandes und sind Teil der Weinvielfalt auf dieser Herkunftsebene.

Zugelassene Rebsorten

- Weißwein: Grüner Veltliner, Weißburgunder, Chardonnay
- Rotwein: Zweigelt, Blaufränkisch
- Cuvées zu mindestens 2/3 aus diesen Rebsorten, Rest: Qualitätsweinrebsorten

Geschmacksrichtung: trocken

Alkohol: min. 12,0 % vol.

Herkunftspyramide:

- Gebietswein
- Ortswein
- Riedenwein

<https://www.oesterreichwein.at/>

Burgenländische Weidegans 365 Tage lang genießen

Die Landwirtschaftskammer stellte in Güttenbach ihr neues Projekt »Gans gut – Weidegans im Glas« vor.



Foto: Burgenländische Landwirtschaftskammer

»Gans im Glas«: Gastwirte und Gänsebauern präsentierten mit LK-Präsident Nikolaus Berlakovich (Mitte) die neuen Produkte

Am 23. September präsentierte die Landwirtschaftskammer im südburgenländischen Restaurant HangarONE in Güttenbach das Projekt "Gans gut - Weidegans im Glas". Das Projekt beschäftigte sich mit der Verarbeitung und Vermarktung der burgenländischen Weidegans. Diese ist nicht nur aufgrund des Landespatrons des Hl. Martin heimliches Wappentier des Burgenlands, sondern auch eine saisonale Spezialität und kulinarischer Kulturträger. Um ganzjährig in den Genuß der Weidegans zu kommen, wurde dieses Projekt ins Leben gerufen. GastwirtInnen und GänsebäuerInnen aus dem Südburgenland kreierten gemeinsam Rezepte, wie beispielsweise klare WeideGanssuppe im Glas. Sie machen damit diese Spezialität 365 Tag lang zu einer zeitlosen Delikatesse.

Die Gänse sind in der Nachkriegszeit aus wirtschaftlichen Gründen fast gänzlich aus dem Burgenland verschwunden. Doch seit mittlerweile 16 Jahren beschäftigen sich um die 20 landwirtschaftliche Betriebe mit der Weideganshaltung. Derzeit werden im Burgenland 6.000 Weidegänse gehalten. Die Gänse werden in der Gastronomie und in der regionalen Direktvermarktung abgesetzt.

„Durch großzügige Weideflächen, viele Sonnentage und Jahrhunderte altem Fachwissen bietet das Südburgenland ideale Voraussetzungen für die Gänsehaltung. Hier entsteht ein regionales Top-Produkt. Durch die Weidehaltung wird auch die Kulturlandschaft

gepflegt. Die Lebensqualität in der Region wird gesteigert und wirkt sich positiv auf den Tourismus aus. Das Projekt ‚Gans gut – Weidegans im Glas‘ wurde durch das Netzwerk Kulinarik unterstützt und zeigt wieder einmal welche kreativen und innovativen Produkte die Landwirtschaft hervorbringt. Bauern und Gastwirte ziehen gemeinsam an einem Strang und zeigen, daß durch Innovation nicht nur neue Produkte entstehen, sondern auch der Wertschöpfungskreislauf in der Region geschlossen wird. Die Nachfrage nach Regionalität steigt auch beim Konsumenten. Dieser sehnt sich immer mehr nach authentischen und gebietstypischen Lebensmitteln. Durch das Projekt kann nun die Weidegans das ganze Jahr über genossen werden. Auch Gäste des Burgenlands können mit der haltbargemachten ‚Gans im Glas‘ diese Spezialität zu sich nach Hause nehmen und genießen“, so Präsident Nikolaus Berlakovich.

„Durch das Projekt wird eine beinahe ganzjährige Versorgung mit Weidegansprodukten aus dem Südburgenland gewährleistet. Gemeinsam mit Wirten und Bauern wurden Workshops durchgeführt, Konzepte und Rezepte für die gesamte Verwertung der Weidegans erarbeitet. Dabei haben sich Synergien aus dem kulinarischen und landwirtschaftlichen Bereich ergeben. Mit den kreierten Rezepten wollen wir die Küche an die Natur anpassen. Hauptziele dieses Projektes waren, traditionelle burgenländische Rezep-

te zu sammeln, Verpackungssysteme für die Haltbarkeit der Gänseprodukte zu finden und Gänse, die nicht als marktgängige Frischeware verkauft werden können, zu verwerten. Außerdem soll das burgenländische Wappentier auch ganzjährig als ‚Gans im Glas‘ für Touristen, auf Messen und Ausstellungen verfügbar sein. Auch Kleinhaushalte, denen eine ganze Gans zu viel ist, sollen trotzdem in den Genuß der burgenländischen Weidegans kommen können“, berichtet Christian Reicher, Projektleiter Bezirk Güssing/Jennersdorf.

Die erarbeiteten Konzepte und Informationen über die burgenländische Weidegans sowie die gesammelten Rezepte zu dem Projekt „Gans im Glas“ sind in der Broschüre „Gans gut – Weidegans im Glas“ nachzulesen. Traditionell und neu interpretierte Gerichte wie WeideGanslaufstrich, Jiddysche WeideGänseleber, Gänserillet „Marie“ von der WeideGans, Uhdler WeideGansl oder WeideGanslbeuschl sind nur einige Spezialitäten, die in der Broschüre zu finden sind. Die Produkte selbst werden voraussichtlich noch dieses Jahr direkt bei den Gänsebauern und Bauernläden erhältlich sein.

Das Projekt wurde über den Cluster „Produktentwicklung, -präsentation und -vermarktung für regionale landwirtschaftliche Qualitätserzeugnisse“ innerhalb des Netzwerks Kulinarik finanziert. ■

<https://bgld.lko.at/>

Marko Feingold †

Mit dem ältesten Holocaustüberlebenden verstarb eine eindrucksvolle Symbolfigur im 107. Lebensjahr.

Marko Feingold wurde am 28. Mai 1913 in Neusohl, in der heutigen Slowakei, geboren und wuchs in der Wiener Leopoldstadt auf. Nach der Machtergreifung der Nationalsozialisten wurde er verhaftet, 1939 in der Tschechoslowakei eingesperrt und 1940 in das Vernichtungslager Auschwitz deportiert. Über die Konzentrationslager Neuen-gamme und Dachau kam er schließlich 1941 nach Buchenwald, wo er die Befreiung erlebte. Nach der Befreiung durch die Alliierten verschlug es ihn, durch einen Zufall, nach Salzburg. Dort war er seit dem Jahr 1979 Präsident der Israelitischen Kultus-gemeinde.

Bundespräsident Alexander Van der Bellen

Bundespräsident Alexander Van der Bellen zeigt sich vom Tod Marko Feingolds tief betroffen: „Marko Feingold hat vier Konzentrationslager überlebt: Auschwitz, Neuen-gamme, Dachau und Buchenwald. Er war als Überlebender des Terrors des NS-Regimes ein wichtiger Zeitzeuge und hat sich dieser Aufgabe noch bis ins hohe Alter mit großem Engagement gestellt. Vor allem die Diskussion mit jungen Menschen war ihm ein besonderes Anliegen. Für die Aufklärung und das Anliegen ‚Niemals wieder‘ hat er alles gegeben. Gleichzeitig hat sich Marko



Foto: BKA / Dragan Tatic

Am 28. Mai 2018 gratulierte der damalige Bundeskanzler Sebastian Kurz dem Präsidenten der Israelitischen Kultusgemeinde Salzburg, Marko Feingold, zu dessen 105. Geburtstag.

Feingold stets für eine positive Entwicklung unseres Landes in einem friedlichen Europa eingesetzt. Meine Gedanken sind in dieser Zeit bei seiner Familie, der ich mein tiefstes Mitgefühl aussprechen möchte“, sagt der Bundespräsident.

Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka

Mit Marko Feingold starb der „älteste österreichische Überlebende der Gräueltaten des Nationalsozialismus, gleichsam ein bedeutender Zeitzeuge des Holocaust“, erklärte Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka. Feingold war weit über die Grenzen Salzburgs und Österreichs hinaus eine Symbolfigur, der Zeit seines Lebens nicht müde wurde, seine Geschichte und Erfahrungen weiterzutragen und eine mahnende Stimme in und für unsere Gesellschaft zu sein. Im Kampf gegen jede Form von Antisemitismus und Rassismus wird Marko Feingold immer eine große Bedeutung haben. Es liegt an uns, Lebensgeschichten wie die seine weiterzutragen, damit auch kommende Generationen ihre Lehren daraus ziehen und ihr Bewusstsein für den sensiblen Umgang mit der Geschichte geschärft wird.“

Dem Holocaustüberlebenden Marko Feingold, der heuer seinen 106. Geburtstag feierte, war es ein großes Anliegen, seine Erfahrungen jungen Menschen zu vermitteln. Er war daher immer als Zeitzeuge aktiv, traf regelmäßig SchülerInnen und besuchte im



© Wikipedia / / Cc-by-sa-3.0 / Werner100359

Marko Feingold am 22. April 2015 bei einem Vortrag in der Salzburger Synagoge vor 14jährigen SchülerInnen einer Neuen Mittelschule

Personalia

Jahr 2013 auch die Demokratiewerkstatt des österreichischen Parlaments.

Bei der am 9. Mai 2016 stattgefundenen Gedenkveranstaltung gegen Gewalt und Rassismus im Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus im Historischen Sitzungssaal des Parlaments hob er im Gespräch mit Danielle Spera, der Direktorin des Jüdischen Museums in Wien, folgendes hervor: „Das Wichtigste im Leben ist die politische Einstellung. Das Wichtigste ist die Demokratie. Diktaturen sind immer schlecht, egal ob von links oder von rechts oder auf religiöser Basis.“

ÖVP-Obmann Sebastian Kurz

„Mit Marko Feingold geht ein beeindruckender Mann von uns, der sich als Zeitzeuge und ältester Holocaust-Überlebender stets dafür eingesetzt hat, daß wir die NS-Gräueltaten niemals vergessen“, erinnert Volkspartei-Obmann Sebastian Kurz. Feingold habe als Mahner gegen Faschismus und Antisemitismus Großartiges geleistet.

„Österreich hat Marko Feingold viel zu verdanken, nicht zuletzt aufgrund seines langjährigen Einsatzes als Präsident der Israelitischen Kultusgemeinde Salzburg“, so Kurz.

„Ich bin zutiefst dankbar für meine Begegnungen und Gespräche mit Marko Feingold und es war mir eine große Ehre, seinen 105. Geburtstag im Bundeskanzleramt gemeinsam feiern zu dürfen“, so Kurz. „Sein Humor, aber auch seine mahnenden Worte werden niemals vergessen werden und noch lange nachwirken. Das Ableben Feingolds soll uns nochmal in Erinnerung rufen, daß Österreich eine besondere Verantwortung im Umgang mit Antisemitismus und dem Gedenken an die Grausamkeiten des Holocaust trägt“, so Kurz.

„Ich werde sein Andenken auch dadurch ehren, daß seine Werte und seine menschliche Haltung mir Vorbild bleiben und meine Politik leiten werden“, schließt Kurz.

SPÖ-Vorsitzende Pamela Rendi-Wagner

SPÖ-Bundesparteivorsitzende Pamela Rendi-Wagner und der damalige SPÖ-Bundesgeschäftsführer Thomas Drozda sind tief betroffen über das Ableben des Holocaust-Zeitzeugen Marko Feingold. „Mit Marko Feingold verliert Österreich einen bis zuletzt aktiven und engagierten Zeitzeugen und Mahner, der unschätzbar Wichtiges für unsere Demokratie und die so wichtige Erinnerungsarbeit geleistet hat.“ Marko Feingold, der vier Konzentrationslager überlebt hat,



Foto: Parlamentsdirektion / Johannes Zinner

Gedenktag gegen Gewalt und Rassismus im Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus am 9. Mai 2016 im Parlament: Danielle Spera, Direktorin des Jüdischen Museums Wien, im Gespräch mit dem Präsidenten der Israelitischen Kultusgemeinde Salzburg, Marko Feingold

„hat sich im besonderen Maße um die Aufarbeitung des Holocaust und die Demokratie verdient gemacht. Persönlichkeiten wie Marko Feingold ist es zu verdanken, daß die Erinnerungen an die unfassbaren Gräueltaten der Nazi-Zeit nicht verblassen, sondern weitergegeben werden, damit die nachfolgenden Generationen niemals vergessen“, betonte Rendi-Wagner. Drozda unterstrich: „Mit Marko Feingold verlieren wir einen wichtigen Zeitzeugen und Kämpfer für Demokratie und Menschlichkeit, dessen unermüdlicher Einsatz gegen das Vergessen gar nicht hoch genug geschätzt werden kann.“

FPÖ-Obmann Norbert Hofer

„Tief betroffen“ zeigte sich FPÖ-Bundesparteivorsitzender Norbert Hofer vom Ableben des Präsidenten der Israelitischen Kultusgemeinde Salzburg, Marko Feingold. „Marko Feingold hat den Nationalsozialismus als schrecklichstes Verbrechen der Menschheit erlebt und überlebt. Sein Wirken und seine Erzählungen waren beeindruckend, aber auch erschütternd und dienen uns allen als Warnung, daß sich so ein dunkles Kapitel unserer Geschichte nie mehr wiederholen darf. Mein tiefes Mitgefühl gilt seinen Angehörigen und seinen Freunden“, so Hofer.

NEOS-Klubobfrau Beate Meinl-Reisinger

Mit tiefer Betroffenheit reagiert NEOS-Klubobfrau Beate Meinl-Reisinger auf den Tod von Marko Feingold. „Marko Feingold hat sich sein gesamtes Leben aktiv und engagiert für jüdische Überlebende des Holocausts, in der Israelitischen Kultusgemeinde,

in Schulen und Gemeinden für Bildung und Aufklärung eingesetzt. Er hat über politische Grenzen hinweg das Gespräch gesucht. Heute ist es wichtiger denn je, sich das ins Gedächtnis zu rufen. Ich verneige mich in tiefem Respekt vor seinem Wirken und seiner Tatkraft und spreche seiner Familie, seinen Angehörigen, Freundinnen und Freunden mein tiefstes Beileid aus. Er wird uns und den nächsten Generationen fehlen.“

IKG Präsident Oskar Deutsch

„Nicht nur die jüdischen Gemeinden Österreichs, sondern ganz Österreich haben heute einen ganz besonderen Menschen verloren. Einen Lehrer, Aufklärer, Mahner und vor allem einen wunderbaren Menschen und einen Freund“, sagt IKG Präsident Oskar Deutsch. „In dieser schweren Zeit sind unsere Gedanken bei seiner Familie, vor allem seiner Frau Hanna und seiner Gemeinde. Wir werden ihn alle schmerzlich vermissen.“

Landeshauptmann Wilfried Haslauer

„Er war ein Brückenbauer und Vermittler, der trotz schlimmster persönlicher Erfahrungen immer das Menschliche, das Verbindende und die Freude am Leben in den Vordergrund gerückt hat“, betonte Landeshauptmann Wilfried Haslauer anlässlich des Ablebens von Marko Feingold, dem bis zu seinem Tod ältesten Salzburger. „Mit Marko Feingold verliert Salzburg eine ungemein sympathische und positive Persönlichkeit, die bis zuletzt am gesellschaftlichen Leben in Salzburg regen Anteil genommen hat.“ ■

https://de.wikipedia.org/wiki/Marko_Feingold

NÖ: Goldene Komturkreuze

LH Mikl-Leitner: Zwei Persönlichkeiten, die für Niederösterreich viel getan und geleistet haben: Generaldirektor Johann Marihart und Botschafter Günther Granser

Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner überreichte am 8. Oktober das „Goldene Komturkreuz des Ehrenzeichens für Verdienste um das Bundesland Niederösterreich“ an Generaldirektor Johann Marihart, Vorstandsvorsitzender der Agrana, sowie an Botschafter Professor Günther Granser.

„Mit Generaldirektor Johann Marihart und Botschafter Günther Granser werden heute zwei Persönlichkeiten vor den Vorhang geholt, die viel erreicht und erlebt und auch für Niederösterreich viel getan und geleistet haben“, sagte die Landeshauptfrau. Marihart sei ein Vorzeige-Unternehmer und Top-Manager, der bei Agrana eine „Bilderbuchkarriere“ hingelegt und das Unternehmen mit „ungeheurem Einsatz und großer Kompetenz“ zu einem nationalen und internationalen Player gemacht habe, so Mikl-Leitner und skizzierte den beruflichen Werdegang Mariharts. Unter seiner Federführung habe Agrana den Umsatz verzehnfacht und die Zahl der MitarbeiterInnen verdreifacht. Mit Mut, Kompetenz und Herzblut habe Marihart auch alle Hürden genommen, sich immer wieder neuen Herausforderungen gestellt und den Bauern Perspektiven gegeben. Mikl-Leitner: „Johann Marihart verbindet fachliche Kompetenz mit Sensibilität, Fingerspitzengefühl und Handschlagqualität, der es auch versteht, Menschen zusammenzubringen und ihnen Wertschätzung entgegenzubringen.“

Günther Granser bezeichnete die Landeshauptfrau als einen Diplomaten von Welt, der die Welt kennt und den die Welt kennt. Der international viel bewegt und bewirkt habe und auf dem „internationalen Parkett trittsicher ist“. Im Rahmen seiner langjährigen beruflichen Aktivitäten und internationalen Tätigkeiten habe sich Prof. Granser im hohen Maße um das Land Niederösterreich verdient gemacht, wirtschaftliche und kulturelle Zusammenarbeit ermöglicht und heimischen Unternehmen Türen geöffnet. Die Landeshauptfrau dankte ihm auch für sein langjähriges Engagement beim Europaforum Wachau, beim Bürgermeistertag in Wieselburg und dem Festival Grafenegg sowie für seinen Einsatz und seine Unterstützung von Brauchtum, Traditionspflege und Kultur in Niederösterreich.



Foto: NLK / Filzwieser

Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner mit Botschafter Professor Günther Granser (l.) und Generaldirektor Johann Marihart, Vorstandsvorsitzender der Agrana

In seinen Dankesworten bezeichnete sich Granser als Niederösterreicher, auch wenn sein Geburtsort Gmunden sei und erinnerte an seine Vorfahren, die aus dem Waldviertel stammten sowie an seine Verbundenheit mit dem Ötscherland. Zu seinen prägendsten Erlebnissen gehörten persönliche Treffen mit Leopold Figl.

Marihart bot einen Rückblick auf seine Anfangsjahre bei Agrana in Gmünd. Mit dem Fall des Eisernen Vorhanges und dem EU-Beitritt Österreichs sei Niederösterreich „von exponierter Lage ins Zentrum gerückt“. Der Erfolgsweg Niederösterreichs sei auch dadurch begründet, daß sich das Land zeitgerecht auf die neue europäische Perspektive vorbereitet habe.

Johann Marihart wurde 1950 in Eggenburg geboren. Nach dem Studium der Technischen Chemie begann er seine Karriere 1975 in der Agrana Zuckerfabrik in Leopoldsdorf im Marchfeld. Seit 1988 ist Marihart Mitglied des Vorstandes der Agrana und seit 1992 dessen Vorsitzender. Neben seiner Tätigkeit bei Agrana bekleidete bzw. bekleidet Marihart viele weitere Funktionen in der Wirtschaft, unter anderen als Vorstandsmitglied des weltweiten größten Zuckerproduzenten, der Südzucker AG mit Sitz Mannheim, als Präsident des CEFS (Komitée europäischer Zuckerfabrikanten) in Brüssel

und als Präsident der Industriellenvereinigung Niederösterreich sowie als Generalrat der Österreichischen Nationalbank und als Universitätsrat der BOKU. Darüber hinaus ist Marihart Aufsichtsratsmitglied in verschiedenen Unternehmen und Präsident des Aufsichtsrats der Spanischen Hofreitschule.

Günther Granser, geboren 1944 in Gmunden, studierte in Wien und Triest Wirtschaftswissenschaften und steht als Präsident dem Internationalen Kuratorium der OiER – Organisation für Internationale Wirtschaftsbeziehungen mit Konsultativstatus beim Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen, beim Europarat und der UNIDO vor. Außerdem ist Granser Vorsitzender der Alpen-Adria Wirtschaftsförderungsgesellschaft und Vizepräsident der Österreichisch-Deutschen Kulturgesellschaft. Darüber hinaus ist Granser unter anderem geschäftsführender Vorstand der United Global Academy (UGA), Mitglied des Vorstandes beim Donaueuropäischen Institut Wien und als Magistralgroßkreuzritter des Souveränen Malteserordens der Ständige Beobachter des Ordens im Rang eines Botschafters bei den Vereinten Nationen in Wien. Er ist auch Autor und Herausgeber von Büchern, Zeitschriften und Aufsätzen im Bereich internationale Beziehungen und Organisationsmanagement. ■ <http://www.noel.gv.at>

Kristina Sprenger und Peter Zoller zeigen die Kraft Tirols

Auszeichnung »Tirolerin und Tiroler des Jahres 2019« bei Tirol-Empfang in Wien



Foto: Land Tirol / Karlovits

Julian Hadschieff, Präsident des Club Tirols, Intendantin Schauspielerin Kristina Sprenger, Quantenphysiker Peter Zoller und Landeshauptmann Peter Platter nach der Überreichung der Rising Stars von Swarovski in Wien

Beim „Tirol-Empfang“ des Landes am 18. Oktober in der Aula der Wissenschaften in Wien lautete das Motto „Spüre die Kraft Tirols“. Im Fokus stand nicht nur ein vielseitiger Blick auf Tirol als Zentrum für das nachhaltige Entwickeln, Gestalten und Erleben der Zukunft des alpinen Lebensraumes: Zahlreiche Gäste aus Politik, Wirtschaft, Kultur und Gesellschaft folgten der Einladung von Landeshauptmann Günther Platter und Club Tirol-Präsident Julian Hadschieff auch, um gemeinsam die Tirolerin und den Tiroler des Jahres 2019 zu feiern: Von Land Tirol und Club Tirol verliehen, ging die diesjährige Auszeichnung an die Schauspielerin Kristina Sprenger und den Physiker Peter Zoller. Ihnen wurde der „Rising Star“ der Swarovski Kristallwelten überreicht.

Gratulationen an die Tirolerin und den Tiroler des Jahres 2019

„Wo immer viele Tirolerinnen und Tiroler zusammenkommen, ist die Kraft Tirols spürbar. Unser Land hat sich nicht nur als Sport- und Urlaubsregion Nummer Eins der

Alpen weltweit positioniert, sondern mit vielen Spitzenleistungen aus unterschiedlichsten Bereichen. Die heurige Auswahl der Tirolerin des Jahres und des Tirolers des Jahres zeigt, wie vielfältig unser Land ist. Es freut mich, mit Kristina Sprenger und Peter Zoller zwei herausragende Persönlichkeiten auszeichnen zu dürfen“, sagte Platter und verwies auf die Jury-Begründung: „Die Soko-Kitzbühel-Darstellerin Kristina Sprenger zählt heute zu den wohl bekanntesten Schauspielerinnen Österreichs, die auch abseits der TV-Bildschirme beachtliche Schauspielleistungen und ein einzigartiges Talent vorweisen kann. Auch auf der Theaterbühne zieht sie die Besucherinnen und Besucher in ihren Bann. Als erfolgreiche Intendantin des Stadttheaters Berndorf in Niederösterreich überzeugt sie zudem mit einem ausgesprochenen kreativen Gespür für zeitgenössische Darbietungen“, so Platter. Sprenger war bereits in 177 Soko-Kitzbühel-Folgen zu sehen.

Dann sprach der Landeshauptmann Peter Zoller seine Glückwünsche aus: „Die Quantenphysik ist eine der herausforderndsten

Bereiche der Physik. Es ist beachtlich, was Peter Zoller mit seinen Forschungskollegen und -kolleginnen auf diesem Gebiet bereits leistet. Österreich ist in der Quantenphysik weltweit angesehen und auch in Tirol haben wir ein herausragendes Zentrum, in welchem Top-Forscherinnen und Top-Forscher vereint sind. Peter Zoller prägt diese ganzheitliche Entwicklung maßgeblich mit.“

Julian Hadschieff, Präsident des Club Tirols, freute sich mit den PreisträgerInnen: „Die Kraft Tirols verbindet und strahlt mit unseren heurigen Preisträgern wieder weit über die Grenzen des Bundeslandes hinaus, diesmal in den Bereichen Kunst und Wissenschaft. Kraft ist ein grundlegender Begriff in der Physik, wo der Tiroler Peter Zoller international zu den Superstars der Quantenphysik zählt. Und Kraft ist auch eine Grundvoraussetzung für die erfolgreiche Intendanz einer Theaterbühne sowie das publikumswirksame Lösen kniffliger Kriminalfälle in den Tiroler Bergen – wie uns das die Innsbruckerin Kristina Sprenger beeindruckend bewiesen hat.“

Die Kraft Tirols in verschiedenen Gesellschaftsbereichen

Ob Wirtschaft, Tourismus oder Wissenschaft – für LH Platter ist die Kraft Tirols an Abenden wie dem Tirol-Empfang in Wien besonders spürbar: „Tirol ist mehr als Natur, Tradition und Tourismus. Wir sind auch ein starker Wissenschafts- und Wirtschaftsstandort, der international geschätzt wird.“ Daß Kräfte gebündelt werden, ist dem Landeshauptmann ein besonderes Anliegen: „Wir haben viele Stärkenfelder und ich bin davon überzeugt, daß die Vernetzung unserer Stärken Tirol weiter voranbringt.“ So sind Tirol Werbung, Agrarmarketing Tirol und Standortagentur Tirol unter dem Dach der Lebensraum Tirol Holding vereint. Gleichzeitig sei Tirol auch starker Standort für Kunst und Kultur: „Wie das vergangene Maximilian-Jahr zeigte, ist Tirol reich an kulturellen Schätzen. Unser Land besticht aber auch durch Spitzenleistungen in den diversen Bereichen und herausragenden Persönlichkeiten. Das zeigt sich auch am heutigen Abend“, sagte Platter.

Kristina Sprenger

wurde 1976 in Innsbruck geboren und lebt heute in Niederösterreich und Wien. Mit 15 Jahren nahm sie professionellen Schauspielunterricht am Landestheater Innsbruck und studierte nach der Matura am Konservatorium Wien. Bereits während ihres Studiums stand sie auf zahlreichen Bühnen und war mit mehreren Stücken wie Hamlet oder La Cage aux Folles auf Tournee. Im Jahr 2000 schloss sie ihr Diplomstudium mit Auszeichnung ab und spielte im selben Jahr bei den Tiroler Volksschauspielen Telfs. Seit 2001 ist Kristina Sprenger im Fernsehen zu sehen. Nach 13 Jahren Serienarbeit zog sie es wieder ins Theater: Seither ist sie Intendantin des Stadttheaters Berndorf. Nach wie vor steht Kristina Sprenger auch vor der Kamera und tourt zudem mit Lesungen und Programmen durch Österreich. Sie wurde bereits mit dem Romy, dem Cine Tirol Award und dem Ehrenzeichen in Gold der Stadt Kitzbühel ausgezeichnet.

Peter Zoller

wurde 1952 geboren. Er ist theoretischer Physiker und arbeitet auf dem Gebiet der Quantenoptik und Quanteninformation. Er schloss sein Studium 1977 in Innsbruck ab und habilitierte im Jahr 1981.

Peter Zoller war nicht nur an der Universität Innsbruck tätig: Er unterrichtete zudem an der Universität Colorado. Auch in Beirä-

ten des Physics Frontier Centers sowie im Beirat des Arnold Sommerfeld Center for Theoretical Physics der Universität München ist Zoller tätig. Bei drei FWF (Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung)-Projekten war Peter Zoller maßgeblich miteingebunden – zahlreiche Auszeichnungen und verliehene Mitgliedschaften, beispielsweise die Ehrendoktorwürde an der Universität Colorado Boulder, der Micius

Quantum-Preis, der John Steward Bell Prize, der Norman F. Ramsey Prize, der Wolf-Preis in Physik, der Hamburger Preis für Theoretische Physik oder der Willis-E.-Lamb-Preis, sind Peter Zoller zu eigen.

Heute ist er Physikprofessor an der Universität Wien und seit Juli 2019 Direktor des Instituts für Quantenphysik und -information der Österreichischen Akademie der Wissenschaften. ■

Lebensretter in Kroatien

Landeshauptmann Stelzer ehrte oberösterreichisches Ehepaar, das in Kroatien zu Lebensrettern wurde



Foto: ÖÖ / Max Mayrhofer

Luise und Johannes Ringdörfer waren bei Landeshauptmann Thomas Stelzer zu Gast

Nach drei Jahrzehnten verabschiedete sich Luise Ringdörfer aus dem oberösterreichischen Landesdienst in die Pension. Beim wohlverdienten Urlaub zum Ende ihrer Berufslaufbahn wurden sie und ihr Ehemann Johannes sogleich zu Lebensrettern.

Dem geistesgegenwärtigen Handeln von Johannes und Luise Ringdörfer hat der Urlauber in Kroatien sein Leben zu verdanken: Das Ehepaar aus Wartberg ob der Aist war ebenfalls in der Nähe von Porec, Kroatien, auf Urlaub, als sie Hilfeschreie aufhorchen ließen. Johannes Ringdörfer zögerte keine Sekunde und tauchte mit einem weiteren Urlauber sogleich nach der bewußtlosen Person. Luise Ringdörfer setzte währenddessen am Land die Rettungskette in Gang, verständigte die Einsatzkräfte und rief in der näheren Umgebung um Hilfe. Durch ihren Einsatz fand sich ein Arzt, der hinzukam und ebenfalls half, bis der Notarzt eingetroffen war.

Für Johannes Ringdörfer ist ein derart beherztes Eingreifen eine Selbstverständlich-

keit: Als Feuerwehrmann ist er es gewohnt, in schwierigen Situationen einen kühlen Kopf zu bewahren und sich für andere einzusetzen.

Landeshauptmann Thomas Stelzer dankte den beiden Lebensrettern mit einer Dankes- und Anerkennungsurkunde des Landes Oberösterreich. „Ich bin dem Ehepaar Ringdörfer dankbar, daß sie durch ihr rasches Handeln einem weiteren Urlauber das Leben retten konnten. Ihnen gehört mein Respekt, sie sind ein Vorbild für alle Mitmenschen in unserem Bundesland sowie für das Land Oberösterreich, selbst im Ausland“, so der Landeshauptmann beim Austausch mit dem Ehepaar. Das Ehepaar selbst wird diesen Urlaub nie vergessen: Sie waren froh, durch ihren Einsatz ein Leben retten zu können. „Wie wir bei diesem Vorfall leider selbst miterlebten, ist es offenbar keine Selbstverständlichkeit mehr, zu helfen anstatt zuzusehen. Wir sind daher stolz, unser Bundesland so positiv im Ausland vertreten zu haben“, so das Ehepaar Ringdörfer. ■

Ehrenbürger der Stadt Wien

Als Ehrenbürger wird Alt-Bürgermeister Michael Häupl auch auf der Ehrentafel im Rathaus verewigt werden

Er prägte die Stadt und die Kommunalpolitik wie kein anderer Bürgermeister vor ihm: Michael Häupl war von 1994 bis 2018 Wiens Stadtoberhaupt. In den 24 Jahren seiner Amtszeit führte er Wien in die EU, begleitete das Wachstum und den Erfolg der Stadt hin zu einer weltoffenen Metropole mit der höchsten Lebensqualität weltweit. Sein politischer Scharfsinn, seine legendären Sager wie „Mei Wien is net deppert“ und seine Leidenschaft für die Stadt und ihre BewohnerInnen machten Häupl zum Kult-Bürgermeister. Zu seinem 70. Geburtstag wurde er nun zum Ehrenbürger der Stadt ernannt.

Am 13. September wurde Michael Häupl von seinem Nachfolger und Wiener Bürgermeister Michael Ludwig die Urkunde für die Ehren-Bürgerschaft der Stadt Wien überreicht. An der Ehrung im Stadtsenatssitzungssaal im Rathaus nahmen hochrangige Gäste aus Politik, Kultur, Wirtschaft und Medien teil – darunter Wegbegleiter wie die ehemaligen Vizebürgermeister Renate Brauner, Grete Laska und Bernhard Görg, Landtagspräsidenten Ernst Woller, Harry Kopietz, ÖGB-Chef Wolfgang Katzian sowie die Mitglieder der vergangenen und aktuellen Stadtregierung. Außerdem gratulierten der ehemalige Bundeskanzler Franz Vranitzky, die ehemaligen Landeshauptleute Erwin Pröll aus Niederösterreich und Hans Niessl aus dem Burgenland sowie Wirtschaftskammer-Wien Präsident Walter Ruck. Die Laudatio hielt Ex-Raiffeisen-Generaldirektor und ehemaliger Flüchtlingskoordinator Christian Konrad.

Bürgermeister Michael Ludwig strich die Verdienste seines Vorgängers Michael Häupl für die Stadt hervor, die regelmäßig in Rankings und Städtevergleichen zu Lebensqualität und Innovation die vordersten Ränge belegt. Häupl hätte in seiner Zeit als Stadtoberhaupt viele Visionen für die Stadt umgesetzt und Vieles auf den Weg gebracht. Ludwig versicherte seinem Vorgänger, er werde sein Erbe fortführen und die Stadt schöpferisch weiterentwickeln.

Er werde „keine Bewerbungsrede“ halten, sagte Laudator Konrad. Er strich das besondere Charisma, das Selbstbewusstsein und insbesondere die Haltung von Alt-Bürgermeister Häupl hervor. Als Wissenschaftler sei



Foto: PID / C. Jobst

v.l.: Erwin Pröll (Alt-Landeshauptmann von Niederösterreich), Alt-Bürgermeister Michael Häupl, Hans Niessl (Alt-Landeshauptmann vom Burgenland) Bürgermeister Michael Ludwig



Foto: PID / C. Jobst

Alt-Bürgermeister Michael Häupl (r.) und sein Nachfolger Bürgermeister Michael Ludwig

er davon geprägt gewesen, komplexe Probleme mit Intellekt zu lösen, strategische Überlegungen dem Bauchgefühl vorzuziehen, und habe diese Herangehensweise auf die Politik angewandt. Den Beitritt zur EU und den Fall des Eisernen Vorhangs hätte Häupl als Chance erkannt und für die Stadt genutzt. In seinen 24 Jahren als Stadtoberhaupt – übrigens die bislang längste Amtsperiode eines demokratisch gewählten Wiener Bürgermeisters – hätte er mit Lust und Leidenschaft für die Stadt gearbeitet. Für den 70. Geburtstag wünschte Konrad: „Genieß den Ehrenbürger und den Spritzwein.“

Michael Häupl nutzte seine Dankesrede für eine Appell an seine PolitikerkollegInnen: Sie sollten auch in Wahlkampfzeiten Vorbilder sein und respektvoll auch in der Wortwahl miteinander umgehen. Deshalb sehe er einige seiner „Sager“ im Nachhinein auch selbstkritisch. Ein Vorbild für respektvolles Miteinander sei auch die Sozialpartnerschaft. Es gelte pfleglich mit dem Instrument umzugehen, schließlich sei sie mit der Demokratie einer der Grundpfeiler für den Wohlstand des Landes. Besonders stolz zeigte sich Häupl, daß es Wien gelungen sei, die Chancen, die der EU-Beitritt gebracht hat zu ergreifen. Wichtig sei auch, daß Wien sich zu einer Wissenschafts-Stadt gewandelt hätte. Wien als Stadt des Wissens sei das Kapital für den künftigen Wohlstand der kommenden Generationen. Abschließend bedankte er sich bei den WienerInnen, die es ihm erlaubt hätten, über eine so lange Zeit der Stadt als Bürgermeister vorzustehen und für Wien arbeiten zu dürfen.

Als Ehrenbürger wird Michael Häupl auch auf der Ehrentafel im Rathaus verewigt, im Verbindungsgang zwischen Bürgermeister-Büro und Steinsaal, dem „Vorzimmer“ zum Stadtsenatssitzungssaal und Ort der wöchentlichen Bürgermeister-Mediengespräche während seiner Amtszeit. ■

https://de.wikipedia.org/wiki/Michael_H%C3%A4upl

Neuer evangelischer Bischof

Michael Chalupka in sein Amt eingeführt – Einsatz für Klimagerechtigkeit aus dem Glauben heraus – »Bei der Verantwortung für den ökologischen Fußabdruck wollen wir Vorreiter sein«



Foto: epdÖ / Simon Reinsborough

v.l.: Altbischof Michael Bünker, Bischof Michael Chalupka und Synodenpräsident Peter Krömer unmittelbar nach der Amtseinführung.

Mit einem Festgottesdienst in der Wiener Gustav-Adolf-Kirche wurde der neue evangelisch-lutherische Bischof Michael Chalupka am 13. Oktober in sein Amt eingeführt. Vor zahlreichen Festgästen aus Kirchen, Politik und öffentlichem Leben ging Chalupka in seiner Predigt auf den Kampf gegen den Klimawandel und den Beitrag der Kirchen ein. In die Klimadebatte könnten Kirchen „Zuversicht und Verantwortung“ einbringen, bei der Verantwortung für den ökologischen Fußabdruck „wollen wir Vorreiter, nicht Nachzügler, sein“, sagte der neue Bischof.

Die Amtseinführung nahm Chalupkas Vorgänger, Michael Bünker vor, der im September in den Ruhestand getreten war. Grußworte an den neuen Bischof richteten Bundespräsident Alexander Van der Bellen und Bundeskanzlerin Brigitte Bierlein. Der 59-jährige Chalupka war im Mai von den Delegierten der Synode in das höchste Leitungsamt der Evangelischen Kirche A.B. in Österreich gewählt worden.

Klimakrise »Ernstfall für das, was Gott von seiner Kirche will«

Die Klimakrise bezeichnete Chalupka in seiner Predigt als den „aktuellen Ernstfall für das, was Gott grundsätzlich von seiner Kirche und für diese Welt will“. Daß Gott einen Bund mit den Menschen eingegangen sei, hebe diese nicht über die Schöpfung hinaus, „wir sind vielmehr Teil der Schöpfung“, verbunden mit allem. Im Bund Gottes zu leben bedeute für den Menschen daher eine besondere Verantwortung. Zugleich lasse ihn Gott mit dieser Verantwortung nicht alleine, denn Gott verspreche „ein Gott des Lebens zu sein, der den Kreislauf des Lebens achtet und bewahrt“.

Kirchen könnten dazu beitragen, Zuversicht und Verantwortung in die Klimadebatte zu bringen, die auf der einen Seite häufig von Angst, auf der anderen von einer Leugnung der Fakten gekennzeichnet sei. Die Änderung des persönlichen Verhaltens und politische Maßnahmen seien keine ausschließenden Alternativen, sondern gleichermaßen not-

wendig, ist Chalupka überzeugt: „Damit die Politik die nötigen Maßnahmen setzt, braucht es Signale der Bürger und Bürgerinnen an sie: Wir wollen Klimagerechtigkeit, und wir sind bereit, dafür etwas zu tun und unsere Lebensweise zu ändern.“ Bei der Verantwortung für den eigenen ökologischen Fußabdruck „wollen wir Vorreiter sein und nicht Nachzügler“, betonte der Bischof. Es sei „gute evangelische Tradition, in Freiheit Verantwortung zu übernehmen“, so Chalupka, „wir müssen nicht darauf warten, bis politische Regelungen uns dazu zwingen“. Der Einsatz für Klimagerechtigkeit geschehe aus dem Glauben heraus: „Getragen vom Segen, den Gott auf uns Menschen und seine ganze Schöpfung gelegt hat.“

Das Bischofsamt wirke „in der Kirche und für die Kirche, damit die Kirche in der Welt und für die Welt glaubwürdig und wirkungsvoll die Vision vom guten Leben für alle lebt“, sagte Chalupkas Vorgänger im Bischofsamt, Michael Bünker, bei der Amtseinführung. Bischöfinnen und Bischöfe, so

Religion und Kirche

Bünker, setzten sich ein für die Einheit, für die Weitergabe des Glaubens, gingen in der Bezeugung des Evangeliums voran und bewirkten, „daß Menschen sich gegenseitig helfen und unterstützen“.

Symbolisch wurde der Wechsel mit der Überreichung des Amtskreuzes von Bünker an Chalupka vollzogen. Synodenpräsident Peter Krömer verlas die offizielle Bestellungsurkunde.

Van der Bellen: »Starke Stimme« der Evangelischen Kirche in Europa

Bundespräsident Alexander Van der Bellen hob in seinem Grußwort das verbindende Moment hervor, das Chalupka selbst nach seiner Wahl zum Bischof betont hatte: „Dieses Verbindende ist für uns alle unverzichtbar. Nur so bleiben wir eine Gemeinschaft. Das gilt gleichsam für Kirchen und Politik.“ Van der Bellen würdigte zudem die „starke Stimme“ der Evangelischen Kirche in Europa und sprach seine Zuversicht aus, daß Chalupka die „ökumenische, europäische und auch globale Dimension der Evangelischen Kirche weiterentwickeln“ werde. Michael Chalupka habe er als einen Menschen erlebt, der „klar, mutig und unmißverständlich für die Würde jedes einzelnen Menschen eintritt und dem ein geschwisterliches Miteinander wichtig ist“, sagte der Bundespräsident.

Bierlein: Freiheit der Religionsausübung unverzichtbares Grundrecht

Bundeskanzlerin Brigitte Bierlein nahm in ihrem Grußwort auf Chalupkas Predigt und den kirchlichen Auftrag in Sachen Klimawandel Bezug: „Den Kirchen ist die Bewahrung der Schöpfung ein besonderer Auftrag und Kern der Identität.“ An den „Umgang mit unserer Welt, mit den uns geschenkten Ressourcen, aber auch den solidarischen Umgang miteinander“ knüpften sich wichtige Zukunftsfragen. Die Evangelische Kirche sei „Teil der österreichischen Gesellschaft. Die Freiheit der Religionsausübung, so Bierlein weiter, gehöre „zu den unverzichtbaren Grundrechten eines freien und säkularen Verfassungsstaates“. Diese Freiheit sei in der Geschichte „unter großen Schwierigkeiten“ errungen worden. „Sie zu gewährleisten ist und bleibt wichtiger Bestandteil unserer Verfassung und aller Verantwortungsträger“, unterstrich die Bundeskanzlerin. Abschließend dankte Bierlein der Evangelischen Kirche, aber auch allen anderen Kirchen und Religionsgemeinschaften, für die „unverzichtbaren Leistungen“ für das Gemeinwohl.



Foto: epdÖ / Simon Rainsborough

Bischof Michael Chalupka

Persönliche Segensworte für Chalupka sprachen VertreterInnen verschiedener kirchlicher Arbeitsbereiche sowie Repräsentanten von Kirchen und Ökumene in Österreich sowie aus mehreren europäischen Ländern, darunter etwa der in der römisch-katholischen Bischofskonferenz für Ökumene zuständige Bischof Manfred Scheuer, Diakoniedirektorin Maria Moser oder der estnische evangelisch-lutherische Bischof Urmas Viilma. Die Liturgie gestalteten Mitglieder des Oberkirchenrates A.u.H.B., bei der Amtseinführung assistierten der oberösterreichische Superintendent Gerold Lehner, die Liesinger Pfarrerin Helene Lechner und die Bischöfin der Evangelischen Kirche von Kurhessen-Waldeck, Beate Hofmann.

Zu hören waren im Gottesdienst der Wiener Albert Schweitzer Chor, das Blechbläserensemble der Johann Sebastian Bach Musikschule (JSBM), die POPAK Gospel Band der Popakademie der JSBM und die vereinigten Posaunenchorösterreichischer evangelischer Pfarrgemeinden. Die musikalische Gesamtleitung lag bei Landeskantor Matthias Krampe und Hanns Stekel, Direktor der JSBM.

Kultusminister Schallenberg: »Für Klima des Dialogs sorgen«

Mit einem Empfang im Atelierhaus der Akademie der Bildenden Künste fand die Amtseinführung des neuen evangelisch-lutherischen Bischofs Michael Chalupka ihren Abschluß. Vor zahlreichen geladenen Gästen drückte der für Kultusangelegenheiten zuständige Bundesminister Alexander Schallenberg seine Freude über die künftige Zusammenarbeit mit Chalupka aus. Zugleich

fand der Minister aber auch mahnende Worte zur aktuellen Situation von Religionen und Glaubensgemeinschaften: „Es ist unser aller Aufgabe, für ein gesellschaftliches Klima zu sorgen, in dem religiöse Menschen ihren Glauben in Frieden, Freiheit und Sicherheit leben können“, sagte Schallenberg. Er erinnerte dabei an die rechtsextrem motivierten Angriffe auf eine Synagoge in Halle an der Saale in der vergangenen Woche. Es gebe „zerrissene Gesellschaften allenthalben“, in denen es gelte, für „ein Klima des Dialogs zu sorgen“.

Synodenpräsident Krömer: Kritik an Glaubensprüfungen für Asylwerber

„Aus ganzem Herzen, in eigenem Namen und im Namen der Synode, danke ich dafür, daß Du nach Deiner Wahl das Amt angenommen hast und es bereits mit großem Elan wahrnimmst“, sagte Synodenpräsident Peter Krömer beim abendlichen Empfang. Krömer, der als Synodenpräsident bereits mit dem vierten Bischof zusammengearbeitet, erinnerte daran, daß am Tag genau vor 238 Jahren – am 13. Oktober 1781 – formell das Toleranzpatent verabschiedet wurde. Damals, so Krömer, habe es Glaubensprüfungen für Evangelische gegeben. „Heute gibt es Glaubensprüfungen für konvertierte Christen im Asylverfahren, eine äußerst bedenkliche und rechtswidrige Praxis“, betonte der Synodenpräsident.

Die Hallen des Atelierhauses erfüllten die Klänge der Vereinigten Posaunenchorösterreichischer evangelischer Pfarrgemeinden und des Mödlinger Kinderchors „Die Ohrwürmer“. Kontrastreiche musikalische Beiträge kamen weiters vom Chor der internationalen Gemeinden, von den „Rebläusen“, den burgenländischen Family Singers, der Grazer Indie-Band „Kinski“ und der Band der Popakademie.

Zur Person Michael Chalupka

Michael Chalupka wurde 1960 in Graz geboren, studierte Theologie in Wien und Zürich, war Pfarrer in Mistelbach, steirischer Fachinspektor für Religionsunterricht, von 1994 bis 2018 Direktor der evangelischen Hilfsorganisation Diakonie Österreich und anschließend Geschäftsführer der Diakonie Bildung. Im Mai 2019 wurde Chalupka von den Delegierten der Synode zum Nachfolger von Bischof Michael Bünker gewählt. Sein Amt hat er am 1. September angetreten.

Der Evangelischen Kirche A.B. in Österreich gehören rund 278.000 Mitglieder in sieben Diözesen an. ■

<http://www.evangel.at>

Bio-Chip untersucht mechanische Verletzungen

Was passiert, wenn lebendes Gewebe mechanisch beschädigt wird und sich wieder regeneriert? Auf einem Chip kann man das nun genau untersuchen, durch ein Patent der TU Wien.

Eine kleine Verletzung im Gewebe kann große Auswirkungen haben. Viele unserer körperlichen Beschwerden hängen mit biomechanischen Einwirkungen zusammen – von Verletzungen der Haut bis hin zu Gelenks- oder Knorpelentzündungen, die durch übermäßige Beanspruchung entstehen.

Winzige Gewebeschäden waren bisher allerdings schwer zu untersuchen, nicht zuletzt deshalb, weil der Heilungsprozess individuell sehr unterschiedlich sein kann. An der TU Wien wurde nun eine Methode entwickelt, Gewebe in scheckkartengroßen Bio-Chips zu züchten und auf genau definierte Weise mechanischem Streß auszusetzen. Das ermöglicht nicht nur wichtige Grundlagenforschung über Gewebsverletzungen, es öffnet auch die Tür zu besserer individualisierter Medizin: Im Laborversuch kann man etwa ausprobieren, welche Medikamente für eine bestimmte Person am besten sind.

Genau definierte Verletzungen

„Wir haben in unserem Labor mittlerweile viel Erfahrung mit der Herstellung von Geweben – von Knorpeln über Blutgefäße bis hin zu Hautgewebe“, sagt Prof. Peter Ertl, Leiter der Cell-Chip-Forschungsgruppe am Institut für angewandte Synthesechemie der TU Wien. „Wenn man allerdings wissen will, wie diese Gewebe auf mechanischen Streß reagieren, dann muß man einen Weg finden, den Gewebeproben auf sehr kontrollierte und exakt reproduzierbare Weise bestimmte Verletzungen zuzufügen. Genau das macht unser Bio-Chip nun möglich.“

Die Bio-Chips in Peter Ertls Labor bestehen aus transparentem Kunststoff. Sie enthalten Kammern im Durchmesser von wenigen Millimetern, in denen man Gewebe wachsen läßt. Außerdem kann das Gewebe durch feine Leitungen mit Nährstoffen oder auch mit Medikamenten versorgt werden. Um mechanische Verletzungen hervorzurufen, wurde direkt in den Chip eine dünne Membran eingebaut, an der ein fester Mikro-Stempel befestigt ist. Mit Druckluft kann man die

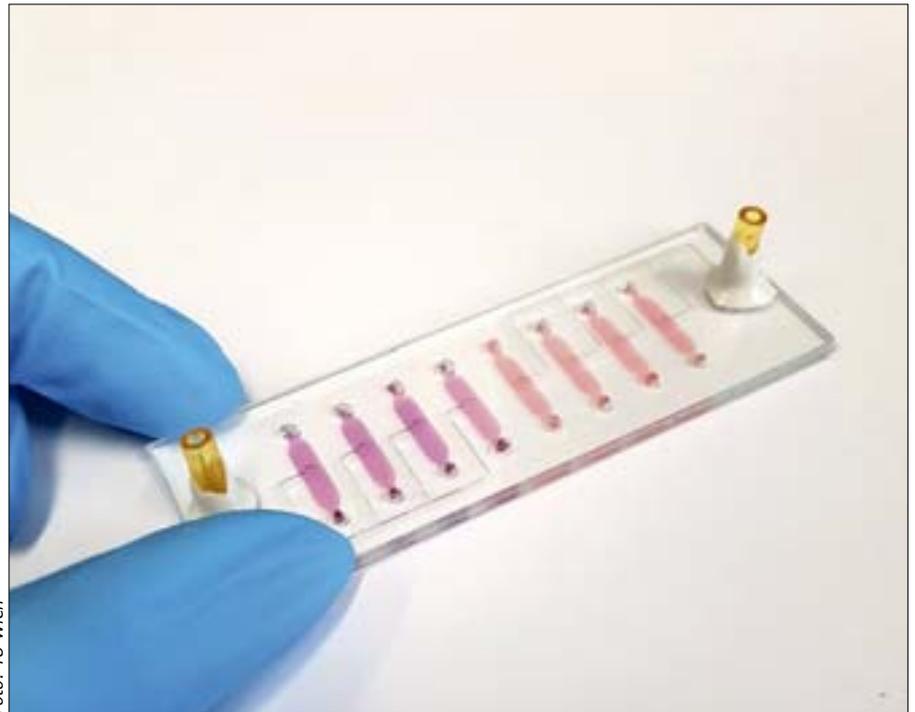


Foto: TU Wien

Die Bio-Chips in Peter Ertls Labor bestehen aus transparentem Kunststoff. Sie enthalten Kammern im Durchmesser von wenigen Millimetern, in denen man Gewebe wachsen läßt.

Membran von außen ansteuern und damit den Stempel ins Gewebe pressen. „Damit ist nun alles möglich, von einer leichten Gewebemassage bis zum Stanzen von Löchern“, sagt Peter Ertl. Damit kann man wichtige Fragen beantworten, die man mit anderen Methoden, beispielsweise in Tierversuchen, gar nicht untersuchen könnte. Man kann im Bio-Chip etwa genau dieselbe Stelle mehrfach verwunden und dadurch herausfinden, wie das Gewebe auf wiederholte schwere Belastung reagiert.

Maßgeschneiderte Medizin

Ganz besonders interessant ist die Bio-Chip-Methode allerdings unter dem Gesichtspunkt der individualisierten Medizin: „Wenn man heute Verletzungen behandelt, dann kann man sich nur nach Durchschnittswerten richten, die bei statistischen Auswertungen ermittelt wurden“, sagt Peter Ertl. „Manchmal ist das aber nicht gut genug. Eine Medikamentendosis, die bei einer Per-

son noch gar keine Auswirkungen hat, ist für jemand anderen vielleicht schon zu viel.“

Gerade für schwierige, chronische Fälle bietet die Bio-Chip-Technologie die Möglichkeit, ganz individuell die beste Lösung herauszufinden. Man kann Zellen entnehmen, sie in Bio-Chips zu mehreren kleinen Gewebestücken heranwachsen lassen und dann präzise austesten, welche Behandlung in diesem konkreten Fall die beste ist.

Diese Bio-Chip-Technologie zur Untersuchung mechanischer Gewebsverletzungen wurde bereits patentiert. „Wir wollen nun mit Firmen aus dem Biotechnologie-Bereich zusammenarbeiten, um die Technologie auf leicht anwendbare Weise auch anderen Forschungslabors zur Verfügung stellen zu können“, sagt Peter Ertl. „Der Bedarf dafür ist jedenfalls da – wir wollen mit unserer Technologie nun einen wichtigen Schritt in Richtung der individualisierten Medizin möglich machen.“

<https://www.tuwien.at/>

Innsbrucker Quantencomputer in der Cloud

Forscher und Industriepartner können ihre Quantensoftware problemlos auf den Innsbrucker Quantencomputern ausführen.



Foto: M. R. Knabl

v.l.: Prof. Peter Zoller (Uni Innsbruck), Markus Hoffmann (Google) und Thomas Monz (AQT)

Die Quantencomputer von Alpine Quantum Technologies (AQT) und Universität Innsbruck unterstützen jetzt das Google-Framework Cirq für die Entwicklung von Quantenalgorithmen. Damit können Forscher und Industriepartner aus aller Welt ihre Quantensoftware auf den Innsbrucker Quantencomputern ausführen.

Quantencomputer versprechen, Probleme zu lösen, die für heutige Supercomputer unerreichbar sind. Das Programmieren von Quantencomputern unterscheidet sich grundlegend von den heute verwendeten Methoden und erfordert daher neue Programmiersprachen. Eine Zusammenarbeit von Alpine Quantum Technologies (AQT) und der Universität Innsbruck ermöglicht den direkten Zugriff auf den Ionenfallen-Quantencomputer in Innsbruck über Cirq. Cirq ist ein von Google entwickeltes Framework, das sich auf die Entwicklung und Implementierung von Quantenalgorithmen konzentriert. Mit Cirq können Quantenalgorithmen für die verschiedenen Hardwarearchitekturen, supraleitende Elektronik und gespeicherte Ionen untersucht werden.

Quantencomputer und Software

Mehrere Forschungseinrichtungen und Unternehmen arbeiten an der Realisierung

von Quantencomputern. Es gibt mehrere physikalische Plattformen, auf denen sich ein zukünftiger Quantencomputer aufbauen lässt. AQT verfolgt einen Ansatz basierend auf gefangenen Ionen und Google favorisiert supraleitende Elektronik. Jeder Ansatz weist unterschiedliche Funktionen und Einschränkungen auf, die sich in der Regel in verschiedenen, vom Gerät abhängigen Programmiersprachen widerspiegeln. Diese Mischung von Programmiersprachen erschwert es Softwareentwicklern und Programmierern, diese Quantencomputer-Prototypen zu verwenden und die Fähigkeiten verschiedener Architekturen zu erkunden.

Quantum Innsbruck und Quantum Munich

Cirq, ein von Google entwickeltes Python-Framework, dient zum Erstellen, Bearbeiten und Aufrufen von NISQ-Schaltkreisen (Noisy Intermediate Scale Quantum). Markus Hoffmann von Google München erklärt: „Es ist toll zu sehen, wie Cirq im Geiste der Open Source-Lizenz Apache 2.0 eingeführt und für weitere Hardwareplattformen zugänglich gemacht wurde. Die Bibliothek unterstützt mehrere Hardware-Architekturen, die auf supraleitenden elektronischen und atomaren Systemen basieren.“

Jetzt können Forscher und Industriepartner ihre Quantensoftware problemlos auf den Innsbrucker Quantencomputern ausführen. Schüler und Studierende sind in der Lage, ihr Wissen zum Ausführen von Quantenalgorithmen auf tatsächlicher Hardware aufzubauen.“

Diese Bemühungen kommen neben der Forschung auch dem Quantencomputer-Startup AQT in Österreich zugute. CEO Thomas Monz freut sich, „eine so einfache und effektive Schnittstelle zwischen internationalen Quanten-Software-Entwicklern und unserer in Innsbruck ansässigen Quantencomputer-Infrastruktur bereitzustellen, um die Realisierung einer ganzen Sammlung von Quantenanwendungen für Forschungs- und Industriepartner zu ermöglichen.“

Philipp Schindler an der Universität Innsbruck ist überzeugt, daß die Schnittstelle neue Kooperationen mit Forschungspartnern auf der ganzen Welt ermöglichen wird.

Quanten-Startup AQT

AQT ist ein in Innsbruck ansässiges Quantencomputer-Startup, das auf jahrzehntelanger experimenteller und theoretischer Expertise auf dem Gebiet der Quanteninformationsverarbeitung aufbaut. Das Ziel von AQT ist es, Quantentechnologien aus einer Laborumgebung herauszuholen und diese Technologien in Alltagsprodukte umzuwandeln. Das langfristige Ziel ist ein Quantencomputer, der auf gespeicherten Ionen basiert und problemlos von jedem PC oder Laptop aus bedient werden kann.

Das Quantenzentrum an der Universität Innsbruck

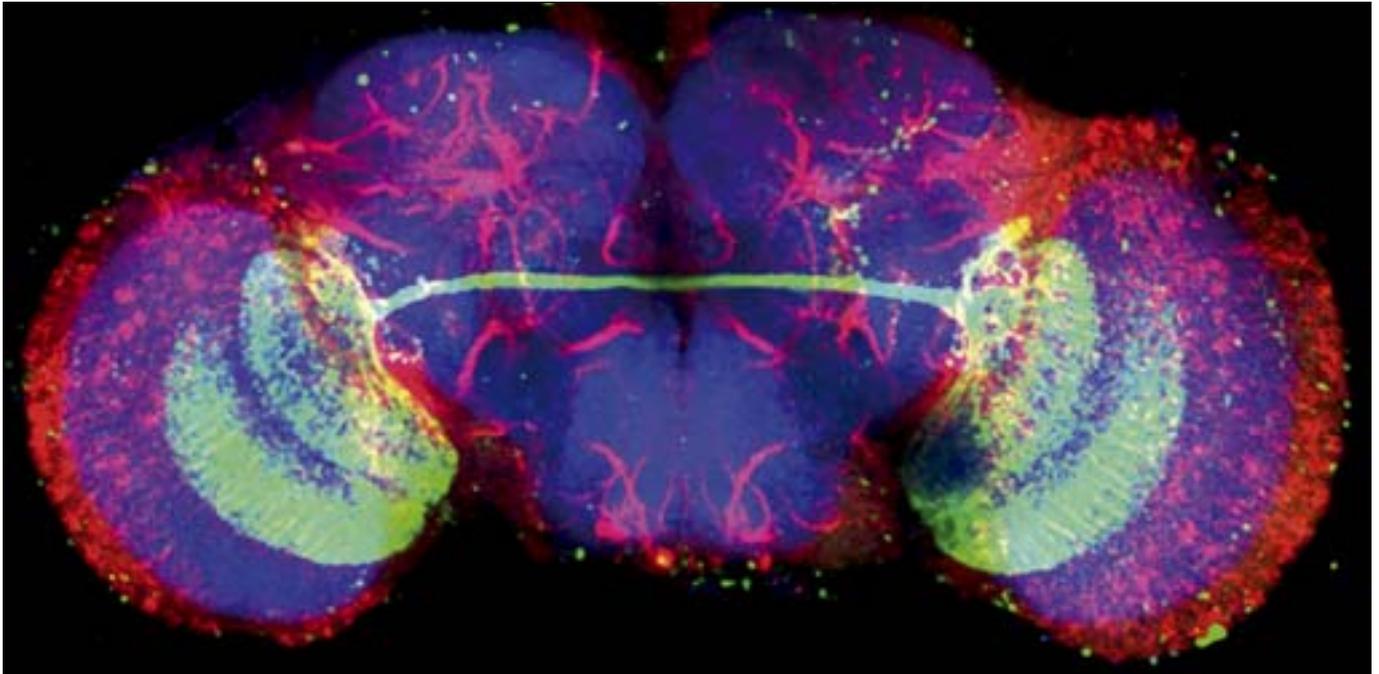
Die Arbeitsgruppen an der Universität Innsbruck arbeitet unter anderem an Uhren, Sensoren, Simulatoren und Quantencomputern mit Ionenfallen. Zusammen mit der Österreichischen Akademie der Wissenschaften bildet die Universität Innsbruck ein international anerkanntes Zentrum für Quantenforschung. ■

<https://www.uibk.ac.at/>

<https://www.aqt.eu/>

Genmutation verantwortlich für Trennung der Gehirnhälften

Molekularer Brückenschlag zum Informationsaustausch zwischen »Links und Rechts« entschlüsselt



© Rashmit Kaur

Das Gehirn von *Drosophila* besitzt ca. 100.000 Nervenzellen, die in komplexen Netzwerken miteinander verschaltet sind. In den beiden Gehirnhälften gibt es eine Vielzahl von Nervennetzen (rot), die über spezielle Kommissurenbahnen (grün) miteinander verbunden sind. Bei einer Mutation in den Gen *L1CAM* bilden sich diese Kommissuren nicht mehr aus und die Kommunikation zwischen linker und rechter Gehirnhälfte ist unterbrochen

Eine Genmutation ist dafür verantwortlich, daß die beiden Gehirnhälften von Fruchtfliegen getrennt bleiben und der Informationsaustausch zwischen rechter und linker Gehirnhälfte nicht funktioniert. Das hat eine Arbeitsgruppe um Rashmit Kaur und Thomas Hummel vom Department für Neurobiologie der Universität Wien in einer aktuellen Studie herausgefunden.

Eigentlich haben wir zwei Gehirne in unserem Kopf, jeweils eines auf der rechten und eines auf der linken Seite. Diese beiden strukturell identischen Gehirnhälften arbeiten aber so eng zusammen, daß neuronale Information nicht nur im gesamten Gehirn repräsentiert ist, sondern auch in unterschiedlicher Weise in den beiden Hälften analysiert werden kann.

Entscheidend für diesen raschen bilateralen Datentransfer sind hunderte Millionen von Nervenverbindungen, die in dicken Kabeln – den sogenannten Kommissuren – die beiden Gehirnhälften verbinden. Viele neuronale Erkrankungen des Menschen gehen auf eine geringere Ausbildung oder gar den

Verlust dieser Kommissuren zurück. Die zellulären und molekularen Ursachen hierfür sind aber weitgehend unbekannt.

Die Arbeitsgruppe um Thomas Hummel am Department für Neurobiologie der Universität Wien nutzt die Fruchtfliege *Drosophila melanogaster*, um die genetische Regulation der Gehirnentwicklung besser zu verstehen. Wie beim Menschen bilden sich auch bei *Drosophila* eine Vielzahl von Kommissuren zum Informationsaustausch zwischen rechter und linker Gehirnhälfte.

Brückenschlag zwischen Links und Rechts durch Gen möglich

Die ForscherInnen untersuchten die Funktion von verwandten Genen, die beim Menschen zu einer Störung der Kommissurenbildung führen und auch in der Entwicklung des Fliegengehirns von Bedeutung sind. „Mit modernen Analysemethoden zur gezielten Manipulation einzelner Nervenzellen konnten wir die Wirkungsweise des neuronalen Oberflächenproteins *L1CAM* klären. Mutationen in diesem Protein unterbre-

chen bei der Fliege das Wachstum der sogenannten ‚Pionier‘-Kommissuren, die eine erste zelluläre Brücke zwischen den beiden getrennten Gehirnhälften bilden“, erklärt Rashmit Kaur, die auch ihre Doktorarbeit diesem Thema gewidmet hat. Durch den Verlust der embryonalen Neuronenbrücke können auch alle nachfolgenden Kommissuren den „Sprung“ auf die andere Gehirnhälfte nicht schaffen und beide Hemisphären bleiben in der Folge im erwachsenen Tier getrennt.

Besonders interessant war für die ForscherInnen, daß das menschliche *L1CAM*-Gen den kommissuralen Defekt im Fliegengehirn reparieren kann, was auf einen vergleichbaren Entwicklungsprozeß bei Fliege und Mensch hindeutet. „Wir wollen nun in weiterführenden Studien versuchen, die genauen Veränderungen bei neuronalen Erkrankungen des Menschen besser zu verstehen und damit spannende Einblicke in die Evolution von einfachen zu komplexen Nervensystemen gewinnen“, so Thomas Hummel abschließend. ■

<http://www.univie.ac.at/>

Neuer Werkstoff könnte Batterien verbessern

Einer internationalen Forschungsgruppe mit Beteiligung der Österreichischen Akademie (ÖAW) der Wissenschaften ist es gelungen, Aluminium mit hoher Zwillingdichte herzustellen.



Foto: ÖAW / Klaus Pichler

Studienautor Christoph Gammer im Labor am Erich-Schmid-Institut für Materialwissenschaft der Österreichischen Akademie der Wissenschaften

Metalle sind wichtige Werkstoffe, ohne die unsere moderne Welt nicht vorstellbar wäre. Um neue Hochleistungswerkstoffe herzustellen, versuchen ForscherInnen weltweit, Strukturen auf der atomaren Skala gezielt zu beeinflussen. Denn Metalle zeichnen sich durch eine regelmäßige Anordnung von Atomen aus, der sogenannten Kristallstruktur. Ihre einzigartigen Eigenschaften erhalten metallische Werkstoffe dabei aufgrund von Fehlern in dieser regelmäßigen Struktur. Ein Metall ohne Fehler wäre für die meisten Anwendungen schlicht zu weich. Solche Fehler verhalten nun auch einem heimischen Forschungsteam zu neuen Erkenntnissen.

MaterialwissenschaftlerInnen der Österreichischen Akademie der Wissenschaften

(ÖAW) konnten zusammen mit internationalen und österreichischen KollegInnen vom COMET-Zentrum CEST in Wiener Neustadt und der Universität Wien erstmals Aluminium mit einer hohen Zwillingdichte herstellen. Das berichten sie aktuell im Fachjournal „Science Advances“.

Zwillingdichte

Was unter „Zwillingdichte“ zu verstehen ist, erklärt Christoph Gammer, Ko-Autor der Publikation und Forscher am Erich-Schmid-Institut für Materialwissenschaft der ÖAW in Leoben: „Kennzeichnend für einen Zwilling ist, daß er als Spiegel der atomaren Anordnung fungiert. Das bedeutet: In einer hohen Dichte verleihen die perfekt symmetrischen Fehler einem Material hohe Härte bei

guter Verformbarkeit und guten elektrischen Eigenschaften.“

Die Herstellung solcher Zwillinge gelang bisher bereits mit Kupfer. „Die Herstellung von Aluminium mit einer hohen Zwillingdichte ist jedoch neu und auch unerwartet, da Aluminium unter normalen Umständen keine Zwillinge zeigt“, sagt Gammer, der für seine Forschungen kürzlich einen START-Preis des Wissenschaftsfonds FWF erhalten hat.

Breites Anwendungspotential: Von Beschichtungen bis Batterien

Das verzwilligte Aluminium konnten die ForscherInnen durch elektrolytische Abscheidung produzieren. Bei diesem Verfahren baut sich der Werkstoff Atom für Atom aus einer Flüssigkeit auf. Der komplexe Prozeß wurde dann mit einer Computersimulation nachgestellt. ÖAW-Forscher Gammer: „Wir waren überrascht und haben daher versucht zu verstehen, wie es zur Zwillingbildung kommt. Dafür haben wir Simulationen durchgeführt, bei denen man atomare Anordnungen im Computer nachbilden kann. Diese zeigten, daß einzelne Wasserstoffatome das Wachsen eines Zwillinges in Aluminium bewirken können.“

Potential, auf anderen Gebieten zum Einsatz zu kommen

Für das Forschungsteam sind die Ergebnisse nicht nur von wissenschaftlicher Bedeutung, das Verfahren hat auch das Potential, auf anderen Gebieten zum Einsatz zu kommen. Denn: Verzwilligtes Aluminium ist aufgrund seiner mechanischen Eigenschaften robuster und zeigt auch gute elektrische Eigenschaften. „Das verzwilligte Aluminium bietet viele potentielle Anwendungen: Toxische Kadmiumbeschichtungen in der Luftfahrtindustrie könnten dadurch ersetzt werden, oder es könnte zur Verwendung als Stromkollektor in modernen Batterien genutzt werden“, sagt Materialwissenschaftler Gammer. ■

<https://www.oeaw.ac.at/>

Erster Pliosaurier in Österreich entdeckt

NHM Wien-Paläontologe entdeckt in Oberösterreich den ersten kreidezeitlichen Pliosaurier-Nachweis im gesamten Alpenraum



Foto: NHMW / Lukeneder

Pliosaurier waren im Meer lebende Reptilien aus dem Mesozoikum, das vor etwa 252,2 Mio. Jahren begann und vor etwa 66 Mio. Jahren endete.

Während einer paläontologischen Grabung im Raum Ebensee (OÖ) entdeckte der Paläontologe Alexander Lukeneder vom Naturhistorischen Museum (NHM) Wien einen fossilen Zahn, der nun für eine wissenschaftliche Sensation sorgt.

„Der ein Zentimeter große Saurierzahn ist die sprichwörtliche Nadel im Heuhaufen, also in diesem Fall der Zahn im Gesteinshaufen“, freut sich Lukeneder. Bei dem Fund handelt es sich um einen kreidezeitlichen Erstnachweis aus dem gesamten Alpenraum und den erst zweiten Pliosaurier-Nachweis aus dem Hauterivium (einer zeitlichen Stufe der unteren Kreidezeit) weltweit.

Im Rahmen einer paläontologischen Grabung 2018 zwischen Traun- und Attersee in der Langbathzone (Nördliche Kalkalpen), entdeckte der Paläontologe den Zahn, der aus Gesteinsschichten stammt, die vor 132 Millionen Jahren in der unteren Kreidezeit abgelagert wurden. An der Fundstelle findet seit Jahren eine Grabung des NHM Wien statt.

„Ob der Seltenheit und besonderen Form des Fundes gestaltete sich die Suche nach dem „Besitzer“ des Zahnes extrem kompli-

ziert,“ resümiert Lukeneder. Gemeinsam mit seinem Kollegen Nikolay Zverkov von der Russischen Akademie der Wissenschaften konnte er den Zahn als den eines Pliosauriers identifizieren.

Die Pliosaurier zählen zur Gruppe der Flossenechsen, der sogenannten Sauropterygia. Pliosaurier waren im Meer lebende Reptilien aus dem Mesozoikum, dem Erdmittelalter. Der Name für diese rein marine Gruppe stammt aus dem Griechischen mit pleion „mehr“ und sauros „Echsen“. Dieser Name sollte nach der Entdeckung im 19. Jahrhundert die Zwischenstellung von Krokodilen und anderen Meeressauriern widerspiegeln. Sie gelten als Spitzenpredatoren dieser Zeit und waren auf der Jagd nach andern Meeressauriern, Ur-Haien und Ammoniten. Der bekannteste Vertreter dieser Meeresreptilien ist der bis zu 10 Meter große Liopleurodon. „Diese Gruppe der Pliosaurier trägt 60-100 spitze, krokodilartige Zähne im Maul eines bis zu 2 bis 3 Meter langen Schädels“, erklärt Lukeneder.

„Pliosaurier haben einen kurzen Hals, aber einen sehr langen Schädel. Im Aussehen sind

sie vergleichbar mit Mosausauriern aus den Jurassic World Filmen.“

Im internen Kreis wird der Saurier auch „Pliosaurier austriacus“, also österreichischer Pliosaurier genannt. „Wissenschaftlich gesehen ist er ein Vertreter der Thalassophonea, etwas martialisch als „Mörder“ der Meere zu übersetzen“, so der Wissenschaftler.

Zur Erforschung wurden moderne Methoden der Mikrotomographie sowie der Rasterelektronenmikroskopie angewendet, um das Fossil exakt beschreiben zu können. Die Mikrotomographie des Zahnes wurde durch Gerhard Weber und Martin Dockner vom Vienna Micro-CT Lab der Universität Wien durchgeführt. Dabei konnte man in das Innere des Zahnes blicken, die exakten Intern-Strukturen erkennen und ihm so zusätzliche Geheimnisse entlocken, wie eine Art „Ur-Karies“ und die besondere Abnutzung der Zahnschmelze durch das Fressen von Ur-Haien.

Der Zahn wird ab 2020 in der Ausstellung des Mesozoikum-Saals 8 im NHM Wien zu sehen sein. ■

<https://www.nhm-wien.ac.at>

Wolfgang Paalen (1905–59)

Der österreichische Surrealist in Paris und Mexiko –
von 4. Oktober 2019 bis 19. Januar 2020 im Unteren Belvedere



Foto: Belvedere, Wien, Johannes Stoll © Succession Wolfgang Paalen et Eva Sulzer

Wolfgang Paalen, *Espace libre*, 1941 Öl auf Leinwand 114 × 145 cm, Gordon Onslow Ford Collection, Lucid Art Foundation

Wolfgang Paalen war der einzige österreichische Künstler im Kreis der Pariser Surrealisten. Als Kosmopolit, Vordenker, Schriftsteller und bedeutender Impulsgeber etablierte er sich darüber hinaus als Schlüsselfigur in der Kunst des 20. Jahrhunderts. Das Belvedere widmet seinem Schaffen und Wirken nun eine längst überfällige museale Aufarbeitung.

Der 1905 in Wien geborene Wolfgang Paalen prägte durch seine Werke und seine Publikationen maßgeblich die europäische und die US-amerikanische Kunst der 1930er- bis 1950er-Jahre. Einer breiten Öffentlichkeit sind seine Bilder und Skulpturen heute dennoch kaum bekannt. Das Belvedere be-



Foto: Eva Sulzer, Pinarachi, Andrea Neri / Copyright Succession Sulzer, The Wolfgang Paalen Society (v)

Wolfgang Paalen, um ca. 1940

sitzt zwei Arbeiten von Wolfgang Paalen, die 1992 im Zuge der ersten Paalen-Retrospektive im damaligen Museum des 20. Jahrhunderts angekauft wurden.

Generaldirektorin Stella Rollig: „Wolfgang Paalen war ein Weltbürger mit österreichischen Wurzeln. Seine Gemälde sind kaum in Europas Museen zu sehen – zu vielschichtig war wohl sein Beitrag zur Kunst des 20. Jahrhunderts: Sein Interesse an anderen Kulturen und seine Fähigkeit, sich und die Kunst immer wieder infrage zu stellen, beeinflussten eine ganze Generation europäischer und US-amerikanischer Künstlerinnen und Künstler nachhaltig. Das Belvedere gibt nun einen Anstoß dazu, ihn und sein Œuvre

im kunsthistorischen Kanon stärker zu positionieren.“

Die Ausstellung beleuchtet das kreative Schaffen Paalens von seinen Anfängen als surrealistischer Künstler bis hin zu seiner schriftstellerischen Tätigkeit: seine frühe internationale Berühmtheit als Maler im Kreise der Pariser Surrealisten, sein Umzug nach Mexiko auf Einladung von Frida Kahlo und seine Bedeutung als Herausgeber der einflussreichen Kunstzeitschrift „DYN“. Der in Berlin lebende Kunsthistoriker und Kurator Andreas Neufert setzte sich in den vergangenen Jahrzehnten intensiv mit Wolfgang Paalen auseinander und veröffentlichte 2015 eine eindrucksvolle, fast 700 Seiten umfassende Biografie zum Künstler. Von ihm stammt das kuratorische Konzept zur Schau im Unteren Belvedere.

Andreas Neufert: „Paalen ist nicht nur ein lange totgeschwiegener Surrealist und als Einflußgeber einer der letzten großen Lücken in der Forschung um die europäisch-amerikanische Moderne. Zum Wegbereiter wurde er nicht zuletzt auch aufgrund seines engen Bezugs zur skeptisch-mystischen Tradition der Wiener Moderne, ihrem sprachkritischen Unterzug. Im geistigen Umfeld eines Wittgenstein, eines Musil, ist er der einzige Wiener Intellektuelle dieser Denkrichtung, der sich mit Leidenschaft auf das Abenteuer der modernen Malerei eingelassen hat. Eine echte Entdeckung.“

Zum Künstler

Wolfgang Paalen stammte aus großbürgerlichem Milieu, sein Vater war erfolgreicher Erfinder und Firmengründer, seine Mut-



© Privatsammlung / Private collection, courtesy of Malingue S. A.

oben: Wolfgang Paalen, „Paysage totémique“, 1938, Privatsammlung Paris

links: „Fumage“, 1938 Kerzenrauch auf Papier 40,4 × 56,5 cm, Privatsammlung, Berlin

ter kam aus einer angesehenen Unternehmers- und Kaufmannsdynastie. Sehr bald verließ die Familie Wien – ab 1909 führte Paalens Lebensweg zu vielen weiteren Stationen wie Schlesien, Berlin, Paris, Mexiko und diversen Städten in den USA. Paalens künstlerische Sozialisierung fand zunächst in Berlin und München und danach in Paris und Südfrankreich statt.

1935 wurde der damals 30jährige von André Breton in die Gruppe der Pariser Surrealisten aufgenommen. Sein originärer Beitrag zu dieser Kunstrichtung waren insbesondere die sogenannten Fumage-Bilder:



© Foto: Jens Ziehe, Berlin © Succession Wolfgang Paalen et Eva Sulzer



© Belvedere, Wien

oben: Wolfgang Paalen, „El Velorio“, 1946
rechts: Ausstellungsansicht

Mittels Kerzenrauch malte er auf die leere Leinwand, Holz oder Papier halluzinatorische Motive, die er teils mit Ölfarbe assoziativ fortsetzte, teils auch für sich stehen ließ.

1938 konzipierte er gemeinsam mit Marcel Duchamp, Man Ray und Salvador Dalí die bahnbrechende Exposition internationale du Surréalisme in der Pariser Galerie des Beaux-Arts und war für deren spektakuläre Gestaltung mitverantwortlich.

Ein Jahr später übersiedelte er nach Mexiko.

Eine Ausstellung seiner großen Fumagen in New York machte ihn 1940 schlagartig bekannt. Als leidenschaftlicher Sammler von Kunstwerken der indigenen Völker Amerikas und von präkolumbianischen Artefakten

etablierte sich Paalen als Autorität in der Anthropologie, ein Thema, das zu dieser Zeit auch junge Malerinnen und Maler in New York interessierte. Inspiriert durch die Totemkunst Alaskas und der Nordwestküste Ame-

rikas, zugleich angeregt von den neuesten Erkenntnissen der Quantenphysik, verabschiedete sich Paalen endgültig von surrealistischen Bildinhalten und entwickelte eine neuartige abstrakte Formensprache.

Bereits 1945 zeigte er diese Werke unter anderem in Peggy Guggenheims Galerie Art of this Century und erregte damit Aufsehen. Trotz seiner zunehmenden Verwurzelung in Mexiko hielt Paalen stets Kontakt zur US-amerikanischen Kunstszene. Insbesondere auf den gerade im Entstehen begriffenen abstrakten Expressionismus übte er als Kunsttheoretiker großen Einfluß aus.

In der von ihm von 1942 bis 1944 herausgegebenen Kunstzeitschrift „DYN“ behandelte er Themen, die in Künstlerkreisen heftig diskutiert wurden. Wenig bekannt sind Paalens Gedichte, Kurzgeschichten und Theaterstücke. In seinen letzten Lebensjahren litt der Künstler als Folge einer bipolaren Bewußtseinsstörung zunehmend an Depressionen. 1959 nahm sich Wolfgang Paalen das Leben.

Zur Ausstellung

Diese erste umfassende Einzelausstellung zu Wolfgang Paalen zeigt im Unteren Belvedere Leihgaben aus der ganzen Welt, von namhaften Institutionen wie aus Privatbesitz. Sie präsentiert eine in diesem Umfang noch nie gezeigte Gruppe von Fumage- und Spaciales-Bildern, ergänzt durch zahlreiche biografische Fotos, Briefe sowie eine umfassende Dokumentation der Zeitschrift „DYN“. Auch Paalens langjähriges Sammeln und Erforschen indigener Kunst British-Kolumbiens und Mexikos sowie sein schriftstellerisches Werk, das Gedichte, Kurzgeschichten, Theaterstücke und kunsttheoretische Texte umfaßt, erscheinen in der Ausstellung als Aspekte seines komplexen Wirkens. ■

<https://www.belvedere.at>

https://de.wikipedia.org/wiki/Wolfgang_Paalen



Foto: Belvedere, Wien / Johannes Stoll

Otto Prutscher

Allgestalter der Wiener Moderne – von 20. November 2019
bis 17. Mai 2020 in der MAK-Schausammlung Gegenwartskunst



© Archivio Famiglia Otto Prutscher, Mailand

70 Jahre nach seinem Tod und über 20 Jahre nach der letzten großen Ausstellung in Wien beleuchtet das MAK das Werk von Otto Prutscher (1880–1949) neu. Die Ausstellung „Otto Prutscher. Allgestalter der Wiener Moderne“ verdeutlicht die mannigfachen Rollen, die Prutscher als Architekt und Designer, Ausstellungsgestalter, Lehrer und Mitglied aller wichtigen Reformkunstbewegungen – von der Secession bis zur Wiener Werkstätte und dem Werkbund – für die Entwicklung der Wiener Moderne spielte. Ausgewählte Beispiele aus seinem komplexen Œuvre dokumentieren seine jahrzehntelange einflußreiche Rolle als Entwerfer und Berater für die bedeutendsten Kunstgewerbeunternehmen seiner Zeit.

Trotz seiner Schaffenskraft und Vielseitigkeit wurde das Werk des großen Kunstge-



© Archivio Famiglia Otto Prutscher, Mailand

Otto Prutscher, Innenraum der Apotheke „Zum goldenen Adler“, 1911

Portraitfoto Otto Prutscher, 1930–1948

werblers und Architekten bis dato nicht entsprechend gewürdigt. Prutschers Vermächtnis umfaßt u. a. über 50 Bauwerke (Villen, Wohnhäuser, Portale), rund 50 Ausstellungen, die er künstlerisch und organisatorisch gestaltete oder mitgestaltete, ca. 170 Einrichtungen, über 300 Entwürfe von Einrichtungen sowie über 200 Einzelmöbel und Garnituren. Eine großzügige Schenkung von 139 Entwürfen, Objekten in Silber, Glas und Keramik sowie Möbeln durch die Sammlerin Hermi Schedlmayer nimmt das MAK zum Anlaß für diese Personale.

Der Wiener Jugendstil war die Wiege, in der Otto Prutscher heranwuchs und sich entwickelte. Zehn Jahre jünger als Josef Hoff-



© Archivio Famiglia Otto Prutscher, Mailand

Nach der Aufnahme an der Wiener Kunstgewerbeschule 1897 belegte Prutscher einen Kurs für ornamentales Zeichnen bei Willibald Schulmeister und studierte später zwei Semester in Josef Hoffmanns Fachschule für Architektur. Anschließend belegte er zwei Semester bei Franz Matsch in der Klasse für Zeichnen und Malen. Der Unterricht beim secessionistischen Architekten Hoffmann und beim vormodernen Maler Matsch hinterließ Spuren: Prutschers Entwürfe und ausgeführte Werke weisen einerseits eine hohe zeichnerische Qualität auf, andererseits orientieren sie sich an den jeweils aktuellen Tendenzen der Architektur.

Von 1903 bis 1907 war Prutscher Assistent an der k. k. graphischen Lehr- und Versuchsanstalt, ab 1908 Lehrer am k. k. Lehrmittel Bureau in Wien. Ab 1907 wurde er für die Wiener Werkstätte aktiv. Sein Lehrer Josef Hoffmann schlug ihn 1909 erfolgreich als Professor an der k. k. Kunstgewerbeschule vor: Dort leitete er bis zu seiner Zwangspensionierung aufgrund der jüdischen Herkunft seiner Ehefrau im Jahr 1939 den offenen Entwurfszeichensaal für Gewerbetreibende.

Seine Entwürfe wurden von mehr als 200 Unternehmen umgesetzt, allen voran von der Wiener Werkstätte und wichtigen Herstellerbetrieben wie Backhausen, Klinkosch, Augarten, Meyr's Neffe, Schappel, Melzer & Neuhardt oder den Deutschen Werkstätten in Dresden. Für Thonet, Loetz Witwe und Wienerberger war er künstlerischer Berater.

Die Ausstellung

Die Ausstellung bietet mit rund 200 Entwürfen aus dem Otto-Prutscher-Nachlaß im

Bild oben: Otto Prutscher, *Interieur des Café Ronacher, Schottenring, Wien I., Wien, 1913*

Bild rechts: Otto Prutscher, *Innenansicht für das Café-Restaurant Hotel Imperial, Wien I. (gemeinsam mit Anton Schuwerk und August Röben), 1937; Karton, Transparentpapier, Aquarellfarbe, Tusche, Buntstift, Bleistift*

mann und Adolf Loos, zählte Prutscher zur ersten Generation der SchülerInnen an der Wiener Kunstgewerbeschule, die von der Reform des Unterrichts im Sinne der Reformkunst unter der Direktion Felician von Myrbachs und von jungen Professoren wie Josef Hoffmann und Koloman Moser profitierten. Materialbeherrschung eignete sich Prutscher in der Kunsttischlerei seines Vaters Johann Prutscher sowie im Zuge einer Maurerlehre und einer Zimmermannspraxis an, die er in den vorlesungsfreien Sommermonaten absolvierte.

© Archivio Famiglia Otto Prutscher, Mailand



Kultur

MAK, der Sammlung Schedlmayer und dem Familienarchiv Otto Prutschers in Mailand sowie ausgeführten Objekten und Möbeln aus den Sammlungen des MAK und der Familie Schedlmayer sowie von privaten Leihgebern einen Überblick über das Werk des „Allgestalters“. Viele der Entwürfe – auch für Objekte im Besitz des MAK – werden erstmals gezeigt und konnten bei Recherchen im Zuge der Ausstellungsvorbereitungen im Familienarchiv Otto Prutschers, das im Besitz seiner Enkelin Beba Restelli steht, in Mailand identifiziert werden. Highlight der Präsentation ist die von Otto Prutscher entworfene Vitrine für den „Raum für einen Kunstliebhaber“ aus der Wiener Kunstschau 1908, die dem MAK von Hermi Schedlmayer geschenkt wurde.

Die MAK-Bibliothek und Kunstblätter-sammlung verfügt über rund 1 200 Grafiken (Zeichnungen, Pläne, Entwürfe und Fotogra-



© Archivio Famiglia Otto Prutscher, Mailand

Otto Prutscher, Fassade des Gemeindebaus Lorenshof, Längenfeldgasse, Wien XII., 1927



© Archivio Famiglia Otto Prutscher, Mailand

Otto Prutscher, Joh. Loetz Witwe, Serie II und III, Ausstellung der Genossenschaft der bildenden Künstler Wiens, Oktober 1929

fen) von Otto Prutscher und damit den größten grafischen Bestand seiner Werke in einer öffentlichen Sammlung. Die ersten 18 Blätter gelangten 1955 im Zuge der Übergabe des Archivs der Wiener Werkstätte in die MAK-Sammlung. Der erste umfangreiche Teilnachlaß von Otto Prutscher wurde dem MAK 1979-1980 dank der Initiative seiner in Italien lebenden Töchter Helly de Kuyser Prutscher und Ilse Restelli-Prutscher als Donation überlassen. 2018 vervollständigte die jüngste Schenkung durch Hermi Schedlmayer den Otto-Prutscher-Bestand im MAK.

Im Rahmen des groß angelegten EU-Projekts „ART NOUVEAU – Sustainable protection and promotion of Art Nouveau heritage in the Danube Region“ konnte das MAK seinen gesamten Bestand an Zeichnungen und Entwürfen von Prutscher bearbeiten und digitalisieren. Die Ergebnisse dieses Projekts sind in die begleitende Publikation zur Ausstellung eingeflossen: OTTO PRUTSCHER. Allgestalter der Wiener Moderne (MAK Studies 26), herausgegeben von Christoph Thun-Hohenstein und Rainald Franz. Mit Beiträgen von Silvia Colombari, Claas Duit, Rainald Franz, Aline Müller, Kathrin Pokorny-Nagel, Beba Restelli, Elisabeth Schmutzmeier und Christoph Thun-Hohenstein. Deutsch/Englisch, 160 Seiten mit zahlreichen Farabbildungen. MAK, Wien/Arnoldsche Art Publishers, Stuttgart 2019. Erhältlich im MAK Design Shop und online um € 29. ■

<http://mak.at/>

<https://www.makdesignshop.at/>

https://de.wikipedia.org/wiki/Otto_Prutscher